

Otto Kleinschmidt

Industrien, Dienstleistungsbetriebe und Gewerkschaften im Oberwesterwald



Steinbrucharbeiter;

oben rechts: Hermann Kempf; 2. von rechts Adolf Schmidt; 2. von links Walter Groß

Eigendruck im Selbstverlag
Dritte, berichtigte und ergänzte Auflage - Januar 2004

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	4
<hr/>	
2. Industrien, Handel, Gewerbe und Verwaltung	5
<hr/>	
2.1 Bergbau	5
2.1.1 Erzbergbau	5
2.1.2 Braunkohlenbergbau	7
2.2 Steine und Erden	10
2.2.1 Basalt	11
2.2.2 Quarzit	15
2.2.3 Ton	16
2.2.4 Schiefer	16
2.3 Sonstige	16
2.3.1 Eisen- und Metallverarbeitung	16
2.3.2 Leder- und Lederwaren-Industrie	17
2.3.3 Holz- und Säge-Industrie	17
2.3.4 Textil- und Bekleidung	18
2.3.5 Bau- und Baustoffgewerbe	18
2.3.6 Druck- und Pappe-Industrie	19
2.3.7 Energieversorgung	19
2.3.8 Nahrungs- und Genußmittel-Industrie	19
2.3.9 Eisenbahn, Eisenbahnbau, Bahnhöfe und Straßenverkehr	20
2.3.10 Landw. Höfe und Waldbesitz	21
2.3.11 Verwaltung, Öffentlicher Dienst, Handel und Banken	21
2.3.12 Verschiedenes	22
3. Gewerkschaften im Kaiserreich	23
<hr/>	
4. Gewerkschaften in der Weimarer Republik	26
<hr/>	
5. Zwangsorganisationen im 3. Reich	32
<hr/>	
6. Gewerkschaften nach 1945	37
<hr/>	
6.1 Gründung der Einheitsgewerkschaft	37
6.1.1 Kontrollratsgesetze	37
6.1.2 Entnazifizierung	39
6.1.3 Einheitsgewerkschaft, Kreiskartell u. AGB	41
6.1.4 Einzelgewerkschaften	44
6.1.5 Unternehmer	47
6.2 Arbeit im AGB	48
6.3 Arbeit im DGB	49
6.4 Funktionäre nach 1945	52
6.5 Allgemeine Gewerkschaftsarbeit von 1945 - 1962	57
6.6 Sonstige Gewerkschaften und Verbände	59
7. Hauptamtliche Gewerkschaftssekretäre im Oberwesterwald	60
<hr/>	
7.1 Franz Wolf	60
7.2 Paul Kalinowski	61
7.3 Hermann Kempf	61
7.4 Bernhard Spöntjes	62

8. Gewerkschaftler in öffentlichen Funktionen und Selbstverwaltungseinrichtungen	64
8.1 Bürgermeister und Parlamente	64
8.2 Sozialversicherung	64
9. Befreundete Organisationen und Selbsthilfeeinrichtungen	67
10. Gewerkschaften im Oberwesterwald heute	69
Anhang A. Abkürzungsverzeichnis	72
Anhang B. Abbildungsverzeichnis	73
Anhang C. Quellennachweis	74
Anhang D. Schreiben der Französischen Militärregierung Hachenburg	75
Anhang E. Statut der Kreisgewerkschaft „Öffentliche Dienste“	76
Anhang F. Satzung des Kreiskartells für den Oberwesterwaldkreis	79

KAPITEL 1.

Vorwort

„Wir werden dich nie vergessen!“ Dieser Ausspruch ist sehr oft bei der Bestattung alter Gewerkschaftler an Gräbern gefallen. Was ist von diesem Versprechen übrig geblieben?

Es gibt immer weniger Gewerkschaftler, die die Gründerzeit und auch schon jetzt die Zeit des Wiederaufbaues nach 1945 miterlebt haben.

Damit alle, die am Aufbau der Gewerkschaften sowie Betriebs- und Personalvertretungen mitgearbeitet haben, in unserem Gedächtnis bleiben und nicht vergessen werden, habe ich mich entschlossen, diese Chronik zu verfassen. Sie soll zugleich Dank sein an die, die sich im Laufe von mehr als einem Jahrhundert für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer eingesetzt haben. Über Landesfürsten und Politiker wird immer berichtet und geschrieben, aber nicht von denen, die mühsam für ihr tägliches Brot kämpfen und arbeiten mußten. Ihnen soll mit dieser Chronik ein Denkmal gesetzt werden.

Ein besonderer Dank, mir bei meinen Recherchen geholfen zu haben, gebührt Walter Jung, Bad Marienberg, Horst Schneider, Fehl-Ritzhausen, Heidi Seekatz (geb. Kempf), Bad Marienberg, Margret Hümmeler (geb. Spöntjes), Bad Marienberg, Hubert Henn, Bellingen, Helmut Gotthardt, Westenburg, Lothar Behr, Nistertal, Erich Gesper, Bad Marienberg, Frau Christel Heyer (geb. Kalinowski), Bielefeld, Wolfgang Reinhardt, Höhn, Karl Kessler, Bad Marienberg, Karl Hörter, Hachenburg, Karl-Heinz Schäfer, Bad Marienberg, Wolfgang Kron vom DGB, Landesbezirk Rheinland-Pfalz, der Kollegin Brigitte Zens vom DGB, Kreis Koblenz (früher Westerwald) und der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.

Für diese 3. Auflage konnte ich auch sehr viel Unterlagen verwenden, die mir vom „Centre des Archives de l'Occupation Française en Allemagne et en Autriche, Colmar“ zur Verfügung gestellt wurden und für deren teilweise Einsichtnahme mir sogar das Französische Außenministerium in Paris eine Genehmigung erteilt hatte.

In den Dank schließe ich auch besonders meinen Sohn Oliver ein, der mir noch den Umgang mit einem Computer beibrachte und den Entwurf dieser Chronik bis zum Layout und Drucklegung überarbeitete. Nur vom neuen Bürgermeister der Gemeinde Fehl-Ritzhausen wurde in das Ortsarchiv keine Einsichtnahme gewährt, um wegen der in dieser Gemarkung gelegenen Steinbrüche zu recherchieren.

Ich bitte mir auch zu verzeihen, wenn ich mich nach 50 Jahren nicht mehr an alle erwähnenswerten Namen erinnern kann. Deshalb habe ich die 1. bis 3. Auflage dieser Chronik bewußt niedrig gehalten, damit bei einer weiteren Neuauflage Ergänzungen bzw. Berichtigungen eingefügt werden können. Wer noch weitere Einzelheiten oder auch Namen weiß, möge mich bitte benachrichtigen. Auf viele meiner Rückfragen steht eine Antwort noch aus, so daß für eine 4. Auflage mit weiteren Daten zu rechnen ist.

Im übrigen habe ich darauf verzichtet, die neuen Gemeindennamen zu verwenden, die durch Zusammenlegung einzelner Orte entstanden sind; die Betriebe haben früher unter dem neuen Ortsnamen ohnehin nicht bestanden und firmiert.

Otto Kleinschmidt
Sachsenstr. 4
56068 Koblenz

KAPITEL 2.

Industrien

H.W. Riehl, der durch seine Beschreibungen des Westerwaldes bekannt ist, weiß von den Westerwäldern zwar viel Gutes zu berichten, doch kann das alles nicht die trüben Farben verdecken, mit denen das Bild unserer Heimat gemalt ist. Er rühmt die Genügsamkeit der Westerwälder und weiß von dem welthistorischen Ruf der Westerwälder Faust zu berichten, wenn sie Schläge austeilt. Er zählt den Westerwald zu denjenigen Gegenden, von denen dereinst der Odem eines naturfrischen Volksgeistes wie Waldesluft über die Ebenen neubelebend hinwehen werde, wenn die Mittagssonne dort bereits die Zivilisation versengt habe. Er stellt auch dem Westerwald in Aussicht, dereinst das „Land der armen Leute“ gewesen zu sein, wenn erst die Schätze, die noch in der Erde schlummern, an's Licht gezogen und von den Westerwäldern selbst verarbeitet würden. Aber das alles kann die trüben Farben nicht verdecken, mit denen das Bild vom Westerwald gemalt ist, eines Stück Landes, wo die materielle Not und das soziale Elend das Bürgerrecht seit ewigen Zeiten gehabt haben und „der einzige Erwerbszweig in dem langen Westerwälder Winter das Schneeschaukeln ist.“

Es soll aber dabei nicht vergessen werden, daß der Westerwald auch das Land der „freien Bauern“ war, die keine Knechte und keine Leibeigene sein wollten. 3 Kirchspiele des hohen Westerwaldes zeichneten sich bis zum Ausgang des 16. Jahrhunderts besonders aus: Emmerichenhain, Marienberg und Neukirch; sie bildeten die **Mark**, die **Herrschaft** oder auch die **Vogtei zum Westerwald**. Keine Burgen oder Burgsitze als Stätten, von denen Zwang und Leibeigenschaft ausgeht, haben jemals in den Grenzen dieses Gebietes gestanden. Die Westerwälder in diesen Kirchspielen waren freie Leute; die Luft hier oben machte frei. Dieser Geist hat sich auch in der Arbeitnehmerbewegung fortgesetzt.

Nicht umsonst heißt es in zwei Strophen des Westerwaldliedes:

*„Es liegt ein Wald im Westen,
Genannt der Westerwald;
Da sieht man keine Festen,
Die Zeichen der Gewalt;
Man sieht da kahle Berge
Und Felsen von Basalt;
Das ist der Wald im Westen,
Das ist der Westerwald! ...“*

*Wo stolz des Mannes Blicke
Den Fremden treffen kalt,
Wo sich kein Rücken beugt
Vor Unrecht und Gewalt;
Wo deutsche Kraft und Treue
Noch wohnt bei Jung und Alt,
Da sind der Freiheit Höhen,
Da ist der Westerwald! ...“*

Wegen des sozialen Elends ist es verständlich, wenn die Bevölkerungsstatistiken des 19. und 20. Jahrhunderts massive Wanderungsverluste aufweisen, und zwar teilweise durch Binnenabwanderung von den kargen Westerwaldhöhen in die umliegenden Täler, Stadt- und Industriebezirke oder aber durch Auswanderung.

Ich persönlich weiß von meinem Vater und seinen Geschwistern, daß sie im benachbarten Siegerland im Bergbau beschäftigt waren, am Samstag zurück nach Kirburg kamen, sich einen Rucksack voll Verpflegung holten und am Sonntagabend dann für eine Woche wieder ins Siegerland marschierten.

Von den Bauhandwerkern ist auch bekannt, daß sie alljährlich im Frühling in die Ferne zogen und erst im Spätherbst zurückkehrten.

Die Probleme des Handwerks, Handels und Gewerbes habe ich nicht in diese Chronik einbezogen, da dieser Themenbereich ihren Umfang sprengen würde.

2.1 Bergbau

2.1.1 Erzbergbau

Besonders im Norden und im Westen des Hohen Westerwaldes, wo die Basaltdecken das devonische Grundgebirge überlappen, wurden an vielen Stellen Überreste mittelalterlicher Eisengewinnung aufgefunden. Beiderseits der beiden Nisterbäche darf nach vorsichtigen Schätzungen von etwa 250 Verhüttungsplätzen ausgegangen werden. Allein im Umkreis von Lautzenbrücken wurden von Paul Weiershausen in den Dreißiger-Jahren des 20. Jahrhunderts 60 Schlacken Hügel zum Teil ausgegraben, kartiert und beschrieben. Eine starke Konzentration von Waldschmieden konnte in den vergangenen 20 Jahren auch im Waldgebiet Nauberg zwischen Nister und Norken festgestellt werden. In einigen Schlackenhöfen belegen aufgesammelte Keramikscherben die Eisenherstellung zwischen dem 11. und 14. Jahrhundert. Insgesamt wurden zwischen 1725 bis 1908 nachweislich mindestens 555 Grubenfelder verliehen. Seit dem 12. Jahrhundert erfolgte der Übergang vom Tagebau in den Tief- bzw. Stollenbau

Ein Bergmann verdiente zu Beginn des 19. Jahrhunderts bei einer 6-stündigen Schicht umgerechnet etwa 0,34 € Ein Pfund Brot kostete dagegen schon 0,26 €, ein Zentner Kartoffeln 1,28 € und ein Paar Schuhe ca. 5,00 €. Dabei hatte der Bergmann sein Arbeitszeug selbst zu bezahlen. Bergmannsarbeit war deshalb meist ein Zubrot für das Überleben der Großfamilien neben der Landwirtschaft.

Auf Eisenerze wurde früher ebenfalls gebaut bei Luckenbach (Eisenglanz und dichter Brauneisenstein) auf den Gruben „Wacht“ und „Philippszeche“, bei Hächstenbach (Hächstenbacher Wiesen) auf Grube „Kunst“ (Kupferkies, Kupfergrün und Spateisenstein), bei Unnau und Norken Eisenerzgruben „Steinberg“, bei Winkelbach auf der Grube „Eiskeller“, bei Roßbach (früher: Ober- und Niederroßbach) auf der Grube „Roßbach“ (die 1870 36 Beschäftigte, 1884 ca. 140 Bergleute und später über 200 Mitarbeiter zählte; Stilllegung erfolgte 1898; es wird in 1884 berichtet, daß in Folge der angelegten Eisensteingruben die Brunnen versiegten), bei Bölsberg auf der „Georgszeche / Schwarze Kauten“ (Eichenwald) sowie auf „Amos“ und bei Enspel/Todtenberg auf den Eisensteingruben

„Steinberg“ (Glaskopf). Das Bölsberger Brauneisenerz sollte auf der 1722 errichteten Eisenhütte bei Langenbach/M. mit verkokten Braunkohlen, nicht fern vom Hüttenwerk, „am Esch“, gewonnen, verarbeitet werden. Die Versuche fielen aber so ungünstig aus, daß In- und Außerbetriebnahme fast zusammenfallen. Die „Eisenkaute“ (Lautzenbrücken), gefördert wurde Eisenstein, lag an der Köln-Leipziger-Straße zwischen Kirburg und Abzw. Bad Marienberg; auf ihr war mein Vater noch bis zum Jahre 1928 als Maschinist tätig. Sie war auch unter dem Namen „Gutehoffnungshütte“ bekannt, wird 1770 erstmals erwähnt und wurde 1930 (man erwähnt hierfür auch 1928) stillgelegt. Es wurden davon ca. 300 Familien betroffen. In Aufzeichnungen wird auch noch von den Eisenerzgruben „Heimborn“, „Hardt“, „Rose II“ und „Josephine“ in der Kroppacher Schweiz berichtet, von der Rotheisensteingrube „Rothenstein“ in der Gemarkung Oberhattert, konsolidiert mit der Brauneisensteingrube „Scheibe“ in der Gemarkung Mittelhattert und der Brauneisensteingrube „Heldstein“ in der Gemarkung Oberhattert. In der heutigen Gemarkung „Nisterthal“ (Büdingen/Erbach) und Umgebung werden zahlreiche Eisenerzgruben (auf den Ausläufern des Südflügels des „Siegerländer Hauptsattels“) erwähnt, z.B. in Erbach im Distrikt Hähn die „Krummszeche“ (Blei- und Kupfererz, Zinkblende) und die Gewerkschaft „Peterchen“ im Walddistrikt Scharfenstein nahe der Straße von Hardt nach Unnau (Eisenerz). Benannt werden sollen auf den Ausläufern des Südflügels des Siegerländer Sattels auch die Gruben „Gustav-Adolf“ in Unnau, „Ziest“ in Stangenrod, die „Georgszeche“ in Kirburg, die „Eisenquelle“ in Unnau, „Denker“ in Stangenrod, „Anna II“ in Büdingen südlich der Wegegabelung der Straße Büdingen-Dreisbach (Zinkerze) sowie die Felder „Nassau & Füllhorn“ und „Erbach & Nassau“, auch die Distrikte „Seifen“ und „Mehlenheck“ in Erbach. Ein Eisenwerk bei Korb soll ebenfalls existiert haben.

In der Kroppacher Schweiz kamen übrigens in abwechselnder Folge Erzgänge mit Blei-, Silber-, Kupfer-, Zink- und Eisenerzen und mit Schwespat, teilweise mit Nickelerz bereichert, vor. Es sollen aufgezählt werden:

- Kupfererzgrube „Steinchen“ bei Kundert (hatte 1906 14 Beschäftigte)
- Gruben „Paul“ und „Schellert“ bei Niedermörsbach
- Grube „Silberschnur I bis VI“ bei Giesenhausen, Stein und Ahlhausen
- Gruben „Concordia“ und „Ludwig“ nahe Stein (heutiges Stein-Wingert)
- Grube „Lore“ bei Wingert (heutiges Stein-Wingert)
- Grube „Bleiberg“ in Streithausen
- Eisensteingrube „Steinfeld“ in Atzelgift.

In der Nähe von Hachenburg und Alpenrod waren die Gruben „Urwald“ (Bleierz), Alpenrod, „Auf dem Krumrich“ („Cramerich“), (Brauneisenstein und Kupferkies), Alpenrod, „Germania X“ (Blei- und Kupfererz), Alpenrod, „Kühberg I“, „Beata“ (früher „Flora“) und „Gute Hoffnung“ (Kupfererz, Braun- und Spateisenstein), Gewerkschaft „Johannes Hoffnungsstern“ (Eisenerz) und „Victoria“ (Eisenerz), „Füllhorn“ (Brauneisenstein), „Zuflucht“ (Eisenerz) alle Alpenrod. Es ist auch bekannt, daß am 9.4.1935 dem Pächter des Grubenfeldes Gewerkschaft Himburg (Ortsteil der Gemeinde Rothenbach) gestattet wurde, im Distrikt „Wetzstein“ nach Eisenerz zu schürfen. Bis 1939 waren die Arbeiten erfolglos und wurden eingestellt.

In Marienberg in der Adolfstr. 9 gab es um 1920 die Grubenverwaltung der „Hedderheimer Kupferwerke“.

Wegen der vielen Grubenstilllegungen des Oberwesterwälder Erzbergbaus fanden, wie aus den Unterlagen des Hessischen Hauptstaatsarchivs Wiesbaden ersichtlich ist, 3 Bergarbeiter-Versammlungen statt. Der Landrat des Oberwesterwaldkreises berichtet hierzu am 28.2.1900 an den Regierungspräsidenten zu Wiesbaden:

„...I. Die christlich soziale Partei hat im Laufe des Monats Februar d.Js. 3 Versammlungen im Oberwesterwaldkreis zusammenberufen und zwar Sonnabend, den 11. Februar d.Js. in Kroppach, Sonntag, den 11. Februar d.Js. nachmittags in Marienberg und am selben Tage abends in Unnau. Als Redner trat ein Dr. Burkhardt aus Godesberg auf; der Inhalt des Vortrages war in allen 3 Versammlungen fast der nämliche. Die Versammlungen sind nicht polizeilich überwacht worden; doch war in der Marienberger der Gendarm Zikorsky, in der Kroppacher der Gendarm Köth von Höchstebach anwesend. Die Marienberger Versammlung anlangend, so hat der „Rheinische Kurier“ des Richtige gebracht. Denn nach Text und Inhalt der Rede des Dr. Burkhardt scheint der erste und Hauptzweck der Versammlung die Ausbreitung der Partei im Hinblick auf die nächsten politischen Wahlen zu sein. Bekanntlich hat die christlich soziale Partei bereits anlässlich der letzten Reichstagswahlen viele Geldmittel in den Westerwald geworfen und lebhaft agitiert. Redner versuchte in längerer Ausführung darzulegen, daß die Arbeiter ihre Interessen nur dann wirksam vertreten könnten, wenn sie organisiert seien und die christlich soziale Partei habe es sich zur Aufgabe gemacht diese Organisation in wirksamer Weise durchzuführen. Aber nicht allein die Arbeiter seien zu organisieren, sondern für die Handwerker würde die Organisation ebenfalls segensbringend sein, weshalb die christlich soziale Partei es sich zur weiteren Aufgabe gemacht, auch hierfür einzutreten und ein Fortschritt sei schon mit der Novelle zur Gewerbeordnung vom 21. Juli 1897 gemacht worden. Weitere Aufgabe der christlich sozialen Partei seien Neubelebung der immer mehr schwindenden Pflege der Christenlehre, der die bestehende Staats- und Gesellschafts-Ordnung untergrabenden Sozialdemokratie entgegenzuwirken, und der Sittenverderbnis der größeren Städte zu steuern und hierbei durchzusetzen, daß die Prostitution überhaupt nicht mehr geduldet werde. Um nun die Einrichtungen und Zwecke der Arbeiter-Organisation sowie der Partei den betreffenden Bevölkerungskreisen bekannt zu geben, sei zunächst darauf hinzuwirken, daß die Parteizeitung, das in Siegen erscheinende „Volk“ die weitgehendste Verbreitung erfahre. Dieses solle dadurch erreicht werden, daß in jedem Dorf ein Vertrauensmann bestellt würde, welcher die Abonnenten auf das Blatt anwerben müsse. II. Erst nach diesen Darlegungen kam als zweiter Punkt die Inbetriebsetzung der Haniel'schen Gruben im Kreise auf die Tagesordnung. Redner führte hierbei ganz richtig aus, daß es als ein großer Übelstand für die Arbeiter aus dem Kreise anzusehen sei, daß dieselben mangels heimischer Gelegenheit dazu gezwungen sind, die Industriebezirke der angrenzenden Theile der Rheinprovinz sowie der Provinz Westfalen aufzusuchen, wodurch der Verdienst für die Kosten für Nahrung und Logis am Arbeitsorte erheblich geschmälert und außerdem das Familienleben durch die ständige Abwesenheit des Mannes erheblich geschädigt würde. Diese Mißstände würden aber verschwinden, wenn den Arbeitern Gelegenheit zu ausreichendem Verdienst in der Heimat gegeben sei. Dieses sei dadurch zu erreichen, daß die zahlreichen Haniel'schen Gruben im Kreise in Betrieb gesetzt würden. Dieses müsse erreicht und nötigenfalls zu erzwingen versucht werden. Die Verkehrsverhältnisse auf dem Westerwalde stünden dem Betrieb der Gruben nicht mehr im Wege. Die Straßen seien in gutem Zustande, mehrere Eisenbahnen durchquerten

den Westerwald und in den nächsten Jahren träten noch neue Bahnlinien hinzu. Um die Sache weiter zu verfolgen, und die Verhandlungen zu führen, wurde eine Commission gewählt; und beschlossen, zunächst eine Massenpetition an das Kgl. Oberbergamt zu Bonn zu richten und wenn hiermit ein Erfolg nicht erreicht würde, bei dem Herrn Minister vorstellig zu werden. Daß die gleiche Angelegenheit meinerseits aufgegriffen ist und ich mit der Gutehoffnungshütte dieserhalb in Ver-kehr stehe, habe ich bereits anderweit berichtet...“

Einige Passagen aus dem zitierten Bericht des „Rheinischen Kurier“ dürften auszugsweise noch interessieren:

„...wandern Montags gewiß an 1000 Arbeiter vom Westerwalde, meist Bergleute, in das benachbarte Siegerland, um dort lohnenden Verdienst zu finden. Samstags kehren dieselben wieder zurück. Nun will man auf Grund des § 65 des Berggesetzes obige Gesellschaft zu zwingen suchen, ihre Gruben hier und in der Umgebung in Betrieb zu setzen, damit die Bergleute in der Heimat bleiben und ihren meist kleinen Ackerbau mitversehen können... Daß der christlich-sozialen Partei aber erst in zweiter Linie das Wohl der Bergleute am Herzen liegt, vielmehr die Organisation und Ausbreitung ihrer Partei...“

Eine vierte ähnliche Versammlung war für Westerburg vorgesehen, die wohl den gleichen Verlauf genommen hat, über die aber kein Bericht vorliegt.

Ähnliche Klagen äußerte auch in 1901 der Gutsbesitzer K. Schneider auf Hof Kleeberg bei Hachenburg:

„...Die 4000 bis 5000 Arbeiter, welche in der Industrie seit Abschluß der letzten Handelsverträge guten Nebenverdienst finden, entstammen fast alle unseren kleinbäuerlichen Familien und ihr Verdienst kommt dem kleinen Landwirtschaftsbetrieb zu gut. Herr Landrat Büchting schreibt in seinem Kreisverwaltungsbericht pro 1898/99 wörtlich ‚Der wirtschaftliche Aufschwung der Industrie ist nicht ohne Einfluß auf den Kreis geblieben. Fast 4000 Arbeiter wandern allwöchentlich in das Siegerland, um in den Bergwerken und Fabriken zu arbeiten...‘...“

In den Nachbarkreisen dagegen hielt der Mangel an Bergarbeitern weiter an. Im Januar 1906 wurden z.B. in den Siegerländer Gruben infolge günstiger Konjunktur 300 - 400 Hauer und Schlepper gegen hohen Lohn gesucht.

Bedenken wegen der Beschäftigung in der Industrie, ohne einen Beruf zu erlernen, werden auch in einem Bericht vom 3.5.1901 geäußert:

„...Fast niemand will mehr ein Handwerk erlernen, weil meist bei der dreijährigen Lehrzeit nicht nur kein Geld verdient wird, sondern noch Lehrgeld gezahlt werden soll. Die meisten Eltern schicken deshalb ihre Jungen in Fabriken oder in industrielle Werke, wo dieselben 1,20 bis 1,50 Mk. täglich verdienen. Kräftige jugendliche Arbeiter verdienen als Steinklopfer täglich sogar 3 Mk. und noch mehr. Wegen dem sofortigen Geldgewinn werden die meisten aus der Schule entlassenen Jungen Tagelöhner und viele Eltern denken des Verdienstes wegen nicht an die Zukunft ihrer Söhne. Viele Handwerksmeister, die einige Beihilfe in ihrer Werkstätte haben müssen, sehen jetzt ganz von Zahlung eines Lehrgeldes ab, ja sie geben den Lehrlingen sogar freie Verpflegung und obendrein noch eine Vergütung, wenn auch nur zur Zeit der Sonntage...“

2.1.2 Braunkohlenbergbau

Nachdem in einigen Überlieferungen darüber berichtet wird, daß bereits im Jahre 1585 in den Bachbetten und an den Händen der Großen und Schwarzen Nister (Gegend um Hachenburg) Kohlenstücke gesichtet worden sein sollen, hält die Chronik erstmalig das Jahr 1595 fest, wo man im Nachbarkreis („Breitscheider Hölzchen“) auf Braunkohle aufmerksam wurde.

In der Westerwälder Zeitung vom 2.11.1906, wurde ausführlich mit etwas abweichenden Daten über die Westerwälder Braunkohle berichtet. Es heißt dort u.a.:

„Über die Entstehung der Westerwälder Braunkohle herrschen von jeher Meinungsverschiedenheiten. Es wurde angenommen, sie sei aus einer Holzart, die heute nicht mehr vorkomme. Es gibt aber Braunkohlenstücke, die unserem Eichenholz sehr ähnlich sehen; namentlich die knorrigen Wulste, die wir oft an Eichen wahrnehmen, finden sich vielfach in der Braunkohle und sind dem Bergmann bekannt unter dem Namen „Wirsch“. Diese Braunkohle ist sehr hart, ähnlich dem Eichenholz, während man an anderen Stellen so weiche Braunkohle findet, daß sie wenig Heizwert hat. Daß in den einzelnen Gemeinden des Westerwaldes zur Zeit der Verschüttung der Wälder verschiedene Holzarten gewachsen sind, kann man an der Braunkohle genau feststellen. Es gibt eine Grube, von der jeder Bergmann behauptet, hier seien Eichenwälder begraben worden und andere, bei denen es sich um ehemaliges Kiefern- oder Fichtenholz handelt. Es kommen Stücke Braunkohlen zu Tage, aus denen man ganz gut eine schöne große Tischplatte machen und sie behobeln könnte wie ein Eichenbrett.“

Im Jahre 1651 wurden bei Höhn die ersten Braunkohlen gefunden. Der Fürst Johann Ludwig von Hadamar, zu dessen Gebiet Höhn damals gehörte, ließ dort eine Grube anlegen. Doch starkes Grundwasser veranlaßte in kurzer Zeit die Einstellung des Betriebes.

Einen erneuten Versuch unternahm man 1718. Damals waren hessische Bergleute der verbreiteten Ansicht, daß Braunkohlen das Dach von Steinkohlen bilden, als auf dem Holzkohlenflötz zu Höhn unter der damaligen Vormundschaft des fürstlichen Hauses Hessen ein ordentlicher Abbau angefangen werden sollte. Dabei rieten die hessischen Bergleute, die Kohlenwerke aus den Händen der Gewerkschaften, das ist eine Unternehmensform im Bergbau, zu nehmen und sie für Rechnung der Landesherrschaft zu betreiben; also Verstaatlichung. Sie glaubten, das „Ausgehende“ der Steinkohlen bei den Dörfern Kackenberg (heute Neuhochstein) und Schönberg durch eine angelegte Rösche gefunden zu haben, wobei sie gleichzeitig Braunkohlen antrafen.

Beim Anlegen eines Mühlgrabens an der Großen Nister, im Bereich der Gemarkung Höhn, wurden ebenfalls Braunkohlen gefunden, welche dort zu Tage traten. Später gruben sich die Leute ihren Bedarf dort selbst.

Im Jahre 1749 und einige Jahre nachher wurden zu Bach und Stockhausen Braunkohlen entdeckt, und zwar durch Ausspülen von Kohlenstückchen durch vorbeifließendes Wasser. (Anm.: Anderen Aufzeichnungen nach soll bereits 1746 in Bach mit dem Abbau von Braunkohlen begonnen worden sein). Vorerst wurden auch hier die Bergwerke von den Einwohnern betrieben, und zwar im Tagbau. Erst im Jahre 1749 wurde das Bergwerk zu Bach, 1750 das zu Stockhausen und

1780 dasjenige zu Höhn von der Landesherrschaft übernommen. Was die Löhne angeht, so verdiente ein Bergmann um 1800 in 8 Stunden erst soviel wie 1907 in 1 Stunde.

Bei Guckheim im Amte Wallmerod wurden schon in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts Braunkohlen gefördert. Das Bergwerk ward aber 1746 wieder verlassen, weil in diesen Jahren in genannter Gegend das Holz so billig war, daß sich ein Abbau von Kohlen nicht rentierte. Die vorhandenen Kohlen wurden zu Asche gebrannt und die Felder damit gedüngt.

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts zeigten sich bei Elbingen ebenfalls Spuren von Braunkohlen ganz nahe an der Erdoberfläche.

Die Braunkohlen wurden ursprünglich nur als Hausbrand verwendet. In dieser Beziehung allein war ihr Auffinden von großem Segen für den Westerwald, da die Wälder sonst vollständig verschwunden wären.

Später bedienten sich die Bierbrauer der Braunkohlen mit gutem Erfolg, ebenso die Bäcker. Da sie weit stärker heizten als ordinäres Holz und das Feuer glimmend lange anhielten, wurden sie auch in Meilern verkohlt und an die Schmiede und Schlosser verkauft. Verkohlte Braunkohle wurde auch von der Grube zu Stockhausen nach der Eisenhütte bei Haiger geliefert und dort teils unvermischt, teils mit Steinkohlen versetzt, teils auch unverkohlt, jedoch dann in Beimischung mit Steinkohlen verblassen.

Wegen der vortrefflichen Wiesendüngung, welche die Braunkohlenasche ergab, wurden in derselben Zeit Aschenbrennereien angelegt und die Asche verkauft. In Stockhausen verbrannte man sämtliche kleinen Kohlen zu Asche und verkaufte letztere zu 5 Kreuzer die Meste. Es wurde damals allgemein behauptet, daß der Wiesenbau viel dabei gewonnen habe, seitdem mit Asche gedüngt worden sei und daß dieses Verfahren nützlicher wäre als die kleinen Kohlen mit Lehm vermischt zu Ballen zu formen und an der Sonne zu trocknen (Briketts). Auch auf die Äcker wurde das Kohlenklein gefahren und dort in einzelnen Haufen zu Asche gebrannt, welche letztere so düngte, daß Kartoffeln gezogen werden konnten ohne jeden weiteren Düng.

Der Abbau der Braunkohlen war anfangs noch sehr einfacher Natur. Da wo die Kohlen ausgingen, wurde eine sogenannte Rösche angelegt und diese so weit geführt, als das Wasser die Arbeiten nicht behinderte. Später erst wurden von den Tälern ausgehende Stollen zum Abziehen des Wassers angelegt und die Kohlen auch durch Schächte aus einer Tiefe von 50 bis 80 Metern geholt. Trotzdem fand auf der Grube zu Stockhausen von 1758 bis 1785 eine Ausbeute von 37.000 Zain (Zain = 0,80 cbm) statt, während Höhn eine solche von 120.000 Zentnern von 1780 bis 1784 zu verzeichnen hatte.“

Schon um 1722 belieferte eine Braunkohlengrube „In der Esch“ bei Langenbach/M. eine in der Nähe liegende Eisenhütte.

In einer Dokumentation der Gemeinde Dreisbach ist vermerkt: „Am 10.11.1749 befanden sich in der Umgebung von Höhn und Schönberg 7 verschiedene Braunkohlengruben. Zu diesen 7 Gruben zählten auch die beiden Gruben in Dreisbach. Die Gemeinde Dreisbach hatte 1747 bei der fürstlichen Verwaltung zu Diez um die Belehnung mit dem ‚Neuen Kohlenbergwerk‘ bei Höhn-Schönberg gebeten und 1748 an die Erledigung der Angelegenheit erinnert. In der Grube waren jedoch schon im Win-

ter 1750 keine Kohlen mehr vorhanden.“ Dreisbach war 1781 mit 360 Wagen Braunkohle am Umsatz der Grube Höhn beteiligt. Beim Basaltabbau in Dreisbach in den „Heistern“ in 1904 war offenbar nicht sorgfältig genug gewählt worden, denn man stieß in 30 m Tiefe auf ein 4 m mächtiges Braunkohlenflöz und einen alten Stollen. Es war bekannt, daß in früheren Zeiten sich die Dreisbacher schon im Tagebau mit Braunkohle für den Eigenbedarf dort versorgt hatten.

In der Nähe von Höhn versuchten sich etwa um 1850 Ausländer mit industriellen Anlagen. Aus Braunkohlen wurde Teer gemacht; ohne Erfolg. Das Fehlen der Eisenbahn ließ diesen neuen Industriezweig nicht aufkommen.

Außer den Gruben „Viktoria“ bei Kackenberg, „Alexandria“ bei Höhn, „Nassau“ bei Schönberg, „Segen Gottes“ bei Illfurth/Großeifen (hier kostete 1884 ein Zain Stückkohlen 4 Mk.; auch wurde hier im gleichen Jahr für einen Anteil von $3\frac{3}{4}$ Kuxen ein Käufer gesucht), „Oranien“ bei Stockhausen/Eichenstruth, die 1926 stillgelegte „Wilhelmszeche“ bei Bach mit zeitweise mehr als 600 Beschäftigten waren weitere Braunkohlengruben auch bei Bölsberg/Unnau/Kirburg (Grube „Concordia“, die 1745 erschürft wurde und viele Kohlen für den Eisenhammer bei Nister lieferte; später änderte sich der Name vorübergehend in „Gewerkschaft Neuhaus II“; geographisch gesehen lag sie in der „Hinteren Eichwiese“ der Gemarkung Unnau), bei Westerburg (Grube „Gute Hoffnung“), bei Marienberg (Grube „Neue Hoffnung“ unterhalb der Büchtingstraße, zu meiner Jugendzeit ‚Berghalde‘ genannt, 1925 stillgelegt, und Grube „Eintracht IV“, 1928 stillgelegt, in deren nicht sehr tief gelegenen Stollen das Mittagsläuten der Marienberger Kirche zu hören war; 1947/48 im Tagebau am Bacher-Lay-Weg wieder betrieben), bei Oberroßbach/Fehl-Ritzhausen/Hof, auf dem Niederfeld zwischen Hof und Ritzhausen (Grube „Adolf“/bzw. „Adolfszeche“, bis 1906 betrieben), bei Lautzenbrücken („Paulsrod“), bei Hof („Hermanns-zeche“/„Auf‘m Feitz“, schon 1890 nicht mehr in Betrieb) und bei Norken („Spaeth“).

Die „Wilhelmszeche“ bei Bach (Besitzer um 1920 war der Berg- und Hüttenbetrieb Duisburg) hatte eine Verladestation mit einem extra angelegten Bahnanschluß in Fehl-Ritzhausen. Sie wurde Ende der 1940er/Anfang der 1950er-Jahre von der „Alexandria“ Höhn wieder erschlossen.

Wer kann sich noch daran erinnern, daß man 1846 beim Aufwerfen eines Grenzgrabens am Stegskopf auf ein Kohlenflöz stieß, das durch Schürfungen an verschiedenen Stellen erschlossen wurde? Die Kohle wurde bis 1872 durch einen Stollen abgebaut. Von 1921 bis 1924 wurde am Stegskopf dann erneut Braunkohle gefördert.

Nicht vergessen werden sollen bei Aufzählung der Oberwesterwälder Braunkohlengruben, sofern nicht bereits davon berichtet:

- „Gerechtigkeit“ bei Westerburg/Pottum/Stahlhofen (unmittelbar am Wege von Oellingen nach Stahlhofen (1907 war Besitzer Otto Nordhaus, beschäftigte über 100 Bergleute),
- „Wilhelmsfund“ bei Hergenroth; mit Abt. „Gnade Gottes“, ebenfalls Hergenroth (ca. 60 Beschäftigte)
- „Christiane“, Westerburg
- „Eduard“, Härtlingen
- „Waffenfeld“, Höhn
- „Siebertsgrube“ bei Höhn
- „Franziska“, Guckheim

- „Moritz“, Hof
- „Einigkeit“, Westerburg
- „Glückauf“, Kirburg
- „Humbold II“, Bellingen
- „Segen Gottes“, Großseifen
- „Franz I.“, Westerburg
- „Himburg“, Bach
- „Sybille II/Moritz“
- „Louisiana“, die an „Oranien“ grenzte
- „Paul I.“, Eichenstruth
- Schacht „Anna“, Höhn
- „Segen Gottes“, Stockhausen, und
- „Kaiser-Wilhelm-Stollen“, Hahn b. Mbg.

Nähere Angaben über die Grube „Kohlensegen“ sowie eine Grube „Am Pfaffenweiher“ waren nicht zu erhalten.

Auch unter dem Basaltmassiv des Stöffels liegt Braunkohle. Das hat eine Probebohrung der Firma Uhrmacher ergeben. Die Basaltdecke hat dort allerdings eine Mächtigkeit von mehr als 100 m.

In 1903 wurde in Waldmühlen von neuem auf Braunkohlen gebohrt, nachdem vor Jahresfrist in einem Bohrloch schon ein Flöz von 1,50 m sehr guter Braunkohle getroffen wurde und man hoffte, mit dem neuen Bohrloch auf das in älteren Urkunden erwähnte Flöz von über 2 m Mächtigkeit zu stoßen.

Auch in Langenhahn begann die Gewerkschaft Vulkan in dem dortigen Lignitkohlenfeld „Paul“ im Jahre 1906 ein Kohlenflöz von 4,40 m Mächtigkeit zu erbohren. 1907 stand fest, daß im Frühjahr 1908 dessen Ausbeutung in Angriff genommen werden sollte, nachdem das Flöz eine Mächtigkeit von 5 m hatte. Die Betriebsgesellschaft dachte, bis zu 70 Waggons zu fördern, da die Inbetriebnahme der Westerwaldquerbahn erleichterte Abfuhr sicherstellte.

Von einer Braunkohlengrube „Eduard“ bei Caden (später Kaden) ist zu berichten, daß dort 1907 alles aufgegeben werden mußte, um das andringende Wasser zu bewältigen. Dieses Braunkohlenfeld war 1906 von den Gewerken Dr. Schmieden & Marx aus Berlin gekauft worden. Es wurden Kohlenflöze von 4 m Mächtigkeit gefunden. Die Brikettierung der gefundenen Braunkohlen sollte dort betrieben werden. Bis zur Inbetriebnahme der Querbahn Westerburg - Montabaur wurde eine Drahtseilbahn zum Bahnhof Westerburg gebaut; später sollte der Bahnanschluß an die neue Eisenbahn bei Möllingen eingerichtet werden. Man rechnete mit einem Kohlenversand von etwa 70 Doppelwaggons pro Tag.

Je nach Wirtschaftslage waren die Beschäftigtenzahlen unterschiedlich. So hoch wie sein Alter, so wechselhaft ist auch das Schicksal des Westerwälder Braunkohlenbergbaus gewesen. Zeiten, in denen zahlreiche Gruben in Betrieb und Förderung standen, wurden immer wieder von Zeiten gänzlichen Darniederliegens und Stillstandes abgelöst. Da der Westerwälder Braunkohlenbergbau nicht in der Lage war, ernste Wirtschaftskrisen aufzufangen, sind besonders in den 20er-Jahren des 20. Jahrhunderts nicht weniger als 26 Braunkohlengruben das Opfer jenes einmaligen volkswirtschaftlichen Bumerangs geworden.

Nach dem 2. Weltkrieg, bis zur Währungsreform, fand vielerorts ein „wilder Braunkohlenabbau“ statt, so u.a. in Bach an der Nister sowie bei der Fehler Mühle in der Laach in und bei der Nister.

In Marienberg am Weg zur Bacher Ley, linke Seite, förderten Adolf Schmidt, Otto Häbel, Gustav Franz, Emil Weinbrenner, Emil Neeb und Hugo Steup in 1946-49 Braunkohlen, meist im Übertagebau, aber auch durch Anlage kleiner Stollen. Nachdem vom zuständigen Bergamt der nicht rechtmäßige „wilde“ Abbau untersagt worden war, fanden im Dezember 1950 erste Gespräche hinsichtlich der Eröffnung eines Braunkohlen-Tagebaues am Weg zur Bacher Lay statt, und zwar durch die „Gewerkschaft Neuhaus II“. Bereits Ende Januar 1951 kam beim Abbau ein 45-Tonnen-„Menk“-Bagger zum Einsatz. Nach etwa 3 Monaten wurde die Arbeit beendet. Ein großer Teil der Braunkohlen wurde direkt an gewerbliche und private Abnehmer verkauft, der andere auf dem Bahnanschluß zwischen der Brückenmühle und dem Langenbacher Friedhof auf Eisenbahnwaggons verladen (Abnehmer waren in Stuttgart, Frankfurt/M und Lübeck). Nach der Ausbeutung war die „Gewerkschaft Neuhaus II“ nicht mehr zahlungsfähig; es war jedoch eine Geldsumme für die Renaturierung des Abbaulandes hinterlegt worden.

Als 1959 das Kraftwerk (EWAG Höhn) stillgelegt wurde (im Jahre 1923 gingen von 163.946 Tonnen auf Grube „Alexandria“ geförderten Braunkohlen etwa 140.000 Tonnen an das Kraftwerk), war auch das Schicksal dieses Bergwerks besiegelt. Es stellte den Betrieb mit der zehn Kilometer langen Hauptförderstrecke, von der, einem Spinnennetz gleichend, die einzelnen Stollen ausgingen, am 18.4.1961 ein. Die 80 Meter tiefen Schächte wurden bis auf den Hauptförderschacht zugeschüttet. Schienen, Maschinen und Leitungen blieben in der Tiefe zurück.

1907 wurden auf Grube „Alexandria“ schon 170, 1923 über 1000 Beschäftigte gezählt. In 25 Braunkohlengruben des Oberwesterwaldes waren 1922 1.555 Bergleute tätig.

Über die Arbeit „unter Tage“ soll in diesem Zusammenhang noch kurz eingegangen werden. Braunkohlenabbau bzw. Bergbau allgemein war Schwerarbeit. Tief in der Erde, wo kein Tageslicht mehr hinfällt, kilometerweit vom Eingang entfernt, schufteten die Bergmänner im engen Stollen. Sie waren ausgerüstet mit dem sogenannten „Gezähe“, dem Handwerkszeug des Bergmannes. Im Schein einer Karbidlampe „fraßen“ sich die Kumpels mit Sprengstoff, Hacke und Schaufel durch den Westerwälder Basalt zu den Flözen, wie die wertvollen Kohleschichten genannt werden. In der Grube „Alexandria“ fanden die Bergleute besonders harte Braunkohle. Die ist sehr wertvoll, da sie in großen Blöcken gefördert werden konnte und als Hausbrand verkauft wurde. Die kleinen Stücke gingen direkt ins ansässige Kraftwerk.

An einem Betriebspunkt waren immer zwei Bergleute eingesetzt; allein zu arbeiten war aus Sicherheitsgründen verboten. Das Zweiergespann setzte sich zusammen aus dem Hauer und Lehrhauer. Der Hauer war berechtigt, mit Sprengstoff umzugehen. In der Grube „Alexandria“ wurde alles von Hand gemacht. Die eine Schicht räumte die Stein- und Kohlebrocken der vorherigen Schicht weg, sprengte danach wieder. Das entstandene Geröll wurde dann wieder von der nächsten Schicht abtransportiert. Für den Transport war vor allem der Lehrhauer zuständig. Er schob die gefüllten Loren dorthin, wo die Braunkohle mit Elektroloks zum Förderschacht weiterbefördert wurde. Eine Fuhre wog bis zu einer halben Tonne. In einer Schicht drückte der Lehrhauer rund 20 Wagen, also zehn Tonnen. Um den Weg zu erleichtern, wurden die Schienen meist so verlegt, daß die Strecke beim Abtransport abschüssig war.

Unter Tage war die Kameradschaft eine ganz besondere. Man war in der Finsternis voll aufeinander angewiesen. Wenn es „vorne zuging“, d.h. ein Stolleneinbruch erfolgte, mußte man sich auf den anderen verlassen können. Davon hängen Menschenleben ab. Leider hat es auch auf der Grube „Alexandria“ Tote gegeben. Die meiste Gefahr ging vom Wasser aus. Von allen Seiten strömte das Wasser in die Schächte und Stollen. Zweite Bedrohung war das „Wetter“. So bezeichnet der Fachmann die Luft in der Grube. Bei Tiefdruck war die tödliche Gasbildung unberechenbar. Sicherheitslampen, die an der Färbung der Flamme erkennen ließen, ob die „Luft rein ist“, waren lebenswichtig. Wenn die Flamme erlosch, mußte der Stollen schleunigst verlassen werden, da dann giftiges Kohlendioxyd in die „Strecke“ eingedrungen war. Größte Gefahr bestand, wenn das Gas zu spät bemerkt wurde.

Wenn ein Abbaugelände ausgebeutet war und die Hauer weitergezogen waren, bildeten sich diese Gase. Sie drangen dann durch Risse und Klüfte in die Hauptstrecke. Wenn das bemerkt wurde, sperrte man die Stollen. Als erste Maßnahme konnte man Druckluft, die sonst die Bohrer antrieb, in die Strecke blasen. Diese vertrieb die Gase. Eine nachhaltige Gegenwehr bildete das Torkretieren. Mit großem Druck wurde eine flüssige Zementmasse gegen die Wände geschleudert und verschloß die haarfeinen Ritze. Das Kohlendioxyd fand dann keinen Weg mehr in die befahrenen Gänge.

Daß sich alle Kumpels an die Sicherheitsvorschriften hielten, dafür sorgte der Steiger. Er sollte in erster Linie auf Leben und Gesundheit seiner Leute achten, erst dann darauf, daß sie ihre Arbeit ordentlich erledigten.

Jeden Tag waren die Bergleute zuletzt etwa 8 Stunden unter Tage. Für ihre anstrengende Arbeit erhielten die Hauer im Durchschnitt: 1936 etwa 4,60 RM und 1938 etwa 5,20 RM. Mit der Besserung der wirtschaftlichen Situation fanden sich

immer weniger Männer, die bereit waren in die Grube einzufahren. Darum erhielten sie eine Zulage, die am Anfang 2,50 Mark pro Tag betrug. Dazu kam 1948 ein täglicher Lohn von etwa 7,48 Mark, der bis 1949 auf 11,15 DM anstieg.

2.2 Steine und Erden

Das Basaltplateau des Hohen Westerwaldes entstand durch die geologischen Vorgänge im Tertiär. Der devonische Grundgebirgssockel, der die variszische Faltung des Karbons mitgemacht hatte, war im Perm zu einer Rumpffläche eingeebnet, „eingerumpft“ worden. Zu Beginn des Tertiärs zeigte sich im wesentlichen eine flachwellige Sumpflandschaft, deren Gewässer über das sogenannte „Vallendarer Stromsystem“ miteinander verbunden waren. Wegen des wechselfeuchten subtropischen Klimas unterlag die Landoberfläche einer starken Verwitterung, wobei eine Kaolinisierung der Gesteine entstand, d.h. das paläozoische bzw. devonische Grundgebirge wurde durch eine kaolinische Verwitterungsschicht abgedeckt.

Der devonische Tonschiefer des Grundgebirges wurde zu Ton zersetzt, der Grauwackensandstein zerfiel zu Sanden, die sich durch Hinzutreten von Kieselsäure zu Quarzit verfestigten. Ablagerungen aus Flüssen und Seen führten zur Bildung von Tonlagerstätten mit dem älteren dunklen und dem jüngeren hellen Ton.

Gegen Ende des Untermiozän wurde der Westerwald von einer tektonischen Unruhe erfaßt, die Gänge und Verwerfungsspalten verursachte. Erstmals seit dem Paläozoikum konnten sich vulkanische Schmelzen den Weg an die Erdoberfläche bahnen. Der Vulkanismus dauerte insgesamt gesehen also von etwa 40 Millionen Jahren an bis kurz vor Einsetzen der Eiszeit. Ein Schritt zurück: Bevor sich die ersten Lavamassen auf oder direkt unter der Erdoberfläche ergossen, stießen



Abb. 2.1 Steinbrucharbeiter; an der Wand

gewaltige Tuffmassen zutage und bedeckten große Teile des Westerwaldes, in die das glutflüssige Magma dann - nachfolgend - eindrang. Das Magma blieb sogar teilweise in der Tuffdecke stecken. Die Lavamassen drangen also aus dem Erdinneren empor und ergossen sich noch unter der Oberfläche in die bis zu 100 m mächtigen Ablagerungen von Basalttuff und Tuffit oder breiteten sich flächenhaft über das Lokermaterial.

2.2.1 Basalt

Mit seiner außerordentlich hohen und gleichmäßigen Druckfestigkeit nimmt der Basalt zweifellos die erste Stelle unter allen Gesteinen ein, die sich für Straßen- und Wasserbau eignen.

Basaltvorkommen des Hohen Westerwaldes, die im wesentlichen abbauwürdig sind bzw. waren, die aber größtenteils heute nicht mehr ausgebeutet werden, sind

- das Massiv des Stöffels bei Enspel und Büdingen,
- die Bacher Ley bei Bad Marienberg,
- das Vorkommen am Weidling bei Langenbach bei Marienberg,
- der Kackenberger Stein südwestlich Großseifen,
- das große Deckenvorkommen bei Westernohe,
- der Dorrstock westlich Langenhahn,
- die Vorkommen bei Hergenroth und Stahlhofen,
- die Luckenbacher Ley,
- die Vorkommen bei Langenbach-Friedewald,
- die Vorkommen bei Irmtraut und Neunkirchen,
- ein Teil des großen Deckenmassivs bei Berzhahn, Willmenrod und Girkenroth
- der Geisenwald nördlich Gershasen-Brandscheid,
- die Vorkommen in Marienberg und Zinhain
- und zahlreiche weitere Basaltkuppen.

Die Basaltvorkommen des Oberwesterwaldes waren bis etwa 1880 kaum ausgebeutet. Es ist aber bekannt, daß in der Gemarkung Rennerod der Steinbruch „Hexenbaum“ existierte, in dem schon 1884 für die Unterhaltung der Frankfurt-Siegener-Berzirksstraße Steine gebrochen wurden. Als Mitte der achtziger Jahre (im 19. Jahrhundert) die ersten Eisenbahnen den Westerwald erschlossen und Anfang der neunziger Jahre eine Erleichterung des Bahnversandes von Wegebaumaterial durch Einführung eines billigen Ausnahmetarifs erfolgte, änderte sich die Situation relativ rasch.

Etwa im Jahre 1889 konnte ein Bruch bei Hölzenhausen eröffnet werden.

Bereits 1883, und wahrscheinlich auch schon früher in 1869/70 wird der Steinbruch der „Rothenbacher Lay“ erwähnt, wo Basaltsteine zu brechen und jeweils an eine Baustelle zu transportieren seien. Später in 1892 soll angeblich dieses Vorkommen entdeckt worden sein, nachdem eine dünne Bodendecke abgehoben war und Basaltsäulen von leuchtend blauer Farbe und einem Durchmesser von 30 - 60 cm zutage traten. Ab 1895 wurde der Basaltabbau gewerblich betrieben, und zwar vom Pächter Gastwirt Christian Fein, Langenhahn. Der Steinbruch wurde ab 1.10.1898 von Christian Fein durch Pachtvertrag an die Eiserfelder Steinwerk AG in Eiserfeld veräußert, und zwar bis zum 31.3.1930. In der „Rothenbacher Lay“ waren 1906 130 Arbeitnehmer (darunter 50 Kipper) beschäftigt, in 1914 ständig 120 Arbeiter und zeitweise sogar deren sogar 180. Kipperbuden waren mehr als 80 vorhanden. 1933 wurde der Steinbruch durch die Firma Edmund Regnery, Rothenbach & Karl Schäfer, Westerbürg, wieder eröffnet, am 9.1.1935 nach dem Tod von Regnery mit der Basalt-AG Linz zusammengeschlossen unter dem Namen „Basaltwerke Rothenbacher Lay“ (von der Gemeinde Rothenbach auch das Verpachtungsrecht auf das Basaltvorkommen



Abb. 2.2 Steinbrucharbeiter (darunter 4. von rechts Albert Kempf)



Abb. 2.3 Stöffel-Büdingen 1926

„Wetzstein“ zugestanden) und nach dem Ausscheiden von Karl Schäfer in 1938 in „Westerwaldbrüche Betrieb Rothenbacher Lay“ umbenannt. 1938 zählte der Steinbruch 101 Beschäftigte. 1941 im Krieg stillgelegt, erfolgte am 1.5.1950 erneute Betriebseröffnung. Die endgültige Stilllegung datiert vom 31.12.1965.

Um 1900 wurde das große Deckenvorkommen des Stöffel bei Stockum und Enspel erschlossen. Hierzu berichtet die Westerwälder Zeitung am 3.3.1901: „Die Basaltgewinnung nimmt auf dem Westerwalde immer mehr zu. Etwa 20 Minuten von der Station Erbach schloß ein Landmann aus Alpenrod einen anscheinend reichhaltigen Säulen-Basaltsteinbruch auf, dessen Material von Kennern als vorzüglich bezeichnet wird. Unternehmer fanden sich bereits ein, um den Bruch anzukaufen.“ Es heißt, daß das Basaltwerk im „Stöffel“ im Mai 1901 schon annähernd 50 Arbeiter beschäftigte. Weitere Betriebe entstanden dann überall im Westerwald.

Bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges dehnte sich die Basaltindustrie immer weiter aus. Brecher und Kipper wurden ständig gesucht. Während des Ersten Weltkrieges lag die Basaltindustrie fast völlig still. Nach dem Ersten Weltkrieg stieg die Produktion enorm an, was auf eine geänderte Nachfrage zurückzuführen war. Ab 1927/28 wird wieder ein Produktionsrückgang nachgewiesen, der sich bis 1933 fortsetzte. Für den Damm, der die Zuidersee von der Nordsee trennt und 1932 fertiggestellt wurde, ist viel Basaltmaterial verwendet worden. Dann im Zweiten Weltkrieg wurden der Basaltindustrie wieder viele Arbeitskräfte entzogen. Die weitere Techni-

Abb. 2.5 Stöffel (vorne);
im Hintergrund: Nistertalbrücke

Abb. 2.4 Stöffel-Büdingen 1926

sierung und Mechanisierung setzte schon unmittelbar nach Kriegsende ein. Waren in den ersten Nachkriegsjahren noch viele Steinbrüche in Betrieb, wurden bis auf wenige Ausnahmen inzwischen alle Basaltbrüche stillgelegt.

Obwohl die Besitzer oftmals wechselten, dürfte es interessant sein, einige dieser Firmennamen aufzuzählen (Doppelaufzählung wegen Änderung der Firmennamen möglich):

- Westerwaldbrüche AG, Marienberg I, mit angeschlossener Hauptwerkstatt u. Hauptverwaltung (Marienberg I beschäftigte 1905 schon 50 Arbeiter und wollte nach Fertigstellung des Bahnanschlusses die Belegschaftszahl verdoppeln)
- Westerwaldbrüche AG, Bacher Ley
- Westerwaldbrüche AG, Betrieb Stöffel, Büdingen-Enspel
- Friedrich Wilhelm Hamann, Zinhain (beschäftigte 1905 bereits 20 - 30 Arbeiter)
- Friedrich Wilhelm Hamann, Kirburg, „Im Rauhpusch“ (Nähe des heutigen Sportplatzes); eine Wiederinbetriebnahme in 1933 kam nicht zur Ausführung)
- J. Reeh, Dillenburg, Betrieb Zinhain (Kaufpreis in 1905 8400 Mk.; Beschäftigtenzahl 1905 ebenfalls 20-30 Arbeiter)
- Dolerit-Basalt, Fehl-Ritzhausen (wurde wiederholt stillgelegt und wiedereröffnet, so z.B. in 1933; damals wurden 30 Arbeiter mit der Herstellung von Handkleinschlag beschäftigt)
- Gesellschaft Marienberger Basalt, Sitz Köln, in Fehl-Ritzhausen (zu Zeiten der Vollbeschäftigung wurden 30-35 Arbeiter beschäftigt; 1928 wegen Unrentabilität stillgelegt)
- H.W. Heinz, Essen, Betrieb Fehl-Ritzhausen (Glanzrippe)
- Steinbruch Löhl (J. Arentz), Fehl-Ritzhausen



Abb. 2.6 Stöffel: Werkstatt (links oben), Mannschaftsraum (oben), Vor- und Nachanlage (Mitte), Verladung (Mitte links)

- Jean Uhrmacher, Obercassel, Betrieb Enspel (Schornsteinfegermeister Klöckner hatte um 1890 das gewaltige Basaltvorkommen des Stöffelmassivs angeschnitten. Er veräußerte seinen in der Gemarkung Enspel gelegenen Basaltaufschluß wenig später an die Firma Dasbach aus Horhausen, welche die ersten maschinellen Anlagen im Stöffel errichtete und den Betrieb später an die Firma Uhrmacher aus Obercassel verkaufte)
- I.G. Adrian, Betrieb Enspel (suchte 1905 per Annonce 30 tüchtige Steinschläger; ebenfalls in 1906 bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung; auch 1907 besteht noch Arbeitskräftemangel, denn Steinschläger und Kleinpflastersteinschläger werden bei hohen Akkordlöhnen für dauernde Arbeit gesucht; wird schon 1903 auch als Basalt-Zementsteinwerk bezeichnet; 1906 eröffnete diese Zementfabrik an der Bahn ein großes Warenlager, dessen Inhaber 1907 nicht nur I.G. Adrian, sondern auch Leo Colmant und Leopold Rückes, Hachenburg, waren).
- Wilhelm Hundhausen, Weidenau, Betrieb Langenbach b. Kirburg
- Steinbruch „Am Buchenstrauch“, Langenbach b.K.
- Steinbruch „Oberhalb vom Birtschhahn“, Langenbach b.K.
- Steinbruch „Sillpüsch“, Langenbach b.K.
- Steinbruch „Auf der Viehweide“, Langenbach b.K.
- Westerwälder Pflasterstein-Industrie, Lautzenbrücken
- Meys & Co, Luckenbach
- Westerwälder Basalt-Industrie, Bochum, Betrieb Westerburg-Sauerborn
- Steinbruch der Basaltwerke Rhein-Wied GmbH, Beuel, in Berzhahn
- Steinbruch und Steinhauerei Peter Wirth & Co, Dahlen
- Steinbruch der Rheinisch-Nass. Steinindustrie GmbH, Köln-Rodenkirchen, in Elbingen
- Steinbruch der Firma Indax GmbH, Wallmerod, in Guckheim
- Gewerkschaft Sudberg, Bochum, Betrieb Berzhahn
- Gebrüder Rudersdorf, Girkenroth (am Südhang des mächtigen Watzenhahn; Basaltsteinbruch mit Verbundpflasterproduktion am Girkenrother Kopf)
- Trachyt-Steinbruch, Weidenhahn
- Gebrüder Dill (u. Christian Dill), Weidenhahn
- Eiserfelder Steinwerke, Marienberg
- Basalt- u. Bergbau, Betrieb Marienberg
- Basaltwerk Lürges, Stockum
- Emil Leistert, Stockum
- Gewerkschaft Albert, Großseifen
- Basaltbruch Dasbach, von Rotzenhahn (=Rotenhain) komend erstes Werk im Stöffel
- Steinbruch „Löh“, Oellingen
- Steinbruch „am Scheid“, Stockhausen (Glasbasalt)
- „Lattenheck“ in der Gemarkung Hinterkirchen
- Steinbruch der Eiserfelder Steinwerke AG, Langenhahn
- Steinbruch der Firma I.G. Adrian (Oberkassel-Siegkreis), in Hergenroth
- Steinbruch der Basaltwerke Rhein-Wied GmbH (Beuel) in Hergenroth
- Steinbruch Peter Kipp, Hergenroth
- Steinbruch Peter Hebgen, Irmtraut
- Steinbruch in Fehl-Ritzhausen bei der Damm-Mühle (Glanzrippe)
- Steinbruch bei Zehnhausen (Wallmerod)
- Gewerkschaft Saxonia, Willmenrod
- Steinbruch Westerburg der Westerburger Basaltwerke (Bonn), Inh. Richard Swoboda, Bonn,



Abb. 2.7 Stöffel: Verladerampe



Abb. 2.8 Stöffel: Bremsberg, Kühlturm, Transformatorstation



Abb. 2.9 Stöffel: Steinbrecheranlage



Abb. 2.10 Stöffel: Betriebswerkstätte

- Steinbruch Willmenrod (Anlage wurde 1941 abmontiert und nach Norwegen gebracht)
- Steinbruch bei Düringen (1907 wertvolle Steinlager gefunden)
- Steinbruch bei Gershasen
- Steinbruch Friedrich Mies, Hachenburg
- Steinbruch am Nisterweg in Hachenburg (wird schon 1884 erwähnt)
- Steinbruch beim Judenfriedhof in Hachenburg (gehörte dem Nisterhammerwerk)
- Steinbruch in der Gemarkung Altstadt (gehörte ebenfalls dem Nisterhammerwerk)
- Natursteinindustrie Stahlhofen
- Gebr. Walkenbach, Basaltbetrieb, Hachenburg
- Steinbruch beim Hofgut Weltersburg (sollte 1903 vom neuen Besitzer aus Bayern, der ihn vom bisherigen Besitzer Herr Tripp übernommen hatte) ausgebeutet werden
- Steinbruch „Kranstein“, Weltersburg (Besitzer Rudersdorf, später Basalt-AG)
- Weidling bei Langenbach b.M. (Eiserfelder Steinwerke AG)
- „Häbels Bruch“ in Marienberg (Firma Häbel & Kröller), oberhalb der Westendstraße (ehemaliges Biotop Kurt Flick)
- der Schusterbruch, Marienberg/Zinhain, oberhalb der heutigen Neuapostolischen Kirche
- der Steinbruch der Vulkan-Hartstein-Industrie, Sitz Köln, in Marienberg (auf dem heute der Bosch-Dienst Panthel in der Langenbacherstraße steht (dort wurden in 1927 57 Arbeiter u. 1 Angestellter beschäftigt)
- der Schornsteinfeger-Klößner-Bruch in Marienberg (heute Steinwildgehege im Wildpark)
- der Steinbruch der Basalt-Gesellschaft Kackenberg (heute: Neuhochstein)
- der Steinbruch „Am Saln“, Neunkhausen
- Indax-Steinbrüche GmbH, Wallmerod
- Steinbruch Rauen, Wallmerod
- der Steinbruch „Eichwiese“, Unnau und
- die Steinbrüche im „Strüthchen“ und in der „Heistern“ in Dreisbach. Hierzu ist bekannt, daß die Linzer Basalt AG 1898 damit begann, in der Gemarkung Dreisbach Pflastersteine und Schotter in Handarbeit herzustellen. Bereits 1904 wurde der Steinbruch im „Strüthchen“ aufgegeben

und mit dem Basaltabbau im näher am Püscher Weg gelegenen Teil der „Heistern“ (Eiserfelder Steinwerk AG) begonnen. Der im Jahre 1922 durch die Firma Blank und Appas, der neuen Betreiberin des Steinbruchs, erstellten Brecheranlage war nur ein kurzes Leben beschieden. Sie mußte bereits 1932 als Folge der Weltwirtschaftskrise abgebaut werden. Ab 1933 stellten einige „Kipper“ Pflastersteine her. Der damalige Stundenlohn betrug 35 Pf. 1938 wurde der Steinbruch endgültig stillgelegt. 1960/63 hat die Firma Rauen aus Wallmerod Vorgänger Firma Waltrup) in den beiden Dreisbacher Steinbrüchen größere Mengen Abfallmaterial mit Hilfe eines mobilen Brechers aufgearbeitet und beim Bau der Nistertalstraße für Dammschüttungen verwendet.

Steinbrüche im Stöffel gehörten zeitweise der Bergisch-Märkischen Stein-Industrie in Köln (vorher bis 1903 Besitzer Firma L. Rübsamen & Cie, Hof), den Firmen I.G. Adrian, Gebr. Bauer, Niederdollendorf und Dasbach & Lürges, Bonn. Es sind noch Pachtverträge vorhanden zwischen der Gemeinde Büdingen einerseits und der Firma Gebr. Bauer, Niederdollendorf (datiert 23.9.1902), der Bergisch-Märkischen Steinzeugindustrie (datiert 19.10.1904) und der Linzer Basalt-AG (datiert 3.10.1906 und 6.9.1922) andererseits. In einer anderen Dokumentation heißt es: „Der erste Stockumer Steinbruch wurde 1898 durch die Firma Lürges aus Bonn eröffnet. Es folgten 1900 die Firma Uhrmacher mit einem Steinbruch in Enspel und die Firmen Linzer AG und Bauer mit je einem Steinbruch in der Gemarkung Büdingen.“ Die Beschäftigtenzahl für den Stöffel-Berg wird in 1905 mit über 400 beziffert. Allein bei der Linzer Basalt-AG waren in 1927/28 ca. 350 Arbeiter beschäftigt, in allen Stöffelbetrieben ca. 1000. Die schon erwähnte Bergisch-Märkische Stein-Industrie-Gesellschaft erwarb 1903 den bis dahin dem Hotelier Louis Ferger in Marienberg gehörigen, im Schorrberg (Gemarkung Eichenstruth) gelegenen Säulenbasaltbruch „Beimborn“, der in den 1950er-Jahren das internationale Zeltlager, die „Kleine Loreley“ (Europahaus), beherbergte.

Schon 1905 inserierten die Westerwaldbrüche Marienberg zwecks Einstellung von 50 Beschäftigten; diese Zahl sollte



Abb. 2.11 Verladung Stöffel: Lothar Spessart (auf O+K-Lok)



Abb. 2.12 Stöffel, am Bremsberg: Werner Henn



Abb. 2.13 Verladung Stöffel: Adolf Henn (vor O+K-Lok)



Abb. 2.14 Verladung Stöffel: Werner und Adolf Henn

nach Vollendung des Bahnanschlusses verdoppelt werden. In 1907 heißt es, daß „fast die gesamte Bevölkerung in den Steinbrüchen beschäftigt ist; in einem Bruche arbeiteten sogar neben 60 Einheimischen 24 Arbeiter aus der Pfalz.“

Zwischen Berzhahn und Willmenrod sieht man noch heute ein altes Brecherfundament (ca. 8 - 10 m hoch). Dort standen noch vor 10 - 15 Jahren 2 Brecher, die aber durch die BAG abgebaut wurden.

Als Steinwerk wird in 1901 von der Schwemmsteinfabrikation Carl Müller, Kroppach-Ingelbach, berichtet. In Kölbingen gab es um 1920 die Schwemmsteinfabrik Oswald Baumann.

Tuffsteinbrüche für den Backofenbau waren in den „Bakkeskauten“ bei Gershasen, in Sainscheid und Kölbingen.

In einem Bericht der Westerwälder Zeitung vom 13.7.1933 wird das jahrelange Darniederliegen der Basaltindustrie infolge der Weltwirtschaftskrise beklagt. Die wenigen noch in Betrieb befindlichen Steinbrüche könnten nur eine geringe Arbeiterzahl beschäftigen; in einem der größeren Betriebe seien es z.B. früher fast 1000 Mann gewesen, „heute ein Häuflein von 50 - 60“. Anfang Juli 1933 fanden sich in Marienberg im Westerwälder Hof mehr als 50 Vertreter der gesamten Steinindustrie des Oberwesterwaldes mit den NSBO-Kreisbetriebszellenleitern und DAF zusammen, um über Wiedereingangssetzung, Absatz- und Lohnverhältnisse sowie alle sonstigen zur Klärung drängenden Fragen Richtlinien zu schaffen und Grundlegendes festzulegen. An dieser Zusammenkunft nahmen u.a. Besitzer und Direktoren der Basaltwerke Adrian, Linzer-Basalt, Dolerit-Basalt, Westdeutsche Hartsteinwerke, Stein-Union, Reeh, Westerburger Basaltindustrie



Abb. 2.16 Luckenbacher Lay



Abb. 2.15 Stöffel, am Bremsberg: Werner Henn

sowie Vertreter der Steinbruchhand- und Kleinbetriebe teil. Wegen des Autostraßenbaus (Autobahnen) wurden zusätzliche Aufträge für den Oberwesterwald erwartet. Bei Neueinstellungen sollten vor allen Dingen Wohlfahrts-Erwerbslose berücksichtigt werden, um eine Entlastung der Gemeinden herbeizuführen.

2.2.2 Quarzit

Wie bereits im Abschnitt „Basalt“ ausgeführt, verwitterten devonische Grauwacken zu Sanden und wandelten sich später bei Abscheidung von Kieselsäure zu Quarziten um.

Ich kann mich erinnern, daß noch in den 1950er-Jahren Quarzit abgebaut wurde in Hahn bei Marienberg (Gebr. Filk, früher Industrie-gesellschaft m.b.H.), in Hardt (ebenfalls Gebr. Hillebrand/Filk), früherer Grubennahme „Vulkan“, und in Mörlen (Didier-Werke), frühere Grubennamen „Bernhard's Glück“ und „Rhenania“.

In 1905/06 werden bereits der Hillebrand'sche Quarzitbruch bei Enspel, sowie Quarzitbrüche bei Lautzenbrücken und Pfuhl erwähnt. 1907 ließ eine Gesellschaft in der „Kackenberg“ (Neuhochsteiner) Gemarkung nach Quarzit schürfen. In Nistertal (Büdingen-Erbach) wurden ebenfalls Quarz und Quarzit gefunden, doch lohnten sich die Schürfungen nicht.

In Berod bei Hachenburg war die Ton- und Quarzitgrube „Kurt“, die in 1948 35 Arbeitnehmer beschäftigte. In den Vereinigten Ton- und Quarzitbetrieben „Gustav Moritz“ in Weltersburg hatten 1948 ebenfalls 34 Arbeitnehmer ihre Arbeitsstelle. Etwa um 1920 gab es eine Quarzitgrube in Sainherholz; Inhaber Paul Weiland.



Abb. 2.17 Luckenbacher Lay

2.2.3 Ton

Die Westerwälder Tone sind von besonderer Bedeutung für die Wirtschaft besonders des unteren Westerwaldes, wo man Töpfereien in großer Zahl findet. Einen Teil des Tones förderte man aber auch im Oberwesterwald, so z.B. in den Tongruben Guckheim (u.a. Wilson & Ludwig), Meudt (Becherscheid), Roßbach (früheres Ober- und Niederroßbach) und bei Berod (ü. Wallmerod). Auch im Raume Gershasen wurde früher Ton gefunden und abgebaut; ebenfalls in der Gemeinde Berod ü. Hachenburg durch die „Thonerde-Zeche Julius“ (3/6-Anteile dieser Zeche wurden am 23.9.1884 versteigert). Der bei den Basaltbrüchen bereits erwähnte Käufer aus Bayern, der vom bisherigen Besitzer Herr Tripp in 1903 das Hofgut Weltersburg übernommen hatte, wollte die in diesem Bereich liegenden Tonfelder ebenfalls ausbeuten. Über den späteren Betrieb der Tongrube in Berod bei Hachenburg sowie der in Weltersburg im Jahre 1948 ist bereits im vorhergehenden Absatz berichtet worden.

2.2.4 Schiefer

Dachschiefergruben, bereits von den Alten betrieben, bestanden in der Kropbacher Schweiz nachweisbar 21 an der Zahl, z.B. früher bei Astert „Hardt“ (Männerkaul), bei Marzhausen „Martinslust“, „Sophie“ und „Marzhausen“ (Schieferkaul), bei Obermörsbach „Knabenberg“, bei Stein „Helene“, bei Limbach „Assberg“ (Schieferkaul, mit Tage- und Untertagebau, heute als Bergbaumuseum zu besichtigen) und „An den Dörnen“, bei Heuzert „Benedeck I“, bei Heimborn „Benedeck II“ und „Pfalzburg“, und bei Giesenhausen „Bismarck“ und „Wilhelmshöhe I“. Über Schiefervorkommen wird auch aus Ehrlich, Kropbach, Kundert und Müschenbach berichtet. Lt. einer Annonce existierte in 1884 auch schon die Dachschiefergrube „Peterszeche I“ zwischen Hirtscheid und Korb. Letztere Grube baute anfangs nur auf einem ganz schwachen Lager, bis von dem im Betrieb befindlichen Stollen ein Querschlag nach rechts getrieben wurde, durch den ein mächtiges Lager angehauen werden konnte, das vielen Arbeitern „dauernden und lohnenden“ Verdienst brachte. Das bereits erwähnte Schieferbergwerk „Assberg“ in Limbach belieferte auch das Kloster Marienstatt. Von Schiefervorkommen wird ebenfalls aus Erbach berichtet.

2.3 Sonstige

2.3.1 Eisen- und Metallverarbeitung

Von den Eisenhämmern zu Korb, zu Wahlrod (Hanwerther Hammer, wird 1707 zuerst erwähnt), dem Eisenblechwalzwerk zu Limbach, den Drahtziehereien zu Korb, zu Limbach und zu Nister (Nauberger Drahtzug) berichtet Dekan Eugen Heyn in seinem Buch „Der Westerwald und seine Bewohner“, daß sie in den 1830er-Jahren noch bestanden haben, 1840 aber bereits sämtlich stillgelegt waren.

Das Hammerwerk in Nister wurde 1570 von den Grafen von Sayn errichtet. Nach dem Dreißigjährigen Krieg wurde es 1660 durch Graf Salentin Ernst von Manderscheid wieder aufgebaut. Von 1802 an waren die Drahtzüge und das Hammerwerk in Nister im Besitz der Britisch-Nassauischen Eisenwerksgesellschaft zu Hachenburg. 1842 wurde der Hammergraben zu seinem jetzigen Lauf verlegt, um zusätzlich ein Walzwerk einzurichten. Im Jahre 1846 wurden drei Hochöfen und drei Kohlenmagazine erbaut. Mit einer Betriebsweite-

runge und neuen Mitinhabern (1849 bis 1856/57) änderte man auch den Namen in „Nisterthaler Eisenwerksgesellschaft“ zu Hachenburg (unter der Betriebsleitung der Hachenburger Stahl- und Eisenwerke). Doch war der neuen Gesellschaft kein großer Erfolg beschieden, denn schon 1849 geriet sie in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Das Werk erwarb ein gewisser Dr. Lange, dessen rechtmäßiger Erwerb jedoch angezweifelt wurde. Ja, es lag sogar ein Steckbrief des Ministeriums des Innern vom Königreich Preußen vor, nach dem dieser gesucht wurde. Auch wurde 1854 ein Carl Brentano vom Werk gesucht, und zwar wegen Forderungen verschiedener Grubenbesitzer; er war aber nicht mehr auffindbar. Schon Anfang 1856 wurden die zum Werk gehörenden Gruben „Kunst“ bei Höchstenbach, „Eiskeller“ bei Winkelbach, „Rothenstein“ bei Oberhattert und „Scheibe“ bei Mittelhattert an Wilhelm Meurer zu Köln verkauft. Wenig später folgte das Werk, das jetzt unter dem neuen Namen „Gesellschaft der Hachenburger Stahl- und Eisenwerke“ am 14.10.1856 die Genehmigungsurkunde von der Herzoglich Nassauischen Landesregierung erhielt. Gesellschafter wurden Telemagne Michiels aus Lütlich, Nicolaus Joseph Bourdouxhe aus Düsseldorf, Ernst Jeghers aus Bonn und Wilhelm Meurer aus Köln. 1906 erinnert sich ein Berichterstatter wehmütig jener industriellen Ruinen im Nistertal - an das Hammerwerk bei Nister. Obwohl am 17.5.1861 verschiedene Gruben und Hüttenwerke aus dem Kreis Altenkirchen, die der Gesellschaft gehörten, versteigert wurden, schien dieser Verkauf nicht zur Besserung der Wirtschaftlichkeit beigetragen zu haben. Denn schon am 1. Mai 1862 ließ die Gesellschaft 7 ihr gehörende Eisenstein- und Braunkohlengruben versteigern. Doch wurde keine dieser Gruben verkauft, denn am 16.11.1863 standen diese nochmals zur Versteigerung an und dazu das gesamte Nisterthaler Eisenwerk mit 2 Walzenstraßen, einer Turbine 80 PS, einer Dampfmaschine 150 PS, drei Puddingöfen, drei Schweißöfen, Glühöfen, Mandrinmaschine, Dampfkessel, Dampfhammer, Schmiede, Schlosserei, Hammerschmiede mit einem Grob- und zwei Feinhämmern, Gießerei mit zwei Coupelsöfen, Comptoir- und Wohngebäude, Kohlenschuppen, Braunkohlentrockenhäuser, Wagenschuppen und 18 Arbeiterwohnungen. Außerdem der Nisterer Drahtzug mit Wohnhaus, Stall und Scheune und der Reckhammer in der Gemarkung Korb (ehemals Nähe Schneidmühle), ein Steinbruch beim Judenfriedhof in Hachenburg und ein Steinbruch in der Gemarkung Altstadt. Für das Nisterthaler Werk und einige andere Grundstücke und Gruben fand sich allerdings noch kein Käufer, so daß die restlichen Werte am 10.12.1863 nochmals im Rathaus in Hachenburg versteigert werden sollten. Bei der Liquidation des bedeutenden Unternehmens erwarb zum 1. Januar 1864 der Kaufmann Alexander Schmidt das Werk und nutzte den Eisenhammer sowie eine Eisendreherei für die Fertigung einer breiten Palette von Schmiedeeisenwaren. Nach dem Tod Schmidts geriet das Eisenwerk zunehmend in Verfall. Seine verwitwete Ehefrau war in dieser Phase mehr an der Verflüssigung der Immobilien als an einer Fortführung des Betriebes interessiert. Der bereits erwähnte Berichterstatter hat im Jahre 1906 in seinem Bericht in der Westerwälder Zeitung des Nisterhammerwerkes gedacht, das viel Geld in der kurzen Zeit seines Bestehens auf den Westerwald gebracht hat, denn an der Köln-Leipziger-Straße fand ein riesiger Lastfuhrverkehr mit Eisenstein, der per Achse befördert werden mußte, statt, was den Betrieb sehr teuer und unrentabel machte und auch deshalb zur Stilllegung führte. So interessant die Geschichte dieses Werkes ist, verbergen sich dahinter auch viele nicht erwähnte Einzelschicksale. Wie oft werden die Arbeiter ihren Lohn nicht erhalten haben? Hart wird sie auch manche Stilllegung getroffen haben. Welche Spekulationen standen hinter

den verschiedenen Gesellschaften und warum wurde nicht rentabel gearbeitet? Soziale und wirtschaftliche Probleme von damals!

In Langenbach bei Marienberg wurde, wie bereits im Abschnitt über den Braunkohlenbergbau erwähnt, 1722 eine Eisenhütte errichtet, in der Eisenstein verhüttet werden sollte, der von der „Schwarzen Kaute“ geliefert wurde. Diese Eisenhütte ging aber bald wieder ein, da das Ergebnis unbefriedigend war; sie stand nahe der Braunkohlengrube „In der Esch“.

Eisen- und metallverarbeitende Betriebe sind im Oberwesterwald teilweise erst richtig während des 2. Weltkrieges oder nach ihm entstanden. Insgesamt sollen aber aufgelistet werden:

- Gebr. Klöckner, Mühlenbau, Hirtscheid,
- Westerwälder Aluminium-Industrie und Gravieranstalt Klöckner & Oehl, Hirtscheid-Erbach
- Ernst Strunk, Schilderfabrik, Unnau,
- Louis/Rudolf Klöckner, Schilderfabrik, Erbach
- Alex Schmechmann, Rohrschlangenwerk, Marienberg (jetzt Rohrverformungstechnik Schmechmann-Ebener mit Zweierwerk in Eichenstruth)
- Hein Matten, kunstgewerbliche Werkstätten, Fehl-Ritzhausen,
- Johann Georg Hassepas, Lampenschirme, Bach,
- Fastenrath (Middelhaufe), Westerburg,
- Horst Menk, Marienberg (Menk Apparatebau zählt derzeit in Bad Marienberg 270 Arbeitsplätze; hat 7 Tochterunternehmen in Deutschland, Tschechien, Großbritannien, Malaysia und in den USA; insgesamt 750 Beschäftigte)
- Gebr. Schneider, Metall u. Drahtwaren, Hachenburg (ist der älteste metallverarbeitende Betrieb und existiert seit 1799; beschäftigte in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg 50-55 Beschäftigte und auch heute noch ca. 45 Arbeitnehmer),
- Hummrich, Hachenburg,
- Loos & Co, Kapselwerk, Höhn (Konkurs in 1984),
- Pickel & Schneider, Drahtwarenfabrik, Erbach,
- Paul Klöckner GmbH, Stahl- und Fassadenbau, Nistertal (Betrieb bestand seit 1949; hatte zeitweise 70 Beschäftigte; wegen verzögerter Großaufträge und einbehaltenen Kundenzahlungen mußte der Betrieb das Insolvenzverfahren einleiten und wurde stillgelegt),
- Von der Heiden, Drahtflechterei, Halbs,
- Fritz Hofheinz, Metallwarenfabrik, Kaden,
- Dr. Claren, Elektrophys. Geräte, Hachenburg.

2.3.2 Leder- und Lederwaren-Industrie

Außer der Gerberei Zitzer, Hachenburg, haben die Lederwaren-Betriebe erst richtig durch den Wehrmachtsbedarf expandiert und sind in der Nachkriegszeit wieder erloschen:

- Gustav Genschow-AG, Altstadt,
- Orthey, Marienberg-Langenbach,
- Gebr. Dewald, Hachenburg,
- Hrubby & Co, Hachenburg,
- Theo Schmidt, Büdingen (auf dem Höhepunkt der Produktion wurden 160 Beschäftigte gezählt), und
- Dewald & Heyden, Hachenburg.

Im Jahre 1884 und später müssen nachweislich auch folgende Betriebe der Lederindustrie bzw. des Lederverarbeitenden Handwerks bestanden haben:

- Gerberei Georg Wollweber, Rennerod,
- Gerberei Lorenz Dewald, Hachenburg,
- Gerberei August Montanus, Hachenburg,
- Färberei Heinrich Lorsbach, Hachenburg.

2.3.3 Holz- und Säge-Industrie

Unzählig waren in früherer Zeit und auch in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg die Sägewerke. Aus meiner Erinnerung möchte ich nur einige aufzählen:

- Josef Kettemer, Neunkhausen, Sägewerk und Zimmergeschäft,
- Gustav Weyand (Kramer & von der Laden), Kirburg,
- Westerwälder Dampfsäge- und Hobelwerk Eugen Heinrich, Püschchen,
- Richard Weber, Stockhausen-Ilfurth,
- Hugo Dapprich, Niederroßbach-Neustadt,
- Weber, Langenbach b. Marienberg
- Ewald Schmitt, Langenbach b. Marienberg,
- Schneidmühle, Nister (Nistersägewerk Gebr. Schürg; bestand schon in 1884),
- Edmund Sahn, Hof,
- Sägewerk Niederhattert
- Dampfsägewerk und Holzhandlung H. Arntz, Oberhattert
- Sägewerk Wilhelm Bast, Willmenrod,
- Sägewerk August Wolf, Gemünden,
- Sägewerk Georg Daum, Irntraut,
- Säge- und Hobelwerk Otto Seekatz, Westerburg,
- Sägemühle Adolf Wengenroth, Westerburg,
- Westerw. Säge- und Hobelwerk, Hergenroth
- Holzschneidemühle W. Gelhardt, Waldmühlen,
- Adolf Kleppel, Sägewerk, Holzhandlung u. Drechslerei, Marienberg (bestand schon 1912),
- Robert Mann, Langenbach b. Kirburg,
- Vohl, Wahlrod,
- Karl Klein, Hirtscheid,
- Hoen, Langenbach,
- Reinhold Kleppel, Langenbacher Mühle,
- Dapprich, Rennerod,
- Gerhard, Rennerod (nach dem 2. Weltkrieg stillgelegt),
- Josef Dapprich, Pottum (später Kistenfabrik),
- Saint George, Büdingen (zeitweise 70 Beschäftigte),
- Heinz, Pottum (heute Göbel),
- Gebr. Theodor und August Böhmer & Co, Büdingen (zusätzlich auch Drechslerei),
- Gebr. Schupp, Neunkhausen.

An Holzverarbeitenden Betrieben möchte ich aufzählen:

- Willi Meyer, Möbelfabrik, Altstadt,
- Heinrich Panthel & Sohn, Unnau-Korb (suchte schon 1905 - 1907 per Annonce tüchtige Schreiner, Maschinenarbeiter und Holzdrechsler gegen hohen Lohn; heute auch Panthel-Möbellager in Nistertal),
- Bocks & Co, Bürstenfabrik und Sägewerk, Nisterhammer, wurde 1892 durch zwei Interessenten aus Düsseldorf (Georg Bocks) und seinem mutmaßlichen Bruder aus Barmen (Fritz Bocks) von dem ehemaligen Hammerwerk angekauft und zur Bürstenfabrikation hergerichtet. Zum Jahresbeginn 1893 hatten bereits 150 Arbeiter Beschäftigung gefunden. Zwischen Georg und Fritz Bocks kam es wohl bereits im ersten Jahr der gemeinschaftlichen Geschäftsführung zu Unstimmigkeiten, die zum Ausscheiden des Ersteren aus

dem Betrieb führten; Anfang Juni 1893 löste sich die Kommanditgesellschaft auf. Bocks & Co ging in das alleinige Eigentum von Fritz Bocks über; Prokurist wurde der Kaufmann Carl Wilhelm Sauerzapf, Nisterhammer. Georg Bocks suchte im Sommer sein neues Glück mit der Gründung der 'Westerwälder Bürsten- und Pinselfabrik in Hachenburg', der jedoch nur eine kurze Existenz bis 1901 beschieden war. Ungeachtet eines entstandenen Feuerschadens im Oktober 1893 nahm die Fabrik Anfang November 1893 ihren Betrieb wieder auf. Wohl infolge des ungeklärten Brandes wurde Sauerzapf als Prokurist entlassen; ihm folgten im Dezember 1894 zunächst in Kollektivprokura die Kaufleute Otto Vetter und Eugen Crysandt zu Nisterhammer. Im Juli 1894 lag die Beschäftigungszahl bei 325 Personen. Die ebenfalls beginnende Errichtung von Filialen nahm anscheinend 1894 in Alpenrod ihren Anfang. In der Zweigniederlassung fanden zum Zeitpunkt der Eröffnung 35 junge Leute im Alter von 14 bis 20 Jahren ihren Broterwerb. Ein Jahr nach dem vielversprechenden Start mußte wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten diese Filiale wieder geschlossen werden. Abgesehen von Alpenrod entstanden überdies in anderen Orten des Westerwaldes Nebenbetriebe. 1898 existierten mit Altenkirchen, Höchstebach und Hamm/Sieg drei weitere Zweigniederlassungen. Nach einem undatierten Firmenkatalog aus der Zeit um die Jahrhundertwende haben anscheinend auch in Altstadt und Herschbach kurzfristige Außenstellen existiert.

- Emil Röder, Polsterwaren, Marienberg,
- Krüger, Matratzenfabrik, Norken,
- Westerwälder Bürstenfabrik (Inh. W. Dönges), Norken,
- Otto Gläser, Drechslerei, Zinhain,
- Westerwälder Rundholzbau Waldemar Hess, Langenbach b. Mbg.,
- Herbert Dohnalek, Spielwaren, Westerburg,
- Horsmann, Holzwaren, Hachenburg,
- Schmidt & Seiler, Schreinerei, Unnau
- Bäcker, Stiefelfabrik, Neunkhausen
- Emil Müller, Holzspielwaren, Hintermühlen,
- Ernst Heinrich Klöckner & S., Drechslerei, Hirtscheid,
- Gustav Berger & Co, Schuhleisten- und Faßfabrik, Hachenburg
- Hermann Schumacher, Faßfabrik, Hachenburg (gegründet 1934; in den 1950er-Jahren wurden ca. 120 Beschäftigte gezählt; 1962 nach Großfeuer stillgelegt)
- Drechslerei Böhmer & Co., Nistertal
- Oehl & Söhne, Drechslerei u. Stiefelfabrikation, Hirtscheid, und
- Oskar Kasper, Marienberg.

Erwähnt wird in 1905 auch eine Holzwarenfabrik in der Gemarkung Erbach.

2.3.4 Textil- und Bekleidung

Unternehmen der Textil- und Bekleidungs-Industrie siedelten sich überwiegend erst während des 2. Weltkrieges im Oberwesterwald an. Einige davon waren wegen der Bombenangriffe auf deutsche Städte ausgelagerte Betriebe. Die meisten Unternehmen wurden wieder stillgelegt.

Erwähnenswert sind:

- Firma Schroer & Co, Kinderbekleidung, Marienberg (1938 in Wuppertal gegründet, 1943 total ausgebombt und nach Marienberg verlagert; im Mai 1946 nach Wuppertal zu-

rückgekehrt und im Sommer 1948 Einstellung des Betriebes in Marienberg),

- Firma Bausch (Otzenrather Kleiderfabrik), Marienberg
- Anton Jung, Strumpfwaren, Zinhain (später Hachenburg)
- Clemens Dick, Rennerod (Maschinenstrickerei, Strumpffabrik)
- Frühauf & Hillert, Halbs
- Firma Lebek, Bekleidung, Marienberg (wurde 1923 in Breslau gegründet, kam in den Jahren nach dem Krieg nach Marienberg und ist die älteste noch bestehende Damenmantelfabrik),
- Ph. Barthels-Feldhoff, Schnürsenkelfabrik, Höhn
- Erwin Fackroth, Handweberei, Westerburg
- Spinnerei und Weberei Schmidt & Stangier, Mühlenthal b. Höchstebach/Wied
- Irskens, Kleiderfabrik, Büdingen.

Bekleidungsfabrikation scheint es aber auch schon in 1903 in Hachenburg gegeben zu haben, denn damals suchte S. Schönfeld 10 Näherinnen zur Anfertigung von Hemden in Dauerbeschäftigung.

2.3.5 Bau- und Baustoffgewerbe

Viele Arbeiter des Oberwesterwaldes verdingten sich als Maurer außerhalb ihrer Heimatorte. Es ist so u.a. bekannt, daß in 1884 durch Inserat in der Westerwälder-Zeitung die Baugesellschaft Walter & Schöne aus Lindenthal-Köln 200 Maurer für dauernde und lohnende Accord-Arbeit suchte.

Zahlreiche Bauunternehmen sind und waren bisher im Oberwesterwald ansässig. Es sollen hier nur einige aufgezählt werden:

- Hermann Häbel, Marienberg
- Heinrich Leutzbach, Marienberg
- Heinrich Steup & S., Marienberg
- Klees & Kempf, Höhn
- Gebr. Leis, Zinhain
- Christian Fein, Langenhahn (auch Bahnoberbau)
- Emil Krumm, Bach
- Karl Heuzeroth, Hachenburg (mit Dampfiringofenziegelei und Baustoffhandel)
- Philipp Pabst, Hachenburg
- Wilhelm Bellinger, Oberhattert
- W. Kohlhas, Oberhattert
- Franz Josef Windhagen, Oberhattert
- Leis & Becker, Fehl-Ritzhausen
- Friedrich Mies, Hachenburg
- Walter Wolf, Gemünden
- Josef Schieth, Obersain
- Johann Steinebach, Wallmerod
- Pabst, Hachenburg
- August Lupp, Unnau
- Willi Bast, Westerburg
- Zimmergeschäft Wilhelm Leukel, Unnau
- K. Klöckner, Zimmergeschäft, Kundert.

Straßenbau wurde bzw. wird durchgeführt von den Firmen

- Emil Kleber, Bach/ Langenbach b.M.,
- Koch GmbH & Co, Westerburg und
- Rauen GmbH & Co, Wallmerod (nach 1945 auch als Steinhandel Rauen bekannt mit Tankholzaufbereitung und Steinbruch).

Nicht vergessen werden sollen das Kunststeinwerk (Zementwarenfabrik) der Gebr. Menk (Inh. Emil und Eduard Menk) in Westerbürg, die Dampf-Preßsteinfabrik, auch Schlackensteinfabrik genannt, in Höhn (von 1922 - 1961), die Ziegelhütten am Judenfriedhof in Hachenburg und in der Koblenzer Straße, ebenso die in 1905 bereits bestehende Ziegelei Albert Köne-mund, Büdingen, die Ziegelei Rudolf Horn, Wengenroth und die Zementwarenfabrik bei Enspel.

Viele Bauarbeiter waren auch außerhalb des Oberwesterwal-des tätig, darunter ganze Bautrupps wie die Isolierer aus Pot-tum (Dr. Starck, Firmensitz Siegburg), die nach 1945 alle Mitglied der Industriegruppe „Bau“ waren.

2.3.6 Druck- und Pappe-Industrie

Im August 1848 richtete Verleger Krumscheid eine Druckerei in Hachenburg ein, in der auch der ab dem gleichen Jahr bereits erschienene „Westerwälder Bote“ für die Ämter Hachenburg, Marienberg, Rennerod und Selters hergestellt wurde. 1849 erwarb Carl Ebner die C. Krumscheidsche Druckerei, die sich später auch nach Marienberg abzweigte. Nach einer zeitweiligen Umbenennung des „Westerwälder Bote“ in „Kreis-amtsblatt des Kreisamtsbezirks Hachenburg“, „Kreisblatt des Kreisamtsbezirks Hachenburg“, „Amtsblatt für die Aemter Hachenburg, Marienberg und Selters“ sowie „Kreisblatt für den Oberwesterwaldkreis, umfassend die Aemter Marienberg, Hachenburg und Rennerod“ erhielt die Zeitung ab 13.9.1878 den noch heute verwendeten Namen „Westerwälder Zeitung“. Auch die Erscheinungsorte Hachenburg und Marienberg wechselten öfters, besonders weil Marienberg Sitz der Kreisverwaltung und die Zeitung amtliches Verkündigungsorgan war. Bis zum Jahre 1940 sind mit der „Druckerei Hachenburg“ die Namen der Verleger Peter, Johann, Otto und Carl Ebner eng verbunden. Vielseitig waren die Standorte in Hachenburg, bis die Druckerei ihr endgültiges Domizil in der Saynstraße fand; so u.a. Haus Freudenberg am Markt, Haus des Schlossers Wirth am oberen Marktplatz, Weinberg'sches Haus in der Herrengasse, umgebautes Haus in der Adolphstr. 1, das Kirchhübel'sche Haus und das Haus in der Judengasse. Im August 1999 betrug die Zahl der Beschäftigten 165.

Weitere Druckereibetriebe sind die Firmen Friedrich Riedel, Marienberg (früher Druckerei Carl Ebner, Nassauische Straße, dann Bismarckstraße) und Pius Kaesberger, Westerbürg.

In 1884 bestand in Marienberg die Buchbinderei Hermann Schnabelius.

Ein pappeverarbeitendes Unternehmen ist die Firma Hörster (Wäller-Lotrecht-Hängeregistratur), früher in Marienberg, heute in Hahn b. Marienberg; z.Zt. werden im Betrieb 39 Arbeitnehmer sowie 30 Heimarbeiter beschäftigt).

Den Versuch, ein pappeerzeugendes Unternehmen aufzubauen, starteten in Langenbach bei Marienberg die Gebr. Frey. Das Werk wurde allerdings nach nicht allzu langer Zeit wieder stillgelegt.

Für einige Zeit war auch in Höhn die Firma Hakle, Papierfabrik, tätig (wo sich heute das Kunststoffwerk befindet). Hakle hatte die erste Halle des jetzigen Kunststoffwerkes gebaut, aber es soll nie produziert worden sein. Offenbar gab es keine Einigung zwischen E Werk und Hakle über die Dampf-lieferung.

2.3.7 Energie-Versorgung

Das größte Energie-Versorgungs-Unternehmen des Westerwaldes war die EWAG (Elektrizitätswerk Westerbürg AG) in Höhn. Es wurde 1914 eröffnet und 1959 stillgelegt. Ein kleineres Kraftwerk, das nach dem 2. Weltkrieg noch einige Jahre bestand, war in Marienberg; es lieferte Gleichstrom. Bürgermeister Hermann Dörr erreichte in Verhandlungen mit der KEVAG, daß es 1946 zu einem Stromlieferungsvertrag kam, der Voraussetzung für die Ansiedlung von Industrieunternehmen war. Weitere kleine Elektrizitätswerke waren früher noch in Gehlert, Farrenau bei Mudenbach und Streithausen-Atzelgift. Auch die Hilpischmühle in Höhn besaß ein eigenes Wasserkraftwerk. Überschüssiger Strom wurde bei der EWAG eingespeist. Das Wasserkraftwerk wurde vor einigen Jahren erneuert. Das erste Elektrizitätswerk im Oberwesterwald war in Erbach (angegliedert an die Drahtwarenfabrik Pickel & Schneider); es bestand von 1895 - 1918.

In Westerbürg war auch eine Betriebsabteilung der KEVAG.

2.3.8 Nahrungs- und Genußmittel-Industrie

Am 5. April 1861 übernahm der Brauer Heinrich Schneider den Grünschen Hof in Hachenburg und gründete darin eine Brauerei, die heute über die Grenzen des Westerwaldes hinaus bekannt ist.

Hachenburgs Brautradition beginnt eigentlich mit der Gründung der Stadt Hachenburg im Jahre 1314. Graf Gottfried von Sayn bestimmte 1325, daß jeder Brauer vom Ohm Bier 2 Pfennige der Stadt als Akzise zu zahlen habe. Die Zahl der Bierbrauer stieg ständig, und im 17. Jahrhundert gab es in Hachenburg deren sieben. Ab 1861 wurde diese Hachenburger Brautradition im Grünschen Hof fortgesetzt. 1884 kostete Export-Flaschenbier in „ganzen“ Flaschen 20 Pfg., in 1/2-Liter-Flaschen 15 Pfg.

Außerhalb Hachenburgs kann nur die Existenz von Georg Winkler's Brauerei und der Brauerei Albert Kühn, beide Rennerod, nachgewiesen werden; 1901 müssen sie schon oder noch bestanden haben. Im Jahre 1884 gab es auch in Westerbürg die Brauerei Carl Ferger. Ebenfalls von einer Brauerei wird aus Unnau berichtet, deren Namen aber bisher nicht ermittelt werden konnte.

Übrig geblieben von allen Brauunternehmen ist nur die Westerbürg-Brauerei Hachenburg.

In den 1930er-Jahren wurden im Oberwesterwald auch 2 Molkereigenossenschaften gegründet, und zwar in Hachenburg und Westerbürg. Die Gründung der Molkereigenossenschaft eGmbH Westerbürg war am 26.3.1935. Sie beschäftigte fast über die gesamten Betriebsjahre rund 60 Mitarbeiter. Am 19. Mai 1980 faßte die Jahreshauptversammlung den Beschluß, mit der Eifelperle zu fusionieren. Die Betriebsgebäude wurden an einen Landhandel verkauft und 1998 zum Teil abgerissen.

Zu erwähnen sind auch mehrere Schnapsbrennereien. So wird u.a. im Jahre 1919 die Firma J.A. Müller, Büdingen (Weine und Spirituosen) genannt, zu deren Sortiment später auch Obst-säfte hinzugekommen sind.

In Zinhain befindet sich seit 1946 die Werner Schneider GmbH (Backspezialitäten/Oronto), die sich, zunächst in einer

Baracke am Zinhainer Schwimmbad untergebracht, sehr gut entwickelt hat.

Nicht vergessen werden sollen die vielen Getreide- und Ölmühlen des Oberwesterwaldes, die aber alle nicht mehr existieren, so z.B. die „Hohensayner Mühle“, zur Gemeinde Lautzenbrücken gehörend oder die „Hessenmühle“ in Gemünden.

2.3.9 Eisenbahn, Eisenbahnbau, Bahnhöfe und Straßenverkehr

Der industrielle Aufschwung des Oberwesterwaldes war erst möglich durch die Verkehrserschließung, besonders durch den Bau der Westerwälder Eisenbahnlinien mit den Strecken Altenkirchen-Hachenburg (1885), Hachenburg-Hadamar (1886), Driedorf-Rennerod (1906), Rennerod-Fehl-Ritzhausen-Westerburg (1907), Westerburg-Montabaur (1910), Fehl-Ritzhausen-Marienberg (1907), Marienberg-Erbach (1911) und Hachenburg-Selters (1901, Schmalspurbahn). Dem Bau der Bahnstrecken waren Gelände-Enteignungen vorausgegangen, z.B. in 1884 für die Strecke Hachenburg - Westerburg.

Viele Arbeitskräfte, darunter auch aus Italien, Polen und Kroatien, wurden beim Bau der „Erbacher Brücke“ beschäftigt. Sie wurde am 31.8.1911 nach sechsmonatiger Bauzeit fertiggestellt und eingeweiht, ist 300 m lang und 31 m hoch und verband die Stationen Erbach, Marienberg und Fehl-Ritzhausen. Es war damals die größte Betonsteinbrücke Deutschlands.

In der Westerwälder Zeitung vom 21.10.1884 wird berichtet, daß auf der neuerbauten Eisenbahnstrecke Altenkirchen-Hachenburg mit dem Legen der Schienen begonnen wurde. Nicht von allen Bewohnern wurde der Bau mit Begeisterung begrüßt. Es heißt u.a.: *„Dicht an unseren Häusern vorbei braust die Locomotive, 12, oft 18 Wagen, mit Schutt beladen, sind ihr angehängt. Sie hilft am Bau der Bahn durch unser bisher stilles Nisterthal, hundert und mehr Leute aus den verschiedensten Gauen sind beschäftigt an den Erdarbeiten und dem Mauerwerk. In dem Dienste des Herrn Dinndorf, des Unternehmers der Strecke von Büdingen bis an den Hirzbach unterhalb Korb, stehen Arbeiter aus Hannover, der Rheinprovinz, aus Bayern, Württemberg und unseren östlichen Provinzen. Der fremde Maurer erhält als Gagelohn 3-3,50 Mark, der fremde Erdarbeiter dagegen 2,50-3 Mk., Arbeiter aus hiesiger Gegend erhalten weniger Lohn...“*

Das Problem der „Fremdarbeiter“ bestand auch schon beim Bau der Westerwälder Eisenbahnen. Die Westerwälder Zeitung berichtet hierzu am 30.4.1900: *„Hachenburg. Ca. 50 - 60 polnische Arbeiter sind zum Bau der Eisenbahnstrecke Hachenburg-Selters eingetroffen. Ausländische, insbesondere polnische Arbeiter, sind gem. Erlaß v. 4.9.1899 des Ministers des Innern binnen 3 Tagen nach der Ankunft ärztlich zu untersuchen und, soweit erforderlich, gegen Pocken zu impfen. Für jeden minderjährigen Arbeiter ist ab 1.10.1900 ein Lohnzahlungsbuch auf Kosten des Arbeitgebers einzurichten.“*

Und ständig wollten beim Bahnbau weitere Arbeitskräfte eingestellt werden. Der Westerwälder Zeitung vom 23.5.1905 ist folgendes zu entnehmen: *„Mbg. Der Zuzug von ausländischen Arbeitskräften (fast ausschließlich Kroaten) zum Bahnbau ist so stark, daß dieselben zum großen Teil nicht eingestellt werden konnten. Die Leute befinden sich in bedauerlicher Lage, und arbeiten schon gern, wenn ihnen Gelegen-*

heit geboten, bei den hiesigen Bewohnern sowie in den Nachbarorten für die Beköstigung oder doch nur geringen Lohn.“

Die Probleme mit den ausländischen Arbeitskräften gingen weiter. Am 18.7.1905 wird berichtet: *„In den letzten Tagen trafen wiederum eine Anzahl Arbeiter (Italiener) hier ein, welche an der Teilstrecke der Westerwaldquerbahn bei Fehl-Ritzhausen beschäftigt werden. Die it. Arbeitskräfte werden gegenüber den Kroaten vorgezogen. Den nur teilweise beschäftigten Kroaten ist bereits vor einiger Zeit gekündigt worden und sind die in sehr ärmlichem Zustande hier angekommenen Arbeiter nach wochenlangem kümmerlichen Leben wieder abgezogen.“*

Die Schulchronik aus Fehl-Ritzhausen vermerkt in 1906 zur Westerwaldquerbahn:

„Der Eisenbahnbau schreitet gut voran, über 250 Kroaten und Italiener sind in hiesiger Gemarkung in Arbeit... Unter den Eisenbahnarbeitern entspann sich häufig Streit; deshalb wurde vom 21. Oktbr. hier eine Gendarmeriestation errichtet...“

Arbeitskräftebedarf für den Bahnbau bestand auch weiterhin. In der Westerwälder Zeitung vom 13.11.1906 wird annonciert, daß für die Neubaustrecke Fehl-Ritzhausen-Westerburg 60-80 Oberbauarbeiter bei hohem Lohn für Winterbeschäftigung eingestellt werden. Im Januar 1907 werden von der Königlichen Eisenbahn-Bau-Abteilung in Westerburg 20 tüchtige Arbeiter bei durchschnittlich 0,35 Mk. Stundenlohn für sofort gesucht. Eine ähnliche Anzeige erscheint auch im April 1907.

Auch Anschlußgleise für Steinbrüche- und Braunkohlenbergwerke wurden gebaut. So wurde das Anschlußgleis von der Braunkohlengrube „Alexandria“ an die Bahnlinie Rennerod-Westerburg mit dem Eröffnungstag 16.7.1907 fertiggestellt. Zwei Presseberichte, wonach in 1900 geplant war, zum Aufschluß des Rothenbacher Steinbruches und der Basaltwerke Himburg Anschlußgleise von Langenhahn aus zu bauen, sind ebenfalls bekannt. Über Feldbahn-Anschlüsse wurde das Material oft zu den Eisenbahnlinien transportiert. Alte Marienberger können sich sicher noch an die Feldbahnschienen aus der „Bacher Lay“ zur Verladerampe zwischen der Marienberger Nistertalbrücke und Großseifen erinnern, ebenso an den „Bremsberg“ von den Westerwaldbrüchen Marienberg und der Firma Hamann, Zinhain zum Bahnhof Marienberg-Langenhahn.

Nennenswerte Bahnhöfe im Oberwesterwald sind Rennerod, Westerburg, Hachenburg, Fehl-Ritzhausen und Marienberg-Langenhahn.

Bahnmeistereien bestanden zu bestimmten Zeiten in Rennerod, Fehl-Ritzhausen, Westerburg, Hachenburg und Marienberg.

Mit welchem Selbstverständnis sich die Mitglieder der Königlich Preußischen Eisenbahn-Verwaltung noch verpflichtet fühlten, zeigt ein Blick in die damaligen Vereidigungsurkunden. Auch der einfache Arbeiter mußte seinen Dienst mit folgendem Wortlaut ableisten: *„...Seiner Königlichen Majestät von Preußen, meinem Allernädigsten Herrn, untertänig, treu und gehorsam zu sein und alle obliegenden Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen...“*

Zur Kleinbahn von Hachenburg nach Selters („Kleinbahn-AG

Selters-Hachenburg“) ist zu bemerken, daß sie am 12.3.1900 gegründet wurde. Der Bau war durch ein Komitee in 1895 beantragt worden. Es handelt sich um eine Schmalspurbahn, mit deren Bauarbeiten bereits in 1899 begonnen und die am 1.8.1901 in Betrieb genommen wurde. Kostenpunkt: 2,117 Millionen Reichsmark. Es waren 4 Dampfloks (bei der Erstausrüstung nur 3), 4 Personenwagen, 2 Post- u. Gepäckwagen und 54 meist offene Güterwagen vorhanden. Die Gesamtlänge betrug 23,31 km. Die feierliche Eröffnung mit Ehrengästen (Sonderzug) fand am 29.7.1901 von Hachenburg nach Selters statt. In Betrieb war die Kleinbahn vom 1.8.1901 bis November 1932 (im November 1932 wurde der Personenverkehr von Herschbach nach Hachenburg eingestellt) und erneut ab Juli 1936 mit dem modernen Diesel-Triebwagen VT 1. Erneutes Ende des Personenverkehrs auf der Strecke Herschbach - Selters war im Frühjahr 1960, auf der Strecke Herschbach - Hachenburg schon früher durch Genehmigungen des Regierungspräsidenten vom 1.2.1951 u. 14.7.1951. Der letzte Güterzug fuhr Ende Oktober 1960. Zu bemerken ist noch, daß im Zuge der Rheinland-Besetzung 1923 durch französische und belgische Truppen der Personenverkehr zeitweise eingestellt wurde.

Was den öffentlichen Straßenverkehr anbetrifft, soll er unterschieden werden in Last- und Personenverkehr.

Für Gütertransporte sind in den Vor- und Nachkriegsjahren des 2. Weltkrieges besonders die Firmen Robert Weyand, Kirburg und Emil Mann, Langenbach b.K. bekannt gewesen.

Personen- bzw. Omnibusverkehr wurde durch die Firmen Leopold Stahl, Salzburg, Viktor Sahn, Oberroßbach, Ernst Sahn, Marienberg, Gebr. Beul, Rehe und Schöndorf aus Schönberg betrieben. Nach der Stilllegung der Grube Alexandria vergrößerte sich die Zahl der Omnibusse erheblich, die täglich Bergleute aus dem Oberwesterwald in die Gruben des benachbarten Siegerlandes transportierten. Erinnert sei nur an die Gruben „Pfannenberger Einigkeit“ (1270 m) in Salchendorf und „Füsseberg“ in Daaden-Biersdorf.

Schon früh am Morgen mußten diese Westerwälder Bergleute aufstehen (4.00 Uhr), um pünktlich ihrer Omnibusse zu erreichen. Nach Ankunft auf der Zeche wurde die Kontrollmarke in Empfang genommen, dann ging es in die Kaue zum Umziehen, danach Grubenlampen-Aushändigung und um 6.00 Uhr wurde angefahren. Nach Schichtende fuhren sie den weiten Weg wieder zurück nach Hause.

2.3.10 Landw. Höfe und Waldbesitz

Die relativ ungünstigen Klimaverhältnisse und die Zerstückelung der Nutzflächen haben im Oberwesterwald nie mehr als mittelmäßigen Ackerbau und extensive Viehwirtschaft zugelassen. Man kann einerseits der Meinung sein, daß die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe es erforderten, daß die Männer eine Nebentätigkeit ausüben mußten, andererseits aber die Beschäftigung der Männer in den Industriebetrieben die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Betriebe durch die Ehefrauen und weiteren Familienmitglieder notwendig machten.

Bekanntere größere landwirtschaftliche Anwesen waren eigentlich nur die Domäne Kleeberger Hof in Hachenburg, Hofgut Hohensayn (in der Gemeinde Lautzenbrücken) und Hofgut Daprich in Seck. Landwirtschaftliche Arbeitnehmer (Knechte und Mägde) waren ansonsten nur bei reichen Bauern, z.B.

Ferdinand Weyand, Kirburg (bis zur Inflation 1923) oder Albert Häbel, Marienberg (zugleich Kornbranntweinbrennerei) beschäftigt.

Es gab auch einige Gartenbaubetriebe (Gärtnereien), die Arbeitnehmer beschäftigten; z.B. Kneusel in Hachenburg.

Zur ärmsten Schicht der Dörfer gehörten die Tagelöhner oder Landarbeiter. Ihre Arbeitszeit betrug im Sommer mindestens 12 Stunden, im Winter zwischen 8 bis 9 Stunden. An schulfreien Nachmittagen oder in den Ferien fanden sogar Kinder in der Landwirtschaft als Arbeitskräfte Verwendung und erhielten dafür 40-80 Pfennig pro Tag und ein Mittagessen. Auch die Löhne der Erwachsenen fielen gegenüber den Industrielöhnen deutlich ab.

Was das Forstwesen anbetrifft, wird der „Westerwald“ eigentlich seinem Namen nicht gerecht. Große Lücken in die Waldbestände wurden durch die Gewinnung von Holzkohle für die Eisenerzverhüttung und für die Herstellung von Stütz- und Pfeilerteilen für den Untertagebau verwendet.

Es gab bzw. gibt Staatsforste, kommunalen Waldbesitz oder auch Privatwald. In wirtschaftlich schlechten Zeiten war man oftmals froh, kurzfristig als „Waldarbeiter“ beim „Tännchen pflanzen“ etwas verdienen zu können.

Aufsicht im Forstwesen führten die Forstämter Hachenburg Nord und Süd, Rennerod und Wallmerod sowie zahlreiche Revierförstereien. Die Waldarbeitertrupps waren teilweise Saisonarbeiter und gingen nur besonders in den Wintermonaten dieser Tätigkeit nach.

2.3.11 Verwaltung, Öffentlicher Dienst, Handel und Banken

Aus dem öffentlichen Dienst sind besonders folgende Dienststellen aufzuzählen:

- Landratsämter Marienberg und Westerburg (Westerburg wurde 1885 Kreisstadt; am 1. Oktober 1932 wurde der Oberwesterwaldkreis mit Sitz in Marienberg aufgelöst und mit dem größten Teil des ehem. Kreises Westerburg zu dem neuen Westerwald-Großkreis mit Sitz in Westerburg vereinigt. Oberwesterwald und Unterwesterwaldkreis wurden am 16.3.1974 zum Westerwaldkreis mit Sitz in Montabaur zusammengelegt).
- Stadtverwaltungen Marienberg, Hachenburg u. Westerburg
- Finanzamt Hachenburg
- Katasteramt Westerburg (mit früherer Nebenstelle in Marienberg) und Wallmerod
- Amtsgerichte Marienberg, Hachenburg, Westerburg, Rennerod u. Wallmerod
- Arbeitsämter Marienberg, Hachenburg u. Westerburg
- Allgemeine Ortskrankenkasse Marienberg u. Hachenburg
- Gesundheitsamt Marienberg (Hermann Kempf und Robert Müller verzichteten s.Zt. auf alle Rückgabeanprüche für das ehemalige Volkshaus in Marienberg unter der Bedingung, daß regierungsseitig, d.h. vom Amt für Wiedergutmachung, zugesagt wurde, das Gesundheitsamt für immer in Marienberg zu belassen)
- Straßenbaubezirke (Wegemeistereien, Straßenbauämter) in Marienberg, Hachenburg, Rennerod, Westerburg u. Wallmerod (die Westerwälder Zeitung vom 6.9.1900 veröffentlichte, daß in den 4 erstgenannten Wegemeistereien 23 Kreiswegewärterbezirke gebildet wurden)

- Postämter in Marienberg, Hachenburg, Westerburg und Rennerod mit Fernmeldedienststellen
- Kreissparkasse Marienberg und Hachenburg
- Nassauische Sparkasse Marienberg, Hachenburg, Westerburg und Rennerod
- Volksbank Marienberg u. Westerwaldbank eGmbH Hachenburg; die Westerwälder Volksbank Marienberg eGmbH ging aus dem früheren „Vorschußverein Marienberg eGmbH“, gegründet 1863, hervor
- Konsumgenossenschaft eGmbH, Marienberg-Langenbach
- Grefi-Läden Ernst Schütz (Einzelhandelsfilialen), Hauptsitz Zinhain, später Marienberg
- Schulwesen
- Polizei.

2.3.12 Verschiedenes

In Höhn besteht seit Jahrzehnten die Kunststoffwerk Höhn GmbH.

In einer nicht mehr existierenden Mühle im Wiedtal bei Borod wurden ab 1830 nicht nur Öl, sondern ab 1834 auch Knochen gemahlen, deren Mehl zu Dünge Zwecken Verwendung fand.

Die Firma Schlieper & Heyng in Erbach befaßte sich zunächst mit der Trocknung von Zuckerrübenschnitzeln; später stellte sie auf die Gewinnung von Farben um.

Und ganz zum Schluß soll noch erwähnt werden die Pulvermühle Farrenau bei Mudenbach.

KAPITEL 3.

Gewerkschaften im Kaiserreich

Aus der Zeit vor 1918 sind nur wenige Nachweise über gewerkschaftliche Aktivitäten vorhanden.

Es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß viele Oberwesterwälder, die im benachbarten Siegerland, im Dillenburgischen, im Unterwesterwald und im Limburger Raum Arbeit gefunden hatten, sich dort auch Gewerkschaften angeschlossen haben. Das gilt vor allem für die „Pendler“ zum „Friedrich Wilhelm“ und „San Fernando“ in Herdorf, zur Grube „Friedrichsseggen“ in Weitefeld, zur „Neue Haardt“ in Weidenau, zur Grube „Bindweide bei Gebhardshain, zur Eisensteingrube bei Eisersfeld, zur Eisensteingrube „Bautenberg“ in Unterwilden bei Neunkirchen (die schon 1903 über ein Speise- und Schlafhaus auf dem Grubengelände verfügte), zur Grube „Königsstollen“ bei Herdorf, und zum Basaltbruch und Quarzitlager bei Weitefeld.

Von Konrad Metzger aus Lochem, der im In- und Ausland auf Wanderschaft, d.h. mit Wanderbuch „auf der Walz“ war, wissen wir, daß er als 13jähriger Lehrling im Jahre 1892 in Hamm (Westfalen) dem Tischlerverband beitrug.

Unterbrochen wurde die gewerkschaftliche Entwicklung bereits vorher durch das sogenannte „Sozialistengesetz“ vom 21.10.1878. Offiziell hieß es das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“. Alle sozialdemokratischen oder kommunistischen Vereine, Versammlungen und Druckschriften wurden verboten, ebenso gewerkschaftliche Organisationen und Einrichtungen; z.T. lösten sie sich unter polizeilichem Druck auf.

Die Bürgermeister der einzelnen Orte mußten Berichte über die Abhaltung von Arbeiterversammlungen an ihre Vorgesetzten erstatten. Sicher sind in manchem Meldebuch der Ortspolizeibehörden die Beobachtungen der sogenannten „Polizeidiener“ noch vorhanden.

Die durch die Industrialisierung entstandene Unzufriedenheit versuchte die Regierung auch durch neue Gesetze wie der Kranken- und Invalidenversicherung aufzufangen, ebenso durch eine Neufassung der Gewerbeordnung. Diese trat zum 1. Oktober 1900 in Kraft. Danach sollte die Ruhezeit der in Ladengeschäften und in den zugehörigen Schreibstuben und Lagerräumen angestellten Personen auf mindestens 10 Stunden bemessen sein. Eine Mittagspause von 1 ½ Stunden wurde festgesetzt. Ladenschlußzeiten galten von 21.00 bis 05.00 Uhr. Ausnahmen nach oben und unten waren möglich. Und jugendliche Arbeiter konnten nunmehr bis zu je 4 Stunden des Vor- und Nachmittags ohne Gewährung von Pausen beschäftigt werden. In einer Kommentierung hieß es: „...*Jedenfalls zeigt sich auch hier wieder einmal, wie wenig es berechtigt ist, von einem Stillstand der Social-Reform zu reden.*“

Die Arbeitsbedingungen wurden überwiegend durch „Arbeitsordnungen“ geregelt, die ähnlich wie Mantel- und Lohntarifverträge aufgebaut waren, sich auf die Gewerbeordnung oder das Berg-Gesetz stützten und sogar für das „Zuspätkommen“ Geldstrafen vorsahen.

Die Pendler in Nachbarkreise beteiligten sich dort später auch an Arbeitskämpfmaßnahmen. Wer weiß noch

- vom Streik der Glasarbeiter in 1901, für den die Mitglieder in Wirges zusätzliche Solidaritätsbeiträge in die Streikkasse zahlten,
- vom Streik in Wehbach, als 1903 die über 300 Mann zählende Belegschaft des Walzwerkes in den Ausstand trat,
- vom Streik der Maurer, Handlanger und Zimmerleute im Jahre 1903 in Limburg (ausgerufen vom Verein christlicher Arbeiter). Am 12. Mai 1903 hieß es, daß dieser Streik erfolgreich beendet wurde.
- von der Arbeitsniederlegung in Siegen, ausgerufen vom Verband christlicher Maurer, die Anfang 1906 begann und im September des gleichen Jahres noch andauerte,
- vom Ausstand auf Grube „Glücksbrunnen“ bei Wingendorf (Nachbarbezirk), wegen dem am 15.1.1906 eine vom Gewerkverein christlicher Bergarbeiter einberufene Revierkonferenz im Gasthaus Brabeck in Betzdorf stattfand, zu der über 100 Delegierte des Siegerland-, Westerwald- und Dillkreises erschienen waren?

Die Gründung christlicher Gewerkschaften sollte im übrigen der Gefahr der Hinwendung der Arbeiter zu den sozialistischen Organisationen entgegenwirken; sie sahen sich von den Arbeitgebern aber genau so bekämpft und abgelehnt wie die Sozialisten. Vereinzelt gemeinsame Aktionen bahnten sich deshalb manchmal an.

Nach dem Ende der Illegalität 1890 beginnt für die Arbeiterbewegung eine Zeit des Wachstums und Aufstiegs. Erstmals wird 1890 der 1. Mai in allen Ländern der Welt, in denen Arbeiter sich in Organisationen zusammenfanden, gefeiert.

Fest steht, daß der Buchdruckerverband, der seinen Sitz in Hachenburg hatte, bereits 1883 bestand. Ein Protokollbuch, das diese gewerkschaftlichen Anfänge im Westerwald belegt, war in den 1970er-Jahren noch vorhanden (Horst Schneider, Fehl-Ritzhausen, kann sich als ehemaliger Schriftführer noch erinnern, dieses Protokollbuch seinem Nachfolger übergeben zu haben). Zweier Veteranen soll hier auch noch gedacht werden: Es sind Willy Theuerkorn und Bruno Rosner.

Wegen des Sozialistengesetzes hatte sich der Buchdruckerverein zeitweise in „Unterstützungsverein der Deutschen Buchdrucker“ umgewandelt bzw. umbenannt.

In den Buch- und Zeitungsdruckereien trat mit dem 1. Januar 1907 ein neuer Lohnstarif in Kraft, der eine den gesteigerten Lebensverhältnissen entsprechende allgemeine Erhöhung der Gehilfenlöhne um 10 - 15 % vorsah.

Der Steinarbeiterverband war eine der festgefügtsten Organisationen. Gewerkschaftliches Bewußtsein wurde besonders mitgebracht von den Steinkiepern, die von der Pfalz in den Oberwesterwald übersiedelten. So sollen Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands bereits im Jahre 1907 (erste Zahlstelle) in Zinhain organisiert gewesen sein. Gewerkschaftliche Werbung wurde besonders von Adam

Hensel, Hermann Meutsch und Jakob Remmy, Zinhain, sowie Jakob Jung, Marienberg, betrieben.

Die Steinkipper, die meist in jungen Jahren in den Oberwesterwald kamen, mußten beantragen, in ihre Wohngemeinde aufgenommen zu werden. So liegt für Hermann Meutsch noch heute der Originalantrag vor:

„Der Hermann Meutsch dahier hat Antrag gestellt, um als Bürger in die hiesige Gemeinde aufgenommen zu werden. Diesem Gesuch ist auf Grund des Statuts vom 29. November 1900 stattgegeben und hat derselbe ein Bürgergeld von Neun Mk. zur hiesigen Gemeindegasse zu entrichten.

Zinhain, den 12. Februar 1912

Neun Mark bar erhalten

Zinhain, den 24. Febr. 1912

Leis Rechner

Der Gemeinderat

Leis Bürgstr.

Die Schöffnen

gez. Müller Weber“

Die Steinkipper aus der Pfalz kamen zumeist als Junggesellen in den Oberwesterwald und heirateten ortsansässige Mädchen.

Eine Episode vom damals ebenfalls noch ledigen bekannten Steinkipper August Diehl berichtet die Westerwälder Zeitung“ am 19.2.1907:

„Ein trauriger Unfall ereignete sich am Donnerstag abend bei Herrn Gastwirt Neeb. Der daselbst im Logis befindliche jugendliche Steinkipper August Diehl, welcher sich bereits zur Ruhe begeben, ließ in dem Glauben, daß sein Zimmerkollege bald kommen würde, die Lampe brennen. Als derselbe kurz darauf eintraf und sich noch mit seinem wachenden Kollegen unterhielt, bemerkte Letzterer, daß das Petroleum in dem Behälter brannte und explodierte. Der bereits im Bett liegende August Diehl sprang sofort heraus, um das bereits um sich greifende Feuer zu löschen und trat hierbei derart in die Glasscherben, daß er sich einen Fuß vollständig zerschnitt. Der sofort herbeigerufene Herr Kreisarzt Dr. Schaus legte einen Notverband an und ist der bedauernswerte junge Mann am Freitag in die Klinik nach Gießen gebracht worden.“

Um die Jahrhundertwende (1900) hat der Deutsche Bauergewerksbund seine Organisations- und Agitationsarbeit im hiesigen Raum mit großer Zähigkeit und Energie begonnen.

Die Anfänge der Entwicklung des Deutschen Metallarbeiterverbandes liegen in den Jahren 1912/13. Einige opferfreudige Gewerkschaftler leisteten damals die ersten Vorarbeiten, die jedoch infolge des 1. Weltkrieges jäh unterbrochen wurden.

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands wurde im Jahre 1917 als freigewerkschaftliche Organisation gegründet.

Schon 1884 muß der Allgemeine Lehrerverein bestanden haben, denn in der Westerwälder Zeitung vom 18./19.8.1884 wird darauf hingewiesen, daß zum Besuch der Generalversammlung den Lehrern der Schulinspektion Westerburg der erforderliche Urlaub durch den Königl. Schulinspector (K. Schmidt, Pfarrer) erteilt wird. Am 19.9.1900 wird vermeldet, daß eine Zusammenkunft der Lehrer im Saale der Wwe. Backhaus in Hachenburg stattfand. In Hachenburg im Nassauer Hof tagte der Lehrerverein Hachenburg auch am 1.4.1905.

Am 30.4.1903 wurde zu Schönberg die Frühjahrsversammlung des Kath. Lehrervereins „An der Elbquelle“ abgehalten. Die beiden Lehrer Maas, Höhn und Deisel, Stockum, traten dem Verein bei. Mit Bericht vom 20.11.1905 wird eine weitere Versammlung im Schullokal Rotzenhahn (heute Rotenhain) erwähnt.

Ein Bericht über eine Gewerkschaftsveranstaltung erscheint in der Westerwälder Zeitung vom 18.8.1901: *„Marienberg. Sonntag-Nachmittag hielt der Gewerkverein christl. Berg-, Eisen- und Metallarbeiter im Sieg-Heller-Industriebezirk bei dem Aussichtsturm dahier eine Versammlung ab, zu welcher sich die Bergleute von hier und Umgegend sowie viele Andere, welche wohl aus Interesse oder auch an dem schönen Sonntag-Nachmittag einen Ausflug damit verbanden, eingefunden hatten. Der Verein, welcher seinen Sitz in Siegen hat, bezweckt die Hebung der moralischen und sozialen Lage der Arbeiter auf christlicher und gesetzlicher Grundlage, sowie Anbahnung und Erhaltung einer friedlichen Übereinkunft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern etc. Wie bei allen derartigen Versammlungen, so wurde auch hier in erster Linie unseres geliebten Landesfürsten gedacht und die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf Se. Majestät Kaiser Wilhelm II. eröffnet. In verschiedenen Reden wurden Seitens des Vorsitzenden sowie der Vorstandsmitglieder nunmehr die Mittel und Wege zur Erreichung der Arbeiterzwecke in ausführlicher Weise geschildert, den Arbeitern insbesondere empfohlen, sich mit den gesetzlichen Bestimmungen vertraut zu machen, da das Gesetz den Arbeiter bei berechtigten Beschwerden schütze. Ferner liege im Interesse der Arbeiter die Bildung festerer Organisationen und der Beitritt zum Gewerkverein, dessen Beiträge monatlich auf 25 Pfg. festgesetzt seien...“*

Am 1. Juni 1905 fand in Langenhahn eine gewerkschaftliche Werbeveranstaltung statt:

„Eine größere Anzahl Männer und Jünglinge von hier und den angrenzenden Orten hatten sich am Himmelfahrtstage bei Gastwirt Schmidt dahier eingefunden, zwecks Einführung des Volksvereins auch in unserer Kapellengemeinde. Kaplan Müller von Wirges erläuterte in sehr anregender und beredter Weise, was der Volksverein in sozialer, politischer und religiöser Beziehung erstrebe. Die Ausführungen des Redners fanden allgemeinen Beifall; darauf erklärten 62 Männer ihren Beitritt zum Verein... Der zweite Redner, Bergarbeiter Heinrich aus dem Kreise Altenkirchen, wies in trefflicher Weise auf den großen Unterschied hin, welcher zwischen den freien Gewerkschaften und den christlichen Gewerkschaften bestehe. Am Schluß sprach Pater Maurus beiden Rednern den Dank der Versammlung aus.“

Langenhahn scheint im übrigen der Ort gewesen zu sein, an dem öfters Arbeiterversammlungen stattfanden.

Die Westerwälder Zeitung vom 20.4.1906 berichtet:

„Vom Westerwald, 17. April. In dem neubauten Saale des Gastwirts Schmidt zu Langenhahn fand am Ostermontag eine zahlreich besuchte Arbeiterversammlung statt. Ein Arbeitersekretär aus dem Kreise Altenkirchen sprach hier in eingehender Weise über die „soziale Frage“: Die Lohnbedingungen der Arbeiter seien zur Zeit weit besser als ehemals, und infolgedessen habe sich auch die Lebenshaltung im allgemeinen gehoben; es gelte jetzt, die wohlwollenden Parteien in den Parlamenten durch eine geschlossene christliche Arbeiterorganisation zu stützen und den wüsten Verhetzungen der Sozialdemokraten kräftig entgegenzutreten; der christliche Arbeiter suche sein Wohlergehen nur auf gesetzlichem Boden zu erringen und nicht durch Umsturz. Zu Pfingsten soll eine zweite Versammlung dahier abgehalten werden...“

Paul Kalinowski, ehemaliger christl. Gewerkschaftssekretär, kommt in einem Zeitungsbericht rückblickend zu der Feststellung, daß *„die langsame Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung vor dem 1. Weltkrieg zum Teil daran lag, daß die*

Industrien, vor allem die Hartsteinindustrie, nicht vorhanden war. Andererseits sei auch Grund dafür, daß die in den Industrien beschäftigten Arbeiter durchweg Kleinbauern waren, die ihren Lebensunterhalt aus der Landwirtschaft nicht befriedigen konnten, und so in der immer mehr aufblühenden Industrie noch etwas zu ihrem Lebensunterhalt in den Betrieben hinzuverdienten. Dieses geschah in ziemlich langer Arbeitszeit. Es waren recht mühselige Anfänge, die Arbeitnehmer in Gewerkschaften zu organisieren; sie werden verzeichnet besonders in den Jahren 1908 bis zum Kriegeausbruch.“

Doch auch die Arbeitgeber schlossen sich zusammen. Ihre „edlen“ Ziele kann man nachstehendem Zeitungsbericht vom 14.6.1907 entnehmen:

„Von Nah und Fern. Vom Westerwald, 12. Juni. Zahlreiche Grubenbesitzer und Fabrikanten aus allen Industriezweigen von Coblenz-Land und dem Westerwald haben sich, wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, zu einem Verbands zusammengeschlossen. Nach den Satzungen hat der Verband die Aufgabe, friedliche und freundliche Beziehungen zwischen den Verbandsmitgliedern und ihren Arbeitern herbeizuführen und zu bewahren, sowie Zwistigkeiten mit den Arbeitnehmern auf gütlichem Wege zu regeln und unberechtigten Forderungen und unberechtigten Arbeitseinstellungen der Arbeiter entgegen zu treten. Um die Durchführung dieser Bestrebungen zu sichern, haben die Industriellen der benannten Gegend sich der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverband in Berlin angeschlossen.“

KAPITEL 4.

Gewerkschaften in der Weimarer Republik

Nach der November-Revolution (1918) konnten freie und christliche Gewerkschaften sich ungehindert entfalten. Adam Hensel, Zinhain, stand an der Spitze der Bewegung. Er war auch Vorsitzender des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates im hohen Westerwald.

So erschien am 15.11.1918 in der Westerwälder Zeitung unter „Amtliches“ folgender Aufruf:

„Der unterzeichnete Arbeiter- und Bauernrat richtet hiermit an die Bevölkerung des Oberwesterwaldkreises folgenden Aufruf: Das Landratsamt in Marienberg hat sich dem Arbeiter- und Bauernrat in seiner Tätigkeit unterstellt. Der in der Volksversammlung vom 14.11.18 gefaßte Beschluß auf Absetzung des Landrats und des Kreisausschusses konnte nicht durchgeführt werden, weil nach einem inzwischen von der preußischen Landesregierung an die preußischen Beamten ergangenen Erlaß sämtliche preußischen Behörden und Beamten aufgefordert werden, ihre amtliche Tätigkeit fortzusetzen. Dieser Erlaß der preußischen Landesregierung ist im Auftrage des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats erfolgt. Wir richten nun an die landwirtschaftliche Bevölkerung des Kreises die dringende Bitte, in der Ablieferung der Lebensmittel das Menschenmöglichste zu leisten, da bei einem Zusammenbruch unserer Lebensmittelversorgung unsere Notlage zu einer völligen Vernichtung führen muß und damit auch die Freiheit des deutschen Volkes zu Grunde gerichtet wird. An die Eltern richten wir die herzliche Bitte, der durch die Kriegszeit gelockerten Erziehung der Jugend ihre sorgfältigste Aufmerksamkeit zuzuwenden; es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß jugendliche Personen auf offener Straße Menschen belästigen; nicht durch Zuchtlosigkeit kommen wir vorwärts, sondern durch strengste Selbstzucht und Besonnenheit; insbesondere verweisen wir darauf, daß den Personen der öffentlichen Verwaltungen weder durch Worte noch durch Taten zu nahe getreten wird.“

Am gleichen Tag erschien eine amtliche Bekanntmachung des Arbeiter- und Bauernrates Marienberg:

„Wir fordern die Bevölkerung auf, sofort in jeder Landgemeinde je nach der Größe derselben durch geheime, gleiche und direkte Wahl aller Männer und Frauen über 20 Jahre 3 - 5 Vertrauensmänner zu wählen, die dazu berufen sind, die Lebensmittelverteilung zu überwachen und bei der Lebensmittelerfassung tatkräftig mitzuwirken, insonderheit dem frevelhaften gewerbsmäßigen Schleichhandel entgegenzutreten. Auch bei den Vieh- und Milchkommissionen oder bei anderen Kommissionen haben diese Vertrauensmänner mitzuwirken. Die Vertrauensmänner betrachten dieses Amt als Ehrensache und treten mit dem Tage ihrer Wahl anstelle der bisherigen Wirtschaftsausschüsse, die als aufgelöst zu betrachten sind. Diese Bekanntmachung ist auf ortsübliche Weise zu veröffentlichen. Die vollzogenen Wahlen sind bis zum 25. November d.Js. dem Landratsamt mitzuteilen.“

Die Preußische Regierung wies mit einem „Telegraphischen Erlaß“ vom 14.11.1918, vom Landrat Ulrici am 15.11.1918 veröffentlicht, darauf hin, daß die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates bzw. Bauernrates als Kontrollinstanz den einzelnen Verwaltungsbehörden, insbesondere also den Ober-

präsidenten, den Regierungen und Landratsämtern zur Seite zu treten haben und bei allen wichtigen Verhandlungen hinzuzuziehen sind.

In der Westerwälder Zeitung vom 26.11.1918 heißt es auszugsweise:

„Marienberg, 26. Nov. Auf Sonntag mittag hatte der Arbeiter- und Bauernrat eingeladen zu einer Versammlung, in der vor allem wichtige Organisationsfragen besprochen werden sollten. Nicht nur die Umgebung Marienbergs, sondern auch der untere Kreisteil wies eine zahlreiche Beteiligung auf, sodaß der Saal zur Post dicht besetzt war. Nach Eröffnung durch Herrn Adam Hensel... In klaren Ausführungen gab Herr Pfarrer Schütz nochmals einen Überblick über die Ereignisse der jüngsten Zeit und ging dann auf diejenigen Fragen über, die unseren Kreis betreffen. Zu Beginn seiner Tätigkeit habe der Arbeiter- und Bauernrat aufgefordert, in den einzelnen Gemeinden 3 - 5 Vertrauensmänner zu wählen, die an Stelle der bisherigen Wirtschaftsausschüsse treten sollten... In überzeugender Weise legte Redner die Verwicklungen auseinander, die aus der Gründung von Arbeiter- und Bauernräten in jeder Gemeinde entstehen würden, und gab schließlich der Versammlung die Entscheidung über die beiden Möglichkeiten, ob Vertrauensmänner oder Bauernräte. Einstimmig fiel die Wahl auf erstere; ferner fand der Vorschlag, die bereits in einzelnen Gemeinden auf richtiger Grundlage gewählten Bauernräte als Vertrauensmänner zu betrachten, allgemeine Zustimmung...“

Ergänzend dazu wird berichtet:

„-(Wahl der Vertrauensmänner.) Sonntag und Montag abend fand auf dem Bürgermeisteramt die Wahl der 5 Vertrauensmänner für Marienberg statt. Es erhielten Wilhelm Sahn I. 306, Ernst Häbel 304, Karl Flick 282, Eduard Hain 276, Otto Staubesand 205 und Friedrich Hörster 104 Stimmen. Die ersten 5 Kandidaten sind somit gewählt. 59 Stimmen waren zersplittert auf 16 Kandidaten, darunter auch eine Kandidatin.“

Nicht nur heutzutage, sondern auch bereits nach dem 1. Weltkrieg, ging wegen „unsinniger“ Lohnforderungen der Arbeitnehmerschaft das übliche „Gezeter“ von Arbeitgeber- und Regierungsseite los. In der Westerwälder Zeitung vom 11.2.1919 heißt es u.a.:

*„...Waren angesichts der langen Dauer des Krieges und der damit notwendig verbundenen Teuerung aller Lebensverhältnisse die Löhne der Arbeiterschaft von Jahr zu Jahr nicht ohne Grund erheblich gestiegen, so haben sie in neuester Zeit auf Drängen der Arbeiter vielerorts eine Höhe erreicht, deren weitere Steigerungen nicht mehr mit der herrschenden Teuerung gerechtfertigt werden können. Zu solchen Löhnen kann nutzbringende Arbeit nicht mehr geleistet werden, vielmehr muß das gesamte Wirtschaftsleben zum Erliegen kommen. Dadurch aber würde die Not des schwergeprüften Vaterlandes ins Grenzenlose wachsen und ein Elend entstehen, unter dem die Arbeiterschaft selbst am meisten leiden würde. Die preußische Regierung, des Ernstes der Lage sich voll bewußt, hat sich daher veranlaßt gesehen, folgende **Verordnung** zu erlassen:*

Die Lohnbewegung unter der Arbeiterschaft hat in letzter Zeit nach Art und Umfang eine Entwicklung genommen, die die schwersten Befürchtungen erwecken und weite Gebiete der Gütererzeugung zum Erliegen bringen muß. Die beklagenswerte, aber unvermeidliche Folge davon, kann nur Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend sein. Die Betriebe des Staates unterliegen in dieser Beziehung den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen wie die privaten. Weder Bergbau noch Eisenbahn noch alle übrigen Staatsbetriebe können es längere Zeit ertragen, daß ihre Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Dieser Fall ist aber in bedrohlichem Maße eingetreten. Es wird deshalb zur gebieterischen Pflicht der Staatsregierung, dem Anwachsen der Lohnausgaben über das Maß des Erträglichen hinaus mit Festigkeit entgegenzutreten. Die Herren Fachminister werden daher ersucht, an sie heranretende Lohnforderungen zwar in voller Würdigung der jetzigen Bedürfnisse der Arbeiterschaft, aber auch sorgfältig daraufhin zu prüfen, ob nicht durch die Bewilligung den in Frage kommenden Betrieben Lasten auferlegt werden, die sie nicht ertragen können, ohne zu unterliegen...

Es gab damals auch „Vorläufige Bestimmungen über die Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn“. Hierfür mußten vom Arbeitgeber Steuermarken, die bei den Finanzämtern und Postanstalten zum Verkauf gestellt wurden, in eine persönliche Steuerkarte geklebt werden.

Über die Entwicklung der Gewerkschaften nach der Revolution und Inflation schreibt der vorhin bereits zitierte ehemalige christliche Gewerkschaftssekretär Paul Kalinowski in einer Sonderausgabe der Westerwälder Zeitung vom 27.10.1928:

„Nach der Revolution, und ganz besonders während der Inflation, blühten die Gewerkschaften sehr stark. Eine gewisse Zeitspanne war die gesamte Arbeiterschaft des Westerwaldes restlos organisiert. Wie überall in Deutschland, gingen viele den Gewerkschaften mit Beginn der Währungs-Stabilisierung verloren. Die Fluktuation in den Gewerkschaften ist auch im Laufe der letzten Jahre noch nicht behoben. Jedoch ist seit mehr wie 3 Jahren von einem Rückgang in der Bewegung nicht mehr zu sprechen; im Gegenteil ist ein stetiger, dauernder Aufstieg zu verzeichnen. Von den heute etwa in der Hartstein-Industrie beschäftigten 4500 Arbeitern sind immerhin reichlich 2/3 aller Arbeitnehmer organisiert. Der recht unterschiedliche Beschäftigungsgrad im Laufe der letzten Jahre gerade in dieser hauptsächlichsten Industrie des Westerwaldes bringt leider noch Schwankungen in den Mitgliederzahlen der Gewerkschaftsbewegung. Auch bei den übrigen auf dem Westerwalde vorkommenden Berufen Bauhandwerker, Holzarbeiter, Lederarbeiter, Ziegeleien, Kalk und die ebenfalls stark entwickelte Ton- und Glasindustrie, besonders in der Tonindustrie können die Gewerkschaften auf eine gute Entwicklung zurückblicken. Zur Zeit arbeiten von den in den Betrieben und Industrien beschäftigten Arbeitnehmern etwa 95% unter Tarifverträgen, die die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer regeln und bei fast allen Tarifen auch Urlaub vorsehen. Vor dem Kriege war von derartigen Verträgen nicht die Rede. Die innere Organisation der Gewerkschaften, das Verwaltungsleben insbesondere, ist ebenfalls sehr stark entwickelt. Die Gewerkschaften gewähren ihren Mitgliedern bei Streikausperrungen ausreichende Unterstützungen; auch bei Krankheit und Arbeitslosigkeit und bei Sterbefällen werden Unterstützungen gewährt. Der christliche Steinarbeiterverband hat außerdem eine Alters- und Invalidenhilfe geschaffen, die eine Versorgung im Falle der Invalidität und des Alters bieten; außerdem werden bei sämtlichen Unglücksfällen, die sich leider bei der immer mehr sich

modernisierenden Wirtschaft auch auf dem Westerwalde stark häufen, den Hinterbliebenen namhafte Unterstützungen in Höhe von 300-1200 RM gewährt. Zur Zeit befinden sich auf dem Westerwalde drei Bezirkssekretariate mit angestellten Beamten der christlichen Gewerkschaften und eines von seiten der freien Gewerkschaften. Die Gewerkschaften des Westerwaldes haben recht starken Anteil genommen bei der Besetzung der Stellen der neuen sozialen Einrichtungen. Es seien genannt: die Spruchkammern der Arbeitsämter und Landesarbeitsämter, die Arbeitsgerichtsbehörden, Schlichtungsausschüsse u.a.m. Auch in die Kreiskörperschaften sind überall Vertreter entsandt, um dort für das Wohl und Wehe der arbeitenden Bevölkerung des Kreises einzutreten. Da die Gewerkschaften heute staatlich anerkannte Organisationen sind, die viel Segensreiches für die Arbeiterschaft gewirkt, so stellen sie heute einen Faktor im Wirtschaftsleben, auch auf dem Westerwalde, dar, der nicht mehr zu entbehren ist.“

Thomas A. Bartolosch behandelt in seinem Buch „Basalt im Westerwald...“ auch die Arbeiter-Organisationen. Er stellt u.a. zutreffend fest:

„Von den drei großen Gewerkschaften waren die „Christlichen Gewerkschaften“ am stärksten vertreten. Dann folgten die sogenannten „freien Gewerkschaften“ (sozialdemokratisch ausgerichtet), während der wirtschaftsliberale „Gewerkverein der Fabrik- und Handarbeiter“ (Hirsch-Duncker) nur wenige Mitglieder zählte. Die Verteilung der Westerwälder Basaltarbeiter auf die verschiedenen Gewerkschaften zeigt folgende Übersicht:

- Berufsverband Deutscher Steinarbeiter (Christliche Gewerkschaften)	47 %
- Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands (Freie Gewerkschaften)	30 %
- Gewerkverein der Fabrik und Handarbeiter (Hirsch-Duncker)	1 %
- Nichtorganisiert	22 %.

Der Einfluß der Gewerkschaften in den einzelnen Regionen des Westerwaldes war dabei recht unterschiedlich... während der Anteil der Christlichen Gewerkschaften in der Gegend von Westerburg auf 75 % sank und am Stöffel sogar nur 50 % betrug. Die sogenannten „freien Gewerkschaften“ waren hauptsächlich... bei Marienberg-Zinhain vertreten (75 %). Der verschieden starke Einfluß der Gewerkschaften in den einzelnen Bezirken des Westerwaldes ist geschichtlich zu erklären... Die Gegenden, wo die Christlichen Gewerkschaften vorherrschen, waren früher Teile der Erzstifte Kurköln bzw. Kurtrier und haben vorwiegend katholische Bevölkerung, während in ursprünglich zu den evangelischen Fürstentümern Wied und Nassau gehörigen Teilen des Westerwaldes die „Freien Gewerkschaften“ überwiegen.“

Geographisch und konfessionell gesehen war grobe Trennungslinie die Nister.

Zu den aktiven Gewerkschaftlern vor 1933 zählen auch Ewald Kempf, Langenbach b. Mbg. (christl. Gewerkschaften) u. August Brell, Zinhain (freie Gewerkschaften) sowie der Betriebsratsvorsitzende der Grube Alexandria, Josef Höhn. Nicht vergessen werden sollen Hermann Meutsch, Zinhain (Hamann, Zinhain) und Hermann Kempf, Marienberg (Weidling, Langenbach b. Mbg.). Robert Müller (Marienberg), war auf Grube „Alexandria“ aktiv tätig, nachdem er bereits als 15-jähriger in den Erzgruben des Siegerlandes gearbeitet hatte. Von Ernst Heun (Marienberg) ist durch die noch vorhandene Arbeitsordnung der Westerwaldbrüche überliefert, daß er 1922 als Betriebsratsvorsitzender amtierte.

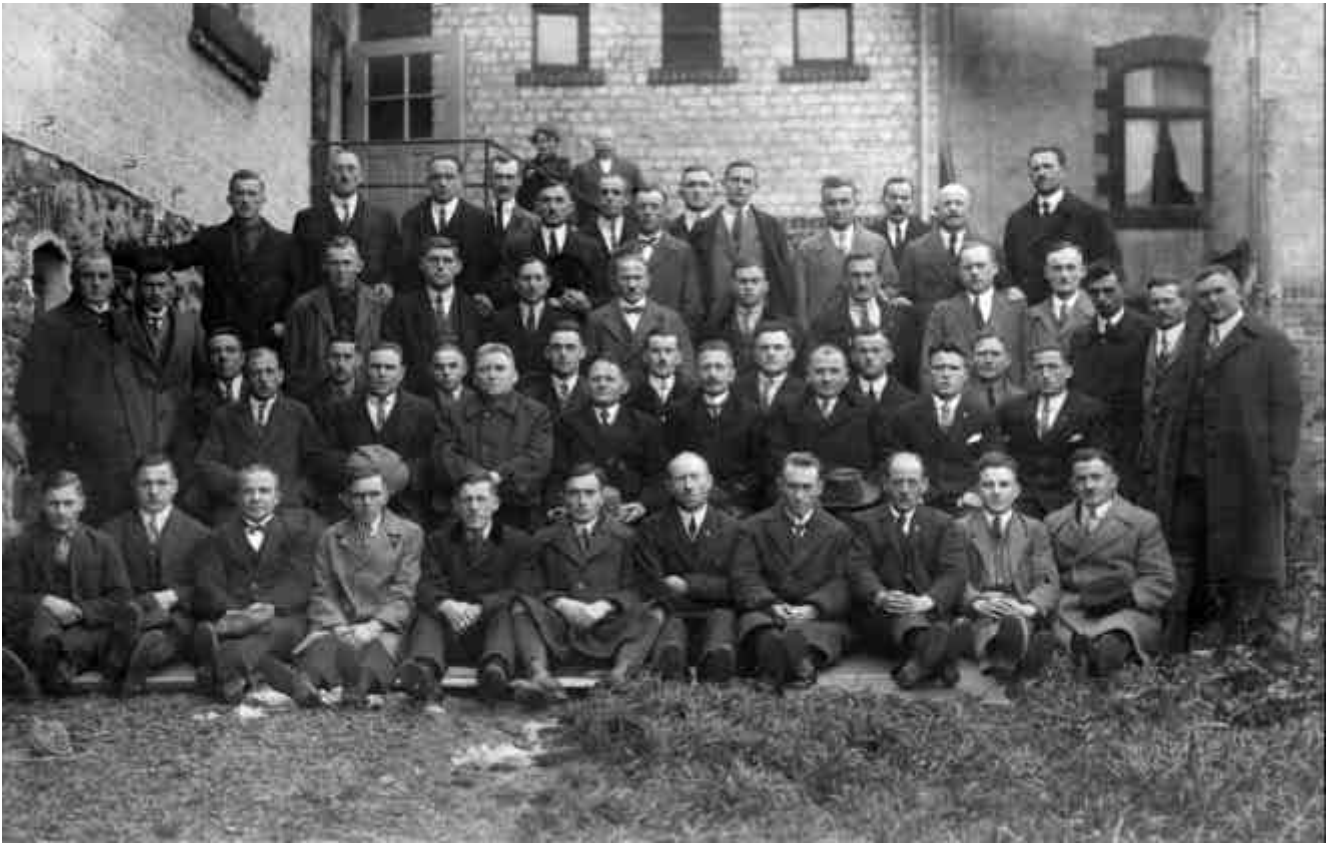


Abb. 4.1 Konferenz des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands in Marienberg; Nebeneingang zum Saalbau Dieck; ganz rechts Gewerkschaftssekretär Franz Wolf; Bildmitte mit „Fliege“ August Diehl; hinterste Reihe 6. von rechts: Hermann Kempf

Eine lustige Episode aus Zeiten der Weimarer Republik wurde von alten Gewerkschaftlern oft erzählt: August Diehl, Marienberg, wurde als Delegierter zu einer Konferenz des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands entsandt. Als er zurückkam, fragten ihn seine Kollegen, was es auf dieser Tagung gegeben habe. Seine Antwort im Pfälzer Dialekt: „Do hobbe se schee gesproche (da haben sie schön gesprochen)“. Selbstverständlich hat er anschließend eingehend über Verlauf und Beschlüsse der Konferenz berichtet.

Während der Weimarer Republik bestand in Marienberg ein Gewerkschaftskartell und ein Ortsausschuß. 1921 wurde dort auch ein Gewerkschaftssekretariat eingerichtet, 1922 das erwähnte Ortskartell ins Leben gerufen. Ihm gehörten mehrere der unten aufgezählten freien Gewerkschaften an, und zwar:

- Deutscher Baugewerksbund
- Deutscher Metallarbeiterverband (Die während des 1. Weltkrieges unterbrochenen Gründungsvorbereitungen wurden im Dezember 1918 fortgesetzt und abgeschlossen. Die junge Organisation entfaltete sich in prächtiger Weise)
- Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands (Entwicklung und Zeitverhältnisse verliehen dieser Gewerkschaft im Jahre 1925 ihren endgültigen Namen. Erwähnenswert war die Ortsgruppe Hachenburg. Die sozialen Leistungen waren mustergültig, z.B. Kranken-, Arbeitslosen-, Notfall- und Todesfallunterstützung)
- Verband der Deutschen Buchdrucker (1928 hatten die Gewerkschaftsmitglieder der heutigen Druckerei Hachenburg den Ortsverein Hachenburg-Marienberg gegründet. Bis dahin hatten sie zum Ortsverein Limburg gehört. Durch das Wachsen der Betriebe und den damit verbundenen Zuwachs von Verbandskollegen war der Wunsch zur Gründung eines eigenen Ortsvereins lebendig geworden. Der

Ortsverein Hachenburg-Marienberg gehörte damals zum Bezirksverein Wiesbaden des Gaues Mittelrhein. Den Vorsitz des neugegründeten Ortsvereins übernahm der im Jahre 1912 aus Westfalen zugewanderte Kollege Ewald Fischer, und zwar bis Ende der 1950er-Jahre.)

- Verband der Bergbauindustriearbeiter
- Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs
- Deutscher Holzarbeiterverband
- Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verband
- Verband der Lithographen und Steindrucker
- Zentralverband der Angestellten
- Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands (Bezirksbüro in Marienberg mit Gewerkschaftssekretär Franz Wolf. Er war eine der festgefügtsten Organisationen im Oberwesterwald. Die Nachkriegszeit hatte den Basalt mit einem Schlage zu „Edelsteinen“ werden lassen. Und der einstmals geschundene Kipper wurde sich seiner Sendung bewußt. Mit der Nachfrage nach Steinen wuchs die Organisation, so daß es oft in keinem Steinbruch einen Arbeiter ohne Verbandszugehörigkeit gegeben hat. Wo ein Steinbruch vorhanden war, gab es auch eine Zahlstelle. Die Funktionäre und Mitglieder des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands waren die Träger der modernen Arbeiterbewegung). Das Bezirksbüro in Marienberg war in der Adolfstr. 4 untergebracht.

Das Gewerkschaftskartell Marienberg zählte 1930 ca. 2500 Mitglieder.

Was die Beitragszahlung anbetrifft, bestand damals die Regelung: 1 Stundenlohn = 1 Wochenbeitrag (durchschnittlich 50 - 60 Pfg.).

Auch die Lehrerschaft war weiterhin organisiert. Etwa um 1921/22 sind nachgewiesen:

- Kreislehrerverein Oberwesterwald: 1. Vorsitzender Lehrer Freitag (Hütte), 2. Vorsitzender Lehrer Abel (Hachenburg);
- Allgemeiner Lehrerverein für den Regierungsbezirk Wiesbaden, Zweigverein Hachenburg: 1. Vorsitzender Lehrer a.D. Görz (Hachenburg), 2. Vorsitzender Lehrer Lindner (Altstadt);
- Katholischer Lehrerverein für den Regierungsbezirk Wiesbaden, Zweigverein Marienstatt: Vorsitzender Lehrer Sahmer (Hachenburg).

Die Kleinarbeit der Gewerkschaften läßt sich bei weitem nicht im gehörigen Ausmaß würdigen. Die zahllosen Vertretungen vor den Arbeitsgerichten, Verhandlungen mit einzelnen Arbeitgebern, Unternehmerverbänden, öffentlichen Körperschaften, die von vielen Verbänden noch nebenamtlich durchgeführt wurde, hat das Arbeitsgebiet derselben ungeheuer vergrößert. Im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden sind noch heute Unterlagen über Vertretung arbeitsloser Steinarbeiter im Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes vorhanden.

Bildungsbestrebungen durch Wort und Schrift nahmen ebenfalls einen großen Umfang an. In Winterkursen wurden alle für die Arbeitnehmerschaft wichtigen Fragen ausgiebig behandelt. Alle Vorträge waren gut besucht und den Teilnehmern wurde eine kleine Fahrtkostenvergütung gezahlt.

Vielorts wurden auch Gewerkschaftsjugendgruppen gebildet, die als entwicklungsfähig bezeichnet wurden.

Etwas ausführlicher soll nun auf den Bergarbeiterstreik eingegangen werden, der vom 28. Januar bis 19. März 1924 dauerte. Aus einem Bericht des Landratsamtes Marienberg an die Regierung in Wiesbaden zitiere ich auszugsweise:

„...ist der seit dem 28. Januar d.Js. herrschende Streik der Bergarbeiter mit dem gestrigen Tage beendet worden, nachdem die am Montag in Herborn unter dem Vorsitz des Herrn Regierungs-Präsidenten Haenisch stattgefundene Verhandlung in dem Haupt-Punkte, der Frage der Arbeitszeit, durch Annahme der Forderung der Arbeitgeber durch die Arbeitnehmer eine Einigung erzielt worden war. In der daraufhin am Dienstag stattgefundenen Versammlung der Bergarbeiter wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, den Streik abzubrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Bei sämtlichen Gruben wurde bereits gestern der Betrieb wieder aufgenommen und es ist damit zu rechnen, daß die kleineren Gruben in den nächsten Tagen wieder mit dem Vollbetrieb beginnen werden. Zur Wiedereinstellung der gesamten Belegschaft wird es nicht mehr kommen, vielmehr wollen die Arbeitgeber nur noch die unbedingt zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes notwendigen Arbeiter einstellen. Ungefähr werden es 80 Mann sein, die auf Wiedereinstellung bei den kleineren Gruben nicht mehr rechnen können. Bei der größten Grube, der Grube Alexandria, liegen aber die Verhältnisse wesentlich anders. Durch den fast achtwöchigen Streik und das Stilllegen der Grube sind die Nebenstrecken fast ganz eingestürzt und muß erst jetzt mit dem Wiederaufschluß der Grube begonnen werden. Nach Mitteilung der Verwaltung der Grube ist beabsichtigt, die sich meldenden Arbeiter nach Bedarf, je nach dem Fortschreiten der Aufschlußarbeiten einzustellen. Immerhin werden mindestens 4 Wochen vergehen, bis die Gesamtzahl der wiederanzunehmenden Belegschaft, die von der Grubenverwaltung auf ungefähr 750 Mann beziffert wird, eingestellt ist. Die frühere Belegschaft der Grube Alexandria be-

trug ungefähr 900 Mann. Wenn man berücksichtigt, daß von der gesamten, neu einzustellenden Belegschaft von 750 Mann 50 Arbeiter sind, die früher nicht zur Belegschaft gehörten, so kommen von der früheren Belegschaft nur ungefähr 700 Mann zur Wiedereinstellung, während 200 Mann nicht mehr eingestellt werden. Der größte Teil dieser nicht zur Wiedereinstellung gelangenden Arbeiter dürfte aus dem Kreise Westerbург stammen.

Bei der Grube Wilhelmszeche in Bach, die... ihren Betrieb am 1. März wieder aufgenommen hat, sind von der früheren Belegschaft von ungefähr 500 Mann nur 350 zur Wiedereinstellung gelangt. Nach Wiederaufnahme des Vollbetriebes auf sämtlichen Braunkohlengruben wäre das Bild ungefähr das, daß von der Gesamtzahl der früheren Belegschaften vor dem Streik ungefähr rund 400 Mann nicht mehr zur Einstellung gelangt wären. Von diesen 400 Mann haben bereits eine ganze Anzahl Arbeit in den Steinbrüchen gefunden, soweit sie im hiesigen Kreis wohnen und es ist damit zu rechnen, daß eine weitere Anzahl dieser Arbeiter in nächster Zeit Gelegenheit finden wird, bei anderen Steinbruchunternehmen, die in Kürze neu begonnen werden sollen, Arbeit zu finden.

Was nun die Schutzpolizeimannschaften anbetrifft, so bittet die Grubenverwaltung die Polizeimannschaft noch bis zu Anfang nächster Woche hier zu belassen, weil jetzt noch nicht übersehen werden kann, welche Haltung die nicht zur Wiedereinstellung gelangenden Arbeiter einnehmen werden. Wenn auch nicht mehr damit zu rechnen ist, daß von diesen Arbeitern versucht wird, die Arbeitswilligen von der Arbeit abzuhalten, so liegt doch immerhin die Möglichkeit nahe, daß diese Arbeiter sich irgend wie, sei es durch Sabotageakte an der Werkleitung zu rächen versuchen. Ich werde aber mit der Werkleitung in Fühlung bleiben und sobald sich die Weiterbelassung der Schutzpolizei für nicht mehr notwendig erweisen sollte, die Rückkehr der Polizeimannschaften sofort veranlassen...“

Mit Schreiben vom 19.2.1924 hatte sich die Elektrizitätswerk Westerbald AG mit damaligem Sitz in Marienberg bereit erklärt, im Prinzip mit der Tragung der Kosten für die Überwachung der Anlagen während des Streiks durch Landjägerei- und Schutzpolizeibeamte einverstanden zu sein.

Damit überhaupt überliefert wird, um welche Forderungen es bei diesem Bergarbeiterstreik gegangen ist, nachstehend auszugsweise eine Aktennotiz des Landrats des Oberwesterwaldkreises vom 20.3.1924:

„...An der am Montag, den 17. d. Mts. im Rathaus zu Herborn unter dem Vorsitz des Herrn Regierungs-Präsidenten Haenisch stattgefundenen Verhandlung zwecks Beilegung des Bergarbeiterstreiks nahmen als Vertreter der Arbeitgeber Bergassessor Piper, Direktor Lechler, Bergverwalter Nix und der Syndikus des Arbeitgeberverbandes Dr. Henrich, als Vertreter der Arbeitnehmer 2 Vertreter des Verbandes der Bergarbeiter (Gewerkschaftssekretär Becker und Schumacher), 2 Vertreter des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter (Gewerkschaftssekretär Luy und Schmidt) sowie die Betriebsobmänner der einzelnen Braunkohlengruben teil. Als Vertreter des Landrats war Kreissekretär Graf anwesend. Nach Eröffnung der Verhandlungen durch Herrn Regierungspräsidenten Haenisch erteilte dieser dem Vertreter der Arbeitnehmer, Gewerkschaftssekretär Becker, das Wort, der die Ansichten der Arbeitnehmer darlegte, im wesentlichen aber von der Stellung von Forderungen Abstand nahm. Der Vertreter der Arbeitgeber, Herr Bergassessor Piper, legte nochmals die Forderungen der Arbeitgeber dar. Im Verlauf der Verhandlungen wurde in der Frage der Urlaubszeit und der Frage der

Mindestlöhne und der Lohnzahlungen eine Einigung erzielt, insofern als die Arbeitgeber erklärten, daß die Streiktage als Urlaubstage nicht angerechnet würden und daß in der Frage der Mindestlöhne eine Entscheidung der Arbeitsgemeinschaft herbeigeführt werden solle. In der Frage der Arbeitszeit blieben sie auf ihrer Forderung bestehen, ebenso verhielten sie sich zu der Forderung der Arbeitnehmer, auf Wiedereinstellung sämtlicher Arbeiter, ablehnend. Die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten sich nach erfolgter Beratung bereit, die Forderung bezüglich der Arbeitszeit, wie sie auch durch den zweiten Schiedsspruch festgelegt ist, bedingungslos anzuerkennen, während sie in Bezug auf die Wiedereinstellung sämtlicher Arbeiter die Forderung erhoben, daß nach Möglichkeit sämtliche Kriegsbeschädigte sowie die Mitglieder der Betriebsräte zum mindesten wieder eingestellt würden. Ihre endgültige Entscheidung über die Frage der Wiederaufnahme der Arbeit behielten sie sich vor, bis zur erfolgten Abstimmung der streikenden Arbeiter, die am folgenden Tage in Höhn stattfinden sollte. Der Herr Regierungspräsident Haenisch schloß hierauf die Verhandlungen mit der Aufforderung an die Arbeitgeber, in der Frage der Wiedereinstellung der Arbeiter ein Entgegenkommen zu zeigen, wobei er ausdrücklich erklärte, daß hiervon ausgenommen seien die wegen strafrechtlichen Vergehen verfolgten Arbeiter, und mit der Aufforderung an die Arbeitnehmer, bei den am Dienstag stattfindenden Verhandlungen nach Möglichkeit auf Wiederaufnahme der Arbeit durch die Arbeitnehmer hinzuwirken. Nach Schluß der Verhandlung teilte Herr Regierungs-Präsident Haenisch... noch mit, daß mit sofortiger Wirkung die Genehmigung zur Veranstaltung von Haussammlungen aufgehoben sei...“

Auch die Schulchronik der Gemeinde Fehl-Ritzhausen enthält interessante Aufzeichnungen von diesem Bergarbeiterstreik: „Im Januar 1924 brach auf der Alexandria (Höhn) wegen der Arbeitszeit ein Streik aus. Die Arbeiter der Wilhelmszeche (zum großen Teil Gemeindeglieder) traten in Sympathiestreik, der 7 Wochen dauerte. Dann fanden sich einige Arbeitswillige, gegen die von der Arbeiterschaft Protestkundgebungen gemacht wurden. Es wurde ein großer Protestzug gebildet. Kinder trugen Schilde „Ihr Streikbrecher“ usw. Hunderte von Männern und Frauen umstellten die Zeche. Man hielt den Arbeitswilligen vertrocknete Brotreste, Speckschwarten u. dgl. vor: „Hier habt ihr zu essen“. Schließlich wurde Gendarmerie u. Schutzpolizei aufgeboden. Der Streik brach zusammen, da sich infolge der allgemeinen Arbeitslosigkeit Auswärtige genug zur Arbeit meldeten. Die große Arbeitslosigkeit machte sich den ganzen Winter hindurch insofern fühlbar, als Tag für Tag Arbeitslose bettelnd vorsprachen. Es kam vor, daß an einem Tage 3 Arbeitslose im Schulhaus zusprachen...“

Aber schon im nächsten Jahr kam neues Unheil auf den Bergbau zu. Die gleiche Schulchronik berichtet: „...1925. Von Oktober 1925 ab wird die Wilhelmszeche bei Bach stillgelegt. Sie war im Besitz des Thyssen-Konzerns, der sie aus Privathand erworben hatte. Besonders in den Kriegs- u. Inflationsjahren war die Nachfrage nach Braunkohle sehr rege, u. die Wilhelmszeche war in dieser Zeit aus kleinen Anfängen mächtig emporgeblüht. 2 Schächte auf dem eigentl. Zechengebiet und der Adolfschacht an dem Landwege nach Hof, unter dem Schafstall waren in Tätigkeit. Eine 2gleisige Kleinbahn und Transportautos besorgten die Abfuhr. Zeitweilig waren an 600 Arbeiter beschäftigt. Für die Beamten wurden in Stockhausen, Ritzhausen (am Bahnhofsweg), auf der Zeche Wohnhäuser bezw. Wohnbaracken gebaut. Viele Ein-

heimische fanden dort dauernd Beschäftigung. Nachdem im Laufe der beiden letzten Jahre (24 u. 25) der Absatz immer schwieriger wurde wegen des steigenden Wettbewerbs der Steinkohle, wurde die Wilhelmszeche ab 1. Oktober 1925 stillgelegt. Die Häuser u. Wohnbaracken wurden verkauft oder vermietet, Maschinen, Gleise, Förderwagen verkauft (z.T. als Alteisen), das Mobilar versteigert u. auch die eigentlichen Zechenbauten auf Abbruch versteigert. Die Schächte werden zugeworfen. Die Firma Th. behält nur noch die Rechte an dem Grubenfeld. Damit hat die Industrialisierung dieser Gegend wieder einen Schritt rückwärts getan.

Arbeitslage. Als Ersatz hierfür hatte die Arbeit in den Steinbrüchen diesen Sommer eine nie dagewesene Blüte zu verzeichnen. Es wurde in der Umgegend eine Menge neue Brüche eröffnet, zum großen Teil mit unzureichenden Mitteln. Der Absatz ging rasch. Hohe Löhne wurden gezahlt. Es war keine Seltenheit, daß Kipper einen Monatsverdienst von über 500 M nach Hause brachten. Im Herbst kam der Umschwung. Das Geschäft wurde stockend. Die meisten kleinen Unternehmer brachen zusammen. Auf Ritzhäuser Gebiet traf dieses Geschick den Steinbruch H.W. Heinz in der Glanzrippe (der im Sommer 85 Mann beschäftigte) u. auch den Steinbruch Weber auf der Gemeindeviehweide auf dem Büschel (Letzterer war von der Gemeinde abgepachtet worden). Infolgedessen setzte im Herbst starke Arbeitslosigkeit ein, die den ganzen Winter anhielt. 20 Mann u. mehr waren zu Zeiten ohne Arbeit. Da wurden Aufräumungsarbeiten auf der Viehweide unter der Fehler Hecke in Angriff genommen, die aus der Erwerbslosenfürsorge und Gemeindegeldern finanziert wurden u. den ganzen Winter hindurch andauerten...“

Infolge der Weltwirtschaftskrise griff auf dem Oberwesterwald die Arbeitslosigkeit weiter um sich. Ich habe in den Arbeitspapieren meines Vaters gesehen, wie oft er in Bergwerken entlassen wurde und „Abkehrscheine“ erhielt oder der Steinbruch F.W. Hamann in dieser Zeit zur Stilllegung kam und er in dieser Zeit Interimsmarken in seine Mitgliedskarte des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands klebte.

Die Erwerbslosen waren schon froh, wenn sie zu Meliorationsarbeiten eingesetzt wurden und etwas verdienen konnten.

Die trostlose Lage ging auch im Winter 1929/30 weiter. Auch hierzu ist in der Schulchronik von Fehl-Ritzhausen vermerkt:

„...Trotz der günstigen Witterung des Winters hielt aber doch auch auf dem Westerwalde, wie in den meisten Gegenden Deutschlands, eine große wirtschaftliche Not ihren Einzug. Schon im Frühherbst stellte ein Industriebetrieb nach dem andern seine Arbeit ein. Die Folge davon war, daß die größte Zahl der Arbeiter arbeitslos wurden und auf die Unterstützung in der Arbeitslosenfürsorge angewiesen war. Die Zahl der Arbeitslosen im Oberwesterwaldkreis schwankte den ganzen Winter über zwischen 1600 und 2000. Man kann wohl sagen, daß der letzte Winter der wirtschaftlich kritischste seit Kriegsende bis jetzt war...“

„1930/31. Wirtschaftskrise. Die oben erwähnte schlechte Wirtschaftslage wurde nicht, wie man allgemein erhofft und erwartet hatte, mit dem Frühjahrsbeginn behoben. Es trat vielmehr im Laufe des Jahres eine bedeutende Verschärfung ein. Eine Werks- und Betriebsstilllegung folgte der anderen, und der weitaus größte Teil der erwerbstätigen Bevölkerung ist auf Arbeitslosen- bzw. Krisenunterstützung angewiesen. Die Zahl der Erwerbslosen stieg im Laufe des letzten Jahres bis zu annähernd 5.000.000 innerhalb des Reichsgebietes. Auf dem Gebiete der Basaltindustrie erfolgte eine vollständige Lahmlegung, die auch alle unsere einheimischen Arbeiter

erwerbslos machte. Obwohl hier und da einige Anzeichen für eine Wirtschaftsbelebung vorhanden sind, darf man leider noch nicht an die Überwindung der Notzeit glauben. Um die erwerbslosen Jugendlichen vor dem Müßiggange zu bewahren, wurden im hiesigen Orte... Fortbildungskurse eingerichtet. Die Teilnahme... ist freiwillig und selbstverständlich kostenlos. Auch die Lehrenden übernahmen ihr Amt ohne Vergütung. Die Kurse werden gut besucht und finden an zwei Abenden in der Woche im hiesigen Schulsaal statt...“

„...Die Wirtschaftskrise steigerte sich noch im Laufe des Jahres bedeutend. Die heimische Industrie ist vollständig lahmgelegt, so daß alle Arbeiter im hiesigen Bezirk erwerbslos sind. Infolge der langen Dauer der Arbeitslosigkeit erhalten die meisten unserer Arbeiter aus der Erwerbslosen- und Krisenfürsorge keine Unterstützungen mehr und fallen der Wohlfahrtsfürsorge zur Last...“

„...1932/33. Auch das Jahr 1932 brachte trotz zahlreicher Notverordnungen keine Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage, sondern die Krise steigerte sich noch mehr. In unserem Dorfe wurde eine Besserung der Lage durch folgende Maßnahmen herbeigeführt: Eine Anzahl Arbeiter gründeten eine Genossenschaft auf gemeinnütziger Grundlage und setzten den Steinbruch in der Fehler Hecke in Betrieb. Durch die rührige Tätigkeit des Herrn Bürgermeister Schuster konnte sich die Gesellschaft eines den Verhältnissen entsprechenden guten Absatzes erfreuen. Durch diese Arbeitsgelegenheit sank die Zahl der Wohlfahrts-Unterstützungsempfänger von 25 auf 10. Im ganzen konnten im Laufe des Sommers etwa 16.000 Mark an Lohn ausgezahlt werden. Dies bildete für die Arbeiter einen gewaltigen Vorteil und für die Gemeinde eine starke Entlastung...“

Gegen das Massenelend und die Arbeitslosigkeit gab es im Oberwesterwald viele Demonstrationen und Kundgebungen. Höhepunkt war die Demonstration vom 4. Januar 1932.

Viel Zeit wurde von den Gewerkschaften zur Vertretung ihrer arbeitslosen Mitglieder aufgewendet. Auch in Sitzungen des Kreistages kam dieses Problem ständig zur Sprache. So richtete, wie aus einem Bericht der Westerwälder Zeitung vom 23.8.1932 ersichtlich ist, Gewerkschaftssekretär Franz Wolf von den freien Gewerkschaften, zugleich Kreistagsabgeordnete

der SPD, auch namens der christlichen Gewerkschaften die Bitte an den Kreisausschuß, eine nochmalige Nachprüfung der verschiedenartigen Landbewertungs-Grundsätze bei den Wohlfahrts- und Krisenunterstützungssätzen (Anm.: heutige Arbeitslosenhilfe) vorzunehmen, insbesondere die unterschiedliche Ertragsrechnung einer Revision zu unterziehen, weil dies mit großen Härten für die erwerbslose Arbeiterschaft verbunden sei.

Für die aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Mitglieder gab es übrigens den „Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands“. Der Monatsbeitrag war auf 0,60 RM festgesetzt.

Nicht nur in den Industrien, auch im öffentlichen Dienst waren eine Vielzahl konkurrierender Verbände vorhanden. Das wird deutlich am Beispiel der Deutschen Reichspost. Es sollen hier nur einige Postpersonalorganisationen aufgezählt werden: Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten; Bund deutscher Telegraphenarbeiter-, Vorarbeiter und -Handwerker; Verband der unteren Post- und Telegraphenbeamten; Verband Deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten; Deutscher Verkehrsbund; Verein der Post- u. Telegr.-Unterbeamten; Bund der Post- und Telegraphenbeamten der Zivilianwärterlaufbahn usw.

Von der Lehrerschaft ist bekannt, daß sie auch in den Zeiten der Weimarer Republik weiterhin in Lehrervereinen zusammengeschlossen war. Eine Annonce in der Westerwälder Zeitung vom 4.2.1919 belegt diese Aktivitäten:

„An die Lehrer und Lehrerinnen des Oberwesterwaldkreises. Im Auftrage des Hachenburger Lehrervereins und mit Zustimmung der Vorstände der anderen Lehrervereine des Kreises lade ich Sie zu einer Versammlung am Samstag, den 8. Februar, nachmittags 3 Uhr, in das Hotel Schmidt zu Hachenburg ein. Die vorläufige Tagesordnung besteht in: 1. die Wahl des Kreislehrerrates, 2. die Besprechung wichtiger Schulfragen... Weitere Vorschläge für die Tagesordnung bitte ich mir mitzuteilen... Der Vorsitzende des Hachenburger Lehrervereins G. Görz.“

KAPITEL 5.

Zwangsorganisationen im 3. Reich

Die Wochen bis Anfang Mai 1933 standen zunächst vor allem im Zeichen der Zerschlagung der Gewerkschaften und der Errichtung einer nationalsozialistisch geführten und staatlich reglementierten „Deutschen Arbeitsfront“, die, verschieden selbst vom faschistischen Vorbild, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in eine riesige Zwangsorganisation zusammensperren sollte. In ihr waren hierfür 5 Säulen vorgesehen: Arbeiter - Angestellte - freie Berufe - Handwerk, Handel und Gewerbe - Unternehmer. Die Steinbrucharbeiter gehörten zur „Reichsbetriebsgemeinschaft 16 Stein + Erde“. Vorgeschriebener Mitgliedsbeitrag war 1,5 % des Monatseinkommens. Der Monatsbeitrag für Erwerbslose betrug 0,40 RM, für in Beschäftigung stehende Arbeitnehmer je nach Verdiensthöhe meistens zwischen 0,60 bis 3,40 RM. Erwerbslosen- und Krankenunterstützung wurden gezahlt.

Vergeblich hatten die Gewerkschaften in der Weimarer Republik versucht, die Anerkennung des 1. Mai als eines bezahlten Feiertages durchzusetzen. Nunmehr kündigte das NS-Regime am 4. April 1933 öffentlich an, der „1. Mai werde zum Tag der nationalen Arbeit, d.h. zum bezahlten Nationalfeiertag“, erklärt.

Kritische Beobachter konnten schon damals feststellen, wohin „der Zug fuhr“. So richtete sich das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7.4.1933 gegen Nazi-gegner und jüdische Bürger. Einem Bericht in der Westerwälder Zeitung vom 14.7.1933 ist hierzu u.a. zu entnehmen:

„Die Arierbestimmungen in der Arbeitsfront. ...ist jetzt zur Durchführung der Arierbestimmungen analog dem Gesetze zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, auch in der Deutschen Arbeitsfront, ein erster offizieller Schritt erfolgt. Der Deutsche Handlungsgehilfenverband als Berufsverband der deutschen Kaufmannsgehilfen in der Angestellten säule in der Deutschen Arbeitsfront hat angeordnet, daß bei Neuaufnahmen und bei den von gleichgeschalteten oder aufgelösten Verbänden überführten Mitgliedern in jedem Einzelfalle vor der ersten Beitragszahlung folgende Erklärung abgegeben werden muß: ‚Ich erkläre, arischer Abstammung zu sein. Weder meine Eltern noch meine Großeltern sind nichtarischer Herkunft.‘ Dabei wird als nichtarisch bereits angesehen, wenn lediglich ein Elternteil oder ein Großeltern teil nichtarisch ist. Die Erklärung ist schriftlich abzugeben. Man nimmt an, daß in gleicher Weise auch bei den übrigen Unterorganisationen der Deutschen Arbeitsfront vorgegangen werden wird... Im übrigen werde man nichtarischen Arbeitnehmern Gelegenheit geben, im Rahmen einer besonderen, der Deutschen Arbeitsfront nicht angeschlossenen Organisation, sich mit Wohlfahrtsangelegenheiten zu beschäftigen.“

Die bereits 1928 gegründete „Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation“ (NSBO) war bis 1933 nicht als echte Konkurrenz zu den Gewerkschaften aufgetreten - schon wegen ihrer mehr als unklaren Einstellung zu den Problemen kapitalistischer oder sozialistischer Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die NSBO sah in ihren Richtlinien zwar die Zahlung von Streikunterstützung vor und verfügte über eine Hilfskasse, von deren Einsatz aber nichts bekannt ist. Sie hatte NSBO-Fachgruppen und -Fachzellen. In der Hierarchie angesiedelt

waren der Betriebszellenleiter, der Amtswalter, der Betriebszellenobmann, der Betriebszellenwart und der Zellenleiter.

Robert Ley, Herausgeber der Volkswacht und Leiter der DAF, hatte Anfang 1933 ein Aktionskomitee gebildet, das durch ein geheimes Rundschreiben vom 21.4.1933 global bestimmte: *„Dienstag, den 2. Mai 1933 vormittags 10 Uhr beginnt die Gleichschaltungsaktion gegen die freien Gewerkschaften.“* Die Durchführung sollte in den Händen der NSDAP-Gauleiter liegen; als Träger der Aktion fungierte die NSBO. Die Besetzung der Gewerkschaftshäuser und „Inschutznahme der in Frage kommenden Persönlichkeiten“ wurde der SA und SS anvertraut.

Am 2.5.1933, wurde nur lapidar berichtet: *„Die gewerk-schaftseigenen Büros und Häuser werden besetzt und viele Gewerkschaftsführer verhaftet. Ab sofort gibt es die ‘Deutsche Arbeitsfront’ als Einheitsgewerkschaft.“* So erging es auch dem Gewerkschaftshaus (Volkshaus) in Marienberg. Der Pressebericht hierüber, ebenso über die Maikundgebung aus 1933, sind nicht mehr auffindbar. Eifrige „Sammlerhände“ haben sie aus dem Archiv der Westerwälder Zeitung ausgeschnitten.

Wie die Maikundgebungen in 1933 organisiert waren, läßt sich aber auch aus 2 anderen Berichten entnehmen:

Westerwälder Zeitung vom 4. Mai 1933:

„Langenbach b. Mbg. Am Tage der nationalen Arbeit veranstaltete der Steinbruchbetrieb Weidling eine Feier, die die gesamte Belegschaft vereinte. Sturmbannführer Müller von der SA ließ die Hitler-Fahne hissen und würdigte in einer feierlichen Ansprache die Bedeutung des Tages in einem ‚Sieg-Heil‘ ausklingend. Vom Steinbruch aus formierte sich der Zug und marschierte bis zur Schule Langenbach b. Mbg., wo sich die gesamte Einwohnerschaft zur Feier am Tage der Nationalen Arbeit versammelte. An das Lied: ‚Jauchzet dem Herrn alle Welt‘, vom Männerchor intoniert, schloß sich die zündende und begeisterte Festansprache von Herrn Bürgermeister und Pg. Seiler, der seine Rede an das Psalmwort anschloß: ‚Du wirst dich nähren von deiner Hände Arbeit‘ und u.a. ausführte, daß im Gegensatz zu den Maifeiern vergangener Zeiten am Tage der nationalen Arbeit diesmal das ganze Volk vereint den Tag unter dem Zeichen des Hakenkreuzes und der aufgehenden Sonne feiert. Begeistert stimmten die Anwesenden nach einem ‚Sieg-Heil‘ das Horst-Wessel-Lied an. Stadtmissionar Guyenot knüpfte seine Ansprache an das Wort: Der Herr wolle das Werk unserer Hände fördern und erbat dazu den Segen Gottes. Nachmittags beteiligte sich die gesamte Einwohnerschaft an dem imposanten Festzug in Marienberg.“

Ähnlich organisiert war es auch in Kirburg gegangen. Hierzu die Westerwälder Zeitung vom 9. Mai 1933:

„Kirburg... Aber auch Kirburg wußte den 1. Mai in würdiger Weise zu begehen. Am Sonntagmorgen nahmen sämtliche Formationen der NSDAP und des Stahlhelms geschlossenen am Gottesdienst teil. Nachmittags beteiligte sich die hiesige SA an den Werberundfahrten. Montagmorgen ½8 Uhr wurde dann unterhalb des Ortes ein großer Festzug aufgestellt, mit unge-

fähr 1000 - 1200 Teilnehmern. Voran schritt die Feuerwehr Neunkhausen mit ihrem Trommlercorps, es folgte dann die NSBO von Kirburg und den Nachbarorten, daran schloß sich die SA, Hitlerjugend und Frauenschaft. Dann folgte in gestrafter Disziplin der Stahlhelm B.d.F. Ihm schlossen sich die Gesangvereine und Sportvereine von Kirburg und Langenbach, sowie der katholische Jungmännerverein von Mörlen an. Dann folgten die Schulen von Kirburg, Langenbach, Neunkhausen, Mörlen, Bölsberg, Stangenrod und Lautzenbrücken, sowie viele Einwohner vorstehender Ortschaften. Sämtliche Vereine und Verbände mit ihren Fahnen u. Wimpel. Der Zug bewegte sich durch die Straßen unseres Ortes auf den neuen Schulplatz, von wo die Lautsprecher-Uebertragung des Appells an die deutsche Jugend vom Lustgarten erfolgte. Vorher ergriff Pfarrer Schmedes, Kirburg, das Wort, und schilderte in kernigen Worten den Sinn des ersten Mai früher und heute. Weiter mahnte er sämtliche Volksgenossen und -genossinnen, im Sinne der oberen Führer auch endlich alle Haß u. Zwietracht zu begraben u. sich zu einer Volksgemeinschaft mit einer Führung zusammen zu schließen. Mit der ersten Strophe des Deutschlandliedes und der Fahne Hoch schloß Pfarrer Schmedes seine Rede. Unter Führung des Truppführers Hofmann bewegte sich der Zug über Langenbach nach Neunkhausen, wo am Denkmal mit einigen Worten des Lehrers Metzler, Neunkhausen, der gefallenen Helden des Weltkrieges gedacht wurde. Nach einem dreifachen Heil und der ersten Strophe des Liedes: ‚Ich hatt‘ einen Kameraden‘, ging es weiter nach Mörlen, ebenfalls zum Denkmal. Hier sprach Pfarrer Brüggmann einige Worte und nach der dritten Strophe des Deutschlandliedes führte der Marsch wieder nach Kirburg, wo sich der Zug auflöste. Nachmittags 4 Uhr zogen dann die hiesigen Vereine geschlossen mit den Formationen der NSDAP und des Stahlhelms nach Marienberg.“

Nach Hermann Kempf wurde unterdessen im gesamten Reichsgebiet gefahndet. Dann berichtete die „Westerwälder Zeitung“ am 8.5.1933:

„Marienberg. Wie das Frankfurter Volksblatt berichtet, ist der durch seine agitatorischen und seine üble Hetzpropaganda im oberen Westerwald sattsam bekannte Kommunist Kempf aus Marienberg in Wiesbaden vor einigen Tagen verhaftet worden, wo er sich unter falschem Namen verborgen hielt.“

Am 11.5.1933 heißt es über Gewerkschaftssekretär Franz Wolf u.a. in der Westerwälder Zeitung:

„Marienberg... Auf Anordnung von Gauleiter Sprenger ist Gewerkschaftssekretär Wolf vom Zentralverband der Steinarbeiter aus seiner neuerlichen Schutzhaft entlassen worden, nachdem die Revision seiner Geschäftsführung zu Beanstandungen keinen Anlaß gab. Unter der Voraussetzung, daß Gewerkschaftssekretär Wolf sich in Zukunft jeder politischen Tätigkeit enthält, wurde ihm die Leitung des Steinarbeiterverbandes überlassen, wobei die NSDAP die Trägerin aller Gewerkschaftsverbände pp. ist... Im Anschluß richtete Gewerkschaftssekretär Wolf an die Anwesenden den Appell, nunmehr gemeinsam ein neues großes Ganzes zu bilden und die Regierung Hitler zu unterstützen, die treu zur Arbeiterschaft steht, dann werde es im neuen Deutschland wieder aufwärts gehen...“

Über Aktivitäten der NSBO wurde fast tagtäglich berichtet. Hier eine kleine Auswahl aus der Westerwälder Zeitung:

- 3.5.1933: „Marienberg. Eine Angestellten-Fachgruppe der NSBO wurde in einer Zusammenkunft von behördlichen und privaten Angestellten am Samstag abend im Café Wäller

gegründet... Zum Kreisleiter der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Angestellten-Organisation wurde Kreissparkassenangestellter Huhn bestimmt. Die Funktionen des Kreispropaganda- und Presseleiters der NSBO sind Justizangestellten Volz übertragen...“

- 5.7.1933: „NSBO. Donnerstag, den 6. Juli, abends 9 Uhr Amtswaltertagung für den unteren Kreisteil bei Karl Latsch, Hachenburg. Erscheinen Pflicht.“

- 5.7.1933: „NSBO Oberwesterwald. Am Sonntag, den 9. Juli 1933, morgens 9 Uhr, findet im Saale Dieck, Marienberg, eine Amtswaltertagung sämtlicher Amtswalter der NSBO statt... Nichterscheinen hat den Ausschluß zur Folge. Nachmittags 4 Uhr findet ein General-Mitgliederappell der NSBO in Marienberg statt. Erscheinen ist Pflicht. Der Kreisbetriebszellenleiter Müller.“

Von dieser Kreis-Amtswalter- und Mitgliederversammlung der NSBO des Kreises Oberwesterwald liegt auch ein Bericht vor, der nachstehend auszugsweise veröffentlicht wird:

- 13.7.1933: „Marienberg. Zu der am 9. Juli 1933 in Marienberg anberaumten Kreisamtswaltertagung der NSBO des Kreises Oberwesterwald waren die Amtswalter fast ausnahmslos im Saale des Pg. (Anm.: Parteigenosse) Dieck erschienen... eröffnete die Versammlung und erteilte dem Kreisbetriebszellenleiter R. Müller das Wort... Zum weiteren Schutze des deutschen Arbeiters habe man für die Steinarbeiter des Oberwesterwaldes eine Lohnkommission gebildet, um auf diesem Wege dem deutschen Arbeiter zu seinen sozialen Rechten zu verhelfen, denn das große Ziel der NSBO sei nur in dem tatkräftigen Zusammenarbeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu sehen... Mit besonderer Freude konnte Pg. Müller erklären, daß auch innerhalb des Oberwesterwaldkreises ein ganz ansehnlicher Teil der bisherigen erwerbslosen Mitglieder der nationalsozialistischen Bewegung wieder in Arbeit stehe und war in der angenehmen Lage, sich noch eine ganze Anzahl hilfsbedürftige Pg. u. NSBO-Mitglieder namhaft machen zu lassen, denen er die Aussicht auf sofortige Einstellung in irgend einem Betriebe geben konnte... Der Marxismus sei niedergerungen und dank der guten Disziplin in der NSBO habe man die bisherigen Führer der Gewerkschaften durch geschulte Nationalsozialisten ersetzen können... Kontraste zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen verschwinden. Der deutsche Arbeiter sei der Träger des deutschen Volkes und es sei die Aufgabe der NSBO-Amtswalter, ihn zur Garde des Deutschen Volkstums zu erziehen... Nachmittags um 4 Uhr fand in der Turnhalle eine Mitgliederversammlung der NSBO statt. Die Turnhalle war an Raum kaum groß genug, um die Menge zu fassen, die sich eingefunden hatte...“

Von der NSBO-Ortsgruppe Marienberg hat mir eine Quittung vorgelegen, nach der zunächst ein Monatsbeitrag von 0,60 RM kassiert wurde.

Und weiter geht es mit Presseberichten:

- 14.7.1933: „...männliche und weibliche Angestellte aller Berufe, die bisher in mehr als hundert Verbänden und Vereinen organisiert waren, sind in den Gesamtverband der Deutschen Angestellten übergeführt und unter einheitlicher Leitung zusammengefaßt worden. Der Gesamtverband gliedert sich in acht Männerverbände und einen Frauenverband. Den Verbänden sind durch Umwandlung bisheriger Ersatzkassen fünf Berufskrankenkassen angegliedert. Der zweite Teil der im Plan des Führers des Gesamtverbandes der deutschen Angestellten vorgesehenen Maßnahmen ist die Eingliederung der Unorganisierten in die Deutsche Arbeitsfront... Demgemäß haben alle deutschen Angestellten, die bisher keinem der neun Verbände angehören, ihre Eingliederung bei dem für ihren Beruf zuständigen Berufsverband des Gesamtverbandes vor-

zunehmen. Aufgenommen werden nur Angestellte arischer Abstammung.“

- 15.7.1933: „...gehören dem Verbands weiblicher Angestellten... Die Leitung des Verbandes, der die weiblichen Angestellten ohne Unterschied ihres Berufes im Rahmen der Deutschen Arbeitsfront als besonderer Fachverband für weibliche Angestellte umfaßt... Der erzieherische Charakter der Deutschen Arbeitsfront kommt beim Verband der weiblichen Angestellten besonders deutlich zum Ausdruck, weil ihm die Aufgabe gesetzt ist, die weiblichen Angestellten nicht nur berufsmäßig zu betreuen, sondern auch die Persönlichkeitsbildung zu betreiben...“

- 15.7.1933: „Marienberg. Mitgliederversammlung der NSBO. Am Dienstag, den 11. Juli 1933, abends 9 Uhr, hielt die Ortsgruppe der NSBO Marienberg eine Mitglieder-Versammlung im Parteilokal Wiederstein ab. Pg. Betriebszellenwart Häbel eröffnete die Versammlung u. begrüßte die in großer Zahl erschienenen Mitglieder. Uebergab sodann dem Kreisbetriebszellenleiter-Stellvertreter Müller das Wort... Nun ergriff Kreisbetriebszellenleiter Müller das Wort... und legte jedem NSBO-Mitglied ans Herz, mitzuhelfen an dem großen Aufbau unseres deutschen Vaterlandes. Wer nicht opfern und kämpfen will, hat in unseren Reihen keinen Platz...“

- 19.7.1933: „Unorganisierte werden nicht geduldet... wonach im neuen nationalsozialistischen Staat das Bürgerrecht verknüpft sein werde mit der Bekundung der Mitarbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes. Diese Mitarbeiter könne der einzelne Volksgenosse vor allem dadurch zum Ausdruck bringen, daß er sich einer der großen anerkannten Organisationen als Mitglied anschließe. Bei diesen Organisationen handelt es sich vor allem, abgesehen von der NSDAP, um die NSBO, SA, SS oder Stahlhelm sowie um die in der Deutschen Arbeitsfront jetzt zusammengefaßten neuen Berufsverbände. Da der Eintritt in die NSDAP, NSBO, SA, SS und Stahlhelm gegenwärtig gesperrt ist, käme jetzt nur der Anschluß an die Deutsche Arbeitsfront in Frage... Es wird darauf hingewiesen, daß es durchaus möglich sei, daß auch dieses Tor zur Mitarbeit am Aufbau verschlossen werde... Andererseits solle der Werbefeldzug zum Ausdruck bringen, daß die Mitglieder der Berufsverbände nicht länger gewillt wären, neben sich in den Betrieben tausende von Unorganisierten zu dulden, die sich der Pflicht der Einordnung aus durchsichtigen Gründen zu entziehen versuchten. Die Unorganisierten müssten sich nunmehr entscheiden, ob sie sich eingliedern oder die Folgen ihres Außenstehens auf sich nehmen wollten...“

- 19.7.1933: „Härtlingen. NSBO-Versammlung. Am 2.7. fand im Gasthaus Hill eine Versammlung der NSBO, Ortszelle Caden, statt. Zellenwart Truppführer Selchow eröffnete die Versammlung und begrüßte den anwesenden Redner, Pg. Lehrer Stahl aus Hüblingen...“

- 20.7.1933: „Hachenburg. Kundgebung des Deutschen Büro- und Behördenangestellten-Verbandes. Am morgigen Freitag, den 21. Juli, findet um 9 Uhr im Hotel Westend eine öffentliche Kundgebung des Deutschen Büro- und Behördenangestelltenverbandes, Gau Hessen, statt... Allen Büro- und Behördenangestellten wird es zur Pflicht gemacht, zu dieser öffentlichen Kundgebung zu erscheinen.“

- 21.7.1933: „Marienberg. Alle Angestellten in die ‚Deutsche Arbeitsfront‘. Der Führer der ‚Deutschen Arbeitsfront‘ Dr. Ley ordnet an, daß alle Angestellten sich einem Berufsverband der ‚Deutschen Arbeitsfront‘ einzugliedern haben. Es darf also keine Unorganisierten mehr geben. Vom Prokuristen bis zum Lehrling muß jeder Angestellte, ganz gleich welcher Art, ob Büro oder Behörde, ob männlichen oder weiblichen Geschlechtes, sich in seinem Berufsverband befinden und dort am Aufstieg unseres Volkes mitarbeiten. Bis zum 25. Juli muß

alles durchorganisiert sein. Um den Angestellten Gelegenheit zu geben, sich über die Arbeit der Angestellten in der ‚Deutschen Arbeitsfront‘ zu unterrichten und um ihre Aufgaben kennen zu lernen, wird am Samstag, den 22. Juli, abends 8 ½ Uhr in Marienberg im Hotel Ferger... sprechen... Keiner und keine darf fehlen.“

- 22.7.1933: Deutsche Angestellte. Soziale Freibeuter werden nicht mehr geduldet... Noch sind die Tore der neun Verbände weit geöffnet für alle diejenigen, die sich erst jetzt ihrer moralischen Verpflichtung bewußt werden und ihren Anschluß an die Deutsche Arbeitsfront herstellen wollen. Wer sich jetzt nicht entschließen kann, der muß damit rechnen, daß ihm diese Tore dauernd verschlossen werden, und daß er als geächtet und ausgeschlossen aus der Gemeinschaft der Schaffenden keinen Anteil an der Volksgemeinschaft und ihren kulturellen und materiellen Gütern haben kann. Entschließt Euch - ehe es zu spät ist! Die Aufnahme erfolgt, je nach Beruf und Geschlecht, bei folgenden Verbänden:

1. Deutscher Handlungsgehilfen-Verband für alle männlichen kaufmännischen Angestellten,
2. Deutscher Techniker-Verband für alle männlichen Techniker, Ingenieure, Chemiker, Dentisten u.ä. Berufe,
3. Deutscher Werkmeister-Verband für alle männlichen Werkmeister, Maschinenmeister, Faktoren, Poliere, Schachtmeister u.ä. Berufe,
4. Deutscher Büro- und Behördenangestelltenverband für alle männlichen Behördenangestellten und Büroangestellten bei Rechtsanwälten, in der Sozialversicherung usw.,
5. Verband deutscher Land- und Forstwirtschaftsangestellter,
6. Verband angestellter Aerzte und Apotheker,
7. Verband seemännischer Angestellter und für alle in der Schifffahrt an Bord beschäftigten Angestellten,
8. Verband der deutschen Theater-Angestellten u. ä. Berufe. Für alles Bühnenpersonal, für Tänzer, Chorsänger, Artisten, Musiker und Filmschaffende,
9. Frauen-Verband: Verband der weiblichen Angestellten für alle weiblichen Angestellten ohne Rücksicht auf den Beruf.

Aufnahmeanträge sind an den örtlichen Stellen dieser Verbände oder bei der NSBO abzufordern und einzureichen. NSBO. gez. Müller, Kreisbetriebszellenleiter. Gesamtverband der deutschen Angestellten (Nationalsozialistische Angestelltenschaft) gez. Lauer, Kreisgeschäftsführer im D.H.V.“

- 26.7.1933: „Vereinskalender. NS-Lehrerbund, Bez. Hachenburg. Samstag, den 29.7., 2 Uhr nachm. Versammlung bei Schmidt.“

- 31.7.1933: „Mitgliederversammlung des DHV. Hachenburg. Der Deutsche Handlungsgehilfen-Verband, Ortsgr. Hachenburg, hatte für Donnerstag abend eine Mitgliederversammlung im Kinosaal des Hotel Westend einberufen. Zweck dieser Zusammenkunft war, die Frage über die Neuordnung der Nationalsozialistischen Angestelltenschaft zu klären und die dem DHV noch fernstehenden kaufmännischen Angestellten auf die unliebsamen Folgen, die bei allen Nichtorganisierten zu erwarten sind, aufmerksam zu machen. Eröffnet wurde die Versammlung... alsdann ergriff der Vorsitzende des DHV, Ortsgruppe Hachenburg, Kollege und Pg. Kunz das Wort zur Begrüßungsansprache...“

- 3.8.1933: „Marienberg. NSBO Ortsgruppenversammlung. Die NSBO Ortsgruppenversammlung am Montag abend in Marienberg beim Pg. Wiederstein zeigte eine derartige Beteiligung, daß der Saal kaum ausreichte, um die Mitglieder zu fassen... Kreisbetriebszellenleiter Müller sprach in ausführlichem Vortrag über die großen Arbeiten, die von der nationalsozialistischen Betriebszelle noch zu leisten seien und bereits schon durch erhebliche Mehreinstellungen von Arbeitern in den Betrieben... geleistet sind...“

- 29.7.1933: „Eichenstruth. NSBO-Ortsgruppenversammlung. Am Mittwoch, den 19. Juli fand hier eine Mitgliederversammlung statt... Vor allem stellte er klar, daß die NSBO keine gewerkschaftliche, sondern eine politische Organisation sei, worüber in der Mitgliedschaft noch Unklarheit herrschte...“

- 7.8.1933: „Erbach. Gründung einer Betriebszelle für Bahnarbeiter der NSBO. In dem letzten Sprechabend der NSBO wurde hierselbst eine Betriebszelle für die Bahnarbeiter gegründet. Zum Zellenobmann wurde Pg. Willi Schnieber ernannt. Der O.G. Betriebswart sprach kurz über den Zweck der Betriebszelle und forderte die Mitglieder zur zielbewußten Arbeit im Sinne der nat.-soz. Idee auf. Im weiteren Verlaufe des Abends gab das NSBO-Mitglied E. Zuhn einen Ueberblick...“

Was mit den Mitgliedern des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands geschah, steht in der Westerwälder Zeitung vom 7.8.1933:

„Marienberg. Der Deutsche Steinarbeiterverband. Die beruflichen Interessen der Arbeiter in der Industrie ‚Steine und Erden‘ im Gebiet der Lahn und des Westerwaldes wurden seither durch den Berufsverband deutscher Steinarbeiter mit dem Sitz in Limburg und dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands mit dem Sitz in Marienberg vertreten. Durch die Schaffung der einheitlichen Deutschen Arbeitsfront sind alle anderen Organisationen aufgelöst und unter den fünfzehn jetzt bestehenden Fachverbänden befindet sich auch der Deutsche Steinarbeiterverband. Das neue Wirtschaftsgebiet, das seinen Sitz endgültig in Marienberg hat, umfaßt folgende Kreise: den Großkreis Oberwesterwald, die Kreise Ober- und Unterlahn und den Kreis Limburg. Kreisleiter ist seit 1. August der Steinarbeiter Albrecht Müller aus Langenbach bei Marienberg. Von Marienberg aus wird das gesamte Gebiet bearbeitet werden und der Verbandskreis wird nur mehr vier Zahlstellen aufweisen, und zwar in Marienberg, Westerbürg,

Limburg und Weilburg. Alle übrigen Ortschaften sind durch Stützpunkte vertreten, die sich in den Bereich der Ortsgruppen der NSDAP eingliedern. Alle Arbeiter der Industrie ‚Steine und Erden‘ müssen im Deutschen Steinarbeiterverband organisiert sein. Als letzter Zeitpunkt zur Aufnahme ist der 15. August festgesetzt worden. Mit dieser Gliederung fällt nun jeder Streit um die Art der Gewerkschaft fort, und diese Neufassung des Gewerkschaftswesens wird auch auf dem Gebiet des Westerwaldes und der Lahn der Arbeiterschaft zum Segen gereichen.“

Es liegt mir ein DAF-Mitgliedsbuch vor, aus dem ersichtlich ist, daß die Steinbrucharbeiter zunächst vom 1.9.1933 - 31.8.1934 in den „Deutschen Steinarbeiterverband“ überführt wurden. Von diesem Verband erfolgte am 1.9.1934 der Übertritt zur DAF.

Diese war am 10. Mai 1933 in Berlin unter der Schirmherrschaft Adolf Hitlers offiziell gegründet worden. Der in hoch-offiziellm Rahmen veranstaltete erste Reichskongreß der DAF (Hitler hielt die Hauptrede) machte in aller Öffentlichkeit deutlich, daß damit auch auf diesem Gebiet in aller Form der absolute nationalsozialistische Führungsanspruch praktisch-organisatorische Gestalt gewonnen und sich die feste Grundlage oder doch Ausgangsbasis für eine weitere Gleichschaltung der Arbeiterschaft wie der Betriebs- und Sozialpolitik geschaffen hatte. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollten in einer Zwangsordnung in eine künstliche Einheit gepreßt werden. Und es gibt keinen Zweifel, daß das Führungspersonal der DAF sich hauptsächlich aus den Reihen der NSBO rekrutierte, obgleich die NSBO organisatorisch von der DAF getrennt blieb.

Eine Woche später wurden die Befürworter einer nationalsozialistischen Einheitsgewerkschaft enttäuscht und stark zu-



Abb. 5.1 Westerwaldbrüche Marienberg 1933; nach einem Giftmordanschlag auf einen SS-Sturmführer führten Polizei, SA und Kripo Frankfurt/M. den ganzen Tag Vernehmungen durch

rückgedrängt, als die Regierung am 19. Mai 1933 ein „Gesetz über die Treuhänder der Arbeit“ erließ. Diese 12 Treuhänder waren Männer, die mit einer oder zwei Ausnahmen, kaum dazu neigten, mit den radikalen Populisten in der NSBO zu sympathisieren.

Die christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunkersche Gewerkschaftsring hatten sich nach dem 1. Mai 1933 „freiwillig“ dem nationalsozialistischen „Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit“ unterstellt; es war ihnen nur eine kurze Galgenfrist vergönnt, denn zwei Monate später wurden sie am 24.6.1933 auch verboten.

Das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20.1.1934 schaffte dann das Arbeitsrecht der Weimarer Republik und die Betriebsräte ab.

Im § 1 dieses Gesetzes hieß es: *„Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat“* Und § 2 bestimmte: *„Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden.“*

Dieses Gesetz bildete auch einen fühlbaren Dämpfer für die Machtambitionen der NSBO, die auf rein politisch-propagandistische Aktionen zurückgedrängt wurde. Als Zwangsorganisation hatte dann die DAF wie jede andere NS-Berufsorganisation, in bisher unerhörtem Umfang, die Massen auch auf der Ebene ihres Arbeitslebens politisch zu „erfassen“ und auszurichten, den „SA-Geist“ im Betrieb zu verwirklichen.

Das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ regelte nun von „oben“ durch Tarifordnungen die Arbeitsbedingungen. So wurde am 26.11.1937 im Tarifregister Nr. 2183/1 RABl. Nr. 36 v. 25.12.1937 vom Reichstreuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Hessen, zu dem damals der Oberwesterwald gehörte, die „Tarifordnung für die Natursteinindustrie im Wirtschaftsgebiet Hessen“ eingetragen. In der Präambel hieß es: *„Gemäß § 32, Abs. 2 des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 erlasse ich nach Beratung in einem Sachverständigenausschuß nachfolgende Tarifordnung. Die Tarifordnung stellt für das Arbeitsverhältnis der von ihr erfaßten Gefolgschaftsmitglieder rechtsverbindliche Mindestbedingungen auf, über die die Unternehmer im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten des einzelnen Betriebes aus freiem Entschluß hinausgehen können...“*

Es ist überliefert, daß Adolf Sanner in den Westerwaldbrüchen Marienberg so günstige Akkordlöhne durchsetzte, daß er von „oben zurückgepfiffen“ wurde.

Der Ausbau der DAF als staatlich-nationalsozialistisches Kontrollorgan und ihre völlige Unterstellung unter die Partei - als eine Gliederung der NSDAP- wurde durch eine Verordnung Hitlers über Wesen und Ziel der DAF vom 24.10.1934 abgeschlossen.

Robert Ley wurde nicht nur durch die DAF, sondern auch durch deren Unterorganisation „KdF“ (Kraft durch Freude), gegründet am 27.11.1933), mit Ferienreisen bekannt. Im Oberwesterwald kursierte damals wegen seiner Freß- und Sauforgien unter der Hand folgender Witz: „Eine Frau kommt in eine Bücherei und verlangt ein wenig gelesenes Buch. ‚Leihfrist unbegrenzt‘ sagt das Fräulein, nachdem es das Buch aus dem hintersten Winkel hervorgeholt hat. ‚So, so‘, erwidert

die Frau, ‚Ley frißt unbegrenzt; ich glaubte immer, der säuft nur!‘“

Einige Aussprüche von Dr. Robert Ley sollen das düstere Kapitel der DAF-Zeit abrunden:

„Wir wollen Herrenmenschen züchten in allen Schichten unseres Volkes.“

„Arbeitsfront - Glaube an die Reinheit und Kraft unseres Volkes.“

Und auf der Rückseite des DAF-Mitgliedsbuches stand:

„Niemals dürfen wir die Menschen nach der Art der Arbeit werten, sondern nur nach der Leistung auf dem Arbeitsplatz, auf dem sie stehen. Wir müssen Achtung vor jeder Arbeit, Achtung vor jedem Träger dieser Arbeit haben.“

Organisatorisch gehörte der Oberwesterwald zur DAF-Gauleitung Hessen-Nassau; ihr angegliedert war eine Gaurechtsberatungsstelle. Darunter bestanden die DAF-Kreisverwaltung und die DAF-Ortsverwaltungen mit Orts-Sachwaltern und -Warten (Blöcke). Marienberg war die Verwaltungsstelle 31, Westerburg 18. „Der Betrieb galt als Zelle der Volksordnung“. Es gab auch Werkscharen.

Irgendwelche Funktionsträger der DAF konnten bisher von mir nur in bescheidenem Rahmen ermittelt werden. Beim Zusammenbruch des 3. Reiches scheint man „ganze Arbeit geleistet zu haben“, denn nirgendwo ist hierzu Archivmaterial auffindbar. Beim zuständigen Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden befindet sich nur eine Akte der DAF-Ortsverwaltung Neunkhausen aus dem Jahre 1934 (ca. 120 Blatt). Im Archiv der Rhein-Zeitung (Westerwälder Zeitung) tauchen hin und wieder bei Berichten über Veranstaltungen - wie aus obigen Veröffentlichungen ersichtlich - einzelne Namen auf.

Kreisobmann der DAF war von 1937 - 1939 Richard Müller, in 1941 Georg Müller.

Die Beamten wurden übrigens im RDB („Reichsbund Deutscher Beamter“) organisiert, der später als „NS-Reichsbund Deutscher Beamter“ eine der NSDAP angeschlossene Organisation wurde. Kreiswarter des RDB war von 1939 - 1941 Hugo Wengenroth; Vorgänger und Nachfolger waren nicht zu ermitteln. Die Lehrer waren im NSLB („Nationalsozialistischer Lehrerbund“) erfaßt.

Wer während des 3. Reiches Betriebsobmann war, konnte nur für 2 Steinbrüche ermittelt werden: Gebr. Meys und Co, Luckenbacher Ley: Willi Franz (Nister) bis 1937 und Eduard Kölbach (Luckenbach) bis 1945; Westerwaldbrüche, Werk I, Marienberg: Adolf Sanner (Marienberg) bis zu seiner Übernahme in den Postdienst.

Im übrigen soll nicht vergessen werden darauf hinzuweisen, daß während des 2. Weltkrieges zahlreiche Westerwälder Betriebe Zwangsarbeiter, nicht nur Kriegsgefangene, beschäftigten (sie wurden auch unter der Bezeichnung Fremdarbeiter, Ostarbeiter, ausländische Zivilarbeiter bekannt); nach Kriegsende wurden sie als DPs (Displaced Persons) bezeichnet und entweder repatriert oder wanderten in andere Länder (USA usw.) aus.

Daß es spätestens seit 1939 keine freie Wahl des Arbeitsplatzes mehr gab, dürfte vielen noch bekannt sein. Die Arbeiter wurden vom jeweiligen Arbeitsamt in die Betriebe dienstverpflichtet.

KAPITEL 6.

Gewerkschaften nach 1945

6.1 Gründung der Einheitsgewerkschaft

6.1.1 Kontrollratsgesetze

Am 27. März 1945 erreichten die amerikanischen Sturmtruppen Marienberg. Die Zeit des „1000jährigen Reiches“ hatte ihr Ende gefunden. Aufgelöst waren damit auch alle nationalsozialistischen Organisationen.

Es galten ab sofort die Kontrollratsgesetze, die u.a. auch die Bildung von Betriebsräten und von Gewerkschaften regelten. So galten die „Verordnung Nr. 6 und die Verfügung Nr. 6 betreffend Wiederherstellung des Gewerkschaftsrechtes im französischen Besatzungsgebiet“ vom 10.9.1945, das am 10. April 1946 vom Kontrollrat beschlossene „Gesetz Nr. 22 über Betriebsräte“ und die Direktive Nr. 31 „Grundsätze für die Errichtung von Gewerkschaftsverbänden“ vom 3. Juni 1946.

Die Verordnung Nr. 6 hatte folgenden Wortlaut:

„Der Commandant en Chef Français en Allemagne erläßt auf Vorschlag des Administrateur Général, Adjoint pour le Gouvernement Militaire de la Zone française d'Occupation unter Bezugnahme auf: Erlaß vom 13. Juli 1945 über die Errichtung eines ‚Commandement en Chef Français en Allemagne‘, Verordnung Nr. 1 des Commandant en Chef Français en Allemagne vom 28. Juli 1945 betreffend Inkraftbleiben der von oder unter dem Kommando des alliierten Oberbefehlshabers erlassenen Verordnungen, Gesetz Nr. 5 des alliierten Oberkommandos betreffend die Auflösung der nationalsozialistischen Arbeiter-Partei folgende **Verordnung**: Artikel 1: Das Gewerkschaftsrecht wird für den gesamten Bereich des französischen Besatzungsgebietes wiederhergestellt... Artikel 2: Die Ausübung des Gewerkschaftsrechtes wird von dem Gouvernement Militaire nur vorläufig geregelt werden. Artikel 3: Die Gründung von Gewerkschaften unterliegt der Genehmigung des Gouvernement Militaire. Jedes Gesuch um Genehmigung zur Gründung einer Gewerkschaft ist beim Bürgermeister des in Aussicht genommenen Sitzes der Gewerkschaft einzureichen. Artikel 4: Der Zweck der Gewerkschaften besteht in der Wahrnehmung der Berufsinteressen ihrer Mitglieder. Jede sonstige Betätigung ist ihnen untersagt. Artikel 5: Diese Verordnung ist im Amtsblatt des französischen Oberkommandos in Deutschland zu veröffentlichen. L'Administrateur Général, Adjoint pour le Gouvernement Militaire de la zone française d'occupation ist mit ihrer Durchführung beauftragt. Baden-Baden, den 10. September 1945. Le Commandant en Chef Français en Allemagne P. KOENIG“.

In der „Verfügung Nr. 6 des Administrateur Général betr. Durchführung der Verordnung Nr. 6 vom 10. September 1945 über die Wiederherstellung des Gewerkschaftsrechtes im französischen Besatzungsgebiet“ wurde bestimmt:

„Der Administrateur Général, Adjoint pour le Gouvernement militaire de la zone française d'occupation erläßt unter Bezugnahme auf Verordnung Nr. 6 betreffend Wiederherstellung

des Gewerkschaftsrechtes im französischen Besatzungsgebiet folgende **Verfügung**:

Abschnitt I Hauptpunkte der Verfassung und Zweck der Gewerkschaften

Artikel 1: Die Gewerkschaften müssen hinsichtlich ihrer Grundlage, Verfassung und Betätigung demokratischen Charakter tragen. Ihr alleiniges Ziel darf nur die Wahrnehmung der beruflichen Interessen ihrer Mitglieder sein. Artikel 2: Mitglieder der Gewerkschaften dürfen nur Personen des gleichen, eines ähnlichen oder eines mit ihrem Berufe zusammenhängenden Faches sein. Jedoch können diejenigen, die, sei es auf Grund einer Anordnung, sei es infolge der Tätigkeit der nationalsozialistischen Partei, ihren Beruf haben aufgeben müssen, der Gewerkschaft ihres Faches beitreten, auch wenn sie zur Zeit beschäftigungslos sind. Der Zusammenschluß von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist verboten. Artikel 3: Jede berufstätige Person im Alter von mindestens 18 Jahren hat das freie Recht des Beitritts zu einer Gewerkschaft. Jedes Mitglied hat das freie Recht jederzeitigen Austritts aus der Gewerkschaft, der es angehört. Artikel 4: Die Verwaltungs- und Vorstandsmitglieder jeder Gewerkschaft müssen deutscher Staatsangehörigkeit und mindestens 30 Jahre alt sein. Sie werden von der Generalversammlung gewählt. Sämtliche Beschlüsse werden im Wege der Abstimmung gefaßt und bedürfen einer Mehrheit von über der Hälfte der abgegebenen Stimmen. Artikel 5: Keine Gewerkschaft darf in einem Bezirk errichtet werden, solange in diesem der Wirtschaftszweig, dem ihre Mitglieder angehören, seine Tätigkeit noch nicht aufgenommen hat.

Abschnitt II Gründung von Gewerkschaften

Artikel 6: Wer die Gründung einer Gewerkschaft beabsichtigt, muß ein Gesuch um Genehmigung zur Einberufung einer Gründungsversammlung beim Bürgermeister des Sitzes der zukünftigen Gewerkschaft einreichen. Die Gesuchsteller müssen den in Absatz I Artikel 4 dieser Verfügung festgesetzten Bedingungen entsprechen. Das Gesuch ist gemäß dem dieser Verfügung beigefügten Muster abzufassen. Artikel 7: Der Bürgermeister hat die bei ihm eingereichten Gesuche nebst den Fragebogen der Gesuchsteller, versehen mit einer begründeten Stellungnahme, binnen 3 Tagen an die Militärregierung weiterzuleiten. Artikel 8: Die Gründungsversammlung darf erst nach der Bekanntgabe der schriftlichen Genehmigung der Militärregierung durch die Bürgermeister an die Gesuchsteller zusammentreten. Artikel 9: Die Gründungsversammlung wählt ihren Vorstand, bestehend aus einem Präsidenten und zwei Beisitzern. Sie schreitet sodann zur Prüfung und Annahme der Statuten. Diese haben die Bestimmungen für die Tätigkeit der Gewerkschaft, insbesondere die Zusammensetzung ihres Vorstandes festzulegen. Die Gründungsversammlung wählt die Mitglieder des vorläufigen Vorstandes der Gewerkschaft. Nach Schluß der Versammlung hat der Präsident der Gründungsversammlung beim Bürgermeister einzureichen: 1. fünf Exemplare des Berichtes über die Gründungsversammlung, 2. fünf Exemplare der Statuten, 3. fünf Exemplare der Liste der Mitglieder des vorläufigen Vorstandes der Gewerkschaft, 4. die Fragebogen eines jeden Mitgliedes des vorläufigen Vorstandes der Gewerkschaft. Diese

Schriftstücke sind vom Bürgermeister unverzüglich der Militärregierung zu übermitteln. Artikel 10: Die endgültige Gründung der Gewerkschaften kommt erst nach der Billigung der Statuten und der Liste der Vorstandsmitglieder durch die Militärregierung zustande. Diese Billigung wird den Beteiligten schriftlich durch Vermittlung des Bürgermeisters bekanntgegeben werden.

Abschnitt III Vorschriften für die Tätigkeit der Gewerkschaften
 Artikel 11: Jede Änderung in der Zusammensetzung des Vorstandes oder in den Statuten muß dem Bürgermeister in drei Exemplaren spätestens drei Tage nach der Versammlung, die sie beschlossen hat, angezeigt werden. Dieser Anzeige sind die Fragebogen der neugewählten Mitglieder beizufügen. Gleiches gilt hinsichtlich der Gewerkschaftsmitglieder, die zur Ausübung einer verantwortlichen Tätigkeit außerhalb des Vorstandes bestellt werden. Artikel 12: Die Bürgermeister haben die Meldungen und alle sonstigen Schriftstücke, die sie von den Gewerkschaften erhalten, unverzüglich der Militärregierung zu übermitteln. Artikel 13: Die Gewerkschaften haben das Recht, die zur Führung ihres Betriebes notwendigen beweglichen und unbeweglichen Sachen entgeltlich oder unentgeltlich zu erwerben. Artikel 14: Die Gewerkschaften sind berechtigt, einen Teil ihrer Geldmittel zum Erwerb von Gelände für Arbeitergärten, körperliche Ertüchtigung, Sport oder Gesundheitspflege zu verwenden. Sie können nach ihrem Ermessen gewerbliche Stiftungen oder Stiftungen für soziale Erziehung unterhalten oder unterstützen. Sie sind auch berechtigt, Produktions- und Konsumvereine zu unterstützen. Artikel 15: Die Gewerkschaften müssen sich jeglicher Kontrolle unterwerfen, die von der Militärregierung für notwendig gehalten wird.

Abschnitt IV Vereinigung von Gewerkschaften

Artikel 16: Die Vereinigung von Gewerkschaften bleibt einer späteren Regelung vorbehalten.

Abschnitt V Strafen

Artikel 17: Die Nichtbefolgung der gesetzlichen Vorschriften kann die Auflösung der Gewerkschaft zur Folge haben. Artikel 18: Die Teilnehmer an einer die gesetzlichen Vorschriften überschreitenden gewerkschaftlichen Betätigung setzen sich der Bestrafung nach den Gesetzen der Militärregierung aus. Artikel 19: Der Directeur Général de l'Économie et des Finances und der Directeur Général des Affaires Administratives sind, jeder für sein Bereich, mit Durchführung dieser Verordnung beauftragt, die im Amtsblatt des französischen Oberkommandos in Deutschland veröffentlicht ist. gez. LAFFON Baden-Baden, den 10. September 1945 Der Administrateur Général E. LAFFON“.

Bereits vor Verkündung des Kontrollratsgesetzes Nr. 22 gewählte Betriebsräte blieben im Amt. Auf die wichtigsten Artikel soll verwiesen werden:

„Artikel I: Zur Wahrung der beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und Angestellten in den einzelnen Betrieben wird hiermit die Errichtung und Tätigkeit von Betriebsräten in ganz Deutschland gestattet.

Artikel II: 1. Der Betriebsrat eines Betriebes ist lediglich aus dem Kreise der Personen zu bilden, die tatsächlich in diesem Betrieb tätig sind. 2. Funktionäre der früheren Deutschen Arbeitsfront oder Mitglieder der NSDAP können nicht Mitglieder des Betriebsrates sein.

Artikel III: 1. Die Wahl der Mitglieder des Betriebsrates muß unter Anwendung demokratischer Grundsätze und mittels

geheimer Abstimmung erfolgen. 2. die Mitglieder des Betriebsrates üben ihr Amt für höchstens ein Jahr aus, jedoch ist Wiederwahl zulässig.

Artikel IV: 1. ... 2. Anerkannte Gewerkschaften können an der Bildung der vorbereitenden Ausschüsse und an der Organisation der Wahlen zu Betriebsräten teilnehmen und Kandidaten für den Betriebsrat aus den Reihen der Arbeiter und Angestellten des betreffenden Betriebes aufstellen.

Artikel V: 1. Soweit nicht anderweitige gesetzliche Regelungen oder Beschränkungen bestehen, kann sich der Betriebsrat mit den folgenden, den Schutz der Interessen der Arbeiter und Angestellten eines Betriebes betreffenden grundsätzlichen Aufgaben beschäftigen: a) mit den Arbeitgebern über Anwendung der Tarifverträge und der internen Betriebsordnung in den einzelnen Betrieben zu verhandeln; b) mit den Arbeitgebern über Vereinbarungen für den Erlaß von Betriebsordnungen zum Zwecke des Arbeitsschutzes, einschließlich der in das Gebiet der Unfallverhütung, ärztlichen Betreuung, betriebshygienischen und sonstigen Arbeitsbedingungen, Regelung von Einstellungen und Entlassungen und Abstellung von Beschwerden fallenden Angelegenheiten, zu verhandeln; c) dem Arbeitgeber Vorschläge für die Verbesserung der Arbeitsmethoden und der Produktionsweise zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit zu unterbreiten; d) Beschwerden zu untersuchen und mit dem Arbeitgeber zu erörtern. Arbeitern, Angestellten und Gewerkschaften bei der Vorbereitung von Fällen, die den Gewerbeaufsichtsbeamten, den Sozialversicherungs- und Arbeitsschutzbehörden, den Arbeitsgerichten und anderen Behörden, die für die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten zuständig sind, unterbreitet werden sollen, behilflich zu sein; e) mit den Behörden bei der Verhinderung aller Rüstungsindustrie und bei der Denazifizierung von öffentlichen und privaten Betrieben zusammenzuarbeiten; f) an der Schaffung und Leitung von sozialen Einrichtungen, die der Wohlfahrt der Arbeiter eines Betriebes dienen sollen, unter Einschluß von Kinderheimen, ärztlicher Fürsorge, Sport und ähnlichen Einrichtungen, mitzuwirken. 2. Die Betriebsräte bestimmen im Rahmen dieses Gesetzes selbst ihre Aufgaben im einzelnen und die dabei zu befolgenden Verfahren.

Artikel VI: 1. Der Betriebsrat oder dessen Vertreter haben das Recht, Zusammenkünfte im Betriebe abzuhalten und von dem Arbeitgeber oder dem von ihm bestimmten Vertreter gehört zu werden, um mit ihm über die zu ihrer Zuständigkeit gehörenden Angelegenheiten verhandeln zu können. 2. Der Arbeitgeber hat dem Betriebsrat in regelmäßigen Zeitabständen alle Unterlagen, die zur Durchführung seiner grundsätzlichen Aufgaben erforderlich sind, zu unterbreiten. 3. Der Betriebsrat und der Arbeitgeber treffen ein Übereinkommen über den Inhalt der dem Betriebsrat zu unterbreitenden Berichte und über Tag und Stunde von Zusammenkünften. Ein solches Übereinkommen kann die Anwesenheit von Vertretern des Betriebsrates bei Zusammenkünften der leitenden Organe des Betriebes zu Informationszwecken vorsehen.

Artikel VII: Die Betriebsräte führen ihre Aufgaben in Zusammenarbeit mit den anerkannten Gewerkschaften aus.

Artikel VIII: Außerhalb ihrer regelmäßigen Sitzungen müssen die Betriebsräte mindestens ein Mal vierteljährlich in einer Generalversammlung der beteiligten Arbeiter und Angestellten einen vollständigen Tätigkeitsbericht vorlegen.

Artikel IX: Kein Arbeitgeber darf die Errichtung von Betriebsräten in seinem Betriebe verhindern, deren Tätigkeit stören oder Mitglieder des Betriebsrates benachteiligen.

Artikel X: Die Behörden der Militärregierung können Betriebsräte auflösen, wenn deren Tätigkeit den Zielen der Besatzungsmächte zuwiderläuft oder gegen Bestimmungen dieses Gesetzes verstößt.

Artikel XI: Die Bestimmungen dieses Gesetzes gelten auch für solche Betriebsräte, welche bereits vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bestanden haben.

Artikel XII: Alle deutschen Gesetze, welche zu diesem Gesetz in Widerspruch stehen, werden aufgehoben oder gemäß den Bestimmungen dieses Gesetzes geändert. ...“

Unterzeichnet war dieses Kontrollratsgesetz von *Joseph T. McNamery*, General, *Montgomery of Alamein*, Feldmarschall, *P. Koenig*, Armeekorpsgeneral und *V. Sokolowsky*, General der Armee.

Im Juli 1945 waren die amerikanischen Truppen durch französische Besatzungseinheiten abgelöst worden, die die Zügel wesentlich straffer anzogen. Trotz aller Schwierigkeiten durch die Militärregierung rührten sich überall Kräfte, trafen sich ehemalige Gewerkschaftler, die aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hatten, um eine Einheitsgewerkschaft zu gründen. Die Zeit der Richtungsgewerkschaften sollte vorbei sein, es dürfe keine Trennung nach politischen und weltanschaulichen Richtungen, nach Personengruppen Beamte, Angestellte und Arbeiter, nach Berufsgruppen und anderen möglichen unterschiedlichen Organisationskriterien mehr geben; eine geschlossene Arbeitnehmerfront müsse den Unternehmern gegenüberstehen. Die bitteren Erfahrungen in der Weimarer Zeit und der Blutzoll, den die Gewerkschaftler während der Nazizeit entrichteten, war den Gründern Mahnung. Die letzten Worte Wilhelm Leuschners auf dem Weg zum Schafott „schafft die Einheit“ galten ihnen als Vermächtnis.

In der französischen Zone, zu der Südbaden, Südwürttemberg und Rheinland-Pfalz gehörten, war der gewerkschaftliche Wiederaufbau am schwersten. In jedem dieser von der französischen Militärregierung gebildeten Landesbezirke war eine französische Dienststelle mit Gouverneur an der Spitze eingerichtet worden, der die Regierungsgeschäfte führte und alle Anordnungen traf.

Es wurde zunächst, wie vorstehend bereits dargelegt, auf Kreisebene nur die Gründung der Einheitsgewerkschaft genehmigt, die sich in Berufssparten aufgliederte.

Erst mit Kontrollrats-Direktive Nr. 31 vom 3.6.1946, unterzeichnet von *L. Koeltz*, Armeekorpsgeneral, *M.I. Dratwin*, Generalleutnant, *Lucius D. Clay*, Generalleutnant, und *B.H. Robertson*, Generalleutnant, wurde den bereits bestehenden örtlichen Gewerkschaften offiziell erlaubt, sich auf überörtlicher Ebene zusammenzuschließen.

Die „Grundsätze für die Errichtung von Gewerkschaftsverbänden“ sahen hierzu folgendes vor:

„Artikel I: Unter den in Artikel II dieser Direktive festgelegten Voraussetzungen sollen die Zonenbefehlshaber genehmigen: 1. In jeder Zone die Errichtung von Verbänden industrieller Gewerkschaften zum Zwecke des Zusammenschlusses der örtlichen Gewerkschaften in jedem Industriezweig. 2. Zwischengewerkschaftliche Gewerkschaftsverbände (Verbände der Gewerkschaften untereinander), so daß die Vertreter aller Gewerkschaften der betreffenden Zone regelmäßig wiederkehrend auf zwischengewerkschaftlichen Tagungen Fragen der

Organisation und der Arbeit der Gewerkschaften regeln können.

Artikel II: 1. Die Gewerkschaften müssen auf demokratischer Grundlage aufgebaut und entwickelt werden. 2. Die Bildung der Gewerkschaftsverbände muß sich aus dem frei ausgedrückten Wunsche der Gewerkschaftsmitglieder ergeben. 3. Andere als industrielle Gewerkschaften sollen von zwischengewerkschaftlichen Verbänden nicht ausgeschlossen werden, vorausgesetzt, daß ihre Betätigung den richtunggebenden Grundsätzen der Alliierten Kontrollbehörde nicht entgegensteht.

Artikel III: Der Fortschritt in der Entwicklung von Zonen-Gewerkschaftsverbänden wird von dem zuständigen Zonenbefehlshaber bestimmt, sobald er sich vergewissert hat, daß die Gewerkschaftsmitglieder tatsächlich einen solchen Verband anstreben...“

Ab 23. August 1945 durfte auf Bezirksebene zweimal im Monat die „Gewerkschaftseinheit“, das Informationsblatt der Einheitsgewerkschaft Koblenz/Trier, erscheinen. Auflage zunächst 10.000, im November 1945 bereits 25.000. Die „Gewerkschaftseinheit“ wurde von Hermann Kempf ab Herbst 1945 mit seinem Motorrad in Koblenz abgeholt und zur Verteilung gebracht.

6.1.2 Entnazifizierung

In der „Gewerkschaftseinheit“ Nr. 4 vom 27. Oktober 1945 wurde der nachstehende Bericht veröffentlicht:

„Heraus mit den Nazis auf der Wirtschaft!

Die Wirtschaft ist noch mit zahlreichen nationalsozialistischen Elementen durchsetzt, so daß vor allem auch seitens der Arbeitnehmererschaft noch nicht das Vertrauen in die Wirtschaftskreise gesetzt wird, das zum Wiederaufbau unbedingt nötig ist. Es ist zuzugeben, daß in der Wirtschaft eine gewisse Unruhe herrscht, da noch keine genauen Richtlinien darüber vorliegen, wer sich nunmehr endgültig und maßgeblich in den leitenden Stellungen betätigen kann, darf und soll.

Die Überprüfung der Wirtschaft und ihre Säuberung von Nationalsozialisten muß nunmehr in aller Dringlichkeit gefordert werden, damit die Gesamtwirtschaft wieder zur Ruhe kommt und nach geordneten Grundsätzen arbeiten kann.

Wir wissen, daß es die Wirtschaftskreise verstehen, durch Verflechtungen und Verschleierungen sich zu tarnen. Wir haben andererseits aber auch Mittel und Wege, diese Tarnung zu entschleiern, und wir würden es für eine Hinderung der Säuberung halten, wenn sich die Regierungsstellen dieser Mittel in Zukunft nicht bedienen würden. Wir denken dabei nur an Revisions- und Treuhandstellen, die die geeigneten Fachkräfte auf diesem Gebiet stellen können. Es gibt durchaus schon genügend gesetzliche Grundlagen, um eine fachmännische Überprüfung vorzunehmen.

Die Säuberung der Betriebe muß bereits bei den zu erteilenden Genehmigungen anlässlich der Wiedereröffnung oder Neueröffnung eines Geschäftes erfolgen; sie muß aber auch die bereits eröffneten Betriebe erfassen.

Es geht nicht an, daß Geschäfte oder Betriebe die Geschäftserlaubnis erhalten oder behalten, deren Inhaber Parteigenossen sind, die dank ihrer guten Beziehungen zu den Nazis während des ganzen Krieges bereits ihre Geschäfte machten und deshalb u.a. auch u.k. gestellt waren, währenddem die Nichtparteiigenossen, denen diese Beziehungen fehlten, zur Wehrmacht einberufen wurden und nicht nur ihre Existenz während des Krieges verloren, sondern auch jetzt wieder, wenn sie aus

Kriegsgefangenschaft zurückkehren, durch die Nichtgenehmigung zur Geschäftseröffnung die Benachteiligten sind. Wir fordern hier eine ganz energische Änderung der Politik der dafür augenblicklich zuständigen Herrn Landräte und Regierungsstellen. Es dürfte doch wohl selbstverständlich sein, daß zunächst die Antifaschisten und Nichtparteigenossen Geschäftsgenehmigung erhalten und den Parteigenossen in jeder Beziehung vorgehen.

Die bereits bestehenden Betriebe sind einer Pflichtrevision zu unterziehen, die folgende Gesichtspunkte zu beachten hat:

Jeder Betrieb hat einen Fragebogen auszufüllen, aus dem die finanziellen Verflechtungen zu ersehen sind, insbesondere ist hierbei eine Erklärung darüber abzugeben, inwieweit Vermögen von Nationalsozialisten in irgendeiner Form mitarbeitet (Gesellschaftsanteile, stiller Gesellschafter, Darlehen, Kredite usw.; Vorstand, Aufsichtsrat, Geschäftsführer, Prokuristen, Handlungsbevollmächtigte; Ehefrauen, Kinder, Verwandte usw.).

Nach Abgabe der Fragebogen erfolgt eine Revision durch Sachverständige (vereidigte Buchprüfer, Wirtschaftstreuhänder, Wirtschaftsprüfer) durch die die angegebenen Tatbestände überprüft werden.

Nach der Revision werden die Betriebe dann in „unbedenkliche Betriebe“ und in „bedenkliche Betriebe der Stufe I und II“ eingeteilt.

Unbedenkliche Betriebe sind solche Betriebe, deren Eigentümer oder Geschäftsführer keine Nationalsozialisten und Nichtmitglieder der NSDAP sind. Sie haben keine weiteren Revisionen zu erwarten.

Bedenkliche Betriebe der Stufe I sind solche Betriebe, deren Eigentümer oder Geschäftsführer Mitglieder der NSDAP seit 1933 waren, sich aber nicht aktiv oder in verhetzender oder in gehässiger Form als Nationalsozialisten betätigt haben, und dem Nationalsozialismus keine finanzielle Unterstützung gewährten. Diese Betriebe unterliegen bis auf weiteres einer dauernden Überwachung.

Bedenkliche Betriebe der Stufe II sind solche Betriebe, deren Eigentümer oder Geschäftsführer aktive Mitglieder der NSDAP waren und deren weiterer Verbleib in leitenden Stellungen der Wirtschaft untragbar ist. Für diese Betriebe müssen Treuhänder eingesetzt werden, die an der Seite von aus Arbeitern und Technikern gebildeten Verwaltungsräten stehen.

Wir fordern diese Säuberung der Wirtschaft aufgrund der Anordnung der Militärregierung, wonach den deutschen Dienststellen die Auflage erteilt wird, das gesamte öffentliche Leben einschließlich des Wirtschaftslebens zu entnazifizieren, d.h. von allen maßgeblichen Stellen, auch in der Privatwirtschaft, diejenigen Personen zu entfernen, die als bekannte Nationalsozialisten oder deren Förderer, gleichgültig also ob Parteigenossen oder nicht, direkt oder indirekt Schuld tragen an der Vorbereitung und Unterstützung dieses Krieges und seinen Auswirkungen.

Parteigenossen gleichzusetzen sind Berufssoldaten (Offiziere und Mannschaften), da sie kraft Gesetzes nicht Parteimitglieder werden konnten, in ihrer Gesinnung aber Reaktionäre und Militaristen sind, deren Ausrottung und Beseitigung aus dem öffentlichen deutschen Leben ebenso notwendig, wenn nicht noch notwendiger ist, als die harmloseren Nationalsozialisten. Wir betrachten jeden als Saboteur, der diese Herrschaften, die die Vertreter des preußischen Militarismus und ostdeutschen Junkertums sind und jederzeit die Kriegstreiber waren, in irgend einer Form unterstützt.

Als aktive Nationalsozialisten und daher als untragbar in der Wirtschaft müssen angesehen werden:

1. Wer führend oder in hervorragender Weise in der Partei tätig war.
2. Wer sich in seiner Parteitätigkeit eines in hohem Maße verhetzenden und gehässigen Verhaltens gegen seine Mitbürger schuldig gemacht hat.
3. Wer durch Mißbrauch seiner Stellung oder seines Einflusses in der Partei die Rechte seiner Mitbürger verletzt hat.
4. Wer die NSDAP oder eine ihrer Gliederungen durch hohe Geldzuwendungen unterstützt hat.

Die Auslegung dieser Gesichtspunkte wird nicht schematisch, sondern von Fall zu Fall durch einen zu bildenden Ausschuß vorgenommen werden müssen. Grundlage für den Begriff „führend oder in hervorragender Weise in der Partei tätig“ ist u.a. die „Anweisung der Militärregierung an finanzielle Unternehmen und Regierungsfinanzbehörden Nr. 3“.

Die auch vor allem bei den Industrie- und Handelskammern zu bildenden Ausschüsse haben nicht nur aus Vertretern der Wirtschaft, sondern auch aus Vertretern der Arbeitnehmerschaft und der Revisions- und Treuhandstellen zu bestehen, und alle die Nationalsozialisten zu entfernen, gleichgültig welchen Rang oder welche Tätigkeit sie in der Partei ausübten, die für die Arbeitnehmerschaft ebenso untragbar sind wie am Wiederaufbau unserer gesamten deutschen Wirtschaft.

Wir können es aber auch nicht dulden, daß diese Säuberung durch Umgehung von Gesetzen oder durch finanzielle Verschleierungen sabotiert wird. Wir fordern daher eine weitgehende Offenlegung nicht nur der Kapitalverflechtungen, sondern auch des Rechnungswesens und bleiben nicht an den mangelhaften Vorschriften des Aktiengesetzes (§§ 131, 132, 133) hängen.“

Für viele Bürger ging die Entnazifizierung viel zu langsam voran, obwohl in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen aktive nationalsozialistische Beamte aus dem Dienst entfernt und andere mit Gehaltskürzungen bestraft worden waren. Viele Verfahren wurden abgewickelt durch den Landeskommissar für die politische Säuberung in Rheinland-Pfalz, Koblenz. Eine exakte Übersicht der Spruchkammerentscheidungen ist im GVOBI (Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Rheinland-Pfalz), Jahrgänge 1947/48, enthalten.

Zu Beginn der Entnazifizierung waren bei allen Dienststellen „Ausschüsse zur Prüfung der politischen Haltung der Beamten“ schon im Jahre 1945 gebildet worden. Beim Postamt Marienberg gehörten diesem Ausschuß an der Oberpostsekretär Hugo Stalp, die Postassistentin Emma Millé und der Postfacharbeiter Albert Steup; sie hatten bereits am 19.9.1945 beschlossen, daß 2 Beamte, die vor dem 1.2.1933 der NSDAP beigetreten waren, entlassen werden mußten und 2 Ruhestandsbeamten die Versorgungsbezüge gesperrt wurden, weil sie gleichfalls vor dem Stichtag Parteimitglied waren.

Albert Steup (Marienberg) war es auch, der bereits im Oktober 1945 die Postämter Hachenburg, Westerbürg und Rennerod aufsuchte und Mitglieder für die Einheitsgewerkschaft, Gruppe „Post und Telegraphie“, warb. Es ist bekannt, daß ihn in Rennerod der damalige Postmeister aus den Diensträumen verwies, er durch die Hintertür wieder hereinkam und seine Werbetätigkeit erfolgreich fortsetzte.

Mitte des Jahres 1947 war die Entnazifizierung überwiegend abgeschlossen. In Einzelfällen wandte sich die Kreisgeschäftsstelle des AGB aber auch noch im Jahre 1948 an den „Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses für die politische Säuberung, Amtsgerichtsrat Dr. Hünebeck, in Hachenburg oder

auch an den Öffentlichen Kläger der Spruchkammer in Hachenburg. Später, in Zeiten der Bundesrepublik, wurde das Gesetz zur Regelung der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen veröffentlicht, mit dessen Auswirkungen sich aber nicht die DGB-Kreisgeschäftsstelle zu befassen hatte, sondern die für Beamtenfragen zuständigen Gewerkschaften im DGB.

Die franz. Militärregierung verlangte regelmäßige Berichterstattung darüber, wie viele ehemalige Mitglieder der NSDAP sich in den Gewerkschaften organisiert hatten. Nachstehend folgen aus dem Bericht für die Zeit vom 1. - 31.5.1949 die gemeldeten Zahlen:

Gewerkschaft	Mitglieder	davon ehem. NSDAP
Bau	170	19
Bergbau	667	55
Eisenbahn	21	6
Graphisches Gewerbe	49	13
Handel, Banken, Versicherungen	34	16
Holz	308	24
Land- u. Forstwirtschaft	123	17
Metall	368	34
Nahrung u. Genuß	90	23
Öffentl. Betriebe, Transport	262	46
Post u. Telegrafie	45	9
Schuhe, Leder	281	39
Steine u. Erden	608	78
Textil	80	2
Insgesamt:	3106	381

Für den gleichen Zeitraum wurden auch gemeldet:

3 Kundgebungen zum 1. Mai, 29 Betriebsbesprechungen, 4 Arbeitsgerichtstermine und 1 Termin vor dem Landesarbeitsgericht. Ortszahlstellen bestanden 62, Betriebszahlstellen 72; insgesamt also 134. Die Gewerkschaftsbeiträge wurden zunächst durch die Kreisgeschäftsstelle eingezogen, bis sich die Landesgewerkschaften gebildet hatten.

Im Februar 1948 hatte die obige Statistik noch wie folgt ausgesehen:

Gewerkschaft	Mitglieder	davon ehem. NSDAP
Bau	219	18
Bergbau	726	62
Eisenbahn	23	5
Graphisches Gewerbe	52	12
Handel, Banken, Versicherungen	42	15
Holz	343	29
Land- u. Forstwirtschaft	145	16
Metall	427	37
Nahrung u. Genuß	79	17
Öffentl. Betriebe, Transport	133	32
Post u. Telegrafie	36	11
Schuhe, Leder	307	42
Steine u. Erden	439	53
Textil	74	---
Insgesamt:	3062	353

6.1.3 Einheitsgewerkschaft, Kreiskartell u. AGB

Zurück zur Gründung der Einheitsgewerkschaft im Oberwesterwald:

Karl Schumacher, Langenbach b. Mbg., Hermann Kempf, Marienberg, Hugo Neeb, Stockhausen-Ilfurth, Adam Hensel, Zinhain und einige weitere Gewerkschaftsveteranen hatten die Vorarbeiten zur Gründung der „Einheitsgewerkschaft Oberwesterwald“ geleistet. Karl Schumacher war nicht nur Gründungsmitglied, sondern der erste ehrenamtliche Vorsitzende der Einheitsgewerkschaft bzw. des „Vorläufigen Ausschusses“ im Oberwesterwald. Er war in dieser Funktion von der französischen Militärregierung autorisiert und u.a. auch Ansprechpartner des Landratsamtes. Entsprechende Belege befinden sich im Besitz seines Sohnes Dr. Kurt Schumacher †, Berlin (vgl. auch Anhang D).

Für die Gründungsversammlung holte Hermann Kempf sechs Mal bei der Militärregierung die Erlaubnis ein, die der damalige Interimsbürgermeister durchzuführen verhinderte. In Zusammenkünften wurde alles besprochen, Listen zu Erfassung von Mitgliedern herausgebracht und im Handumdrehen waren über Tausend dem Aufruf, der Einheitsgewerkschaft beizutreten, gefolgt. Ich kann mich durch Mitgliederlisten noch erinnern, daß zum 1. September 1945 die Belegschaft der Grube „Neuhaus II“, auch bekannt unter dem Namen „Concordia“, Unnau, bereits Mitglied geworden war. Die überwiegende Zahl an Eintritten datiert vom 1. Oktober 1945.

Das Kreiskartell gab sich eine Satzung, die leider nur noch in französischer Ausfertigung nachweisbar ist und deren Inhalt in Anhang F abgedruckt wird.

Karl Schumacher war, wie bereits erwähnt, Vorsitzender des vorläufigen Ausschusses zur Gründung der Einheitsgewerkschaft Oberwesterwald, und zwar bis zur Kreisdelegiertenkonferenz am 22. April 1946 in Höhn. Wegen grundsätzlicher Differenzen, besonders mit Hermann Kempf, verzichtete er auf eine neue Kandidatur. Als Nachfolger wurde Hermann Wüst, Marienberg, zum neuen ehrenamtlichen Kreisvorsitzenden gewählt. Die franz. Militärregierung betitelte ihn mit „Präsident“.

Die franz. Militärregierung für Rheinland-Hessen-Nassau, „Délégation du Cercle de l'Oberwesterwald“, Administrateur Viviez, Hachenburg, bestätigte mit Schreiben vom 9.7.1946 an den „Gouverneur Supérieur pour le Gouvernement Militaire de la Rhénanie-Hesse-Nassau (Travail)“ den am 22.4.1946 neugewählten Vorstand, dem folgende Gewerkschaftler angehörten:

- 1. Vorsitzender: Hermann Wüst, Marienberg
- Stellvertr. Vorsitzender: Friedrich Schilling, Höhn
- 1. Schriftführer/Sekretär: Hermann Kempf, Marienberg
- Kassierer: Robert Müller, Marienberg
- 2. Schriftführer: Alois Helsper II., Höhn
- Beisitzer: Anton Jakob, Neuhochnstein
- Beisitzer: Emil Haupt, Enspel
- Beisitzer: Albert Gross, Hardt;
- Kassenprüfer: Emil Leicher, Stockum
- Kassenprüfer: Alois Groth, Niederroßbach.

Die Mitgliederzahl wurde mit 1660 angegeben.

Den ersten Eindruck von einer Kundgebung erhielt ich am 1. Mai 1946. In jeden Marienberger Haushalt war eine persönliche Einladung überbracht worden, der alle folgten. Der Saalbau Dieck in Marienberg war überfüllt.

Im übrigen war auf Vorschlag von Adam Hensel Hermann Kempf einstimmig als Gewerkschaftssekretär gewählt und in einer weiteren Konferenz des Kreiskartells am 16. Juni 1946 in geheimer Wahl als Kreisgeschäftsführer bestätigt worden.

Ein Gewerkschaftsbüro im alten ehem. Landratsamt Marienberg in der Wilhelmstraße 8 war sofort nach Gründung der Einheitsgewerkschaft eingerichtet worden. Als Sekretärin für Hermann Kempf stand die Tochter des ehem. Gewerkschaftssekretärs Franz Wolf zur Verfügung: Frau Ilse Willwacher. Ihr Nachfolger war Walter Schneider, Marienberg, Westendstr. 1. Für Vervielfältigungen von Rundschreiben auf Wachsschablonen stellte die Volksbank Marienberg dankenswerterweise ihr Gerät zur Verfügung.

Auf Walter Schneider folgte 1946 Heinz Lagraf, Eichenstruth und ab Januar 1947 zusätzlich Otto Kleinschmidt, Marienberg. Nach dem Ausscheiden von Heinz Lagraf war Otto Kleinschmidt bis Februar 1960 als einziger Angestellter bei der DGB-Geschäftsstelle tätig. Ihm folgte bis zur Auflösung des DGB-Kreises Oberwesterwald der Kollege Fritz Behrens, Erbach.

Daß Hermann Kempf der KPD angehörte, störte niemand. Alle zogen an einem Strang. Als ein Hachenburger Bürger beim Vorstandsmitglied Heinrich Orthey, der aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung stammt, Beschwerde über Hermann Kempf führte, bekam er die Antwort: „Den Mann müssen wir haben; der ist der beste Kämpfer gegen die kapitalistischen Unternehmer.“

Hermann Wüst, Marienberg, war bis zu seinem Tode ehrenamtlicher Kreisvorsitzender. Ihm folgte jahrelang der zuvor erwähnte Heinrich Orthey, Altstadt.

Am 8.5.1947 war der Kreiskartell-Vorstand neu gewählt worden. Ihm gehörten an:

- 1. Vorsitzender: Heinrich Orthey, Altstadt
- 2. Vorsitzender: Willi Kempf, Zinhain
- Kassierer: Robert Müller, Marienberg
- Schriftführer: Gustav Adolf Bahr, Hachenburg
- Beisitzer: Walter Seiler, Langenbach b.M.
- Beisitzer: Georg Horn, Höhn
- Beisitzer: Willy Sayn, Hachenburg
- Beisitzer: Albert Gross, Unnau-Korb
- Revisor: Bernhard Zimmermann, Höhn
- Revisor: Josef Jung, Stockum.

In Erbach im Lokal Rückert wurde im Rahmen einer Kreisgeneralversammlung am 27.1.1948 die Neuwahl des Kreiskartells mit nachstehendem Ergebnis durchgeführt:

- 1. Vorsitzender: Heinrich Orthey, Altstadt
- 2. Vorsitzender: Willi Kempf, Zinhain
- 1. Kassierer: Ernst Steup, Marienberg
- 2. Kassierer: Karl Boller, Höhn
- 1. Schriftführer: Friedrich Schilling, Höhn
- 2. Schriftführer: Josef Jung, Stockum
- Revisor: Hugo Neeb, Stockhausen-Ilfurth
- Revisor: Walter Schumacher, Höhn-Kraftwerk
- Revisor: Adolf Hüsch II., Büdingen
- Beisitzer: Alois Helsper II., Höhn
- Beisitzer: Willi Eller, Stockhausen-Ilfurth
- Beisitzer: Albert Groß, Unnau-Korb

- Beisitzer: Emil Steup, Hof
- Beisitzer: Karl Robert Stahl, Salzburg
- Beisitzer: Emil Kleber, Langenbach b.M.
- Beisitzer: Gustav Emrich, Langenbach b.M.
- Beisitzer: Otto Füll, Marienberg.

Da am 27.1.1948 nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit anwesend war, wurde der Geschäftsführende Vorstand erst am 7.2.1948 gewählt.

Ausschußmitglieder als Kontrollorgan über den Vorstand waren:

- Stefan Heinz, Ailertchen
- Walter Häbel, Unnau
- Willi Schüler, Marienberg
- Hans Heller, Hachenburg
- Christian Jung, Ailertchen
- Hermann Stahl, Langenbach b.M.
- Heinrich Rau, Altstadt
- Gustav Kempf, Bach
- Josef Zey, Neustadt
- Karl Schüler, Marienberg
- Wilhelm Mohn, Dehlingen
- Otto Diehl, Marienberg
- Willi Neeb, Stockhausen-Ilfurth
- Georg Horn, Höhn
- Anton Hahn, Höhn-Kraftwerk
- Robert Müller, Marienberg
- Paul Kalinowski, Westerburg.

Die endgültige Zulassung der Einheitsgewerkschaft (AGB) für den Oberwesterwaldkreis durch die franz. Militärregierung datiert vom 7.10.1948, und zwar auf Grund der Verfügung und des Erlasses Nr. 6 vom 10.9.1945 bezüglich der Wiederherstellung des gewerkschaftlichen Rechtes.

Am 11.10.1948 wurde auch von der franz. Militärregierung in Anbetracht der Entscheidung des „Administrateur Général adjoint pour le G.M.Z.F.O.“ vom 7.10.1948 die endgültige Genehmigung zur Durchführung von Gewerkschaftsversammlungen erteilt, allerdings noch immer mit Auflagen.

Die nächste Kreisgeneralversammlung (mit Delegierten) fand am 12.3.1949 um 13.00 Uhr in Marienberg, AGB-Büro, statt. Folgender neuer Vorstand wurde gewählt:

- 1. Vorsitzender: Heinrich Orthey, Altstadt
- 2. Vorsitzender: Karl Boller, Höhn
- 1. Kassierer: Ernst Steup, Marienberg
- 2. Kassierer: Hermann Meutsch, Zinhain
- 1. Schriftführer: Siegfried Künkler, Westerburg
- 2. Schriftführer: Adolf Hüsch II., Büdingen
- 1. Revisor: Otto Füll, Marienberg
- 2. Revisor: Walter Schumacher, Höhn-Kraftwerk
- 3. Revisor: Willi Held, Hergenroth
- Beisitzer: Paul Stühn, Großseifen
- Beisitzer: Willi Eller, Stockhausen
- Beisitzer: Josef Jung, Stockum
- Beisitzer: Oskar Hain II., Korb
- Beisitzer: Emil Steup, Hof
- Beisitzer: Gustav Emrich, Langenbach b.M.
- Beisitzer: Max Pfeifer, Zinhain
- Beisitzer: Reinhold Schneider, Bölsberg.

Hermann Kempf war ständig unterwegs zu Betriebsbesuchen und Versammlungen. Mit seiner 200er-Zündapp und dem Rucksack war er überall bekannt. Wenn andernorts Feierabend gemacht wurde, kam er ins Büro zurück, packte 30 bis 50 Beitrittserklärungen aus, die sofort bearbeitet werden mußten, damit er sie am nächsten Tag aushändigen konnte. Beschwerdebriefe mußten noch sofort geschrieben und Mitgliederwünsche erledigt werden.

Gebraucht wurde die Einheitsgewerkschaft damals auch für zahlreiche Eingaben zwecks Freilassung von Kriegsgefangenen, besonders aus russischen, französischen und englischen Lagern. Ich denke dabei an Hermann Kraußhaar, Hermann Sanner, Karl Schürg, Pfarrer Wilhelm Schwalbach, Otto Weber und Otto Stahl (alle aus Marienberg). Auch viele Parteimitglieder (NSDAP) suchten Hermann Kempf auf, um einen „Persilschein“ für ihre Entnazifizierung zu erhalten. Er sagte einmal: „Es gibt gar nicht so viel Persil, um alle Nazis reinzuwaschen.“ Er wußte dabei aber wohl zu unterscheiden zwischen überzeugten Nationalsozialisten und solchen, die nur „um in Arbeit und Brot zu kommen die Hand zum Hitlergruß erhoben hatten.“ Es waren z.B. Albert Hardt und Paul Precht (beide Marienberg). Wegen Freilassung aus Internierungslagern wurden in berechtigten Fällen ebenfalls Gesuche eingereicht, sei es für Wilhelm und Karl Schimmelfennig, Adolf Sanner sowie Otto Hofmann (alle Marienberg). Und wer in den öffentlichen Dienst eingestellt werden wollte, brauchte wie Willi Sahn und Alfred Kranz, beide Marienberg, eine „Unbedenklichkeitsbescheinigung“.

Wo etwas für die arbeitende Bevölkerung beschafft werden konnte, war Hermann Kempf zur Stelle. Ich kann mich noch erinnern, wie über die Kreisgeschäftsstelle eine Wagenladung von Hemden verteilt wurde oder er für die Bergleute den begehrten Kautabak beschaffte. Ob es um die Verteilung von Benzingutscheinen beim Landratsamt, um die Beschaffung von Fahrradreifen oder Zusatzverpflegungsmarken für Schwerarbeiter ging, überall setzte er sich ein.

Auf die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wies er die Militärregierung regelmäßig in den von ihr angeforderten „Stimmungsberichten“ hin. Am 29.9.1947 wurde darin u.a. festgestellt: „...Die speziellen Themen, die gegenwärtig diskutiert werden, sind Kleidung, Schuhwerk, Ernährung. Die Bevölkerung geht bei ihrer Diskussion über diese Probleme von der Annahme aus, als seien die deutschen Dienststellen, Regierung etc. unfähig, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten. Insbesondere die bäuerliche Bevölkerung, welche keine Zuteilung, Bezugscheine etc. erhält, glaubt sich dadurch zweitrangig behandelt zu wissen. Die Bauern begründen dies mit dem gegenwärtig ihrer Auffassung nach hohen Abgabesoll, das in keinem Verhältnis stände zu den Leistungen, womit sie bedacht würden... In den Kreisen der Arbeitnehmerschaft wird besonders über das Thema Lohnstop - Preisstop diskutiert infolge des bereits eingetretenen Geldmangels infolge niedriger Löhne einerseits und den dauernd steigenden Preisen andererseits. Bittere Klagen werden geführt über Mangel an Schuhwerk, Kleidung und Heizmaterial für den Winter sowie über die Einkellerung von Kartoffeln (1 Ztr. pro Person für Normalverbraucher). Besonders scharf wird zu der unterschiedlichen Behandlung (Einstufung nach Prioritätsstufe I-II-III) von den Arbeitnehmern Stellung genommen. So z.B. in Betrieben der Holzindustrie, Sägewerke usw. werden von den deutschen Firmen Tariflöhne bis zu 85 Pfg. bezahlt, währenddem bei franz. Firmen 1,85 RM bezahlt würden. Außerdem erhalten Arbeiter bei franz. Firmen die Schwerarbeiterkarte

III, während die Arbeiter bei deutschen Firmen bei gleicher Arbeitsleistung nur die Kategorie II erhalten. Die Arbeitnehmer sind der Ansicht, daß alle Werk tätigen gleichermaßen zu betreuen seien, und zwar nach Schwere der Arbeitsleistung und nicht nach Dringlichkeit der gegenwärtigen Produktion. Die Arbeitnehmerschaft ist unbefriedigt über das Betriebsrätegesetz insofern, weil ihnen das Mitbestimmungsrecht eingeräumt wurde (Kontrolle der Produktion); sie ist der Annahme, auf diese Weise den schwarzen Markt und die Kompensationsgeschäfte zu unterbinden... Die Bevölkerung bringt zum Ausdruck, daß wir unter Hitler 12 Jahre betrogen worden seien und gegenwärtig dieses Spiel fortgesetzt würde; sie steht der demokratischen Entwicklung ungläubig und mißmutig gegenüber.“

Auf die wirtschaftliche Lage wird auch im Bericht vom 20.11.1947 eingegangen: „...Ein allgemeines Gesprächsthema bildet die Versorgung mit Kleidung und Schuhwerk sowie Heizmaterial und die Kartoffelversorgung in diesem Winter. Von den Brotselbstversorgern wird in Anbetracht der Jahreszeit eine weitere Zulassung von Mühlen gefordert, da infolge Transportschwierigkeiten in dem weitverbreiteten Gebiet des Oberwesterwaldes dieses dringend erforderlich wäre. In Arbeitnehmerkreisen erhofft man eine Erhöhung des Grundlohnes und Änderung der Tarife, da der gegenwärtige Lohn keineswegs mit den Preisen Schritt halten würde. Abschließend kann gesagt werden, daß im allgemeinen bei der Bevölkerung eine apathische Interessenlosigkeit, hervorgerufen durch die völlig unzureichenden Lebensbedingungen, herrscht. Große Teile der Bevölkerung klammern sich an jede Hoffnung auf irgend eine Besserung ihres Lebensstandards und suchen insbesondere bei den Gewerkschaften Rat und Hilfe.“

Interessant ist auch eine von der Militärregierung angeforderte Statistik vom 1. Februar 1947, in der eine Aufteilung der Gewerkschaftsmitglieder nach Wohnorten gefordert wurde:

Wohnort	Mitgl.
Alpenrod	25
Atzelgift	2
Altstadt	41
Ailertchen	60
Bach	33
Büdingen	11
Brandscheid	1
Berzhahn	1
Bellingen	9
Bölsberg	17
Dreisbach	29
Dehlingen	18
Emmerichenhain	2
Enspel	18
Eichenstruth	17
Erbach	34
Friedewald*	1
Fehl-Ritzhausen	69
Gehlert	1
Gemünden	1
Gershassen	1
Grosseifen	38

Wohnort	Mitgl.
Guckheim	17
Girkenroth	5
Hirtscheid	7
Hintermühlen	1
Höhn	102
Hahn b.M.	33
Hellenhahn	60
Hinterkirchen	3
Hölzenhausen	9
Hardt	30
Hof	55
Höchstenbach	3
Hachenburg	40
Heuzert	2
Halbs	6
Hergenroth	5
Kirburg	44
Korb	1
Langenhahn	17
Langenbach b.M.	21
Langenbach b.K.	55
Löhnfeld	1

Wohnort	Mitgl.
Lautzenbrücken	21
Luckenbach	2
Lochum	6
Linden	1
Mündersbach	1
Marienberg	175
Merkelbach	4
Mittelhattert	1
Müschelbach	17
Norcken	5
Niederroßbach	19
Nister-Möhrendorf	1
Nisterberg*	3
Neuhochstein	48
Neustadt	15
Niederhattert	3
Neitersen*	1
Nister	4
Oellingen	81
Oberrossbach	26
Obermörsbach	1
Püschchen	13
Pottum	34
Pfuhl	43

Wohnort	Mitgl.
Rothenbach	2
Rotenhain	11
Rennerod	17
Rehe	6
Stockhausen-Ilffurth	44
Stockum	23
Stein-Neukirch	3
Stangenrod	27
Stahlhofen	4
Streithausen	2
Salzburg	9
Seck	25
Salz	2
Unnau	30
Todtenberg	2
Winkelbach	1
Winnen	2
Welkenbach	1
Westerburg	5
Zehnhausen b.R.	22
Zinhain	40
versch. Wohnorte	135
(* = Kreis Altenkirchen)	
Insgesamt	1.749

6.1.4 Einzelgewerkschaften

Jahrelang wurden die einzelnen Sparten bzw. Berufsgruppen der Einheitsgewerkschaft mit ihren Vorständen, sei es z.B. „Bergbau“, „Holz“, „Leder“, „Metall“, „Post- und Telegraphie“ von der französischen Militärregierung nicht anerkannt. Dazu mußten alle Vorbereitungen unter den wachsamen Augen der „Sûreté“ getroffen werden. Hunderte von politischen Fragebogen über Organisationszugehörigkeit der vorgesehenen Vorstandsmitglieder im 3. Reich mußten ausgefüllt werden, bis den Besatzungsbehörden die Zusammensetzung gefiel.

Bei den Anträgen auf Genehmigung der einzelnen Gewerkschaften waren beizufügen:

- Gesuch um Genehmigung in deutscher und französischer Fassung,
- Satzung in deutscher und französischer Fassung,
- Zustimmungserklärungen der vorgesehenen Vorstandsmitglieder,
- die oben bereits erwähnten politischen Fragebogen und
- Amnestiebescheinigungen vom Landeskommisсар für die politische Säuberung bzw. vom Öffentlichen Ankläger bei den Untersuchungsausschüssen.

Industriegruppe Bergbau

Am 17.11.1946 reichten die Kollegen Alois Kraft, Bernhard Zimmermann und Karl Boller, alle wohnhaft in Höhn, bei der Militärregierung ein „Gesuch um Genehmigung zur Einberufung einer Versammlung zwecks Gründung einer Gewerkschaft“ über den Bürgermeister Brell, Zinhain, bei der Militärregierung ein. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß die Gründungsversammlung mit 65 Teilnehmern am 17.11.1946 um

14.00 Uhr in Marienberg stattgefunden hat, ein Statut einstimmig beschlossen und in geheimer Wahl folgender Vorstand gewählt wurde:

- 1. Vorsitzender: Alois Helsper II., Höhn
- 2. Vorsitzender: Alois Groth, Niederroßbach
- 1. Kassierer: Bernhard Zimmermann, Höhn
- 2. Kassierer: Willy Sayn, Hachenburg
- Schriftführer: Friedrich Schilling
- 1. Beisitzer: Wilhelm Schneider, Ailertchen
- 2. Beisitzer: Rudolf Haas, Marienberg.

Eine Neuwahl des Vorstandes war in der Generalversammlung am 19.1.1948 vorgesehen und brachte nachstehendes Ergebnis:

- 1. Vorsitzender: Alois Helsper II. (Grube Alexandria)
- 2. Vorsitzender: Karl Boller (Grube Alexandria)
- 1. Kassierer: Theodor Betz (Grube Alexandria)
- 2. Kassierer: Friedrich Schilling (Grube Alexandria)
- Schriftführer: Walter Schneider (Grube Himbürg, Bach)
- 1. Beisitzer: Rudolf Haas (Grube Neuhaus, Unnau)
- 2. Beisitzer: Wilhelm Schneider (Grube Gnade Gottes).

Die nächsten Vorstandswahlen anl. einer Delegiertenversammlung datieren vom 17.2.1949, 14.20 Uhr (Höhn, Hotel Hofmann), da dieser Tagesordnungspunkt in der vorhergehenden Versammlung am 24.1.1949 mangels Delegiertenwahlen auf den Gruben „Gnade Gottes“, Hergenroth und „Concordia“, Unnau, vertagt werden mußte. Wahlergebnis:

- 1. Vorsitzender: Alois Helsper II., Höhn
- 2. Vorsitzender: Emil Höhn, Oellingen
- 1. Kassierer: Willi Held, Hergenroth
- 2. Kassierer: Paul Stühn, Unnau
- Schriftführer: Josef Höhn, Pottum
- Beisitzer: Edmund Schneider, Oellingen
- Beisitzer: Karl Boller, Höhn.

Industriegruppe Holz

Für diesen Industriezweig fallen Gesuch um und Durchführung der Gründungsversammlung ebenfalls terminlich auf den 17.11.1946 zusammen. In den Vorstand wurden gewählt:

- 1. Vorsitzender: Albert Groß, Unnau-Korb, Schreiner
- 2. Vorsitzender: Karl Wüst, Langenbach b.M., Holzarbeiter
- 1. Kassierer: Theodor Leis, Marienberg, Sägemüller
- 2. Kassierer: Walter Seiler, Langenbach b.M., Holzarbeiter
- Schriftführer: Josef Sturm, Püschchen, Holzarbeiter
- 1. Beisitzer: Emil Steup, Hof, Schreiner
- 2. Beisitzer: Alfred Brückmann, Langenbach/M., Holzarbeiter.

Die nächste Vorstandswahl wurde im Rahmen einer Delegiertenversammlung am 10.1.1948 in Marienberg, AGB-Büro, durchgeführt. Anwesend: 15 Delegierte. Dem neugewählten Vorstand gehörten an:

- 1. Vorsitzender: Albert Groß, Unnau-Korb
- 2. Vorsitzender: Emil Steup, Hof
- 1. Kassierer: Karl Schüler, Marienberg
- 2. Kassierer: Oskar Hain II., Korb
- Schriftführer: Gustav Schäfer, Willmenrod
- 1. Beisitzer: Gerhard Schneider, Merkelbach
- 2. Beisitzer: Karl Nolden, Alpenrod.

Am 22.1.1948 wurde die Gründung der Industriegruppe Holz durch die Militärregierung genehmigt.

In der Kreisgeneralversammlung am 19.2.1949 wurde u.a. ein neuer Vorsitzender gewählt:

- 1. Vorsitzender: Oskar Hain II., Korb
- 2. Vorsitzender: Emil Steup, Hof
- 1. Kassierer: Karl Schüler, Marienberg
- 2. Kassierer: Günter Dorn, Großseifen
- Schriftführer: Gustav Schäfer, Willmenrod
- 1. Beisitzer: Otto Stahl, Niederroßbach
- 2. Beisitzer: Karl Nolden, Alpenrod

Berufsgruppe Fabrikarbeiter (Leder-Industrie)

Gründungsversammlung und Gesuch an die Militärregierung datieren ebenfalls vom 17.11.1946 in Marienberg (14.00 Uhr mit 25 Teilnehmern). Die Gesuchsteller waren Willi Salzer, Marienberg, Josef Schardt, Langenhahn und Fritz Völkner, Altstadt. Wer dem ersten Vorstand angehörte, ist leider nicht mehr bekannt; nachweisbar ist nur, daß Heinrich Orthey, Altstadt, zum 1. Vorsitzenden gewählt wurde.

In der Kreisgeneralversammlung am 9.1.1948, 15.00 Uhr in Erbach, Lokal Rückert, an der 20 Delegierte teilnahmen, wurde folgender neuer Vorstand gewählt:

- 1. Vorsitzender: Heinrich Orthey, Altstadt (Genschow & Co)
- 2. Vorsitzender: Hermann Künkler, Langenbach/M. (Orthey)
- 1. Kassierer: Josef Jung, Stockum (Theo Schmidt, Büdingen)
- 2. Kassierer: Heinrich Rau, Altstadt (Zitzer, Hachenburg)
- Schriftführer: Stefan Orthey, Altstadt (Dewald & Heyden)
- 1. Beisitzer: Josef Wambach, Hachenb. (Dewald, Hachenb.)
- 2. Beisitzer: Josef Jäger, Altstadt (Hruby & Co).

In der Generalversammlung am 19.2.1949, 13.00 Uhr, in Erbach, Lokal Rückert, wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt, nachdem sich am 26.1.1949 in einer Urabstimmung 133 Mitglieder dafür und 2 dagegen ausgesprochen hatten.

Als Delegierte für die Landeskonferenz der Gewerkschaft Leder wurden Josef Tiefenthal, Alfred Brenner und Josef Jäger (alle Altstadt) und Josef Jung (Stockum) gewählt. Außerdem stimmte die Generalversammlung dem Ausschluss des Mitgliedes Ernst Holthoff, Hachenburg, zu, da er als Geschäftsführer kein Gewerkschaftsmitglied sein kann.

Industriegruppe Eisen u. Metall

Auch für diese Gewerkschaft wurde am 17.11.1946 das Gesuch an die Militärregierung von Robert Steup, Großseifen, Willi Stroh, Großseifen und Franz Nilges, Höhn-Kraftwerk, eingereicht. An der Gründungsversammlung am gleichen Tag um 14.00 Uhr in Marienberg nahmen 35 Mitglieder teil. Dem ersten Vorstand gehörten an:

- 1. Vorsitzender: Emil Haupt, Enspel
- 2. Vorsitzender: Georg Horn, Höhn
- 1. Kassierer: Ewald Weber, Stockhausen-Illfurth
- 2. Kassierer: Josef Hilpüsch, Rennerod
- Schriftführer: Karl Benner, Stockhausen-Illfurth
- 1. Beisitzer: Gustav Bahr, Hachenburg
- 2. Beisitzer: Robert Hoffmann, Marienberg.

Die Neuwahl des Vorstandes stand am 8.1.1948 in Großseifen, Lokal Schütz, im Rahmen einer Delegiertenversammlung (20 Teilnehmer) mit folgendem Ergebnis statt:

- 1. Vorsitzender: Karl Benner, Stockhausen
- 2. Vorsitzender: Karl Steup, Marienberg
- 1. Kassierer: Robert Steup, Großseifen
- 2. Kassierer: Friedrich Klaas, Fehl-Ritzhausen
- Schriftführer: Ewald Jung, Rothenbach
- 1. Beisitzer: Josef Hilpisch, Rennerod
- 2. Beisitzer: Ewald Weber, Stockhausen-Illfurth.

Am 29.1.1948 wurde von der Militärregierung die Gründung der Gewerkschaft genehmigt und die Vorstandsmitglieder bestätigt.

Und am 18.2.1949 wurde in der Kreisgeneralversammlung der obenstehende Vorstand wiedergewählt.

Industriegruppe Steine und Erden

Gesuch um Genehmigung der Gründungsversammlung wurde am 17.11.1946 an die Militärregierung gestellt, und zwar von Hermann Schneider, Hardt, Hermann Meutsch, Zinhain und Heinrich Benner, Stockum. Die Versammlung fand am gleichen Tag um 14.00 Uhr in Marienberg statt; 35 Teilnehmer waren anwesend. In den ersten Vorstand wurden gewählt:

- 1. Vorsitzender: Willi Kempf, Zinhain
- 2. Vorsitzender: Oskar Emrich, Marienberg
- 1. Kassierer: Eduard Kraußhaar, Marienberg
- 2. Kassierer: Robert Müller, Marienberg
- Schriftführer: Hermann Wüst, Marienberg
- 1. Beisitzer: Paul Spiess, Büdingen
- 2. Beisitzer: Hermann Kempf, Marienberg.

Am 29.3.1947 teilte das „Commandement en Chef Français en Allemagne“ in Baden-Baden „(L'Administrateur Général LAFFON, Adjoint pour le Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation)“ an den „Délégué Général pour le Gouvernement Militaire du Land Rhéno-Palatinat -Service Travail-“ in Koblenz mit, daß die Zustimmung zur Gewerkschaftsgründung erteilt wird.

Eine Neuwahl des Vorstandes erfolgte am 9.1.1948 in Erbach, Lokal Rückert:

- 1. Vorsitzender: Willi Kempf, Zinhain
- 2. Vorsitzender: Alois Wagner, Streithausen
- 1. Kassierer: Otto Kersting, Lautzenbrücken
- 2. Kassierer: Otto Diehl, Marienberg
- Schriftführer: Adolf Hüscher II., Büdingen
- 1. Beisitzer: August Müller, Püschchen
- 2. Beisitzer: Stefan Orthey, Hahn b.M.

In der Kreisgeneralversammlung am 19.2.1949 um 14.00 Uhr in Erbach, Lokal Rückert, änderte sich die Zusammensetzung des Vorstandes erneut:

- 1. Vorsitzender: Hermann Meutsch, Zinhain
- 2. Vorsitzender: Alois Wagner, Streithausen
- 1. Kassierer: Paul Flick, Stockhausen-Illfurth
- 2. Kassierer: Hans Fligge, Stangenrod
- Schriftführer: Adolf Hüscher II., Büdingen
- 1. Beisitzer: August Müller, Püschchen
- 2. Beisitzer: Stefan Orthey, Hahn b.M.

Als Delegierte zum Landesverbandstag der Gewerkschaft „Steine und Erden“ wurden Alfons Schmidt, Püschchen (Betrieb Leistert, Stockum) und Paul Flick, Stockhausen-Illfurth (Betrieb Gewerkschaft Albert, Großseifen) benannt.

Industriegruppe „Graphisches und papierverarbeitendes Gewerbe“

Unterlagen über diese Industriegruppe sind nicht mehr vorhanden mit Ausnahme einer Aufstellung des in 1946 gewählten Vorstandes:

- 1. Vorsitzender: Artur Löffler, Hachenburg
- Kassierer: Heinrich Jäger, Hachenburg
- Revisor: Hermann Kempf, Langenbach b.M.
- Beisitzer: Willi Theuerkorn, Marienberg
- Beisitzer: Ewald Fischer, Hachenburg.

Gewerkschaft der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes

Paul Kalinowski, Westerburg, Otto Groß, Hardt und Otto Füll, Marienberg, beantragten am 13.1.1947 die Genehmigung zur Durchführung einer Gründungsversammlung am 30.1.1947 mit 110 - 120 Teilnehmern. Es ist nicht mehr feststellbar, ob diese Veranstaltung stattgefunden hat oder nicht.

Das Gesuch wurde erneuert am 6.6.1947 von Kurt Schäfer, Kaden, Heinrich Dörner, Dehlingen und Willi Heinemann, Marienberg. Uhrzeit um 9.00 Uhr in Marienberg, Gewerkschaftsbüro. Teilnehmerzahl: 20. Am gleichen Tag wurde folgender Vorstand gebildet:

- 1. Vorsitzender: Paul Kalinowski, Westerburg
- 2. Vorsitzender: Wilhelm Doll, Nister-Möhrendorf
- 1. Kassierer: Otto Gross, Hardt
- 2. Kassierer: Paul Donath, Bach
- Schriftführer: Otto Dörner, Alpenrod
- 1. Beisitzer: Gustav Wüst, Willmenrod
- 2. Beisitzer: Emil Leicher, Stockum.

Die angenommene Satzung, die mit anderer Bezeichnung auch für die übrigen Gewerkschaften galt, ist noch in den Archiven der franz. Militärregierung vorhanden und wird in Anhang E wiedergegeben.

Mit Schreiben vom 5.8.1947 teilte „L'Administrateur Chevalier, Délégué de Gouvernement Militaire du District de Montauban“ an den „Gouverneur, Délégué Général pour le G.M. de l'État Rhéno-Palatin - Direction de Travail- Coblence“ mit, daß alle Vorstandsmitglieder mit Ausnahme von Wilhelm Doll, der eine Funktion innerhalb der NSV ausgeübt habe, bestätigt seien (Wilhelm Doll wurde später Schulrat in Westerburg und war derjenige, der die Gründungsversammlung des „Allgemeinen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes im Oberwesterwaldkreis“ am 9.3.1949 eröffnete). An seiner Stelle sei umgehend ein anderes Vorstandsmitglied zu benennen. Das geschah mit der Nachmeldung von Heinz Lagraf, Marienberg.

Am 9.8.1947 wurde durch die Militärregierung die endgültige Zulassung der Gewerkschaft „Öffentliche Dienste“ für den Oberwesterwaldkreis erteilt.

In der Kreisgeneralversammlung am 21.1.1948 in Westerburg, Lokal „Zur schönen Aussicht“ mit ca. 50 Delegierten wurde die Gewerkschaft „Öffentliche Dienste“ in „Öffentliche Betriebe und Verwaltungen“ umbenannt und folgender neuer Vorstand gewählt:

- 1. Vorsitzender: Paul Kalinowski, Westerburg
- 2. Vorsitzender: Otto Füll, Marienberg

- 1. Kassierer: Otto Gross, Hardt
- 2. Kassierer: Kunibert Türk, Bellingen
- Schriftführer: Heinz Lagraf, Marienberg
- 1. Beisitzer: Gustav Wüst, Willmenrod
- 2. Beisitzer: Reinhold Ferger, Westerburg.

Am 29.1.1948 wurde von der franz. Militärregierung in Koblenz der Gewerkschaft „Öffentliche Dienste“ endgültig genehmigt, unter bestimmten Auflagen Versammlungen durchzuführen.

Die nächste noch nachweisbare Kreisgeneralversammlung datiert vom 12.2.1949 in Westerburg, Gebäude der Berufsschule, mit 47 Teilnehmern, an der auch der Bezirksleiter Naujack anwesend war. Der Vorstand wurde in der alten Form wiedergewählt.

Industriegruppe Bau

Am 4.6.1947 stellten Wilhelm Lichtenthäler, Kirburg, Karl Gross, Seck und Hermann Weber, Stockhausen-Illfurth das „Gesuch um Genehmigung zur Einberufung einer Versammlung zwecks Gründung einer Gewerkschaft; Kennzeichnung „Allgemeiner Gewerkschaftsbund „Industriegruppe Bau“. Die Versammlung wurde am gleichen Tag mit 20 Teilnehmern um 11.00 Uhr in Marienberg im Gewerkschaftsbüro durchgeführt. Es ist nur noch nachweisbar, daß als 1. Vorsitzender Arthur Hölper, Seck, gewählt wurde.

Am 9.1.1948 fand in Marienberg, Gewerkschaftsbüro, eine Neuwahl des Vorstandes statt:

- 1. Vorsitzender: Arthur Hölper, Seck
- 2. Vorsitzender: Gustav Kempf, Bach
- 1. Kassierer: Emil Kleber, Marienberg
- 2. Kassierer: Karl Robert Stahl, Salzburg
- Schriftführer: Karl Hansmann, Marienberg
- 1. Beisitzer: Louis Kleber, Marienberg
- 2. Beisitzer: Willibald Neeb, Stockhausen.

Die nächsten Vorstandswahlen datieren vom 19.2.1949:

- 1. Vorsitzender: Max Pfeifer, Zinhain
- 2. Vorsitzender: Reinhold Schneider, Bölsberg
- 1. Kassierer: Hermann Kleber, Marienberg
- 2. Kassierer: Willi Wiederstein, Hof
- Schriftführer: Karl Neeb, Marienberg
- 1. Beisitzer: Josef Zey, Neustadt
- 2. Beisitzer: Ernst Hoffmann, Pfuhl.

Die Industriegruppen „Bau“ und „Steine u. Erden“ wurden später zur Industriegewerkschaft „Bau-Steine-Erden“ vereinigt.

Industriegruppe „Land- u. Forstarbeiter“

Im Gründungsprotokoll vom 4.6.1947 ist folgender Vorstand aufgezeichnet:

- 1. Vorsitzender: Gustav Emrich, Langenbach b.M.
- 2. Vorsitzender: Fritz Bieler, Kirburg
- 1. Kassierer: Louis Neufurth, Kirburg
- 2. Kassierer: Ernst Steup, Marienberg
- Schriftführer: Walter Leicher, Langenbach b.K.
- 1. Beisitzer: Hermann Pfeifer, Marienberg
- 2. Beisitzer: Hermann Brado, Kirburg.

Der gleiche Vorstand wurde bei den Neuwahlen am 9.1.1948 in Marienberg, Gewerkschaftsbüro, und am 19.2.1949 im Amt bestätigt.

Gewerkschaft „Post u. Telegraphie“

Unterlagen über diese Gewerkschaft sind nicht vorhanden. Es gibt nur Aufzeichnungen in Form von Geschäftsberichten der Deutschen Postgewerkschaft, Bezirk Koblenz, zu den jeweiligen Bezirkstagen.

Von der Gewerkschaft „Post u. Telegraphie“ ist aber bekannt, daß deren 1.Vorsitzender Albert Steup, Marienberg, war; auf ihn folgten Hugo Stalp und später Karl Maier, Telegrafienleitungsaufseher, Marienberg; in den 1950er Jahren war der nächste Vorsitzende Hermann Kraußhaar, Langenbach b.M. Es gab zunächst eine Ortsverwaltung für die Bereiche der Postämter Marienberg, Westerburg, Hachenburg und Rennerod; am 17.6.1958 wurde Hachenburg (mit 66 Mitgliedern und Karl Hörter als Vorsitzender) als eigenständige Ortsverwaltung für den Bereich des Postamtes Hachenburg ausgegliedert. In den Gründerjahren zählten auch die Mitglieder des Fernmeldedienstes zu diesen Ortsverwaltungen dazu.

Aus den Geschäftsberichten des DPG-Bezirks Koblenz werden folgende Mitgliederzahlen nachgewiesen:

Marienberg, Hachenburg, Westerburg u. Rennerod:

		Mitgl.	damal.Vorsitzender
30.06.1949		46	Hugo Stalp
31.12.1949		46	Hugo Stalp
31.03.1950		57	Hugo Stalp
31.03.1951		77	Hugo Stalp
31.05.1951		89	Hugo Stalp
31.03.1952		97	
31.05.1952		98	
31.03.1953		122	Karl Maier
31.05.1953		126	Karl Maier
31.12.1967	Hachenburg:	90	Karl Hörter
31.12.1967	Westerburg:	179	Hermann Krausshaar
31.12.1973	Hachenburg:	92	Heinz Leyendecker
31.12.1973	Westerburg:	210	Karl-Heinz Stinner
31.12.1976	Hachenburg:	97	Heinz Leyendecker
31.12.1976	Westerburg:	242	Karl-Heinz Stinner

Die Umbenennung der Ortsverwaltung Marienberg in Ortsverwaltung Westerburg erfolgte in Angleichung an die Organisationsform der Bundespost und den dadurch bedingten Zusammenschluß der Postämter mit Sitz in Westerburg.

Die Mitgliedsbeiträge wurden unterschiedlich abgerechnet. So zahlten in den ersten Jahren die Mitglieder beim Postamt Marienberg und beim Telegrafienbautrupps Hellenhahn (Kassierer Ewald Wehler) an die Einheitsgewerkschaft Marienberg und erst später an den DPG-Bezirk in Koblenz. Die Mitglieder beim Postamt Hachenburg entrichteten bereits 1946 ihre Beiträge direkt nach Koblenz, wie aus dem Abrechnungsbuch des DPG-Bezirks Koblenz des Jahres 1946 ersichtlich ist.

Gewerkschaft „Eisenbahn“

Auch von dieser Gewerkschaft sind keine Unterlagen mehr vorhanden. Ich weiß aber, daß in 1945/46 diese Sparte schon existierte. Damaliges Mitglied war u.a. Hermann Krumm

(Marienberg). Daß Albrecht Wiederstein (Marienberg) seit 1946 Mitglied war, ist ebenfalls bekannt; er feierte in 2003 seinen 100. Geburtstag.

In den 1950er-Jahren war Kurt Sachse (Marienberg-Langenbach) zeitweise Vorsitzender der Ortsverwaltung der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands.

Allgemeiner Lehrer- u. Lehrerinnenverband

Bevor der „Allgemeine Lehrer- und Lehrerinnenverband im Oberwesterwaldkreis“ gegründet wurde, waren viele Lehrer in der Gewerkschaft „Öffentliche Dienste“ organisiert, so z.B. Lehrer Otto Ruchatz, Marienberg oder Lehrer Wilhelm Doll, Nister-Möhrendorf (der spätere Schulrat; erwähnt bei den ersten Vorstandswahlen für die Gewerkschaft „Öffentliche Dienste“). Erst mit Verfügung der franz. Militärregierung (Administrator Chevallier, Delegierter des Reg.Bez. Montabaur an den Regierungspräsidenten II A in Montabaur) vom 18.12.1948 wurde die Einrichtung von Gewerkschaften für Lehrkräfte unter bestimmten Einschränkungen erlaubt.

Damit war es am 9.3.1949 endlich soweit. Um 13.25 Uhr begann in Westerburg, Saalbau Büchler, auf Einladung des Schulrates Doll, die Gründungsversammlung des „Allgemeinen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes im Oberwesterwaldkreis“. Nach Beratung und Annahme einer Satzung wurde folgender Vorstand gewählt:

- 1. Vorsitzender: Lehrer Friedrich Teusen, Salz; geb. 7.6.1889, gest. 19.9.1970; war von 1909 bis 1952 Lehrer in Salz
- 2. Vorsitzender: Lehrer Karl Meyer, Wahlrod
- Kassenführer: Lehrer Günter Lütke, Ailertchen
- Schriftführer: Lehrer Helmut Köberer, Weissenberg
- 1. Beisitzer: Lehrerin Gertrud Hebgen, Hachenburg
- 2. Beisitzer: Lehrer Thomas, Niedersayn
- 3. Beisitzer: Lehrer Wilhelm Gemmer, Salzburg.

Im Oktober 1949 ging der „Allgemeine Lehrer- und Lehrerinnenverband“ (AdLLV) in der Gewerkschaft „Erziehung und Wissenschaft“ auf.

Gewerkschaften „Handel- Banken- Versicherungen“ und „Textil- Bekleidung“

Eigene Vorstände im Oberwesterwald für die beiden letztgenannten Gewerkschaften bestanden in den 1950er-Jahren ebenfalls. Unterlagen darüber sind leider nicht auffindbar.

Im übrigen waren auch alle sonstigen Anträge zwecks Durchführung von Gewerkschaftsversammlungen 8 Tage vor dem festgesetzten Termin der franz. Militärregierung in Hachenburg zur Genehmigung vorzulegen. Darauf ist mit einem Schreiben der Militärregierung vom 15.4.1946 nochmals hingewiesen worden (Anhang F).

6.1.5 Unternehmer

Viel Ärger gab es in den ersten Jahren auch mit den Unternehmern. Sie waren aus dem 3. Reich noch an das Prinzip des „Betriebsführers und der Gefolgschaft“ gewöhnt. Nicht bei allen setzte der Umdenkungsprozeß so schnell ein wie es erforderlich gewesen wäre. Hermann Kempf scheute dann nicht, solche Unternehmer und Betriebsleiter öffentlich in der Presse zu brandmarken. Einige Auszüge sollen es nachstehend beweisen:

„...Zunächst die Krone der Schöpfung, der Aktivist und Militarist Herr Pg. Jansen, welcher noch lustig weiter regiert auf dem Kraftwerk Höhn und Grube Alexandria. Wer kennt ihn nicht, diesen aalglatten Herrn Jansen, seine Betriebsappelle während der Nazizeit, seine Androhungen an die sogenannte ‚Gefolgschaft‘ von wegen KZ usw.? Warum findet er keine Verwendung am Wiederaufbau zerstörter Städte, an den Trümmern, die er mitverschuldet hat?“

„...Waldemar Hess, Westerwälder Rundholzbau, eine Figur aus dem Dritten Reich, welche noch allgemein in Erinnerung ist als fanatischer Nationalsozialist und ständig die Arbeiterschaft während des Dritten Reiches einschüchterte mit seinen persönlichen Beziehungen zu ‚Göring, Himmler und Gauleiter Sprenger‘. Er ist ein großer Meister im Bluffen, Atomforscher? und als ehemaliger KZ.-Sträfling gibt er sich aus. Auch ihm ist es vergönnt, gemeinsam mit seiner Prokuristin, einer üblen Denunziantin, Frau Korchan, auf die Arbeiterschaft losgelassen zu werden. Wie man einst es verstand mit Göring und Konsorten zu bluffen, so blufft man heute mit den Verbindungen zur französischen Militärregierung...“

„...Eine weitere Blüte in der einst friedlichen Bacher-Ley, in unmittelbarer Nähe von Marienberg, ein Mann unbekannter Herkunft, Herr ‚Hassepass‘. Zu Hitlers Zeiten Führer einer Naziorganisation Dr. Todt, heute wieder lebendig am Werke. Sein Betrieb bzw. sein ‚Laden‘, den er unterhält, ist alles andere wie vorbildlich. Er erinnert mehr an eine Züchtungsanstalt in der einst so romantischen u. friedlichen Bacher-Ley...“

„...zum Abschluß einen Herrn, welcher als Vertreter der Nicht-Pg. im Entnazifizierungsausschuß eine Rolle spielte für die Lederindustrie, Herr Martin. Die Art dieses Herrn, sein Verhalten seiner Belegschaft gegenüber ist derart, daß er alle Nazis bei weitem übertrifft in Punkto ‚Arbeiterfreundlichkeit‘. Dieser Herr Martin glaubt es heute noch ablehnen zu müssen mit den Vertretern der Gewerkschaft zu verhandeln. Sein Gebaren gegenüber den Lehrlingen, die Ausbeutung derselben, kurzum mit welchen Mitteln und Methoden er zu Werke geht, ist skandalös. Eine gerechte Entlohnung derselben hintertreibt er insofern, als er nach Abschluß der Lehrzeit keinen Gesellenlohn zahlt, solange keine Gesellenprüfung abgelegt ist...“

„...Eine andere Blüte aus dem Dritten Reich, der Naziaktivist Kettmer, Neunkhausen, ist wegen seiner ‚sozialen‘ Einstellung hinreichend bekannt. Er entläßt, als die Belegschaft sich anschickte, einen Betriebsrat zu wählen, den in Frage kommenden Kollegen ohne jegliche Begründung, da er vermutete, daß nunmehr in seinem Betrieb Abhilfe geschaffen würde...“

Es ist bekannt, daß es auch der Betriebsleiter Meier von der Grube „Alexandria“ versuchte, der Gewerkschaftsarbeit Schwierigkeiten zu bereiten.

Aber auch vor Gerichten trat Hermann Kempf als Bevollmächtigter auf. So z.B. gewann er beim Oberversicherungsamt, das damals an Stelle der noch nicht geschaffenen Sozialgerichte tätig war, eine Klage des Kollegen Weber, Stockhausen gegen die Hessische Knappschaft auf Gewährung von Knappschaftsvollrente.

Vor den Arbeitsgerichten war Hermann Kempf wegen seiner Beweisführung gefürchtet. Erinnert sei nur an die Prozesse Reinhold Opfer, Hof ./ EWAG, Höhn oder A. Beyer ./ Anton Jung. Hier hatte der Strumpfwarenfabrikant Jung versucht, seiner jungen Angestellten die Strümpfe anzuprobieren, was sie ablehnte und darauf entlassen wurde. Es kursierte damals im Oberwesterwald ein Gedicht, dessen Anfangsstrophe lautete:
 „Na Anton, war das vielleicht ‘ne Pleite,
 in Marienberg vor Gericht,

wir hatten alle uns’re Freude,
 nur du alleine nicht...“

Der Präsident des Landesarbeitsgerichts äußerte sich einmal: „Arme Prozeßgegner, die Kempf in die Hände fallen; er säbelt sie alle nieder...“.

In diesem Zusammenhang fällt mir auch der Anfang eines Gedichtes ein, der wegen des strengen Arbeitsklimas (es durfte während der Arbeit nicht gesprochen werden) bei der Firma Schroer & Co, Bekleidungsindustrie, untergebracht in der Marienberger Turn- bzw. Stadthalle, in Umlauf war:

„Hier in diesen städt’schen Hallen
 dringt kein Laut an unser Ohr;
 nur noch Seufzer hört man fallen,
 wenn man eintritt durch das Tor...“

Vier bis fünf Betriebsbesuche waren täglich die Regel bei Hermann Kempf. Betriebsräte wurden bei allen Unternehmen gebildet.

6.2 Arbeit im AGB

1948 wurde der AGB, der Allgemeine Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz, gegründet.

Am 1.3.1948 waren im Oberwesterwaldkreis (ohne die in angrenzenden Bezirken organisierten Pendler) als Gewerkschaftsmitglied registriert:

	männlich	weiblich	gesamt
Arbeiter	2605	125	2730
Angestellte	292	22	314
Beamte	24	---	24
Zusammen	2921	147	3068

Davon waren

Jugendliche bis 20 Jahre	337	67	404
Invaliden	66	---	66

Diese 3068 Mitglieder verteilten sich auf die Einzelgewerkschaften wie folgt:

Gewerkschaft	insg.	damal.Vorsitzender
Industriegewerkschaft Bau	224	Arthur Hölper, Seck
Industriegewerkschaft Bergbau	718	Alois Helsper II., Höhn
Industriegewerkschaft Chemie	---	

Gewerkschaft Eisenbahn	24	
Gewerkschaft Graphisches Gewerbe	54	Arthur Löffler, Hachenbg.
Gewerkschaft Handel	42	
Gewerkschaft Holz	344	Albert Groß, Unnau-Korb
Gewerkschaft Kultur	---	
Gewerkschaft Land und Forst	146	Gustav Emrich, Langenb.
Industriegewerkschaft Metall	430	Karl Benner, Stockhausen
Gewerkschaft Nahrung und Genuß	79	
Gewerkschaft Öffentliche Betriebe	136	Paul Kalinowski, Westerb.
Gewerkschaft Post	36	Albert Steup, Marienberg
Gewerkschaft Schuhe und Leder	306	Heinrich Orthey, Altstadt
Industriegewerkschaft Steine u. Erden	435	Willi Kempf, Zinhain
Gewerkschaft Textil u. Bekleidung	77	
Gewerkschaft Verkehr und Spedition	17	

Die späteren Mitgliederzahlen betragen:

	gesamt
30.06.1948	3122
01.01.1949	3171
30.06.1949	3106
31.12.1949	2910

In der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (vorher Allgemeiner Lehrer- und Lehrerinnenverband), Kreisverband Oberwesterwald, die in obigen Zahlen nicht enthalten ist, waren lt. Angaben von Lehrer Georg Blees, Streithausen, in den 1950er-Jahren zusätzlich mehrere Hundert Mitglieder erfaßt.

Hinzu kommen nach meiner Schätzung auch mehr als 1000 Mitglieder, die im Oberwesterwald zwar ihren Wohnsitz hatten, aber in den Nachbarkreisen (Unterwesterwald, Limburg, Altenkirchen, Dillkreis und Siegerland) arbeiteten. Georg Wörsdörfer aus Hahn b. Wallmerod (heute Hahn am See) war z.B. lange Betriebsratsvorsitzender bei der Keramchemie in Siershahn.

Von den Bezirksleitungen der Gewerkschaften kamen nun auch gelegentlich deren Vertreter in die Betriebe und Verwaltungen des Oberwesterwaldes, so u.a.

- Steine u. Erden: Michael Dedenbach, Andernach u. Georg Leber, Limburg
- Bergbau: Gottlieb Krafzick, Niederlahnstein
- Chemie: Theo Breiden, Siershahn
- Eisenbahn: Konrad Roth, Mainz
- Druck und Papier: August Bitter, Mainz
- Handel: Emil Unger, Mainz u. Max Späth, Koblenz
- Holz: Heinrich Wittkamp, Neustadt a.d.W. und Erich Lankau, Andernach
- Land- und Forst: Anton Greier, Mainz u. Hermann Bieler, Koblenz (Breibacher Hof bei Altenkirchen)
- Metall: Fritz Baumgärtner (Ludwigshafen), Rudolf Müller, Betzdorf
- Nahrung und Genuß: Anton Basting, Mainz sowie August Dahl u. Engelbert Mosen, Koblenz
- Öffentliche Betriebe: Erich Naujack, Mainz; Heinz Glöckner, Montabaur
- Post: Jakob Lonz, Karl Stützel u. Heinz Keller, Koblenz
- Schuhe u. Leder: Fritz Volkemer, Pirmasens
- Textil u. Bekleidung: Heinrich Ohler, Lambrecht/Pfalz.

Aus der Zeit des AGB stammt auch noch der erste Ausschluß eines Mitgliedes aus der Gewerkschaft. Am 11.8.1948 teilte die Gewerkschaft Öffentliche Betriebe und Verwaltungen, Westerburg, unterzeichnet vom 1. Vorsitzenden Paul Kalinowski, dem sattsam bekannten Polizeihauptmann a.D. Wilhelm Schmelz, Marienberg, mit, daß der Vorstand in der Sitzung vom gleichen Tage beschlossen hatte, ihn mit sofortiger Wirkung gem. § 5 Ziff. a) der Verbandsatzung auszuschließen, da er die Interessen der Gewerkschaft verletzt habe. Diesem Ausschluß wurde in der Kreisgeneralversammlung am 12.2.1949 zugestimmt.

Die Kundgebungen zum 1. Mai waren jeweils mächtige Demonstrationen. Z.B. wurden zum 1.5.1948 durchgeführt:

Marienberg, 10.00 Uhr, Fußballplatz (bei schlechtem Wetter Saalbau Dieck), Westerburg, 10.00 Uhr, Lokal „Zur schönen Aussicht“; Hachenburg, 14.00 Uhr, Marktplatz. Referenten: Hermann Kempf, Marienberg; Friedrich Schilling, Höhn; Gustav Wüst, Willmenrod.

6.3 Arbeit im DGB

Am 14. Oktober 1949 wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund gegründet, der offiziell am 1.1.1950 seine Tätigkeit aufnahm.

Was die Organisation anbetrifft, mußten sich die Steinarbeiter des Oberwesterwaldes entscheiden, ob sie zur IG Bau-Steine-Erden mit Sitz in Limburg oder zur IG Chemie-Papier-Keramik mit Sitz in Siershahn gehören wollten. In einer Generalversammlung der Gewerkschaft Steine und Erden im Frühjahr 1950 im Saale Wisser in Büdingen, wo die Kollegen Georg Leber von IG Bau-Steine-Erden, Limburg und Theo Breiden und Hans Schweitzer von der IG Chemie-Papier-Keramik ihre Argumente vortragen konnten, entschieden sich die Steinarbeiter für den Anschluß nach Limburg.

Die durch Geschäftsberichte des DGB, Landesbezirk Rheinland-Pfalz, für den Oberwesterwald nachweisbaren Mitgliederzahlen betragen:

	gesamt
01.01.1950	2910
01.01.1951	2979
01.01.1952	3251
31.12.1952	3632
31.12.1953	3019
30.09.1954	3041
31.12.1954	3097
31.12.1955	3205
30.09.1956	3330
30.09.1957	3397
30.09.1958	3486

Die Statistiken für 1959 - 1961 konnten nicht beschafft werden.

Die zum 31.12.1952 nachgewiesenen 3632 Mitglieder gliederten sich wie folgt auf:

	männlich	weiblich	gesamt
Arbeiter	2781	123	2904
Angestellte	305	67	372
Beamte	333	23	356
insgesamt	3419	213	3632

Für die Statistik zum 31.12.1953 ergibt sich nachstehende Übersicht:

	männlich	weiblich	gesamt
Arbeiter	2198	107	2305
Angestellte	341	85	426
Beamte	259	29	288
insgesamt	2798	221	3019

Neuer Wind kam auch auf mit neuen Gesetzen, z.B. den Urlaubs-, Feiertags- und Tarifvertrags-Gesetzen sowie den Arbeitsgericht- und Sozialgerichtsgesetzen.

Das Betriebsverfassungsgesetz wurde in 3. Lesung am 19.7.1952 verabschiedet. Die Gesetzgebungsarbeit für das Bundespersonalvertretungsgesetz endete am 16.7.1955 mit der Akzeptierung von Änderungs- und Kompromißvorschlägen und des Bundesrates am 22.7.1955.

Einen besonderen Höhepunkt der Gewerkschaftsarbeit nahmen jedes Jahr die Kundgebungen am 1. Mai ein. So weist die „Westerwälder Zeitung“ vom 26.4.1950 auf diese Veranstaltung folgendermaßen hin:

„Marienberg. Wie bereits schon angekündigt, findet am 1. Mai in Marienberg um 13.30 Uhr auf dem „Platz der Republik“ eine Maikundgebung statt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund Oberwesterwald hat bereits schon durch zahlreiche Rundschreiben auf die Bedeutung der diesjährigen Maikundgebung hingewiesen. Bei schlechter Witterung soll die Feier im Dieckschen Saale stattfinden. Auch sind die Betriebsräte und Funktionäre der Gewerkschaften bereits zu einer Sitzung um 13.00 Uhr eingeladen. Diese Zusammenkunft soll ebenfalls im Saale Dieck stattfinden. Folgende Redner werden sprechen: der Kreisvorsitzende der Gewerkschaft Kempf, der Betriebsratsvorsitzende der Kreisverwaltung Füll, der Berginspektor Friedrich Schilling und ein bekannter Gewerkschaftler Janucek aus Mainz. Ab 13.00 Uhr Platzkonzerte auf dem „Platz der Republik“ sowie auf der Bismarckstraße. Im Anschluß daran Ansprachen der verschiedenen Referenten und Abmarsch auf den Fußballplatz Marienberg. Hier wird außer dem Fußballspiel der Kreisauswahl gegen den VfL Marienberg auch das turnerische Können sowie Freiübungen der Mädchenabteilung gezeigt. Das Programm dürfte alle Teilnehmer befriedigen. Besondere Bedeutung kommt den Referaten der einzelnen Sprecher zu, denn die Gewerkschaften kämpfen zur Zeit um das Mitbestimmungsrecht und für einen

besseren Lebensstandard der Arbeitnehmerschaft. Der Kreis-ausschuß erwartet, daß sämtliche Mitglieder anlässlich dieser bedeutsamen Kundgebung durch ihre Teilnahme bekunden, daß sie für die Forderungen der Gewerkschaften eintreten.“

Von der Kundgebung am 1. Mai 1951 ist überliefert, daß mehr als 6.000 Teilnehmer gezählt wurden.

Die 1. Mai-Kundgebungen standen auch oft unter einem besonderen Motto, sei es die Forderung „40 Stunden sind genug“ oder „Samstags gehört Vati mir“.

Am 17.3.1952 wurde Hermann Kempf vom DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz entlassen und an seiner Stelle Bernhard Spöntjes kommissarisch eingesetzt, der später durch die DGB-Kreisdelegiertenversammlung offiziell in seinem Amt bestätigt wurde.

Die Kreisgeschäftsstelle wurde im Juli 1953 in einen Seitentrakt des ehem. Landratsamtes verlegt, wo 4 Räume (Geschäftsführer, Sekretariat, Sitzungs- und Jugendraum) zur Verfügung standen. Später mußte die Geschäftsstelle in die Bismarckstr. 45 übersiedeln, wo sie bis zur Auflösung untergebracht war.

Aus einem Bericht der „Westerwälder Zeitung“ zur DGB-Kreisdelegiertenversammlung am Sonntag, 16. Januar 1955 zitiere ich auszugsweise:

„...Schwieriger ist die derzeitige Wirtschaftslage. Unsere heimische Naturstein-Industrie hat den vorkriegszeitlichen Auftragshöchststand nicht wieder aufgeholt; die Kapazität ist bei weitem nicht ausgelastet infolge Auftragsrückgang bei Schotter für die Bundesbahn sowie entwicklungsbedingten Auftragsrückgang bei Basalt als Straßenbelag. Große Sorge bereitet zur Zeit die Wirtschaftslage der Grube Alexandria in Höhn (Braunkohle); für die Industriegewerkschaft Bergbau



Abb. 6.1 1. Mai-Kundgebung in Marienberg



Abb. 6.2 1. Mai-Umzug in Marienberg; vorne im Bild Hermann Kempf; mit Fahne Otto Kleinschmidt

der einzige Schwerpunkt im Kreis. Die Kohlevorkommen gehen in Jahresfrist zu Ende. Neue Vorkommen sind noch nicht aufgeschlossen. Mit der Stilllegung der Grube und Umwandlung des Kraftwerkes zu einer Schaltstation würden etwa 500 Belegschaftsmitglieder, die in der Umgebung ansässig sind, ihren Arbeitsplatz verlieren. Hier liegen zur Zeit die größten arbeitsmarktpolitischen Sorgen des Kreises. Für die nächste Sitzung des Verwaltungsausschusses beim Arbeitsamt Montabaur wurde die arbeitsmarktpolitische Lage des Oberwesterwaldkreises als Hauptpunkt für die Tagesordnung vorgesehen.

Im Laufe der Berichtszeit (Anm.: 1.1.1953 - 31.12.1954) wurden vier ehrenamtliche Nebenstellen errichtet, und zwar in Alpenrod, Hahn bei Wallmerod, Meudt und Westernohe. Die Errichtung weiterer Nebenstellen soll gefördert werden. Der Mitgliederstand am 30. September 1954 betrug einschließlich Arbeiter, Angestellte und Beamte 3041. In der Rechtsschutzfähigkeit wurde die Erfolgssumme von 286.478,06 Mark erzielt. Die Rechtsstreite betrafen die Gebiete Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Unfall-, Angestellten-, Invaliden- und Knappschafts-Rentenversicherung sowie die Kriegsofferversorgung. Auf dem Gebiet „Arbeitsrecht“ wurde die Erfolgssumme von 24.348,81 Mark erzielt.

In der Jugendarbeit fanden im Jahre 1953 = 175 Veranstaltungen mit insgesamt 4.375 Teilnehmern und 1954 = 111 Veranstaltungen mit insgesamt 2210 Besuchern statt... Ein „Arbeitskreis für Arbeitsstudien“ ist in der Entwicklung. Betriebsräte wurden in 53 Betrieben, die unter das Betriebsverfassungsgesetz fallen, gewählt... Abschließend unterstrich Gew.-Sekretär Spöntjes: die Haupttätigkeit bestand in indivi-

dueller Arbeit, die registraturmäßig nie erfasst werden kann. Das Leben in einer großen Bewegung ist nur dann gesund, wenn es auf unterster Ebene, im Betrieb, pulsiert. Die Gewerkschaftsbewegung ist nur das, was wir selbst daraus machen...“

In der gleichen DGB-Kreisdelegiertenversammlung wurden in den DGB-Kreisausschuß gewählt:

- | | |
|------------------------------------|------------|
| • Willi Wahler, Höhn | IG Bergbau |
| • Heinrich Zimmermann, Hachenburg | Gew. ÖTV |
| • Hermann Meutsch, Zinhain | IG BSE |
| • Heinrich Orthey, Altstadt | Gew. Leder |
| • Emil Haupt, Enspel | Gew. ÖTV |
| • Hermann Kraußhaar, Langenbach/M. | DPG |
| • Willi Emrich, Zinhain | IG BSE |
| • Oskar Hain II., Korb | Gew. Holz |
| • Heinz Würz, Fehl-Ritzhausen | GEW. |

Außerdem gehörten dem DGB-Kreisausschuß die Vorsitzenden des DGB-Kreisbeamtenausschusses, des DGB-Kreisangestelltenausschusses, des DGB-Kreisfrauenausschusses und des DGB-Kreisjugendausschusses an.

Bernhard Spöntjes wurde in der o.a. Kreisdelegiertenversammlung für die nächsten 2 Jahre zum Geschäftsführenden Vorsitzenden gewählt.

Kassenrevisoren wurden

- | | |
|--------------------------------|--------------|
| • Willi Deutzmann, Oberhattert | Gew. HBV und |
| • Emil Haupt, Enspel | Gew. ÖTV. |

Nach dem Zusammenschluß der DGB-Kreise Ober- und Unterwesterwald waren Oberwesterwälder Gewerkschaftsfunktionäre in allen Gremien des DGB-Kreises Westerwald vertreten. Das wird auch bestätigt durch die Zusammensetzung des DGB-Kreisvorstandes. Ihm gehörten an nach der Wahl vom

6. Juli 1963:

	Ordentl. Mitglied:	Stellvertreter:
BSE	Willi Emrich, Zinhain	---
Bergbau	Willi Held, Oellingen	Arnold Zimmermann, Höhn
DPG	---	Josef Schneider, Luckenbach
Druck u. Pap.	Heinz Arndt, Alsdorf	---
GEW	Erwin Müller, Marienberg	---
HBV	Bernhard Spöntjes, Marienb.	Heinz Lagraf, Marienberg
Holz	Karl Schmidt, Neuhochstein	---
Leder	Heinrich Orthey, Altstadt	Gustav Steinmetzger, Altstadt
NGG	Willi Gross, Oellingen	---
ÖTV	---	Wilh. Schumacher, Gend.-Mstr., Büdingen
Textil-Bekl.	Brigitte Kram, Höhn	Hannelore Kexel, Oellingen

23. Okt. 1965:

	Ordentl. Mitglied:	Stellvertreter:
BSE	Willi Emrich, Zinhain	---
Bergbau	Ewald Mohr, Höhn	---
Druck u. Pap.	Karl-Heinz Arndt, Gebhardsh.	---
GdED	---	Karl-Heinz Kühn, Emmerichenhain
GEW	Eduard Theiß, Wengenroth	---
HBV	Bernhard Spöntjes, Marienb.	---
Holz	Karl Schmidt, Neuhochstein	Arthur Arndt, Erbach
Leder	Gustav Steinmetzger, Altstadt	Alfred Brenner, Altstadt
Metall	---	Ewald Lauf, Girkenroth
NGG	Friedel Mies, Streithausen	---
ÖTV	Emmy Janzer, Neunkhausen	---
Textil-Bekl.	Alois Helsper, Höhn	Adelinde Leukel, Oellingen

Wegen der großen räumlichen Entfernungen wurden vom DGB-Kreis Westerwald in 1963/64 Arbeitskreise gebildet, darunter für den ehemaligen Oberwesterwald

Arbeitskreis:	Gemeinden:	Arbeiter:	Angestellte/Beamte:	Arbeitnehmer insges.:
III Westerburg	56	8.242	2.647	10.889
IV Marienberg	57	12.563	3.198	15.761
V Hachenburg	39	7.869	2.264	10.133

6.4 Funktionäre nach 1945

Viele ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre, Vertrauensleute, Betriebsratsmitglieder, Ortskassierer, Ausschuß- und Vorstandsmitglieder sind mir noch namentlich in Erinnerung. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit möchte ich sie, besonders aus den Jahren 1945 - 1960, vereinzelt auch für spätere Zeiträume, nach Gewerkschaften und Betrieben bzw. Verwaltungen getrennt, aufzählen. Unorganisierte oder z.T. später organisierte Betriebsratsmitglieder sind mit einem * gekennzeichnet.

Bau-Steine-Erden:

Westerwaldbrüche, Werk I, Marienberg:

Jakob Jung, Heinrich Weichel, Heinrich Schieferstein, Walter Kolb, Otto Diehl, Robert Schürg, Oskar Emrich, Friedrich Cappel, Johannes Kleh, Robert Hoffmann, Paul Heer, Rudolf Webern, Karl Schüler, Otto Spornhauer (alle Marienberg), Willi Emrich (Zinhain), Hans Fligge (Stangerod)

Westerwaldbrüche, Werk II, Bacher Lay:

Arnold Steup (Bach)

Westerwaldbrüche, Hauptwerkstatt, Marienberg:

Eduard Kranz, Adolf Hain, Walter Emrich u. Günter Jung (alle Marienberg), Friedrich Klaas (Fehl-Ritzhausen), Willi Eller (Stockhausen-Illfurth), Harald Pfeifer (Großseifen), Martin Langhof, Emil Weber (Marienberg), Heinz Eller, Friedhelm Rappen, Ernst Kessler (Langenbach b.M.)

Westerwaldbrüche, Werk Stöffel, Büdingen; jetzt: Westerwälder Hartsteinwerke, Betrieb Stöffel, Nistertal (Büdingen):

Adolf Hüsch II., Paul Spies, Joachim Kirchberg, Lothar Behr, Willi Benner, Adolf Henn, Josef Kexel u. Clemens Birk (alle Büdingen); Paul Kremer (Nister); Josef Plag (Püschchen); Alfons Henn (Dreisbach); Wilhelm Quad (Dehlingen); Alfred Becker (Rothenbach); Karl-Heinz Krämer (Alpenrod); Werner Schütz (Erbach), Paul Weber (Nistertal)

Westerwaldbrüche, Hauptverwaltung und Betriebskrankenkasse, Marienberg:

Otto Dörner (Alpenrod); Karl Schürg (Marienberg); Helmut Pfeifer (Zinhain)

Friedrich Wilhelm Hamann, Zinhain:

Willi Kempf u. Hermann Meutsch (beide Zinhain), Willi Biehl (Hahn b. Mbg.); Hermann Steup u. Hermann Schneider (beide Hardt), Karl Wüst (Langenbach/M.)

Emil Leistert, Stockum:

Christian Türk, August Frensch u. Walter Dörr (alle Bellingen), Josef Fink, Josef Adam, Hubert Müller, Peter Gecks, Willi Jockel, Heinrich Baldus, August Haas, Ferdinand Fink, Alfons Schmidt u. Theodor Fink (alle Stockum bzw. Stockum-Püschchen), Gebhard Denter u. Lothar Behr (Nistertal), Peter Linker (Malberg), Jan Grimm (Höhn), Heinrich Benner (Stockum), August Müller (Püschchen)

Jean Uhrmacher KG, Enspel:

Alfons Lixenfeld, Josef Heidrich u. Josef Eberz (alle Langenhahn), Peter Gecks, Siegfried Horn, Josef Adam, Josef Haas u. August Haas (alle Stockum), Dieter Reiche (Enspel), Richard Weber (Langenhahn-Hintermühlen), Albert Gerhardus (Wölferlingen), Karl Klöckner (Lochum), Alois Frensch u. Adolf Luck (beide Enspel), Karl Sayn (Müschchenbach)

I.G. Adrian, Enspel:

Hubert Henn (Bellingen), Werner Groß (Lochum), Antonius Müller (Korb), Günter Neis, Heinrich Zirfas u. August Lück (alle Enspel), Albert Ferger (Rotenhain), Albert Müller (Langenbach b.M.), Paul Dewald (Dreisbach/Rotenhain), Toni Lück (Stockum), Emil Aust (Hintermühlen), Karl Held (Hergenroth), Wilhelm Baldus (Rotenhain), Rudi Frensch (Enspel)

Meys & Co („Luckenbacher Ley“, Luckenbach:

Josef Beichler (Nauroth), Aloys Wagner (Streithausen), Hubert Wisser (Luckenbach), Erich Kohlhaas (Streithausen); Alfons Christian (Luckenbach); Wilhelm Wisser (Nauroth); Hermann Hombach (Steineberg); Otto Brenner (Nauroth);

Gewerkschaft Albert, Großseifen:

Paul Flick (Stockhausen-Illfurth), Hermann Wollenweber (Großseifen), Ludwig Kexel (Neuhochstein), Walter Künkler (Stockhausen), Alois Helsper (Schönberg) u. Willi Neeb (Stockhausen)

Westerwälder Pflasterstein-Industrie, Lautzenbrücken:

Willi Salzer (Marienberg), Wilhelm Zimmermann (Neunkhausen), Otto Kersting (Lautzenbrücken), Herbert Gross (Bölsberg); in den letzten Jahren: Wolfgang Geißel (Marienberg-Zinhain)

Hundhausen, Langenbach b. Kirburg:

Alfred Schneider II.

Tongrube Guckheim:

Josef Sturm, Johann Kuhl, Johann Fasel (alle Guckheim)

Didierwerke, Mörlen:

Paul Grahn (Mörlen), Adolf Wenzelmann (Stangenrod), Alfred Schneider * (Norken), Stefan Becker* (Mörlen)

Gebr. Filk, Quarzitgrube, Hahn b. Mbg.:

Willi Aust, Stefan Orthey u. Adam Widerstein (alle Hahn b. Mbg.)

Quarzitgrube Kurt, Berod b. Hachenburg:

Friedrich Fischer u. Karl Müller (beide Berod b.H.); Robert Hermani (Oberdreisbach)

Quarzitbetriebe „Gustav Moritz“, Weltersburg:

Alois Lixenfeld, Peter Schmidt u. Karl Naas (alle Guckheim)

Gebr. Hillebrand (Filk), Quarzitgrube, Hardt:

Robert Neeb (Hardt), Paul Schneider (Hardt)

Gebr. Leis, Baugeschäft, Zinhain:

Max Pfeiffer (Zinhain), Ernst Hoffmann (Pfuhl)

Hermann Häbel, Baugeschäft, Marienberg:

Karl Hansmann und Karl Neeb, geb. 23.9.1913 (Marienberg)

Klees & Kempf, Baugeschäft, Höhn:

Josef Zey (Neustadt), Karl Otterbach (Stockhausen), Edmund Heidrich (Schönberg), Peter Kaiser (Ailertchen). Eduard Molzberger (Niederroßbach)

Gebr. Menk, Betonsteinwerk, Westerbürg:

Johann Maikranz (Langenhahn), Josef Wörsdörfer (Rothenbach), Karl Baumann (Brandscheid), Heinrich Heinz I. (Kaden)

Natursteinindustrie, Stahlhofen:

Karl Steup (Marienberg)

Gebr. Walkenbach, Basaltbetrieb, Hachenburg:

Josef Weis* (Rothenbach), Adolf Klöckner* (Steinebach), Paul Standke* (Steinebach)

Steinhandel Rauhen, Wallmerod:

Johann Fasel u. Paul Hölper (beide Guckheim), Heinrich Hoffmann (Steinefrenz)

Josef Weller, Steinbruchbetrieb, Freilingen:

Josef Lüttkemeier (Hintermühlen)

Bergbau:*Gewerkschaft Alexandria, Höhn:*

Alois Helsper (Höhn); Willi Held (Oellingen); Friedrich Schilling, Steiger (Höhn); Karl Boller (Höhn); Emil Geisel (Fehl-Ritzhausen); Ernst Müller, Steiger (Hahn b. Mbg.); Robert Flick (Stockhausen-Illfurth); Ernst Neeb (Pfuhl); Toni Groß (Hellenhahn); Anton Jakob (Neuhochstein); Günter Schmidt (Fehl-Ritzhausen); Bernhard Zimmermann (Höhn); Josef Höhn (Pottum); Franz Theis (Hellenhahn); Willibald Krämer (Hahn b.M.); Willi Wahler (Höhn); Karl Schmidt (Pfuhl); Bruno Leukel (Oellingen); Alois Kraft (Höhn); Theodor Betz (Zehnhausen b.R.); Alois Groth (Niederroßbach); Emil Höhn (Oellingen); Edmund Schneider (Oellingen).

Nach Stilllegung der Grube Alexandria in 1961 wurden Ortsgruppen der IG Bergbau gebildet, und zwar mit folgenden Vorsitzenden:

- OG Höhn:
Ewald Mohr (Höhn), Vorsitzender bis ca. 1966 und Kassierer bis 1985;
- OG Neuhochstein:
Fridolin Eisenmenger, bis 1974; dann zur OG Höhn;
- OG Ailertchen:
Vinzenc Baldus, bis 1992; dann zur OG Höhn;
- OG Höhn-Ailertchen:
ab 1966 - 1.3.1986 Albert Wahler, Fahrsteiger (Höhn)
- OG Höhn-Ailertchen:
ab 1.3.1986 bis heute: Wolfgang Reinhardt (Höhn).

Gewerkschaft „Neuhaus II“ (auch bekannt als „Concordia“), Unnau:

Hermann Kempf II. u. Rudolf Haas (beide Marienberg); Arnold Häbel (Unnau); August Brenner (Norken); Paul Stühn (Unnau/Großseifen).

Gewerkschaft „Wilhelmsfund“, Abt. „Gnade Gottes“, Hergenroth:

Franz Fellingner, Wilhelm Schneider, Albert Baldus u. Stefan Heinz (alle Ailertchen), Walter Höhn (Oellingen)

Grube „Himbürg“, Bach:

Walter Schneider und Willi Schüler (beide Marienberg)

Chemie-Papier-Keramik:*Kunststoffwerk Höhn GmbH, Höhn:*

Kunibert Boller (Höhn-Oellingen), Betriebsratsvorsitzender von 1972 - 1992

Druck und Papier:*Druckerei, Hachenburg:*

Ewald Fischer (Hachenburg), Fritz Jung, Fritz Schmidtgen; Artur Lauterbach (Marienberg), Horst Schneider (Fehl-Ritzhausen), Adolf Horn und Arthur Löffler (beide Hachenburg), Karl-Heinz Schäfer (Bad Marienberg), Herbert Herkersdorf (Nister), Heinz Arndt, Hermann Bredenköter



Abb. 6.3 Betriebsratsmitglieder der Westerwaldbrüche AG

Von links nach rechts: Willi Emrich, Heinrich Weichel, Paul Spies, Adolf Hüscht II., Paul Kremer, Adolf Hain (aufgenommen bei einer Jubilär-Feier)

(Hachenburg), Erich Klimpel (Kirburg), Gerd Johnen (Luckenbach), Otto v. Hasselt (Kroppach), Manfred Schmidt (Unnau), Karl-Heinz Peter (Höchstenbach), Paul Kohlhas (Streithausen)

Druckerei Riedel, Marienberg:

Harald Harder (Marienberg), Hermann Kempf (Langenbach b. Mbg.), Artur Lauterbach (Marienberg), Günter Seiler (Langenbach b.M.)

Hakle, Papierfabrik, Höhn:

Liesel Eisenmenger (Höhn)

Hörster, Hängeregistratur, Marienberg:

Emil Steup (Hof)

Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands:

Bahnhof, Marienberg-Langenbach:

Kurt Sachse (Marienberg-Langenbach), Alfred Remmy (Zinhain), Hermann Krumm (Marienberg)

Bahnhof, Westerbürg:

Karl-Heinz Künz (Emmerichenhain), Werner Becker (Kaden), Harald Günther (Langenhahn)

Bahnhof, Hachenburg:

Josef Jäger u. Paul Kämpf (beide Nister); Heinz Jung (Hütte)

Bahnhof, Rennerod:

Bernhard Gros (Niederroßbach-Neustadt)

Bahnmeisterei, Westerbürg:

Adolf Heibel (Bannberscheid-Staudt), Paul Wendel (Westerbürg)

Bahnmeisterei Hachenburg:

Paul Groth (Hattert), Karl Dörner (Müschchenbach), Walter Neeb (Marienberg)

1. Bevollmächtigter der GdED-Ortsverwaltung Westerbürg:

Kurt Sachse (Marienberg-Langenbach) von 1956-1964

Erziehung und Wissenschaft:

Vertreter in DGB-Kreis-Gremien:

Georg Blees (Streithausen), Heinz Würz (Fehl-Ritzhausen), Erwin Müller (Marienberg), Heinrich Röder (Bach)

Vertreter im DGB-Landesbeamtenausschuß:

Rektor Wilhelm Müller (Gershasen)

Bezirk Hachenburg:

Eduard Lippert (Hattert), Vors.

Bezirk Westerbürg:

Horst Maxeiner (Willmenrod) von Anfang 1950 bis 1961; Edmund Theiß (Westerbürg) von 1961 bis 1971; Rektor Artur Rudolph (Westerbürg).

Bezirk Marienberg:

Edmund Theis (Westerbürg), ab 1960; danach Lehrer Helmut Pammler (Lautzenbrücken/Bad Marienberg)

Bezirk Nisterquelle/Rennerod:

Willy Rübsam (Hahn b. Mbg.)

Kreisverbandsvorsitzende:

Georg Blees (Streithausen) von etwa Mitte 1950 bis Anfang 1960; Joachim Ziep (Marienberg) von 1960 bis 1971; Edmund Theiß (Westerbürg) von 1972 bis 1989, Hartmut Lehmann (Unnau) von 1989 - 1991; Erwin Wolf (Heiligenroth) seit 1991

Bezirksvorsitzender:

Eduard Lippert (Hattert)

Kreispersonalrat:

Georg Blees (Streithausen), Vors.; Edmund Theiß (Westerbürg); Manfred Dichanz (Nisterau); Heinz Christ (Marienberg); Ilse Lüttsch (Hachenburg).

GEW-Bezirksverband:

Hermann Wengenroth Gershasen) war stellvertr. Bezirksvorsitzender, zeitweise Bezirksvorsitzender, danach Referat Wirtschaft und Recht und bis zu seinem Tod Schwerbehindertenvertreter im LV Rheinland-Pfalz.

Gartenbau, Land- u. Forstwirtschaft:

Forstamt Hachenburg-Nord:

Gustav Emrich (Langenbach b.M.), Heinrich Burbach (Astert), August Nieß (Marienberg), Karl Fischbach (Stockhausen), Oskar Schneider (Langenbach b.K.), Richard Koch (Neunkhausen), Emil Krämer (Nister), Paul Röhrig (Marzhausen), Peter Burbach (Obermörsbach), Walter Leicher (Langenbach b.K.), Hermann Brado (Kirburg)

Forstamt Hachenburg-Süd:

Hans Heller (Hachenburg), Heinrich Schneider (Alpenrod), Erwin Bell (Gehlert), Albert Nicodemus (Steinebach), Heinrich Lommel II. (Höchstenbach), Wilhelm Krug (Berod b.H.), Heinrich Rüb (Mündersbach), Klemens Uptmoor (Bellerhof)

Waldarbeiter Marienberg:

Hugo Steup u. Werner Steup (Marienberg)

Waldarbeiter Hachenburg:

Otto Knäuer (Hachenburg)

Waldarbeiter Wied:

Otto Müller (Wied)

Waldarbeiter Rennerod:

Josef Mack (Rennerod)

Waldarbeiter Ailertchen (Revierförsterei Dreisbach):

Christian Jung, Ailertchen

Handel-Banken-Versicherungen:

Konsumgenossenschaft, Marienberg-Langenbach:

Albrecht Müller II. u. Willi Seiler (beide Langenbach b. Mbg.), Hermann Wüst, Heinz Lagraf, Hans Müller, Willi Schneider u. Erwin Held (alle Marienberg)

Volksbank, Marienberg:

Eberhard Heinemann (Marienberg)

Westerwaldbank eGmbH, Hachenburg:

Willi Walkenbach (Hachenburg), Kurt Kochhäuser (Altenkirchen)

Nass. Sparkasse, Marienberg:

Heinz Hofmann (Marienberg); heutiges ÖPR-Mitglied: Udo Greeb

Gewerkschaft Holz:

Möbelfabrik Meyer, Altstadt:

Heinrich Heller, Karl Richter u. Paul Kind (alle Altstadt), Willi Kohlhaas (Hachenburg), Alois Groth (Oberhattert), Willi Bitzhöfer (Winkelbach), Albert Kairat (Erbach), Louis Leins (Höchstenbach), Gustav Mohn (Dehlingen), Günter Dorn (Großseifen)

Heinrich Panthel, Unnau-Korb:

Albert Groß (Unnau), Johann Maikranz (Langenhahn), Karl Schumacher* (Hachenburg), Robert Mohn* (Korb), Karl Baum* (Unnau)

Bocks & Co, Nisterhammer:

Oskar Hain (Korb), Fritz Schreiber* (Hachenburg), Paul Giehl, Emil Lichtenthäler u. Wilhelm Schwan (alle Nister)

Emil Röder, Polsterwaren, Marienberg:

Alfred Häbel (Marienberg), Hermann Flick (Fehl-Ritzhausen)

Westerw. Rundholzbau Waldemar Heß, Langenbach b. Mbg.:
Albert Müller (Langenbach b. Mbg.), Walter Seiler (Langenbach b.M./Lautzenbrücken), Karl Schüler u. Heinrich Bonrath (beide Marienberg), Albert Benner (Langenbach b.M.), Karl Wüst (Langenbach/M.)

Sägewerk Eugen Heinrich, Püschchen:
Karl Schmidt (Neuhochstein), Edmund Müller, Bernhard Müller u. Hans Schütz (alle Püschchen)

Sägewerk Ewald Schmitt, Langenbach b. Mbg.:
Theodor Leis (Marienberg)

Sägewerk Sahn, Hof:
Emil Steup (Hof)

Oskar Kasper, Büromöbel, Marienberg:
Karl Klöckner (Zinhain), Karl Schmidt (Neuhochstein), Hermann Schüler (Lautzenbrücken), Manfred Sendzik (Stockhausen-Ilffurth), Joachim Steup (Langenbach/M.)

Westerw. Faßfabrik Hermann Schumacher, Hachenburg:
Heinrich Giehl, Betriebskassierer der Gew. Holz (Nister), Walter Künkler (Norken), Eugen Schlauch u. Artur Leonhardt (beide Limbach), Werner Weyer (Astert), Georg Kohlhaas (Oberhattert), Hermann Schneider (Altstadt), Alfred Zimmermann (Hachenburg), Karl-Heinz Krumm (Hardt), Hans Weber (Hattert ?), Heinrich Müller (Oberhattert), Fritz Leyendecker (Altstadt), Edmund Schelhas (Bellingen), Gerhard Isack (Streithausen)

Gerhard, Sägewerk, Rennerod:
Otto Stahl u. Robert Häbel (Niederroßbach), Willi Müller (Rennerod)

Horsmann, Holzwaren, Hachenburg:
Willi Weinbrenner (Bach), Oswald Wisser (Enspel)

Schmidt & Seiler, Schreinerei, Unnau:
Ewald Göbler (Erbach)

Otto Gläser, Drechslerei, Zinhain:
Karl Klöckner (Zinhain)

Vohl, Sägewerk, Wahlrod:
Heinrich Müller (Berod b.H.)

Oehl, Drechslerei, Hirtscheid:
August Wolfertz u. Karl Nolden (beide Alpenrod), Wilhelm Mohn (Dehlingen)

Bäcker, Stiefelfabrik, Neunkhausen:
Hermann Schneider* (Neunkhausen), Emil Schneider* (Oberdreisbach)

Bast, Sägewerk, Willmenrod:
Gustav Schäfer u. Erich Kreckel (Willmenrod), Josef Benner (Hinterkirchen)

Gustav Weyand (Kramer & von der Laden), Sägewerk, Kirburg:
Josef Brenner* (Norken), Arthur Leonhard* (Norken), Willi Becker (Kirburg)

Dapprich, Sägewerk, Pottum:
Theo Gross* (Pottum), Christian Hoehn* (Pottum)

Heinz, Sägewerk, Pottum:
Kilian Hölper* u. Alois Hering* (beide Pottum)

Dapprich, Sägewerk, Rennerod:
Robert Simon*, Josef Blank* (Rennerod) u. Friedrich Brecher* (Emmerichenhain)

Kettemer, Sägewerk, Neunkhausen:
Gerhard Schneider (Merkelbach)

Gewerkschaft Kunst (Kulturschaffende):

Gewerkschaft Leder:

Gustav Genschow-AG, auch bekannt als Dynamit-Nobel, Altstadt:

Heinrich Orthey, Josef Tiefenthal, Gustav Steinmetzger, Eugen Brenner, Alfred Brenner u. Gretchen Hoffmann* (alle Altstadt), Peter Kohlhaas (Hachenburg)

Stanislaus Orthey, Marienberg:

Hermann Künkler u. Hermann Stahl (beide Langenbach b. Mbg.), Werner Klein (Marienberg)

Theo Schmidt, Leder- u. Werkstoffindustrie, Büdingen:

Josef Jung (Stockum), Josef Heidrich (Langenhahn), Alois Straußfeld (Enspel), August Wessler (Hachenburg), Frieda Müller (Alpenrod)

Zitzer, Gerberei, Hachenburg:

Heinrich Rau (Altstadt)

Hruby & Co, Hachenburg:

Josef Jäger u. Hubert Brenner (beide Altstadt), Stefan Stahl (Marienberg), Martha Schaar (Hachenburg), Peter Kämpf (Müschchenbach), Werner Bellingner (Oberhattert)

Gebr. Dewald, Hachenburg:

Willi Geisler (Heuzert), Jakob Jäger (Altstadt), Paul Orthey (Hachenburg), Josef Wambach (Hachenburg)

Dewald & Heyden, Hachenburg:

Stefan Orthey, Otto Steinmetz*, Heinz Nolden* u. Walter Heuzeroth* (alle Hachenburg)

Metall:

Alex Schmehmann, Marienberg:

Karl Steup u. Walter Stein (beide Marienberg)

Johann Georg Hassepäss, Lampenschirme, Bach:

Edwin Weber, Peter Diehl II. (Zinhain)

Ernst Fastenrath (Middelhaufe), Westerburg:

Ewald Jung (Rothenbach), Ferdinand Schmidt, Mathias Kehr (Sainscheid), Heinrich Wiemeyer (Willmenrod)

Horst Menk, Apparatebau, Marienberg:

Helmut Kloft (Höhn), Gerhard Roth (Bad Marienberg)

Loos & Co, Kapsel- u. Drahtfabrik, Höhn:

Karl Weber (Stockhausen-Ilff./Großseifen), Franz Nilges (Höhn), Günter Körner (Höhn-Kraftwerk), Helmut Kempf (Zinhain), Liesel Eisenmenger u. Marianne Heymann (beide Höhn),

Gebr. Schneider, Met.- u. Drahtwaren, Hachenburg:

Heinrich Steinmetzger (Altstadt), Albert Tiefenthal (Limbach), Werner Arfeller (Hattert), Emil Schneider (Hachenburg), Heinrich Schmidt (Oberhattert)

Hein Matten, Kunstgewerbl. Gegenstände, Fehl-Ritzhausen:

Ewald Weber (Stockhausen), Alfred Schmidt (Fehl-Ritzhausen)

Rudolf Klöckner, Schilderfabrik, Erbach:

Hermann Loos (Erbach), Willi Giel*

Hofheinz, Metallwarenfabrik, Kaden:

Heinrich Heinz II. (Kaden), Adolf Steudter (Kaden), Fritz Neu (Kaden)

Gebr. Klöckner, Mühlenbau, Hirtscheid:

Rudi Schneider* (Hachenburg), Wilhelm Müller* (Hirtscheid), Heinrich Schmidt* (Alpenrod)

Dr. Claren, Elektr.phys. Geräte, Hachenburg:

Martin Hilburger* (Alpenrod), Alfred Schumann* (Norken)

Nahrung u. Genuß:*Molkerei eGmbH, Hachenburg:*

Willi Schneider (Niederhattert), Willi Fischer (Astert), Willi Taxacher (Müschbach), Hermann Daum (Hachenburg), Siegfried Kosbab (Stangenrod)

Molkerei eGmbH, Westerburg:

Herbert Jorzig (Winnen), Josef Klees (Pottum), Willi Groß (Oellingen), Karl Ferger (Gemünden), Hubert Hilpisch (Rennerod), Wilhelm Götz (Hergenroth), Karlheinz Fuckert (Wengenroth), Rainer Schwarz (Sainscheid), Frau Kloft (Rothenbach-Himbürg), Ewald Göbler (Erbach), Erwin Heinz (Oellingen); Vertrauensmann der Schwerbehinderten: Karl Kohlhaas (Müschbach)

Werner Schneider GmbH, Zinhain:

Helmut Gross (Zinhain), Werner Müller (Marienberg)

Westerwaldbrauerei H. Schneider, Hachenburg-Altstadt:

Rolf-Dieter Kölbach (Berod b.H.), Fritz Werner u. Rolf-Dieter Dormann (beide Hachenburg), Jean-Marie Reinhalder (Enspel), Hans Krahe (Steinebach a.d. Wied), Norbert Brenner (Altstadt), Ewald Klees (Gehlert)

Dem derzeit amtierenden Betriebsrat gehören an:

Vors. Edmund Hering (Gehlert), Carmen Müller (Bruchertseifen), Sandro Rinaldi (Winkelbach), Annelie Forst (Unnau-Korb), Hans-Joachim Burbach (Merkelbach), Helmut Eller (Nister)

Öffentliche Betriebe:*Landratsamt, Westerburg:*

Otto Füll (Marienberg), Paul Kalinowski (Westerburg), Gerhard Stecker (Westernohe), Reinhard Garth (Marienberg), Hermann Chelius (Stockhausen-Ilfurth), Hans Sturm (Herschbach), Karl Huismann (Rennerod), Gustav Schönberger (Willmenrod), Wilhelm Baganz (Berzhahn), Karl Gundermann (Westerburg), Otto Gross (Hardt), Willi Mehr* (Westerburg), Gustav Wüst (Willmenrod), Kurt Schäfer (Kaden), Kunibert Türk (Bellingen), Hans Raneberg (*Versorgungsamt im Landratsamt*) (Westerburg), Ewald Wüst (Westerburg)

Stadtverwaltung, Marienberg:

Walter Heer, Kurt Flick, Emil Cappel, Wilhelm Held, Werner Knautz, Walter Schürg (alle Marienberg)

Stadtverwaltung, Hachenburg:

Willi Wassermann (Hachenburg)

Stadtverwaltung, Westerburg:

Albert Klees (Gruppe Angestellte), Paul Ferger (Gruppe Arbeiter), Siegfried Künkler (Westerburg), Adolf Stahl (Westerburg), Reinhold Ferger (Westerburg)

Katasteramt, Westerburg:

Franz Krahe (Westerburg), war zeitweise auch im Gesamtpersonalrat; Willi Steup u. Günter Pape (beide Westerburg), Hermann Hillen (Marienberg), Alois Hanz (Hinterkirchen)

EWAG, Höhn:

(waren zunächst in der IG Metall organisiert)

Walter Schumacher (Langenbach b.M./Höhn), Georg Horn (Höhn), Emil Haupt (Enspel), Karl Weber (Stockhausen-Ilf./Großseifen), Josef Hülpisch (Rennerod), Paul Steup (Fehl-Ritzhausen), Karl Schoch (Neuhochstein), Willi Schmidt (Höhn), Robert Steup (Großseifen), Franz Nilges (Höhn), Karl Benner (Großseifen/Stockhausen-Ilfurth), Anton Hahn (Höhn), Willi Stroh (Großseifen)

KEVAG, Betriebsabteilung, Westerburg:

Wilhelm Kornab (Rothenbach), Heinz Metzger* (Hintermühlen), Karl Mies (Hachenburg)

Wegemeisterei, Marienberg:

Louis Kleber (Marienberg), Emil Kleber Langenbach b.M.), Eugen Hessel (Marienberg), Gustav Kempf (Bach), Emil Lupp (Bach), Alfred Schneider (Kirburg), Wilhelm Lichtenthäler (Kirburg)

Wegemeisterei, Rennerod:

Theobald Haas (Nister-Möhrendorf), Karl Robert Stahl (Salzburg)

Wegemeisterei, Wallmerod:

Josef Nink (Rothenbach)

Wegemeisterei Hachenburg:

Friedrich Wilhelm Vohl (Borod), Günter Dineiger (Wahlrod), Paul Klöckner (Altstadt), Paul Müller (Hachenburg)

Kreissparkasse Marienberg:

Willi Krämer u. Siegfried Dreistein (beide Marienberg), Fritz Brell (Zinhain), Willi Fischer (Kirburg)

Kreissparkasse, Hachenburg:

Willi Strüder, Giesenhausen), Willi Wüst (Hachenburg)

AOK, Marienberg:

Willi Heinemann, Walter Jung, Heinrich Krämer (alle Marienberg), Erich Stahl (Erbach), Kurt Müller (Hardt), Gregor Schäfer (Atzelgift)

AOK, Hachenburg:

Heinrich Zimmermann (Hachenburg)

Arbeitsamt, Marienberg:

Robert Müller u. Hermann Jung (beide Marienberg)

Arbeitsamt, Westerburg:

August Pinkel (Berzhahn)

Arbeitsamt, Hachenburg:

Werner Hoffmann (Großseifen), Paul Donath (Bach)

Amtsgericht, Marienberg:

Harald Harder u. Walter Kleinefeld (beide Marienberg)

Amtsgericht, Hachenburg:

Stefan Becker (Nister), Günter Haas (Marienberg)

Amtsgericht Westerburg (seit 1.1.1967):

Bernd Basting (Westerburg)

Finanzamt Hachenburg:

Heinrich Dörner (Dehlingen)

Post u. Telegrafie:*Postamt, Marienberg:*

Albert Steup, Hugo Stalp, Ernst Schüler, Karl Schüler (alle Marienberg), Hermann Kraußhaar (Langenbach /M.)

Postamt, Westerburg:

Adolf Löhr (Westerburg), Betriebs- u. Personalratsvorsitzender bis 1962; Erwin Kolb (Marienberg), Personalrats-Vors. 1962-1964; Helmut Gotthardt (Westerburg), Personalrats-Vors. 1964-1981; Karl-Heinz Stinner (Hellenhahn), Willi Loos, Erich Behnke und Franz Müller (alle Gemünden), Werner Weyel, Otto Schäfer u. Erwin Wendel (Westerburg), Otto Wengenroth (Stahlhofen), Wilhelm Wörsdörfer (Kölbingen)

Postamt, Hachenburg:

Otto Schneider (Marzhausen), Karl Hörter, Kunibert Schnorr, Martin Burbach und Karl-Wilhelm Leicher (alle Hachenburg), Heinrich Leyendecker (Limbach), Günter Radermacher (Heuzert)

Postamt, Rennerod:

Wilhelm Schmidt (Rennerod), Betriebsrats- u. Personalrats-Vors. bis 1958; Helmut Gotthardt (Oberrod), Personalrats-Vors. bis 1961; Karl Schmidt, Gerwin Schmidt, Martin Gros (alle Rennerod), Karl Schmidt (Hellenhahn)

Fernmeldedienststelle/Telegrafie, Marienberg:

Werner Schürg (Unnau), Else Backofen, Helene Schuster, Emil Weinbrenner, Karl Maier (alle Marienberg)

Fernmeldebautrup Rennerod:

Ewald Wehler (Hellenhahn)

Textil u. Bekleidung:*Bausch & Co, Marienberg:*

Otto Reichmann (Bölsberg), Walter Kexel, Walter Schmidt und Willi Salzer (alle Marienberg), Martha Müller (Langenbach b.M.)

Barthels-Feldhoff, Höhn:

Hannelore Lins (Oellingen), Rosemarie Hoffmann, Hildgard Limbach und Liesel Eisenmenger (alle Höhn)

Frühauß & Hillert, Halbs:

Marianne Heinz (Seck), Ingrid Helsper (Höhn), Christa Gasser (Hellenhahn)

Lebek, Marienberg:

Werner Müller, Betriebsratsvorsitzender (Langenbach b. Mbg.)

Schroer & Co, Marienberg:

Emil Groß und Hannelore Noll (beide Marienberg), Else Rübsamen (Pfuhl), Barbara Dötsch (Marienberg)

Irskens, Kleiderfabrik, Büdingen:

Anna Hilpisch (Enspel), Erika Orthey (Müschchenbach), Gertrud Baldus (Ailertchen), Klara Benner (Büdingen), Margarete Strauch (Müschchenbach)

Klemens Dick, Rennerod:

Elisabeth Hering* (Rennerod), Maria Bohne* (Rennerod)

Anton Jung, Zinhain:

Frieda Grünig* (Zinhain), Elfriede Dell* (Unnau), Erika Dittmar* (Zinhain)

Die **Polizeibeamten:** gehörten anfangs zur Gewerkschaft ÖTV; Vertrauensmann war Willi Schumacher (Büdingen). Später schlossen sie sich der Gewerkschaft der Polizei an, die inzwischen aber auch als Organisation zum DGB gehört.

Dem in 1948 gewählten Betriebsrat der *Gendarmerie des Oberwesterwaldes* gehörten an: Willi Schumacher (Büdingen), Karl Glaeser (Büdingen), Albert Mack (Hachenburg), Kraft (Westerburg) u. Gerner (Westerburg).

Karl Wissner, Wallmerod, war Vorsitzender des örtlichen Personalrates, Mitglied des Bezirkspersonalrates bei der Bezirksregierung Montabaur und zeitweise Mitglied des Hauptpersonalrates beim Ministerium des Innern, Mainz; er war Gründungsmitglied der GdP im März 1951, auch Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Oberwesterwald bis zu seiner Pensionierung am 30.6.1976. Auch gehörte er als Beisitzer dem LB-Vorstand bzw. dem LB-Ausschuß des Landesbezirks Rheinland-Pfalz an. Er war auch Gründer der GdP-Seniorengruppe Westerwald-Rhein/Lahn am 15.12.1987 und deren Vorsitzender. Auch wirkte er gleichzeitig bei der Gründung der GdP-Landesseniorengruppe mit und war deren Vorsitzender bis September 1992.

Burkhard Kaiser war ebenfalls lange Jahre Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Oberwesterwald und Schatzmeister beim GdP-Landesbezirk Rheinland-Pfalz.

Auch bei den Besatzungsmächten waren Beschäftigte gewerkschaftlich organisiert. Ich denke hier z.B. an das „Foyer Militaire“, bei dem Alfred Lang (Marienberg) zunächst Vertrauensmann und später bis 1955 Betriebsratsmitglied war.

6.5 Allgemeine Gewerkschaftsarbeit von 1945 - 1962

Einen breiten Raum in der gewerkschaftlichen Tätigkeit nahm die Schulungsarbeit ein. Besonders in den Wintermonaten wurden in Büdingen im Saale Wissner an Samstagen Betriebsräte- und Funktionär-Schulungen durchgeführt. Hauptthemen waren Arbeits-, Sozial- und Betriebsverfassungsrecht. Jeweils zum Abschluß einer Schulungssaison fand eine interessante Studienfahrt mit Werksbesichtigung o.ä. statt.

Die Jugend schulte an Wochenenden, und zwar in der Ev. Sozialakademie Friedewald, in der DJH Marienberg oder im Blindenheim Mündersbach; in letzterem Heim wurde auch eine Frauenwochenendschulung durchgeführt.

Die Beamten beteiligten sich an Beamtenpolitischen Arbeitstagen auf überörtlicher Ebene.

Zu Lehrgängen an den DGB-Bundesschulen oder der DGB-Bundesjugendschule wurden auch regelmäßig Teilnehmer/innen entsandt.

Versammlungen wurden oft kombiniert mit Spielfilm-Vorführungen; hier verfügten wir über 3 Filmgeräte (2 Marke Victor, 1 Natco), die uns vom Amerikahaus Koblenz zur Verfügung gestellt wurden. Auch die Ausbildung der Filmvorführer erfolgte durch das Amerikahaus.

Großen Anklang fand auch die jährliche Aktion der Lohnsteuerberatung. Besonders in den Wintermonaten wurde hiervon reger Gebrauch gemacht. Meistens an den Tagen, an denen die Arbeitslosen ihrer Meldepflicht beim Arbeitsamt genügen mußten, kamen sie anschließend zur DGB-Geschäftsstelle, um sich beim Ausfüllen der Anträge auf Durchführung des Lohnsteuerjahresausgleichs helfen zu lassen. An manchen Tagen wurden 40 - 50 Antragsvordrucke ausgefüllt. Ich kann mich erinnern, daß Kollege Spöntjes wie bei Fließbandarbeit die Personalien in den Vordruck eintrug, währenddem ich die ergänzenden Angaben zur Dauer der Arbeitslosigkeit usw. einsetzte.

Eine umfangreiche Tarifsammlung war von der DGB-Geschäftsstelle aufgebaut worden, die vielfach in Anspruch genommen wurde. Sogar Unternehmer erfragten die gültigen Lohn- und Manteltarife mit der Begründung, daß sie mit keinem Ärger zu rechnen hätten, wenn sie die angegebenen Tarife zahlten.

Vielen Angestellten wurde auch geholfen bei Einreichung ihrer Rentenanträge. Hier ergab sich die glückliche Konstellation, daß Kollege Spöntjes zugleich Versichertenältester der BfA war.



Abb. 6.4 1. DGB-Bundesjugendtreffen in Frankfurt (Main); vorne im Bild von rechts nach links: Karl Schüler u. Wilhelm Held

Zahlreich waren auch die Rechtsstreite vor Arbeits- und Sozialgerichten (Arbeiter- und Angestelltenversicherung, Unfall- und Knappschaftsversicherung sowie Versorgungs-Streit-sachen). Die meisten Klagen wurden geführt gegen die Bergbau-Berufsgenossenschaft (wegen Anerkennung der Steinstaublunge = Silikose als Berufskrankheit) und gegen die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft, Sektion III, in Bonn (früher Köln-Ehrenfeld), ebenfalls wegen der durch die schwere Arbeit oft auftretenden Bandscheibenschäden. Die Hessische Knappschaft in Weilburg wurde laufend mit Eingaben auf Zahlung von Rentenvorschüssen angeschrieben, da die Rentenbescheide noch langwierig in Handarbeit erstellt wurden. Auch die Widerspruchsstelle des Arbeitsamtes Montabaur wurde reichlich mit Vorverfahren eingedeckt. So kann ich mich erinnern, daß in einem Winter für die Belegschaft des Steinbruches Meys & Co (Luckenbacher Lay) wegen Berechnung des Arbeitslosengeldes etwa 30 bis 40 Widersprüche an einem Tag eingelegt wurden.

Zur Jugendarbeit ist zu berichten, daß in Marienberg eine Jugendgruppe bestand, d.h. beginnend mit dem Zeitpunkt des DGB-Bundesjugendtreffens in Frankfurt (Main) bis zur Auflösung der DGB-Geschäftsstelle in Marienberg. Die Vorsitzenden der Jugendgruppe bzw. die Jugendvertreter im DGB-Kreisvorstand waren Hermann Kraußhaar, Horst Brado, Heinz Steup, Karl Otto Remy, Klaus Lauterbach und Eberhard Heinemann.

Im Rahmen der Gewerkschaftsjugendarbeit fand nicht nur wöchentlich ein Gruppenabend statt, sondern es bestand auch eine Übungsfirma und eine Kabarettgruppe. Leiter der ersten Übungsfirma „Schneider & Zierach“ war der Kollege Willi Schneider, von der zweiten „Westerwälder Hängeregistratur“ der Kollege Eberhard Heinemann. Die Kabarettgruppe, die unter Leitung von Klaus Lauterbach stand, wurde wiederholt

zu Auftritten angefordert. Die Gruppe nannte sich „Die Stecknadeln“.

Organisatorisch wurden von der DGB-Geschäftsstelle nebenbei die Verwaltungsstellen der Gewerkschaft Handel-Banken-Versicherungen, der Gewerkschaft Textil-Bekleidung und der Gewerkschaft Holz betreut, d.h. von der Beitragskassierung über die vierteljährliche Abrechnung bis zu Vorstandswahlen.

Die Einzelzahler mehrerer Gewerkschaften wurden ebenfalls von der DGB-Geschäftsstelle erfaßt. Hierzu gehören die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, die Gewerkschaft Gartenbau-Land- und Forstwirtschaft, die IG Bau-Steine-Erden und die IG Metall.

Ortskassierer hierfür waren z.B. eingesetzt in

- Lautzenbrücken Walter Seiler
- Niederroßbach Artur Jung
- Kirburg Hugo Neufurth
- Stangenrod Paul Schmidt
- Fehl-Ritzhausen Hermann Schmidt
- Eichenstruth Reinhold Klopsch
- Marienberg Günter Krumm, Horst Kolb, Otto Baldus u.a.

Bei Gründung der Einheitsgewerkschaft wurden die Beiträge zunächst nach Mitgliederlisten eingezogen und die Höhe des gezahlten Beitrages in die Mitgliedskarte eingetragen bzw. mit Stempel quittiert. Ab 1.1.1950 wurden hierfür Beitragsmarken der einzelnen Gewerkschaften verwendet. Die Betriebskassierung ging dabei auf die Verwaltungsstellen der zuständigen Gewerkschaften über. An Stelle der bis 1.1.1950 erscheinenden einheitlichen Gewerkschaftszeitung wurde nunmehr auch für jede einzelne Gewerkschaft eine eigene Zeitung herausgegeben.

Mancherorts bestanden auch DGB-Ortsausschüsse, z.B. in Alpenrod mit dem Vorsitzenden Ernst Hehn.

Von den Personengruppenausschüssen sind mir leider nur einige Mitglieder in Erinnerung. In verschiedenen Legislaturperioden gehörten u.a. an dem:

Kreisfrauenausschuß:		
Renate Laszlo	ÖTV	Landratsamt
Martha Schaar	Leder	Hruby & Co
Hannelore Lins	Textil-Bekl.	Barthels-Feldhoff
Gertrud Tiefenthal	Leder	Genschow & Co

Kreisbeamtenausschuß:		
Georg Blees	GEW	Streithausen
Heinz Würz	GEW	Fehl-Ritzhausen
Kurt Sachse	GdED	Marienberg-Langenb.
Hermann Kraußhaar	DPG	Langenbach/M.

Kreisangestelltenausschuß:		
Reinhard Garth	ÖTV	Landratsamt
Heinz Hofmann	HBV	Nalaba/Naspa
Ernst Müller	Bergbau	„Alexandria“

Kreisjugendausschuß:		
Klaus Lauterbach	Metall	Marienberg
Eberhard Heinemann	HBV	Marienberg
Gertrud Tiefenthal	Leder	Altstadt
Rosemarie Hoffmann	Textil-Bekl.	Höhn
Horst Schneider	Druck u. Papier	Fehl-Ritzhausen

Der DGB-Kreisdelegiertenversammlung gehörten zu unterschiedlichen Legislaturperioden u.a. an:

Kreisdelegiertenversamml.:		
Willi Deutzmann	HBV	Volksfürsorge
Oskar Hain II.	Holz	Bocks & Co
Heinz Würz	GEW	Lehrer (Fehl-Ritzh.)
Kurt Sachse	GdED	Bhf. Marienberg-L.
Artur Lauterbach	Druck u. Papier	Druckerei Hachenb.
Adolf Hüsch II.	BSE	Westerw.Br.Stöffel

6.6 Sonstige Gewerkschaften und Verbände

Wie bereits dargelegt, bildeten sich erst Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend verschiedene Organisationsformen der Arbeiterschaft heraus.

Zu den politisch-gewerkschaftlichen Verbänden gesellten sich christlich beeinflusste Interessenvertretungen, z.B. die KAB (Katholische Arbeitnehmer-Bewegung). Katholische Arbeitervereine gab es damals schon in Oberrod, Seck und Elsoff. Eine eher neutrale Berufsgruppierung war der „Maurer-Verein Emmerichenhain 1899“.

Ab den 1950er-Jahren wurden für die Wahlen zur Vertreterversammlung der AOK Oberwesterwald jeweils eine einheitliche, gemeinsame Vorschlagsliste von DGB/KAB/Evangelischer Arbeitnehmerschaft eingereicht, um teure Urwahlen zu vermeiden.

Für die KAB war von Frickhofen aus auch für den Oberwesterwald während dieser Zeit Clemens Schardt tätig. Interessen der Evangelischen Arbeitnehmerschaft vertrat zeitgleich der spätere MdL Helmut Fink, Westerburg.

In den 1950er-Jahren wurde im Unterwesterwald auch der „Christliche Gewerkschaftsbund“ (CGB) aktiv (mit seinem dortigen Vorsitzenden Ludwig Pfeil), konnte aber im Oberwesterwald keine Anhänger finden.

In manchen Dienststellen wurde nach 1950 auch der DBB (Deutscher Beamtenbund) tätig, z.B. bei der Deutschen Bundespost als DPV (Deutscher Postverband) oder Komba (bei Kommunalverwaltungen), ebenso im Bereich der Lehrerschaft.

Die Polizei war zunächst als GdP (Gewerkschaft der Polizei) unabhängige Organisation, schloß sich aber vor einiger Zeit als damals 17. Säule dem DGB an.

Auch die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) war in manchen Betrieben und Dienststellen vertreten; hat sich inzwischen mit ÖTV/DPG/HBV/IG Medien zur Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zusammengeschlossen.

KAPITEL 7.

Hauptamtliche Gewerkschaftssekretäre im Oberwesterwald

Von einigen in Berichten benannten hauptamtlichen Gewerkschaftssekretären ist nicht bekannt, ob sie in der Zeit vor 1933 überbezirklich oder überhaupt für den Oberwesterwaldbereich mit tätig waren. Es sind dies: Friedrich Schilling, Höhn (Hirsch-Duncker'sche Gewerkschaften), Otto Henn, Otto Schmidt, Becker (Verband der Bergarbeiter, erwähnt beim Bergarbeiterstreik 1924) und Luy (Gewerkverein christl. Bergarbeiter, ebenfalls erwähnt beim Bergarbeiterstreik).

Gustav Herrmann war um 1922/23 nachweisbar Gewerkschaftssekretär. Er war geboren am 23.12.1878 in Offenbach, verheiratet, wohnte vom 28.11.1922 bis 3.1.1927 in Zinhain und ist danach nach Würzburg, Rückertstr. 7 III. verzogen. Am 20.11.1946 meldete er sich in Würzburg in die Sonnenstr. 25 um und verstarb dort am 13.11.1967. Es ist anzunehmen, daß er für den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands oder den ADGB tätig war. Ob G. Herrmann auch in Würzburg weiterhin hauptamtlich tätig war, konnte ich bisher nicht ermitteln.

Unterlagen, daß Hermann Meusch, Zinhain, für den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands kurzfristig Gewerkschaftssekretär gewesen sein soll, liegen bisher nicht vor; es müßte dann aber vor 1924 gewesen sein. Gustav Wüst, Willmenrod, war 1933 Mitglied des ADGB-Hauptvorstandes (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) in Berlin; ob haupt- oder ehrenamtlich ist dem Verfasser nicht bekannt.

Vom vorstehend bereits erwähnten Otto Schmidt, dem späteren Staatssekretär in der Landesregierung Rheinland-Pfalz, schreibt die Westerwälder Zeitung am 9.5.1933: „*Langenbach b. Mbg. Festnahme. Der bekannte frühere Gewerkschaftssekretär Schmidt aus Langenbach b. M., der zuletzt Redakteur an einer sozialdemokratischen Zeitung in Gleiwitz war, wurde am Sonntag früh von Kroppacher SA- u. SS-Leuten in Giesenhäusen festgenommen und ins Polizeigefängnis nach Marienberg überführt.*“

Deshalb wird in der Folge nur von den 4 hauptamtlichen Funktionären berichtet, die im Oberwesterwald längere Zeit tätig waren:

7.1 Franz Wolf

Franz Wolf wurde am 31.8.1898 als Sohn eines Zimmermannes in Dessau/Anhalt geboren. Nach Beendigung der Volksschulzeit erlernte er das Steinmetzhandwerk, ging nach dreijähriger Lehrzeit auf Wanderschaft und arbeitete in verschiedenen Betrieben des früheren Deutschen Reiches sowie in der Schweiz, in Österreich, Frankreich, Schweden und Dänemark. 1906 trat er dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands bei, 1907 der SPD. Von 1909 bis 1911 leistete er seinen Militärdienst in Zerbst ab. In dieser Zeit ist auch ein Jahr bei einem Lehrbataillon in Berlin enthalten. Von 1914 bis 1918 nahm er am 1. Weltkrieg auf den Kriegsschauplätzen in Frankreich und Rußland teil. 1918 wurde er zum Vorsitzenden des Kreisausschusses des ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) in Langensalza/Thüringen gewählt. Von 1911 bis 1924 war er in Langensalza auch Stadtverordneter und Kreistagsmitglied. 1924 wurde er hauptamtlicher Bezirksleiter des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, Sitz Limburg/Lahn und Marienberg/Oberwesterwald. Zugleich wurde er Unterbezirksvorsitzender der SPD für den Landkreis Marienberg. 1927 entsandte ihn der Steinarbeiterverband zu Studienzwecken für 9 Monate nach Schweden. Er war nicht nur Landtagskandidat, sondern 1933 auch Reichstagskandidat für das Westerwald- und Lahnggebiet. Ab 1933 mehrmals verhaftet und in das Lager Gienheim b. Frankfurt/Main eingeliefert, erfolgte wegen Auflösung der Gewerkschaften seine fristlose Entlassung als hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär. Zwischendurch war er deshalb wieder als Steinmetzpolier auf Großbauten tätig. Seine illegalen Aktivitäten erstreckten sich bis 1940, wo er als Werkmeister nach Kelheim versetzt wurde. Im Mai 1945 setzte ihn die amerikanische Besatzungsmacht zum Wiederaufbau der Gewerkschaften und des BGB (Bayerischer Gewerkschaftsbund) ein; später vom DGB als Bezirksleiter für Niederbayern-Oberpfalz gewählt, war er als solcher bis zum 65. Lebensjahr tätig. Gleichzeitig half er beim Wiederaufbau der SPD mit und wurde SPD-Unterbezirksvorsitzender für den Bezirk Kelheim-Mainburg. In 1946 wurde er für den Kreistag vorgeschlagen und gewählt, dem er bis 1962 angehörte. Abgeordneter des Bayrischen Landtages für seinen Wahlkreis Niederbayern war er auch vom 1.12.1946 -



Abb. 7.1 Franz Wolf



Abb. 7.2 Paul Kalinowski



Abb. 7.3 Hermann Kempf



Abb. 7.4 Bernhard Spöntjes

25.11.1962. In den 4 Wahlperioden war er in vielen Ausschüssen eingesetzt, so u.a. dem Ausschuß für Sozialpolitische Angelegenheiten, dem Unterausschuß Arbeiterrechtsfragen, dem Ausschuß für Wohnungs- und Siedlungsfragen, dem Unterausschuß Bautechnik, dem Ausschuß gem. Art. 160 BV (als Beirat), dem Sozialausschuß-Verf.Ausschuß-Feiertagsgesetz, dem Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr, dem Untersuchungsausschuß 'Residenztheater' und dem Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen. Als das Selbstverwaltungsgesetz in der Sozialversicherung in Kraft trat, wurde er Vorstandsvorsitzender der LVA Niederbayern-Oberpfalz. In dieser Funktion war er 5 Jahre tätig. 1947 gründete er die Gem. Bau- und Siedlungsgenossenschaft für den Kreis Kelheim-Mainburg; es gelang ihm, trotz der schwierigen Anfangsphase, im Laufe der Jahre viele Wohnungen und Eigenheime zu bauen; er war auch als Vorstandsvorsitzender der nach ihm benannten Siedlung tätig. Zahlreiche Auszeichnungen zeugen von seinem Einsatz für das Gemeinwohl. So wurde ihm am 31. Mai 1952 das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland durch den Bundespräsidenten Prof. Heuss verliehen und am 15.12.1959 der Bayerische Verdienstorden durch den damaligen Bayr. Ministerpräsidenten Dr. Seidl. Am 13.12.1961 erhielt er die Bayer. Verfassungsmedaille in Silber durch den Präsidenten des Bayer. Landtages Dr. Hanauer. Und 1963 ehrte ihn die Stadt Kelheim für besondere Verdienste mit der Goldenen Medaille, überreicht durch Bürgermeister Staudt. Am 26.6.1967 beschloß der Stadtrat von Kelheim einstimmig, ihm in dankbarer Anerkennung seiner besonderen Verdienste in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. Franz Wolf verstarb am 23.5.1972.

7.2 Paul Kalinowski

Paul Franz Kalinowski wurde am 16. April 1893 als Sohn des Arbeiters Johann Kalinowski und seiner Frau Minna in Graudenz geboren. Er wuchs in Rostock auf und erlernte den Beruf eines Anstreichers. Bereits 1911 schloß er sich einer Gewerkschaft und dem Zentrum an. Er besuchte Lehrgänge der Volkshochschule und von 1920-1921 die Universität Rostock i. M. In 1921 schloß sich ein volkswirtschaftlicher sozial-ethischer Lehrgang in Mönchengladbach (Katholischer Volksverein) an. 1922 wurde er hauptberuflicher Gewerkschaftssekretär in Dortmund, Trier und anderen Orten, 1923 Bezirksleiter der Christlichen Gewerkschaften in Westerburg. Am 25. Nov. 1924 heiratete er in Neubeckum seine Frau Elisabeth. 1926 weilte er für 2 Monate zu einem Lehrgang der Christlichen Gewerkschaften in Königswinter im (heutigen) Adam-Stegerwald-Haus. Besonders erwähnenswert ist sein Einsatz für die Steinbrucharbeiter des Oberwesterwaldes. Er erkämpfte für seine Mitglieder „einen Stundenlohn für ein Brot“. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde er 1933 entlassen, war 3 Jahre arbeitslos, dann Wehrmachtsangestellter beim Generalkommando XII in Wiesbaden bis Kriegsende. Nach 1945 wieder in Westerburg, wurde er beim Landratsamt eingestellt und in das Beamtenverhältnis übernommen. Es ist nachgewiesen, daß er zuletzt als Kreisoberinspektor tätig war. Er gehörte dem Kreisausschuß in Westerburg und dem Kommunalalltag in Wiesbaden an. Ehrenamtlich war er Vorsitzender der „Gewerkschaft Öffentliche Betriebe und Verwaltungen“ für den Oberwesterwaldkreis. Etwa 1946 war er Mitbegründer der CDU im Oberwesterwaldkreis. Für diese Partei zog er auch 1947 als Abgeordneter in den Landtag Rheinland-Pfalz ein, dem er bis 2.3.1957 angehörte, also

während der 1. u. 2. Wahlperiode ganz, in der 3. teilweise. Sein Ausscheiden war krankheitsbedingt. Zu den Verdiensten des allseits beliebten und bekannten Paul Kalinowski, der viel für die Menschen auf dem Westerwald getan hat, zählen auch die Beschaffung von Geldern für Flüchtlinge zur Existenzgründung, z.B. für „Ulrike Wäsche“ in Halbs, die Betreuung von über 100 Amtsmündeln sowie sein Einsatz für den Krankenhausumbau nebst Erweiterung in Hachenburg. Paul Kalinowski verstarb am 30. Jan. 1968 in Westerburg.

7.3 Hermann Kempf

Hermann Kempf wurde am 10.3.1900 als Sohn eines Bergmannes in Marienberg geboren. Seine Jugend war durch harte Arbeit geprägt. Bereits vor seiner Schulentlassung war er im Steinbruch der Firma Reeh in Zinhain tätig, wo er seinem Vater als Steinklopfer half. Im Jahre 1914 wurde er aus der Schule entlassen und mußte zur vormilitärischen Ausbildung zur Jugendwehr; gleichzeitig setzte er seine Arbeit im Steinbruch fort. 1917 wurde er gemustert und zu den 25er-Pionieren nach Mainz eingezogen. Beim „Barras“ begann für ihn eine schwere Zeit, da er sich nicht scheute, auch in der preußischen Armee seine Meinung immer klar und deutlich zu sagen. Er mußte nicht mehr an die Front und wurde beim Kriegsende 1918 aus dem Heeresdienst entlassen. Nach der Militärzeit, also 1918, trat er sofort der USPD bei und wurde Mitglied der freien Arbeiterbewegung. 1919 war er bereits Kassierer der USPD-Ortsgruppe Marienberg. Außerdem war er bereits Betriebsrat, Gewerkschaftskassierer sowie Kassierer der Volksfürsorge und des Arbeiter- Turn- und Sportvereins, später auch erster Vorsitzender der Kreiserwerbslosenbewegung. Da er sich konsequent für seine Arbeitskollegen einsetzte, wurde er wiederholt durch seine Arbeitgeber gemäßigelt. Bis 1928 schrieb er Berichte für die SPD-Zeitung „Die Volksstimme“ im Lahn-Dill-Westerwald-Bereich und nutzte auch das Faustrecht, um sich bei seinen Gegnern durchzusetzen. In einem Falle verjagte er wegen diskriminierender Beleidigungen den Unternehmer samt Betriebsleiter mit einer Schaufel aus dem Betrieb. Aus 100 Meter Entfernung wurde ihm seine Kündigung zugerufen. Um diese Situation zu verstehen, muß man wissen, daß Hermann Kempf über 1,90 m groß und breit gebaut war. Er besaß außergewöhnliche Körperkraft, die ihm aber auch bei der Bearbeitung des Basaltes nützlich war. Von 1918 bis 1928 war er Steinbrecher im Steinbruch Weidling in Langenbach/Großseifen, bei der Firma Hamann in Zinhain und bei den Westerwaldbrüchen, Werk 1 und 2 in Marienberg und in der Bacher Lay. Anschließend war er 7 Jahre lang arbeitslos und bezog Wohlfahrtsunterstützung, leistete aber etwa 1500 unentgeltliche Arbeitsstunden beim Bau des Volkshauses in Marienberg, das 1930 eingeweiht wurde. In 1930 wurde er Mitglied der KPD und im Gemeinderat Abgeordneter dieser Partei. Außerdem war er bis 1933 Vorsitzender der KPD-Ortsgruppe Marienberg und Vorstandsmitglied der Bezirksleitung Köln. Nach einer friedlichen Demonstration der Arbeiterbewegung gegen die faschistische Gefahr am 4. Januar 1932 wurden vor dem Schnellgericht in Marienberg „59 friedfertige Menschen wegen ihrer Teilnahme an der Demonstration angeklagt und zu verschiedenen Gefängnisstrafen verurteilt“. Unter ihnen auch Hermann Kempf, dem Landesverrat und umstürzlerische Tätigkeit vorgeworfen wurde und der in das Zentralgefängnis Freindiez eingeliefert wurde. Nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 tauchte er für einige Zeit unter, flüchtete dann nach Köln, war anschließend in Mayen aktiv und kehrte dann in den Westerwald zurück.

Aus Zeitungsberichten geht hervor, daß man ihn fälschlicherweise sogar als Reichstagsbrandstifter suchte. Nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 versteckte er sich bei Sozialdemokraten, da der gesamte Westerwald nach ihm abgesehen wurde. Von dort ging er zu Verwandten nach Wiesbaden, verteilte Flugblätter und wurde bei einer solchen Aktion am 1. Mai 1933 gefaßt. Auf dem Polizeipräsidium Wiesbaden hielt man ihn 4 Wochen fest; anschließend 14 Tage inhaftiert in Frankfurt, bevor er am 15. Mai 1933 erneut in das Zentralgefängnis Freindiez in strenge Einzelhaft überführt wurde. Nach 4 Monaten Haft in Freindiez erfolgte am 16.9.1933 seine Deportation in das KZ Esterwegen, das er mit viel Glück überstand; zweimal entrann er nur knapp dem angekündigten Todesurteil. Nach seiner Entlassung am 27. Dezember 1933 war er bis 1935 arbeitslos und bekam dann eine Arbeitsstelle als Steinklopfer bei der Westerwälder Pflastersteinindustrie. Am 6. April 1935 heiratete er seine Frau Erna; der Ehe entstammen 3 Töchter. Ein Jahr später, am 26. August 1939, wurde er zur Wehrmacht einberufen und wurde einem Baubataillon zugeteilt, das in Möhn in der Eifel zusammengestellt worden war und später aufgelöst wurde. Ein neues Baubataillon wurde in Mügeln in Sachsen gebildet, mit dem Hermann Kempf bei der Offensive in 1940 nach Frankreich verlegt wurde. Nach seiner 14monatigen Dienstzeit bei der Wehrmacht arbeitete er auf der Grube Concordia (Gewerkschaft „Neuhaus II“) in Unna bis 1944 als Hauer unter Tage, dann im Rüstungsbetrieb Röchling in Wetzlar, wo er zum Kranführer ausgebildet und fristlos wegen politischer Unzuverlässigkeit entlassen wurde. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde er für einige Tage verhaftet und kehrte anschließend in die Braunkohlgrube Concordia (Gewerkschaft „Neuhaus II“) zurück, wo er als Hauer unter Tage arbeitete. Als Kriegsgefangene im Betrieb beschäftigt wurden, mußte er auf Drängen der Kreisleitung die Grube verlassen und kam in einen Steinbruch, wo man ihn zum niedrigsten Stundenlohn beschäftigte. Nach dem Einmarsch der alliierten Truppen in 1945 versuchte er, in seinem damaligen Wohnort Langenbach/M. eine gewisse Ordnung wieder herzustellen, zu Aufbauarbeiten aufzurufen und schützte die Bevölkerung vor Übergriffen der sogenannten Fremdarbeiter. Er nahm wieder Arbeit bei der „Gewerkschaft Neuhaus II“ auf und wurde dort zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt (vgl. Bescheinigung des Bürgermeisters der Stadt Marienberg vom 29.8.1945). Ab 1. Sept. 1945 als Gewerkschaftssekretär tätig, ist über diese Tätigkeit bereits an anderer Stelle berichtet worden. Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, daß ihn der erste Nachkriegs-Landrat Schneider in 1946 zum Ehrenbürger des Oberwesterwaldkreises ernannte.

Er trat in 1945 wieder der KPD bei, wirkte im Stadtrat und im Kreistag mit und wurde auch als Vorsitzender der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Nationalsozialismus) gewählt, wo er für die OdF (Opfer des Faschismus) ehrenamtlich tätig wurde. Nach seinen Angaben wurde er wegen seines Redebeitrages gegen Militarismus und Wiederaufrüstung auf der DGB-Bundeskonferenz am 27./28.2.1952 in Düsseldorf am 13.3.1952 vom Landesbezirksvorstand Rheinland-Pfalz des DGB entlassen. Er war dann anschließend einige Jahre für die KPD tätig und wurde nach dem Verbot dieser Partei am 17.9.1956 als städtischer Arbeiter bei der Stadt Marienberg beschäftigt. Von Mai 1959 bis August 1961 veröffentlichte er regelmäßig die Zeitung „Wegweiser“ für Arbeiter und Bauern im Westerwald. Bei der Bundestagswahl 1961 trat er als Direktkandidat der damals illegalen KPD auf. Wegen dieser politischen Tätigkeit saß er vom 23.8.1961 bis kurz vor Weihnachten 1961 und ab Januar 1962 bis Mai/Juni 1962 in Unter-

suchungshaft in Koblenz auf der Karthause ein. Im Prozeß wurde er zu einer Freiheitsstrafe von weniger als 9 Monaten verurteilt. Da ihm die Untersuchungshaft angerechnet wurde, konnte er sofort nach Beendigung des Prozesses nach Hause zurückkehren. Nach 1962 trat Hermann Kempf der DKP bei, hatte aber weder in der Stadt noch im Kreis ein politisches Amt. An seinen „runden“ Geburtstagen würdigte die Westerwälder Zeitung seine Verdienste. Sie publizierte auch den Titel bzw. Beinamen, den ein Schulungsleiter auf einem DGB-Lehrgang ihm gegeben hatte: „Der Löwe vom Westerwald“. Hermann Kempf verstarb am 2. März 1988. Neben vielen Mitbürgern erwiesen ihm Vertreter der Gewerkschaft, der Verbandsgemeinde und der Stadt die letzte Ehre.

7.4 Bernhard Spöntjes

Bernhard Spöntjes wurde am 2.1.1903 als Sohn eines Hochofenarbeiters geboren. Schon während seiner Volksschulzeit von 1909 - 1917 durfte er in Begleitung seiner Eltern die Versammlungen der KAB (Katholische Arbeiterbewegung Westdeutschlands) sowie die Veranstaltungen des Christlichen Metallarbeiterverbandes in seiner Heimatgemeinde Duisburg-Hochfeld mit besuchen. Aufgewachsen in einer kinderreichen Familie (9 Kinder), sein Vater in der Schwerindustrie beschäftigt, lernten er und seine Geschwister schon früh die kargen Lebensverhältnisse einer Arbeitergroßfamilie kennen. Kein Wunder, daß die Kinder sich schon zeitig mit dem „Wohlstandsleben“ befaßten. An einem Mittwoch des Jahres 1917 wurde er aus der achtklassigen Schule entlassen und stand am anderen Tage schon an der Bessemer Birne (Stahlveredelungssofen), um Granaten zu gießen. Es tobte ja der 1. Weltkrieg. Eine Lehrzeit gab es für ihn nicht. Jeder mußte schaffen und keiner wurde gefragt - wo und wie. Zugleich wurde er aktives Mitglied des Christlichen Metallarbeiterverbandes und durfte somit noch bei Franz Wieber, dem Gründer und Vorsitzenden des Christlichen Metallarbeiterverbandes, „auf der Schulbank sitzen“. Zugleich wurde er aktiv in der KAB und war auch eifriger Besucher der Veranstaltungen des Windhorstbundes und der Zentrumspartei. Schon früh war er in Duisburg Führer der „politischen Front junger Katholiken“. Wegen dieser gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit von 1917 - 1934 war er, nachdem diese Verbände und Parteien zwangsweise aufgelöst wurden, in Duisburg nicht mehr haltbar. Er zog deshalb nach Koblenz, wo seine zukünftige Gattin wohnte. Nach bestandener Prüfung bei der Industrie- und Handelskammer wurde er selbständiger Gewerbetreibender, erwarb dort eine Erfrischungshalle und verdiente damit seinen Lebensunterhalt. 1935 heiratete er seine Frau Margarete, die bis dahin bei ihren Eltern in einem Lebensmittelgeschäft gearbeitet hatte und ihn nun auch bei seiner neuen Tätigkeit kräftig unterstützte. Aus der Ehe entsprossen 3 Töchter. Da die Erfrischungshalle den Lebensunterhalt für seine Familie nicht sicherte, kaufte er noch eine Obst- und Gemüsehalle dazu. Dank der Lebensauffassung beider liefen die Geschäfte gut und er konnte aus eigenen Ersparnissen in 1938 ein 5stöckiges Haus in der City von Koblenz erwerben (an dem Platz, wo heute C.& A. ein Bekleidungshaus hat). 1941 wurde er zur Wehrmacht einberufen und mußte, da er mittlerweile Kinder hatte, sein Geschäft schließen, damit seine Frau sich der Kinderbetreuung widmen konnte. Im April 1945 wurde er an der Oderfront verwundet, so daß damit der Krieg für ihn beendet war. Im Lazarett in Berlin wurde er noch gefangenengenommen und kehrte anschließend nach Koblenz zurück, wo sein Haus in Trümmern lag. In einer Ruine führte

er sein Gemischtwarengeschäft zunächst notdürftig weiter. Jedenfalls war er in der Lage, seine Familie damit zu ernähren, bis er 1947/48 schwer erkrankte und wegen eines Darmverschlusses 6 Monate stationär im Krankenhaus behandelt werden mußte. Nach dürftiger Genesung und einem halben Dutzend Bauchoperationen wurde er invalidisiert und konnte sein Geschäft nicht weiter betreiben. Es war für ihn schwer, den Unterhalt seiner Familie zu bestreiten. In dieser Situation bekam er wieder Fühlung mit seinen Freunden aus der Zeit vor 1934 in Duisburg. Sein Jugendkollege aus der Gewerkschaftsarbeit Carl Zipprich war mittlerweile Vorstandsmitglied des neugegründeten DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz geworden und holte ihn nach Mainz. Zunächst als Volontär. Er bekam eine dreijährige Ausbildung und befreundete sich mit der Tätigkeit als Sozialsekretär an. Viel Arbeit wartete auf ihn bei den DGB-Kreisen Koblenz und Neuwied. Als DGB-Rechtsschutzsekretär konnte er sich an den Sozialgerichten seine Sporen verdienen. Am 13.3.1952 wurde er zum hauptamtlichen Geschäftsführer des DGB-Kreises Marienberg/Oberwesterwald zunächst kommissarisch ernannt und später auch gewählt. In dieser Funktion hatte er Gelegenheit, unzähligen Menschen in ihren sozialen Nöten zu helfen. Insgesamt 15 Jahre war er Prozeßvertreter vor Arbeits- und Sozialgerichten, 14 Jahre ehrenamtlicher Richter beim Sozialgericht. Dem Vorstand der LVA Rheinland-Pfalz gehörte er ebenso an wie dem Verband deutscher Rentenversicherungsträger. Auch in zahlreichen Ausschüssen war er tätig sowie als Versichertenältester der BfA seit 1955 bis ins hohe Alter. 22 Jahre, genau gesagt vom 1.7.1958 - 30.9.1980, war er Mitglied der Vertreterversammlung bzw. des Vorstandes der AOK Oberwester-

wald. Auch in den Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes war er berufen. 1962 wurde Bernhard Spöntjes verrentet. Er war auch Mitbegründer der CDU Rheinland-Pfalz und Gründungsmitglied der Sozialausschüsse. Jahrelang war er Kreisvorsitzender der CDA, der christlich demokratischen Arbeitnehmerschaft. Als CDU-Mitglied war er im Stadtrat von Bad Marienberg, ebenso im Kreistag des Oberwesterwaldes, dem er von 1960 - 1969 angehörte. In den Jugend-Wohlfahrtsausschuß wurde er ebenso berufen wie in den Kreisrechtsausschuß. Auch bei der KAB, Diözese Limburg, arbeitete er aktiv mit, und zwar als Referent und Organmitglied. Er war Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande und wurde zum 80. Geburtstag mit dem Wappenteller des DGB ausgezeichnet. Aus Anlaß seines 85. Geburtstages wurde ihm die Ehrenplakette der Stadt Bad Marienberg verliehen, auf der „Für besondere Leistungen auf sozialem Gebiet“ steht. Zur Zusammenlegung der DGB-Kreise des Ober- und Unterwesterwaldes, auch der Landkreise und der AOKs äußerte er sich kritisch: „...Über die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahmen sollen sich kommende Generationen unterhalten. Ich selbst bin bis heute noch nicht von irgend einem Vorteil für die Arbeiterbewegung überzeugt. Auf jeden Fall ist die volksnahe Fühlungnahme mit der Verwaltung nicht wiederhergestellt worden... Über die Notwendigkeit einer solchen Größenordnung kann man geteilter Meinung sein. Trotzdem wünsche ich diesem Großgebilde alles Gute, auch für die Arbeitnehmerbewegung des Westerwaldkreises.“ Bernhard Spöntjes verstarb am 15.2.1992 im Alter von 89 Jahren.



Abb. 7.1 Konferenz der DGB-Gewerkschaftssekretäre in Rheinland-Pfalz; rechte Seite mit weißer Jacke: Bernhard Spöntjes; dahinter Hermann Kempf

KAPITEL 8. Gewerkschaftler in öffentlichen Funktionen und Selbstverwaltungseinrichtungen

8.1 Bürgermeister und Parlamente

Gute Gewerkschaftler waren auch gute Demokraten. Sie wurden in vielfältige öffentliche Funktionen berufen. Als Bürgermeister waren z.B. gewählt:

• Langenbach b. Mbg.	Hermann Künkler
• Zinhain	August Brell u. Willi Kempf
• Hardt	Otto Groß
• Kirburg	August Weyand II.
• Oellingen	Willi Held
• Bach	Arnold Steup II.
• Rothenbach	Josef Kloft
• Stockhausen-Ilfurth	Hugo Neeb
• Marienberg	Ernst Steup
• Streithausen	Alois Wagner
• Limbach	Heinrich Leyendecker
• Fehl-Ritzhausen	Otto Weber
• Bellingen	Christian Türk
• Stockum	Emil Leicher
• Neuhochstein	Anton Jakob
• Westerburg	Reinhold Ferger
• Wahlrod	Karl Meyer (Lehrer)
• Niederroßbach	Alois Groth.

Kreisdeputierter und Landtagsabgeordneter wurde Paul Kalinowski (Westerburg), Kreisdeputierter und Regierungs-Vizepräsident Gustav Wüst (Willmenrod).

Landtagsabgeordneter und Staatssekretär war nach dem 2. Weltkrieg Otto Schmidt. Gerhard Roth, Bad Marienberg, Gewerkschaftsmitglied seit 1952, von 1957 - 1969 Betriebsratsmitglied bzw. -vorsitzender der Friedrichshütte in Wehbach und von 1971 - 1987 Betriebsratsmitglied bzw. -vorsitzender der Fa. Menk, Bad Marienberg, wurde im Mai 1987 in den Landtag Rheinland-Pfalz gewählt. Auch Josef Höhn (Fahrhauer auf Grube Alexandria, Höhn) aus Oellingen, war Mitglied des Landtages Rheinland-Pfalz, ebenso Kreistagsabgeordneter und Stellvertretender Landrat.

Als Leiter eines Arbeitsamtes waren Robert Müller und Werner Hoffmann tätig.

Walter Jung wurde Geschäftsführer der AOK für den Oberwesterwaldkreis in Marienberg.

8.2 Sozialversicherung

In 1884 beschloß der Kreistag des Oberwesterwaldkreises, daß „gem. § 43 Abs. 2 u. 4 des Reichsgesetzes betr. die Krankenversicherung der Arbeiter v. 15.6.1883“ für sämtliche Gewerbebezweige und Betriebsarten, auf welche sich das Reichsgesetz bezieht und der gesetzliche Versicherungszwang erstreckt, eine gemeinsame Ortskrankenkasse mit dem Sitze in Hachenburg errichtet wird, soweit nicht für die darin beschäftigten Personen eine gleichgestellte besteht oder errichtet wird.

Einem Zeitungsbericht aus 1884 war zu entnehmen, daß im Bereich der Ortskrankenkasse, Hauptsitz Hachenburg und

Nebenstellen in Marienberg und Rennerod, in allen Erwerbszweigen und Betriebsarten, die in ihre Zuständigkeit fielen, 356 versicherungspflichtige Personen erfaßt waren.

Im Oberwesterwaldkreis wurde der Tagelohn durch die Königliche Regierung in Wiesbaden am 13.2.1884 für

- erwachsene männliche Arbeiter auf 1,50 M.
- erwachsene weibliche Arbeiter auf 0,80 M. (später 0,90 M.)
- jugendliche männliche Arbeiter auf 0,70 M. (später 0,80 M.)
- jugendliche weibliche Arbeiter auf 0,50 M.

festgesetzt; hiernach waren Versicherungsbeiträge zu entrichten und Leistungen zu gewähren.

Die wöchentlichen Kassenbeiträge betragen 2% des Durchschnittstageslohnes, also

a) für erwachsene männliche Kassenmitglieder ausschließlich der Lehrlinge	18,00 Pfg.
b) für erwachsene weibliche Kassenmitglieder	10,80 Pfg.
c) für männliche Kassenmitglieder unter 16 Jahren und Lehrlinge	9,60 Pfg.
d) für weibliche Kassenmitglieder unter 16 J.	6,00 Pfg.

Zur damaligen Zeit war die viele Jahrzehnte gültige Regelung für die Besetzung der Selbstverwaltungsorgane maßgebend, daß ein Drittel der Vertreter von den Arbeitgebern und zwei Drittel von den Arbeitnehmern zu stellen waren.

Dementsprechend sah auch der am 23.3.1884 in Hachenburg im Gartenlokal des Gastwirts Ermen gewählte Vorstand aus:

1. Gerbereibesitzer Lorenz Dewald, Hachenburg
2. Schlossermeister Carl Hees, Hachenburg
3. Fabrikarbeiter Anton Orthey, Altstadt
4. Färbergeselle Bernhard Jaeger, Altstadt
5. Gerbergeselle Heinrich Orthey, Altstadt
6. Fabrikarbeiter Carl Müller, Hachenburg.

Zum Vorstandsvorsitzenden wurde Lorenz Dewald, zu seinem Stellvertreter Heinrich Orthey und zum Schriftführer Carl Müller gewählt.

Der Vorstandswahl vorausgegangen waren am 16.11.1884 in Hachenburg Versammlungen, in denen folgende Vertreter für die Generalversammlung der „Ortskrankenkasse des Oberwesterwaldkreises“ gewählt worden waren:

(A) Seitens der Kassenmitglieder:

1. Fabrikarbeiter Carl Müller, Altstadt
2. Mühlenbauergeselle Carl Klöckner, Hardtermühle
3. Fabrikarbeiter Jacob Leyendecker, Altstadt
4. Gerbergeselle Wilhelm Völkner, Hachenburg
5. Färbergeselle Peter Jaeger, Altstadt
6. Färbergeselle Peter Brenner V., Altstadt
7. Fabrikarbeiter Jacob Schmidt, Altstadt
8. Fabrikarbeiter Franz Brenner, Altstadt
9. Gerber Philipp Orthey, Altstadt
10. Fabrikarbeiter Christian Hardeck, Altstadt
11. Fabrikarbeiter Wilhelm Brenner, Altstadt

12. Fabrikarbeiter Christian Stahl, Altstadt
13. Gerbergeselle Heinrich Orthey, Altstadt
14. Färbergeselle Bernhard Jaeger, Altstadt
15. Fabrikarbeiter Anton Orthey, Altstadt
16. Maurergeselle Wilhelm Frensch, Alpenrod
17. Gerbergeselle Adolph Zimmermann, Rennerod
18. Bierbrauer Wilhelm Meyer, Westenburg
19. Buchbindergeselle Rudolph Scheidt, Marienberg
20. Schreinergeselle Heinrich Weber, Merkelbach
21. Fabrikarbeiter Wilhelm Brenner III., Altstadt
22. Mühlenbauergeselle August Loos, Hardtermühle
23. Gerbergeselle Jacob Röttig III., Altstadt
24. Schlossergeselle Eduard Ditthardt, Marienberg

(B) Seitens der Arbeitgeber:

1. Gerbereibesitzer Georg Wollweber, Rennerod
2. Bierbrauereibesitzer Carl Ferger, Westenburg
3. Buchbinder Hermann Schnabelius, Marienberg
4. Mühlenbauer Anton Klöckner, Hardtermühle
5. Zimmermeister Carl Künckler, Alpenrod
6. Fabrikbesitzer Philipp Schneider, Hachenburg
7. Fabrikbesitzer Otto Schneider, Hachenburg
8. Färbereibesitzer Heinrich Lorsbach, Hachenburg
9. Gerbereibesitzer Lorenz Dewald, Hachenburg
10. Schlossermeister Carl Hees, Hachenburg
11. Sattlermeister Franz Röttig, Hachenburg.

Etwas gebessert hatte sich die Verdienstsituation schon bis zum Jahre 1900, wie sich aus einer Bekanntmachung der LVA (Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau) entnehmen läßt:

	Tagelohn	Wochenbeitrag
• Klasse I	bis 1,16 Mk.	14 Pfg.
• Klasse II	von mehr als 1,16 - 1,83 Mk.	20 Pfg.
• Klasse III	von mehr als 1,83 - 2,83 Mk.	24 Pfg.
• Klasse IV	von mehr als 2,83 - 3,83 Mk.	30 Pfg.
• Klasse V	über 3,83 Mk.	36 Pfg.

Für Lehrer und Erzieher mit einem Jahresverdienst bis zu 1150 Mk. war der Wochenbeitrag auf 30 Pfg. (Lohnklasse IV) und von mehr als 1150 - 2000 Mk. auf 36 Pfg. (Lohnklasse V) festgelegt.

Männliche in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigte Personen zahlten nach Klasse II 20 Pfg., weibliche nach Klasse I 14 Pfg., alle in sonstiger Weise beschäftigten Personen (außer Knappschaft)

- | | |
|-----------------------------|---------------------|
| a) Erwachsene männlich | Klasse II = 20 Pfg. |
| b) Erwachsene weiblich | Klasse II = 20 Pfg. |
| c) Lehrlinge über 16 Jahre | Klasse I = 14 Pfg. |
| d) Lehrlinge unter 16 Jahre | Klasse I = 14 Pfg. |

Interessant dürften in diesem Zusammenhang auch die Markt- und Ladenpreise zu Hachenburg vom Januar 1900 sein:

- | | | |
|---------------|----------|----------|
| • Rindfleisch | per kg | 1,30 Mk. |
| • Eßbutter | per kg | 2,- Mk. |
| • Eier | 60 Stück | 4,80 Mk. |

Übrigens wurden im Oberwesterwaldkreis vom 1.1.1891 - Ende Dezember 1899 156 Rentenanträge auf Altersrente gestellt, von denen 81 bewilligt und 72 abgelehnt wurden; 3 hatten sich durch den Tod der Antragsteller erledigt. An Invalidenrenten wurden 146 beantragt; 91 davon wurden bewilligt und 36 abgelehnt; 16 erledigten sich durch den Tod der Antragsteller.

Ab 1.1.1908 wurde auf Grund des § 8 des Krankenversicherungsgesetzes der ortsübliche Tagelohn für den Oberwesterwaldkreis und den Kreis Westenburg

- für männl. Personen über 16 Jahre auf 2,60 Mk.
- für weibl. Personen über 16 Jahre auf 1,80 Mk.
- für männl. Personen unter 16 Jahre auf 1,60 Mk.
- für weibl. Personen unter 16 Jahre auf 1,20 Mk.

festgesetzt.

Wegen der Sozialwahlen in 1921/1922 berichtet die Westerwälder Zeitung am 22.12.1921:

„Marienberg, 19. Dez. Auf Veranlassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes traten am Sonntag, den 18. Dez. 1921 die führenden Verbände im Hotel Westerwälder Hof zusammen, um über die Aufstellung von Vertrauensmännern zur Angestellten-Versicherung zu beraten. Die anwesenden Vertreter der Ortsgruppen des Deutschen Werkmeisterbundes und des deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes waren einstimmig dafür, daß eine gemeinsame Liste unter dem Titel „Vorschlagsliste des Deutschen Gewerkschaftsbundes“ eingereicht werden sollte. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, der den Hauptausschußverbänden angegliedert ist, lehnt die Bestrebungen, die daraufhin ausgehen, die Angestellten-Versicherung mit der Invaliden-Versicherung zu verschmelzen, mit Entrüstung ab. Jede Stimme, die am Wahltage für eine andere Liste abgegeben wird, stärkt die Macht der angestelltenfeindlichen Verbände.“

Nicht vergessen werden soll zu erwähnen, daß Heinrich Orthey, Altstadt (Gewerkschaft Leder) nach 1945 viele Jahre Vorstandsvorsitzender der AOK für den Oberwesterwaldkreis war. Bei Drucklegung dieser Chronik war Georg Wörsdörfer, Hahn am See, Vorstandsvorsitzender der AOK Westerbald.

Bernhard Spöntjes war jahrelang Mitglied der LVA-Vertreterversammlung Rheinland-Pfalz und, wie bereits in seinem Lebenslauf erwähnt, viele Jahre, auch noch nach seiner Verrentung, als Versichertenältester der BfA (Bundesversicherungsanstalt für Angestellte) tätig. Derzeitige BfA-Versichertenälteste (Stand 25.9.2002), die auch den ehem. Oberwesterwaldkreis mit betreuen, sind Günter Klar, Wilhelmstr. 126, 57518 Betzdorf (Mitglied ver.di) und Gabi Weber, Hans-Böckler-Str. 1, 56422 Wirges (DGB-Vorsitzende, Kreis Koblenz).

Als ehrenamtlicher Sozialrichter war Heinrich Zimmermann, Hachenburg (ÖTV) berufen. Nach seinem Tode wurden 1963 Bernhard Spöntjes bzw. Reinhard Garth (beide Marienberg) als Nachfolger vorgeschlagen.

Lutz Neeb, Ringstr. 5, 56459 Kaden (IG BAU) ist gegenwärtig (Stand 25.9.2002) Versichertenältester der LVA Rheinland-Pfalz. Sein Vorgänger war Wolfgang Rickes, Westenburg (ebenfalls IG BAU).

Die Bergarbeiter gehörten früher einer Vielzahl von Versicherungsträgern an. Wer kennt noch die Namen Lahn-Knappschafts-Verein zu Weilburg, Gießener Knappschaft zu Weilburg, Heller Knappschafts-Verein, Sitz Herdorf, Bezirks-Knappschafts-Krankenkasse Oberwesterwald zu Großseifen und Allgemeiner Knappschafts-Verein Nassau zu Diez? Nach 1945 hatten wir es nur noch mit der Hessischen Knappschaft zu Weilburg und der Ruhrknappschaft, Geschäftsstelle in Siegen, zu tun.

Rudolf Haas, Marienberg, war bis 1975 als Knappschaftsältester für den Sprengel Marienberg eingesetzt, und zwar von der

Hessischen Knappschaft in Weilburg. Die im Siegerland tätigen Bergarbeiter gehörten der Ruhrknappschaft Bochum, Geschäftsstelle Siegen, an.

Knappschaftsälteste für den Sprengel Höhn waren bzw. sind:

- 1945 - 1948 : Wilhelm Zimmermann II. 1948
- 1948 - 1965 : Willi Held (Oellingen)
- 1965 - 1977 : Arnold Zimmermann (Höhn)
- 1977 - 1983 : Josef Bayer (Neuhochstein)
- 1983 - 1987 : Walter Zimmermann (Höhn)
- 1987 - heute : Clemens Helsper (Höhn); Stand 30.9.2002

Knappschaftsälteste für Angestellte waren bzw. sind:

- 1945 - 1954 : Theobald Schell (Zehnhausen b.R.)
- 1954 - 1966 : Ernst Müller (Hahn b. Mbg.)
- 1966 - 1986 : Albert Wahler (Höhn)
- 1987 - 1997 : Vinzenz Helsper (Höhn)
- 1997 - heute : Wolfgang Reinhardt (Höhn); Stand 30.9.2002

Für die Bergleute waren zeitweise eigene Ärzte verpflichtet. So heißt es in einer Zeitungsnotiz, daß der bekannte Verbandsarzt Dr. med. Engelhardt ab 1.11.1901 auch Knappschaftsarzt des Heller-Knappschaftsvereins, Kursprengel Marienberg, wurde.

Die Basalt AG Linz hatte eine eigene Betriebskrankenkasse mit Nebenstelle in Marienberg; im Vorstand war als Versichertenvertreter Josef Benner, Büdingen.

KAPITEL 9.

Befreundete Organisationen und Selbsthilfeeinrichtungen

Arbeit und Leben:

Es handelt sich um eine Arbeitsgemeinschaft von DGB und den Volkshochschulen. Die für den Oberwesterwald zuständige Zweigstelle Mittelrhein ist in 56068 Koblenz, Moselring 5-7a.

bfw Berufsbildungswerk:

Für Mitglieder aus dem ehemaligen Oberwesterwald ist die Zweigstelle 56068 Koblenz, Moselring 5-7a in Angelegenheiten des Berufsbildungswerkes des DGB zuständig.

TBS Technologieberatungsstelle:

Noch nicht überall bekannt ist die TBS, die Technologieberatungsstelle beim DGB Rheinland-Pfalz, mit ihrer Regionalstelle in 56068 Koblenz, ebenfalls Moselring 5-7a.

Arbeiter- Turn- und Sportbund:

Er wurde 1927 im Oberwesterwald gegründet. 1929 gehörten ihm 13 Vereine an. Höhepunkt des Vereinslebens war die Einweihung des Volkshauses in Marienberg (heute Nebenstelle des Gesundheitsamtes Montabaur) vom 6.-8.9.1930. Es war Heimstatt der Gewerkschaften, der SPD, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, des Arbeiter- Turn- und Sportvereins und Sitz des Arbeitsamtes. Zur Einweihungsfeier war Reichskanzler a.D. Philipp Scheidemann als Festredner nach Marienberg gekommen, womit die Bedeutung dieses Ereignisses besonders unterstrichen wurde.

Viele aufopferungsfreudige ehrenamtliche Arbeit wurde von den Gewerkschaftlern geleistet. So ist bekannt, daß Hermann Kempf und Robert Müller je 1500 Arbeitsstunden unentgeltlich geleistet haben. Unterstützt wurde das Bauvorhaben aber auch vom damaligen Landrat von Nathusius, von der Gemeinde Marienberg, die kostenlos den Bauplatz zur Verfügung stellte, und vom Baumeister Schlehbaum, der ehrenamtlich die Bauleitung übernahm.

Von der Einweihungsfeier berichtete die Westerwälder Zeitung (auszugsweise):

„Marienberg. 7. September. Für die Arbeit -- durch die Arbeit ist nunmehr vollendet, was Mühe und Fleiß in zielbewußtem Streben geschaffen. Ein Haus, das als Asyl des schaffenden, werktätigen Volkes in der Flucht aus dem Dienst der Arbeit und dem Bedürfnis nach Erholung und Entspannung und kulturellem Bildungsdrang der breiten Masse mit Fug und Recht den Namen Volkshaus trägt. Als Arbeiterheim vereinigt es die Arbeiterschaft zu einer Familie zur Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls im Kampf um die elementaren, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange...“

Arbeiter-Gesangverein:

Es ist verständlich, daß im „roten“ Zinhain auch ein Arbeiter-Gesangverein bestand, dessen Repertoire weit gefächert war.

Raiffeisengenossenschaften sowie Spar- und Darlehnskassenvereine:

Daß die Raiffeisengenossenschaften im Oberwesterwald zahlreich vertreten waren, bedarf wohl keines besonderen Hinweises. Denn der Westerwald mit Friedrich Wilhelm Raiffeisen spielt in der Geschichte der Genossenschaften eine nicht un-

bedeutende Rolle, kann man doch mit gutem Grund den „Westerwald die Wiege der Genossenschaften“ nennen. In Marienberg bestand um 1921/22 ein Spar- u. Darlehnskassen-Verein. Und vielerorts, z.B. in Fehl-Ritzhausen und Unnau, Spar- und Darlehnskassen. Heutzutage ist von deren ständigen Fusionen zu berichten.

Vorschuß-Verein:

Ein Vorschußverein zu Marienberg eGmbH existierte seit dem 26.1.1863.

An- u. Verkaufsgenossenschaft:

Die „Marienberger An- und Verkaufs-Genossenschaft eGmbH“, zuständig für Marienberg und Eichenstruth, wurde am 12.4.1919 gegründet.

Volksbanken:

Es nimmt wenig Wunder, daß die Westerwälder Genossenschaften auf ein recht beträchtliches Alter und eine damit verbundene entsprechend reiche Erfahrung zurückblicken können, geben doch viele der heimischen Volksbanken ihr Gründungsjahr als in den ersten 20 Jahren nach der Programmierung der Genossenschaftsidee liegend an. Zum Teil führen die Volksbanken ihre Entstehung aber auch auf Dr. Schulze-Delitzsch zurück. Volksbanken bestehen noch heute in Wallmerod (jetzt vereint mit Montabaur), Marienberg und Hachenburg.

Konsumgenossenschaften:

Die Westerwälder Zeitung berichtet am 10.3.1903: *„Mudenburg, 8. März. Auf einer heute hier selbst stattgefundenen Versammlung der christlichen Arbeiter-Gewerkschaft wurde die Gründung eines Gewerkschafts-Konsum-Vereins, bzw. einer Filiale, beschlossen. Diese vorteilhafte und segensreiche Einrichtung dürfte schon in aller Kürze ins Leben treten, da die erforderliche Mitgliederzahl bereits überstiegen ist.“*

Und dann ging es Schlag auf Schlag weiter:

„Marienberg, 24. März. Die Errichtung eines Konsum-Vereins scheint der Verwirklichung immer näher zu rücken. Vergangenen Sonntag fand im Saal zur Post dahier auf Anregung der Herren Knappschaftsältesten Meyer-Zinhain und Röder-Höhn eine Arbeiter-Versammlung statt, in welcher nach eingehenden Beratungen die Gründung eines Gewerkschafts-Konsumvereins für Westerwald und Umgegend mit dem Sitz in Marienberg beschlossen wurde. Auf den Nachbarorten sollen Filialen errichtet werden. Zur Erbauung eines Lagerhauses, von welchem die Waren an die einzelnen Filialen abgeführt werden sollen, sind die Bahnstationen Erbach oder Langenhahn in Aussicht genommen...“

In diesem Zusammenhang dürften noch 2 Zeitungsinserate interessieren:

31.3.1903: „Der mit dem 1. Juni in's Leben tretende Konsumverein für Westerwald beabsichtigt, in Erbach oder Korb ein Centrallager zu errichten. Filialen sind bestimmt für Alpenrod, Oellingen, Ritzhausen, Hof, Bach, Pfuhl, Nisterberg, Langenbach Post Korb, Neunkhausen, Kirburg, Unnau, Langenbach b.M. und Marienberg. Angebote für das Fuhrunternehmen nach den Filialen sind bis zum 12. April bei dem Geschäftsführer Meyer in Zinhain schriftlich einzureichen.“

9.6.1903. „In das Genossenschaftsregister ist heute eingetragen worden: Gewerkschaftskonsumverein für Westerwald und Umgegend, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Die Einsicht der Liste der Genossen ist in den Dienststunden Jedem gestattet. Marienberg, den 30. Mai 1903. Königliches Amtsgericht.“

Dem Westerwälder Konsumverein Marienberg hatte sich gemäß einem Zeitungsbericht vom 7.4.1903 auch der bereits eingangs erwähnte Konsum-Verein Mudendbach angeschlossen. Es wurde erfreut zum Ausdruck gebracht, daß er schon am 1. Juni 1903 ins Leben treten würde und der weitere Anschluß einer größeren Anzahl Gemeinden in Aussicht stünde. Der Bericht schloß mit dem Satz: „**Einigkeit macht stark**“.

Annähernd ein Jahrhundert bestand diese Konsumgenossenschaft. In 1999 wurde leider die Auflösung mit ihren 52 Filialen beschlossen.

Volksfürsorge

Diese gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherung war und ist überall im Oberwesterwald vertreten. Neben den vielen

ehrenamtlichen Mitarbeitern war die hauptamtlich besetzte Geschäftsstelle in Siegen.

Alte Fakulta, GUV und ACE:

Gewerkschaftsmitglieder in Verkehrsberufen sicherten sich gegen Berufsrisiken zunächst in der „Alten Fakulta“ ab. Später wurde die GUV (Gewerkschaftliche Unterstützungseinrichtung für Verkehrsberufe) gebildet; jahrelang galt hierfür ein Monatsbeitrag von 1,50 DM. Später konnten Privatfahrzeuge in der Gruppe C für zusätzlich 1,50 DM (Gesamtmonatsbeitrag also 3,- DM) in den Rechtsschutz mit einbezogen werden. Die Verwaltungsarbeiten hierfür wurden überwiegend von der Gewerkschaft ÖTV und der DPG übernommen.

Nachdem Leistungen und Mitgliederzahl ständig weiter anstiegen, wurde der ACE (Auto Club Europa) gegründet. Der Jahresbeitrag wird meistens im Lastschriftverfahren eingezogen. Neuerdings ist der ACE nicht nur für Gewerkschaftsmitglieder, sondern für alle Kraftfahrer geöffnet.

KAPITEL 10.

Gewerkschaften im Oberwesterwald heute

Einhergehend mit dem Strukturwandel, änderte sich auch im Laufe der Jahrzehnte das gewerkschaftliche Organisationspotential.

Unternehmen, die zum Teil während des Krieges nach Marienberg ausgesiedelt wurden, kehrten wenige Jahre später an ihre Stammorte zurück (z.B. Bekleidungsindustrie). Andere stellten die Produktion nach der Währungsreform ein, da nunmehr ein entsprechender Absatzmarkt fehlte. Ich denke dabei nur an den Westerwälder Rundholzbau Waldemar Heß in Langenbach b. Mbg. oder an die Lampenschirmfabrikation Georg Hassepas in der Bacher Lay (wegen Zahlungsunfähigkeit des Betriebes half der Belegschaft auch keine zeitweise Besetzung der AGB-Kreisgeschäftsstelle). Andere Betriebe siedelten sich in den Nachkriegsjahren an und bestehen noch heute; z.B. Lebek, Marienberg (derzeit ca. 300 Beschäftigte); O. Kasper, Marienberg (der inzwischen wieder nach Mitteldeutschland zurückkehrte).

Die Lederwarenindustrie, während des Krieges für die Wehrmacht auf Hochtouren produzierend, wurde nach und nach stillgelegt. Auch für die Sägeindustrie kam das „Aus“.

An die Braunkohlengrube „Alexandria“ erinnert nur noch der auf dem Marktplatz in Höhn aufgestellte Förderturm. Aber das Wasser aus der Tiefe des Grubensystems läuft schon seit 1973 nicht mehr ungenutzt in die Nister. Seit diesem Zeitpunkt holt nämlich die Verbandsgemeinde Bad Marienberg einen Teil des benötigten Trinkwassers aus dem Bergwerk. Die Grube „Alexandria“ dient nun als Spender kristallklaren Wassers. Unheimliche Kubikmetermengen rauschen täglich aus dem Stollenmund am ehemaligen „Strandbad“ im Bad Marienberger Stadtteil Langenbach. Aber das Wasser aus dem Stollen der Grube Alexandria versorgt nicht nur die Verbandsgemeinde Bad Marienberg, sondern auch einen großen Teil der Verbandsgemeinde Westerburg und über den Hochbehälter Obersayn auch Teile der Verbandsgemeinden Wallmerod und Selters.

Aus stillgelegten Steinbrüchen wurden Biotope; in Marienberg entstand ein Basaltpark (Außenstelle des Landschaftsmuseums Hachenburg). Der etwa 30 m tiefe Steinbruch zu Dreisbach hat sich mit Wasser gefüllt und dient jetzt als Fischweiher.

Aus den Steinbrüchen im Stöffel wurde die Basalt-Actien-Gesellschaft (Bergisch-Westerwälder-Hartsteinwerke). Die Stöffelstraße umfaßt Vorratshalden und Aufbereitungsanlage. 1999 wurde fast die gesamte Klassier- und Veredelungsanlage nach modernsten Maßstäben neu errichtet und auf den heutigen Stand der Technik gebracht. Im weitgehend automatisierten Zerkleinerungs- und Veredelungsprozeß können 9 Mitarbeiter zwischen 250.000 und 350.000 Jahrestonnen produzieren. Orientiert an den Marktwünschen werden in dem nach DIN ISO 9002 zertifizierten Steinbruchbetrieb Einfachgemische, Edelsplitle und Sonderprodukte hergestellt.

Neuerdings wird auch darüber gestritten, wieder mit dem Basaltabbau in der Bacher Lay, wo das sagemwobene „Paffenmal“ liegt, auf der Hälfte der ursprünglich vorgesehenen

Fläche zu beginnen; ebenso sind Bestrebungen im Gange, im Nauberg bei Norken einen Steinbruch wiederzueröffnen.

In der Druckindustrie änderte sich mit Einsatz moderner Technik (Fotosatz, Offsetdruck) vieles; der Schriftsetzer alter Art wurde überflüssig.

Es gibt in den ehemaligen 148 Gemeinden und 3 Städten des Oberwesterwaldes, die nach dem 2. Weltkrieg noch vorhanden waren, keine „Dorfschulen“ mehr, sondern nur noch Grund- und Hauptschulen, wobei die Schüler teilweise mit Schulbussen zum Schulort gefahren werden. Hinzu kommen die Realschulen, Sonderschulen und das Gymnasium Abtei Marienstatt.

Mit dem Niedergang des Braunkohlenbergbaues und der Basaltindustrie gab es aber auch eine wirtschaftliche Neuorientierung. Ich will hier nur einige neue Unternehmen aufzählen oder solche, die expandiert oder ihre Produktion umgestellt haben:

- Voss-Automaten GmbH, Bad Marienberg-Eichenstruth (25 Beschäftigte)
- RAS-Schweißtechnik, Nistertal (75 Arbeitsplätze)
- CRACO, Stahl-Verschleißteile, Atzelgift (60 Beschäftigte)
- Schilderfabrik Egon Künkler, Unnau (20 Mitarbeiter)
- Peter Schäfer, Maschinenbau u. Freizeittechnik, Linden (32 Mitarbeiter)
- GRIWE GmbH, Sainscheid, Achs- und Sicherheitskomponenten für die Automobilindustrie (ca. 250 Beschäftigte)
- Vecoplan, Anlagen für Recycling und Entsorgung Bad Marienberg-Eichenstruth (190 Beschäftigte, davon 21 Auszubildende)
- Joachim Marx, Lüftungstechnische Anlagen, Nistertal
- Klöckner GmbH (Birkenhof-Brennerei), Getränke-Fachgroßhandel, Nistertal
- Apparatebau und Großkücheneinrichtungen Scholl, Bad Marienberg-Langenbach (75 Beschäftigte)
- Ebener, Fassaden- und Profilvertechnik, Bad Marienberg-Eichenstruth, Zweigwerk von Schmeemann-Ebener in Bad Marienberg (90 Beschäftigte)
- Lampertz, Sicherheitstechnik, Hof (ca. 215 Beschäftigte); das Unternehmen hat derzeit noch seinen Sitz in Betzdorf
- Held-Tore, Kirburg (ca. 50 Mitarbeiter)
- Haymann, Dekorationsartikel, Norken (90 Festangestellte und ca. 40 Saisonkräfte)
- Fingerhut, Fertighäuser, Neunkhausen (knapp 150 Beschäftigte)
- Sägewerk Koch, Langenbach b.K. (60 Beschäftigte)
- Haas, Altholzaufbereitung, Dreisbach (ca. 50 Beschäftigte)
- H & M Industriebau, Bad Marienberg (12 Beschäftigte und bei Großaufträgen zusätzliche Leiharbeiter)
- Elektrogroßhandlung Gäfgen, Unnau-Korb (jetzt fast 100 Beschäftigte)
- Obstimporte Kurt Schneider, Bad Marienberg-Langenbach (entwickelte sich vom Familienbetrieb der Nachkriegszeit

zu einem Unternehmen mit 160 qualifizierten Arbeitsplätzen)

- Firmengruppe Mann, Spedition, Naturenergie usw., Langenbach b.K. (100 Beschäftigte)
- Fahrzeugbau Kempf, Bad Marienberg-Langenbach (100 Beschäftigte)
- Reinigungsfirma KMA, Büroräume jetzt in Bad Marienberg-Zinhain (ca. 50 Beschäftigte)
- Metallverarbeitungs-GmbH GDH, Werkzeuge für Stanz- und Umformtechnik, Bad Marienberg, Jahnstr. 4 (30 Mitarbeiter und Azb.)
- Karl Giehl GmbH & Co KG, Nistertal, Lebensmittelgroßhandlung (45 Arbeits- und Ausbildungsplätze)
- Küster ACS, Bad Marienberg (und Stammhaus in Ehringshausen), Spiralen für die Automobilindustrie, Systemlösungen für Bremsmodule
- Aluform-Metallhandel, Bad Marienberg-Eichenstruth (49 Beschäftigte).

Der Fremdenverkehr wurde erheblich ausgebaut. Die Städte und Gemeinden wiesen Industrie- bzw. Gewerbegebiete aus, die für neue Arbeitsplätze sorgten. Die Bundeswehr mit ihren Standorten in Westerbürg und Rennerod, mit Depots und kleineren Dienststellen sowie die Standortverwaltung Stegskopf haben ebenfalls viele zivile Arbeitsplätze geschaffen.

Aber auch danach und in der neuesten Zeit ist der Strukturwandel nicht zur Ruhe gekommen. Die Eisenbahnstrecken wurden größtenteils stillgelegt und mancherorts als Rad- bzw. Wanderwege ausgebaut. Vom Bau der inzwischen fertiggestellten neuen ICE-Trasse Köln-Frankfurt ist der obere Westerwald allerdings nicht tangiert.

Im Fernmeldedienst ist „Das Fräulein vom Amt“ verschwunden. Postämter und Poststellen wurden aufgelöst; ersatzweise hierfür werden die Postdienste in Geschäften angeboten (Postagenturen).

Die Gendarmerieposten, Polizeistationen usw. gibt es nicht mehr, nur noch Polizeieinspektionen in Hachenburg und Westerbürg.

Die Amtsgerichte Rennerod u. Wallmerod wurden zum 1.1.1967 aufgelöst und dafür das Amtsgericht Westerbürg errichtet. Das Amtsgericht Marienberg wurde zum gleichen Termin dem Amtsgericht Hachenburg zugeschlagen, bevor auch letzteres zum 1.4.1973 mit Westerbürg zusammengelegt wurde. Aus den einzelnen Gemeinden und Städten wurden Verbandsgemeinden. Es gibt nur noch eine AOK für den gesamten Westerwaldkreis (Regionaldirektion in Montabaur), dazu in jeder Verbandsgemeinde (mit Ausnahme von Wallmerod) Regionalstellen. Und, wie bereits eingangs erwähnt, wurde das Landratsamt (bzw. die Kreisverwaltung für den Oberwesterwald) Westerbürg mit dem Unterwesterwald zum Westerwaldkreis mit Sitz in Montabaur zusammengeschlossen. Was die Kommunalverwaltung anbetrifft, existieren die Verbandsgemeinden Bad Marienberg, Hachenburg, Rennerod, Wallmerod und Westerbürg. Die Bürgernähe soll noch durch Ortsbürgermeister gewahrt werden.

Die Volksbank Marienberg ist, wie auch die Vereinsbank Rennerod (Emmerichenhain) und die Raiffeisenbank Langenhahn, in der Volksbank Westerwald mit Sitz in Hachenburg aufgegangen.

Mit den Änderungen in Industrie, Handel, Gewerbe und Verwaltung einher ging auch die Umorganisation der Gewerkschaften auf örtlicher und überörtlicher Ebene. Im Zeitalter des Telefons, des Beitragseinzugs im Lastschriftverfahren und der allgemeinen Motorisierung ist leider die Gewerkschaftspräsenz am Ort zurückgegangen. So gehört nun der DGB-Kreis Westerwald mit einigen weiteren DGB-Kreisen zu 56068 Koblenz, Moselring 5-7a. Wegen der großen räumlichen Entfernung von Betzdorf/Altenkirchen zu Koblenz gibt es noch in Betzdorf ein Regionalbüro, das halbtags besetzt ist und auch von Gewerkschaftsmitgliedern des Oberwesterwaldes in Anspruch genommen werden kann; Anschrift: 57518 Betzdorf, Friedrichstr. 17 (MdL Franz Schwarz). Ausgegliedert wurde seit Anfang 1998 der Rechtsschutz. Er wird jetzt wahrgenommen von der DGB-Rechtsschutz GmbH, Büro 57072 Siegen, Koblenzer Str. 29, Tel. 0271/53076; sie hält noch Sprechstunden in Betzdorf.

Örtliche ehrenamtliche Ortsgruppen und Ortsvereine bestehen noch für die

- IGBCE (Bergbau, Chemie, Energie) in Höhn; Vors.: Wolfgang Reinhardt (Höhn); zuständiger hauptamtl. Bezirk Neuwied-Wirges in 56564 Neuwied, Langendorferstr. 66 (die IG Bergbau u. Energie hat mit der IG Chemie, Papier, Keramik fusioniert; auch die Gewerkschaft Leder ist in die IGBCE eingegliedert)
- Transnet, Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Ortsverwaltung Westerbürg; Vorsitzender Harald Günther, Borngasse 2, 56459 Langenhahn
- ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft), Ortsverein Hachenburg, Fachbereich Medien; Vors.: Gerhard Johnen, Luckenbach, Bornstr. 6; Mitgliederstand am 31.12.2002: 108. In die IG Medien war vor längerer Zeit die Gewerkschaft Kunst überführt worden.
- ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft), Betriebsgruppe Seniorinnen - Senioren Westerwald 2, Vors. Helmut Gotthardt, Rudolf-Dietz-Str. 4, 56457 Westerbürg; Stand: 10.12.2003; früher für die DPG Ortsverwaltung Westerbürg usw.
- ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft), Betriebsgruppe Seniorinnen - Senioren Westerwald 1, Vors. Gerd Speicher, Büdenholzer Str. 43, 57555 Brachbach/Sieg; Stand: 10.12.2003; früher für die DPG Ortsverwaltung Hachenburg usw.

Nur noch überörtliche Organisationen (mit wenigen ehrenamtlichen Betriebsgruppen oder Ortsvereinen) sind:

- ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft), Bezirk, 56068 Koblenz, Schloßstr. 37, Tel. 0261/97355-0. Nach drei Jahren intensiver Vorarbeiten hatten im März 2001 die Gewerkschaftskongresse der DAG (Deutsche Angestellten-Gewerkschaft), HBV (Gewerkschaft Handel-Banken- Versicherungen), IG Medien, ÖTV (Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr) und DPG (Deutsche Postgewerkschaft) grünes Licht für die Bildung von ver.di gegeben. In welchen Betrieben und Dienststellen weitere ehrenamtliche Organisationseinheiten bestehen, ist mir derzeit nicht bekannt.
- Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, 56068 Koblenz, Moselring 5 - 7a
- Industriegewerkschaft BAU (Bauen-Agrar-Umwelt), Sitz in Wiesbaden mit Nebenstelle in 65549 Limburg, Weiersteinstr. 17 (in die IG BAU wurde die frühere Gewerkschaft Gartenbau, Land- u. Forstwirtschaft eingegliedert)

- IG Metall, Verwaltungsstelle, 57518 Betzdorf, Moltkestr. 25 (der IG Metall haben sich auch die Gewerkschaft Textil-Bekleidung und die Gewerkschaft Holz u. Kunststoff angeschlossen).
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Stand 7.6.2002), Landesverband Rheinland-Pfalz, Neubrunnenstr. 8, 55116 Mainz, Tel. 06131/28988-0. Die derzeitige GEW-Mitgliederzahl im Oberwesterwald wird auf 160 geschätzt. Seit 1972 gibt es keine GEW-Ortsvereine mehr, sondern nur einen GEW-Kreisverband Westerwald (Vorsitzender Erwin Wolf, Königsberger Str. 11, 56412 Heiligenroth). Erwin Wolf ist auch Mitglied des Bezirkspersonalrates Grund- und Hauptschulen bei der ADD Trier. Zwischen Landes- und Kreisverband gibt es den Bezirk Koblenz; Vorsitzender ist Achim Wagner, Gartenstr. 5 A, 65558 Holzheim, Tel. 06432/911899. Die hauptamtlich besetzte GEW- Geschäftsstelle Nord befindet sich in 56068 Koblenz, Hohenzollernstr. 64, Tel. 0261/1332880, Fax: 0261/1332881, E-Mail: GEW-Nord@GEW-Rheinland-Pfalz.de (Bernd Huster). Bei den Realschulen und beim Gymnasium Marienstatt sind nur wenige Lehrkräfte in der GEW organisiert (Vertrauensmann beim Gymnasium Marienstatt ist Conrad Görg, Montabaur). Eine starke GEW-Gruppe besteht bei der Berufsbildenden Schule Westerburg (Vertrauensmann bei der BBS ist Reiner Probst, Westerburg).
- Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Westerwald/Rhein-Lahn, Polizeiinspektion Montabaur z.H. Achim Eggert, Kreisgruppenvorsitzender, Kirchstr. 45, 56410 Montabaur (hauptamtlich besetzt ist erst die „Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Rheinland-Pfalz, Forsterstr. 31, 55118 Mainz, z.H. Thomas Will); örtl. Vertrauensmann ist Ulli Leukel, Unnau, Polizeiinspektion Hachenburg; er gehört auch dem örtl. Personalrat der Polizeidirektion Montabaur an; Personalratsvorsitzender ist Burkhard Kaiser, Kölbingen, bedientet bei der Polizeiinspektion Westerburg; als Seniorenvorsitzender der Kreisgruppe Westerwald war Karl Wissner, 56414 Wallmerod, Kirchstr. 15, bis 1999 tätig. Gegenwärtige Mitgliederzahl im Bereich des ehemaligen Oberwesterwaldes: 81.

Trotz der strukturellen organisatorischen Änderungen pulsiert weiterhin reges gewerkschaftliches Leben im Oberwesterwald. Nur drei Namen möchte ich hierzu erwähnen: Clemens Helsper, Höhn, IG BCE, war seit 1989 bis zu seiner Verrentung Betriebsrat bei der Firma Knoche; im DGB-Kreisvorstand war er bis 1989. Wolfgang Reinhardt, Höhn, gehört dem Bezirksvorstand der IG BCE an. Lothar Behr, Nistertal, IG BAU, ist Mitglied der Tarifkommission und Betriebsratsvorsitzender der BAG Linz (Westerwälder Hartsteinwerke, Betrieb Stöffel, Nistertal / ehemals Leistert Stokum).

Anhang A.

Abkürzungsverzeichnis

ACE	Auto Club Europa	Einzelgewerkschaften:	
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund	BAU	Bauen-Agrar-Umwelt
AGB	Allgemeiner Gewerkschaftsbund	BSE	Bau-Steine-Erden
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse	BCE	Bergbau-Chemie-Energie
BAG	Basalt Aktien Gesellschaft	DAG	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
B.d.F.	Stahlhelm (Bund der Frontsoldaten)	DPG	Deutsche Postgewerkschaft
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte	GdED	Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschl.
bfw	Berufsbildungswerk	GdP	Gewerkschaft der Polizei
BGB	Bayerischer Gewerkschaftsbund	GEW	Gewerkschaft Erziehung u. Wissenschaft
BV	Bayerische Verfassung	HBV	Handel-Banken-Versicherungen
CDA	Christlich Demokr. Arbeitnehmerschaft	NGG	Nahrung-Genuß-Gaststätten
CDU	Christlich Demokratische Union	ÖTV	Öffentliche Dienste, Transport u. Verkehr
CGB	Christlicher Gewerkschaftsbund	VER.DI	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
DAF	Deutsche Arbeitsfront		
DBB	Deutscher Beamtenbund		
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund		
DHV	Deutscher Handlungsgehilfenverband		
DJH	Deutsche Jugendherberge		
DM	Deutsche Mark		
DPV	Deutscher Postverband		
EWAG	Elektrizitätswerk Westerwald AG		
G.M.Z.F.O.	Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation		
GUV	Gewerkschaftl. Unterstützungseinrichtung für Verkehrsberufe		
GVOBl	Gesetz- und Verordnungsblatt		
ICE	InterCityExpress		
IG	Industriegewerkschaft		
KAB	Kath. Arbeiterbewegung		
KEVAG	Koblenzer Elektrizitäts- und Verkehrs- Aktiengesellschaft		
Komba	Kommunale Beamte und Angestellte		
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands		
KZ	Konzentrationslager		
LVA	Landesversicherungsanstalt		
Mk.	Mark		
NS...	Nationalsozialistische(r/s)...		
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellen- organisation		
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter- Partei		
NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund		
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt		
pCt	pro Cent (%)		
Pfg.	Pfennig		
Pg.	Parteigenosse		
RABl	Reichsarbeitsblatt		
RDB	Reichsbund Deutscher Beamter		
RM/Rm.	Reichsmark		
SA	Sturm-Abteilung (Organisation im 3. Reich)		
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands		
SS	Schutz-Staffel (berühmte Organisation im 3. Reich)		
TBS	Technologieberatungsstelle		
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands		

Anhang B.

Abbildungsverzeichnis

- Titel Steinbrucharbeiter (darunter: Hermann Kempf, Adolf Schmidt, Walter Groß)
- 2.1 Steinbrucharbeiter; an der Wand
 - 2.2 Steinbrucharbeiter (darunter: Albert Kempf)
 - 2.3 Stöffel-Büdingen 1926
 - 2.4 Stöffel-Büdingen 1926
 - 2.5 Stöffel; im Hintergrund Nistertalbrücke
 - 2.6 Stöffel: Werkstatt, Mannschaftsraum, Vor- und Nachanlage, Verladung
 - 2.7 Stöffel: Verladerampe
 - 2.8 Stöffel: Bremsberg, Kühlturm, Transformatorstation
 - 2.9 Stöffel: Steinbrecheranlage
 - 2.10 Stöffel: Betriebswerkstätte
 - 2.11 Verladung Stöffel: Lothar Spessart (auf O+K-Lok)
 - 2.12 Stöffel, am Bremsberg: Werner Henn
 - 2.13 Verladung Stöffel: Adolf Henn (vor O+K-Lok)
 - 2.14 Verladung Stöffel: Werner und Adolf Henn
 - 2.15 Stöffel, am Bremsberg: Werner Henn
 - 2.16 Luckenbacher Lay
 - 2.17 Luckenbacher Lay
 - 4.1 Konferenz des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands in Marienberg; Nebeneingang zum Saalbau Dieck
 - 5.1 Westerwaldbrüche Marienberg 1933; Vernehmungen
 - 6.1 1. Mai-Kundgebung in Marienberg
 - 6.2 1. Mai-Umzug in Marienberg (darunter: Hermann Kempf, Otto Kleinschmidt)
 - 6.3 Betriebsratsmitglieder der Westerwaldbrüche AG -
 - 1. Willi Emrich
 - 2. Heinrich Weichel
 - 3. Paul Spies
 - 4. Adolf Hüsch II.
 - 5. Paul Kremer
 - 6. Adolf Hain
 - 6.4 1. DGB-Bundesjugendtreffen in Frankfurt (Main)
 - 7.1 Franz Wolf
 - 7.2 Paul Kalinowski
 - 7.3 Hermann Kempf
 - 7.4 Bernhard Spöntjes
 - 7.5 Konferenz der DGB-Gewerkschaftssekretäre in Rheinland-Pfalz

Die veröffentlichten Fotos wurden zur Verfügung gestellt von Frau Heidi Seekatz, Bad Marienberg, Frau Margret Hümmeler, Bad Marienberg, Lothar Behr, Nistertal und Frau Christel Heyer, Bielefeld. Einige Aufnahmen stammen auch aus meinem persönlichen Besitz.

Anhang C.

Quellennachweis

- [1] AGB, Allgemeiner Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz, Geschäftsbericht 1948-49
- [2] Baum, Hans Jürgen, „Verbandsgemeinde Bad Marienberg / Bilder von einst“
- [3] Benner, Claus / Müller, Karl Heinz / Schintz, Bianca, „Nistertal - Gestern u. Heute, Band 2“, Herausgeber Gemeindeverwaltung 5777647 Nistertal
- [4] Bartolosh, Thomas A., „Basalt im Westerwald...“
- [5] Centre des Archives de l'occupation française en Allemagne et en Autriche“, Colmar/Frankreich
- [6] DGB, Landesbezirk Rheinland-Pfalz, Geschäftsberichte 1950-51, 1952-53, 1954-55, 1956-58, 1959-61
- [7] DGB, Kreis Altenkirchen, „1932-1934 Kreis Altenkirchen - Wirtschaft, Gewerkschaften, Verhaftungen, Rassismus“
- [8] Gerz, Wolfgang, „Rote Spuren auf dem Westerwald“
- [9] Heinz, Katrin, „Hermann Kempf - Ein politisches Leben im 20. Jahrhundert“
- [10] Heyn, Eugen, „Der Westerwald und seine Bewohner“
- [11] Jeck, Bernhard, „Nistertal gestern und heute“
- [12] Kempf, Hermann, „Erinnerungen, Teil I und II“
- [13] Kempf, Hermann, „Turbulentes aus dem DGB“
- [14] Messerschmidt, Kurt, „DPG Chronik 1945 - 1989“
- [15] Metzger, Klemens, „Rothenbach im Wandel der Zeit“
- [16] Neuser, Andreas / Schwarz, Franz, „Wirtschaftliche Interessen selbst in die Hand nehmen“
- [17] Schlag, Willi u. Dr. Kempf, Karl, „Dorfchronik der Gemeinde Dreisbach
- [18] Smelser, Ronald, „Hitlers Mann an der Arbeitsfront / Robert Ley, Eine Biographie“
- [19] Deutsche Postgewerkschaft, Hauptvorstand, Frankfurt (Main), „Die Geschichte der Deutschen Postgewerkschaft und ihrer Vorläuferorganisationen“
- [20] Festschrift zur Einweihung des Volkshauses in Marienberg
- [21] Großer Westerwaldführer, Herausgeber Westerwaldverein
- [22] Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden
- [23] Landschaftsmuseum Hachenburg (Einsichtnahme in die Westerwälder Zeitung, I. Halbjahr 1933)
- [24] Rademacher, Michael, „Der Gau Hessen- Nassau der NSDAP“
- [25] Rheinische Landesbibliothek Koblenz (Einsichtnahme in das GVOBl 1947/48 und die Kontrollratsgesetze)
- [26] Rhein-Lahnfreund, Jahrgänge 1983 und 1984
- [27] Rhein-Zeitung Koblenz (die mir aus ihrem Archiv die Westerwälder Zeitung aus 1918/19 und 1933 zwecks Einsichtnahme zur Verfügung stellte)
- [28] Schulchronik Fehl-Ritzhausen
- [29] SPD-Ortsverein Bad Marienberg: „75 Jahre Ortsverein Bad Marienberg“
- [30] Wäller Heimat, Jahrgänge 1987 - 2003
- [31] Westerwälder Ansichtskarten, herausgegeben von Werner Weber und Manfred Lorenz
- [32] Westerwälder Zeitung, Jahrgänge 1884, 1900, 1901, 1903, 1905 - 1907 (dankenswerterweise zur Einsichtnahme überlassen von der Stadtverwaltung, heute Stadtarchiv, Bad Marienberg)
- [33] Westerwälder Zeitung vom 27.9.1978, 8.11.1984 und 8.12.1987
- [34] „Westerwald Adressbuch, Führer mit Branchen und Telefon-Verzeichnis für Ober- und Unterwesterwaldkreis und den Kreis Westerburg sowie für die Stadt Altenkirchen und die Bürgermeistereien Dierdorf und Puderbach, Druck und Verlag Buchdruckerei Carl Ebner, Marienberg (Westerwald)“, etwa aus dem Jahre 1922/23 (dankenswerterweise zur Verfügung gestellt von Lothar Behr, Nistertal
- [35] Wilhelm, Armin, „Rund um den Stegskopf“

Anhang D. Schreiben der Französischen Militärregierung Hachenburg

Herrn Wüst. EAB.

GOUVERNEMENT MILITAIRE
RHENANIE-HESSE NASSAU
DÉLÉGATION
du Cercle de l'Oberwesterwald

Der Landrat des Hachenburg, le 15 Avril 1946
Oberwesterwaldkreises
Eingang: 17 APR 1946
Tgb. No. 983

No. 7786 / L

Gesehen

Westerburg, den 24.4.46
(Westerwald)

OBJET:

Der Landrat
F.A.

L'Administrateur L. VIVIEZ
Délégué du Gouvernement Militaire
Pour le Cercle de l'Oberwesterwald
à

Monsieur le Président Schumacher
du Comité Provisoire
à LANGENBACH bei Marienberg
s/couvert de Monsieur le Landrat
de l'Oberwesterwald
à M a r i e n b e r g

An Herrn
Schumacher, Vorsitzender des
vorläufigen Ausschusses
in LANGENBACH bei Marienberg
über d. Herrn Landrat
des Oberwesterwaldkreises

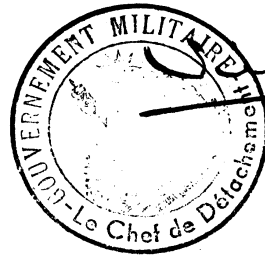
J'ai l'honneur de vous appeler :

Ich habe die Ehre Sie daran
zu erinnern:

1. dass alle Anträge für
Gewerkschaftsversamm-
lungen mir 8 Tage vor
dem für die Versammlung
festgesetzten Datum
zur Genehmigung vorgelegt
werden müssen.-
2. dass diese Anträge für
Versammlungen von dem
Vorsitzenden des vorläufigen
Ausschusses unterzeichnet
werden müssen und nicht von
irgend einem Mitglied dieses
Ausschusses.

- 1.) que toutes les demandes des réunions de
syndicat doivent me parvenir pour autorisation
8 jours avant la date indiquée pour la réunion.
- 2.) que ces demandes de réunion doivent être
signées par le président du comité provisoire
et non pas par un membre quelconque de ce
comité.-

ges. VIVIEZ.



COPIE CONFORME à

- Monsieur le Gouverneur
Délégué Supérieur pour le G.M.
de RHENANIE-HESSE NASSAU
- Section travail -
- = à titre de compte-rendu =

Beglaubigte Abschrift an:

- Herrn Gouverneur
Delegue Superieur für die Mil. Reg.
von RHEINLAND-HESSEN-NASSAU
- Abt. Arbeit -
- = zur Kenntnisnahme =

W.

Anhang E.

Statut der Kreisgewerkschaft „Öffentliche Dienste“

Gewerkschaft: Öffentliche Dienste..... (beschlossen am 6.6.1947)

§ 1

Name, Sitz und Bereich.

Die im Kreis Oberwesterwald vorhandenen Arbeiter, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes schliessen sich unter Zustimmung dieser Satzungen zu einer Kreisgewerkschaft zusammen.

Name: Allg. Gewerkschaftsbund, „Öffentliche Dienste“.....

Sitz: Marienberg / Oberwesterwald.....

Der Bereich ist das Kreisgebiet Oberwesterwald.

§ 2

Ziele und Zwecke.

Die Gewerkschaft bezweckt die Interessenvertretung ihrer Mitglieder auf beruflichem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet unter Ausschaltung aller parteipolitischen oder religiösen Fragen.

§ 3

Beitritt.

Jeder Arbeiter, der in dem in § 1 bezeichneten Kreis tätig ist, kann ohne Unterschied der Rasse, Religion oder politischen Meinung der Gewerkschaft beitreten.

Der Eintritt kann durch den Vorstand denjenigen Personen verweigert werden, deren Vergangenheit sie der Eigenschaft als Mitglied unwürdig erscheinen lässt. Diejenigen Personen, die einer nationalsozialistischen Organisation angehörten, können nur nach eingehender Prüfung ihrer Tätigkeit, ihres Benehmens und ihrer Ansichten durch den Vorstand als Mitglieder aufgenommen werden. Diese Personen können keinen Posten in der Gewerkschaft bekleiden. Die Naziaktivisten können nicht als Mitglied zugelassen werden.

Der Beitritt erfolgt auf Grund der Unterzeichnung einer Beitrittserklärung, die an den Vorstand zu richten ist. Jedes Mitglied erhält nach seinem Beitritt zur Gewerkschaft eine Mitgliedskarte.

§ 4

Austritt.

Der Austritt kann nur auf Grund einer schriftlichen, an den Vorstand gerichteten Austrittserklärung erfolgen.

Sie wird am Ende des auf den Zustellungstag folgenden Monats rechtskräftig. Der Beitrag ist bis zum Austritt zu entrichten.

§ 5

Ausschluss und Streichung.

Der Ausschluss wird durch den Vorstand vollzogen

a) wenn der Betreffende durch sein Benehmen den Interessen der Gewerkschaft schadet,

b) wenn der Betreffende unehrenhafte Handlungen begeht.

Der Ausschluss tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Der Beitrag ist bis zum laufenden Monatsende zu entrichten. Jedoch wird der Ausschluss erst durch einen Beschluss der Generalversammlung endgültig, wenn der Betroffene Einspruch eingelegt und zur Verteidigung seiner Interessen geladen worden ist.

Jedes Mitglied, das mit seinen Beiträgen über 3 Monate im Rückstand ist, wird als ausscheidend angesehen und nach einer fruchtlosen Zahlungsaufforderung als Mitglied gestrichen.

Jedes infolge Nichtzahlung gestrichene Mitglied kann erst nach Zahlung der rückständigen Beiträge, welche die Streichung begründete, als Mitglied wieder aufgenommen werden. Jedoch kann dem Betreffenden auf seinen Antrag hin Zahlungsfrist gewährt werden.

Kranke Gewerkschaftsmitglieder sind für die Dauer eines Monats oder auch länger von der Beitragszahlung unter der Bedingung befreit, dass die Gewerkschaft benachrichtigt wird.

Alle durch die Mitglieder gezahlten Beiträge verbleiben der Gewerkschaft.

§ 6

Anerkennung der früheren Mitgliedsrechte

Die Anerkennung der früheren Mitgliedsrechte in anderen Arbeiterorganisationen, die deutsche Arbeitsfront mit einbegriffen, bleibt zur Regelung einem späteren Zeitpunkt vorbehalten.

Diese Massnahme ist von der Rückerstattung der Gewerkschaftsguthaben abhängig. Die Verwaltung und die Generalversammlung werden über diese Mittel verfügen. Entsprechende Massnahmen werden ergriffen.

§ 7

Beiträge

Das Beitrittsgeld für die Mitglieder beiderlei Geschlechts ist auf eine Rm festgesetzt, für die Minderjährigen auf 0,50 Rm.

Die Mitgliedsbeiträge betragen:

Einkommen	bis	Rm 100		monatlich	Rm 1.--	monatlich
"	von	Rm 101.-	bis 150.- Rm	"	Rm 2.--	"
"	"	Rm 151.-	" 200.- Rm	"	Rm 2.50	"
"	"	Rm 201.-	" 250.- Rm	"	Rm 3.--	"
"	"	Rm 251.-	" 300.- Rm	"	Rm 3.50	"
"	"	Rm 301.-	" 400.- Rm	"	Rm 4.--	"
"	"	Rm 401.-	" 500.- Rm	"	Rm 5.--	"
"	"	Rm 501.-	und mehr Rm	"	Rm 6.--	"
Lehrlinge					Rm -.50	"

Die Beiträge werden monatlich durch den Kassierer oder seinen Beauftragten eingezogen. Sie dienen zur Deckung der Verwaltungskosten der Gewerkschaft und deren evtl. Beiträgen zu lokalen oder provinziellen Gruppen.

Die Art und Weise der Verwaltung und Verwendung der Gelder und des Vermögens der Gewerkschaft bleibt einer entsprechenden Regelung vorbehalten.

§ 8

Gewerkschaftsorgane.

Gewerkschaftsorgane sind:

- a) der Vorstand
- b) der Ausschuss
- c) die Generalversammlung.

§ 9

Vorstand

Der Vorstand besteht aus 7 Personen, dem

1. Vorsitzenden
2. Vorsitzenden

1. Kassierer
2. Kassierer

einem Schriftführer
zwei Beisitzern.

Er wird durch die Generalversammlung in geheimer Wahl auf die Dauer von einem Jahr gewählt. Die Neuwahl erfolgt in der ersten Hälfte des Januar jedes Jahres.

§ 10

Tätigkeit des Vorstandes.

Der Vorstand führt die Geschäfte der Gewerkschaft nach innen und aussen. Er fasst seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit; bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Die Amtsniederlegung eines Vorstandsmitgliedes muss schriftlich erfolgen. Fehlt ein Vorstandsmitglied ohne Grund die Hälfte der Vorstandssitzungen, zwischen zwei aufeinanderfolgenden Generalversammlungen, mit Ausnahme von Krankheit, scheidet er als Vorstandsmitglied aus.

§ 11

Der Ausschuss.

Die Generalversammlung wählt zur Kontrolle des Vorstandes einen Ausschuss. Der Ausschuss wird von je einem Vertreter der Fachgruppe gestellt.

Er wählt aus seiner Mitte drei Revisoren, die die Kassenprüfungen vorzunehmen haben, wobei ihnen alle Unterlagen vorzulegen sind. Er entscheidet über stattfindende ausserordentliche Generalversammlungen.

Mit Ausnahme der Revisoren können sie mit dem Einziehen von Beiträgen betraut werden.

In der Regel tritt der Ausschuss vierteljährlich zusammen.

§ 12

Entschädigungen und Amtsenthebungen der Vorstands- und Ausschussmitglieder

Das Amt des Vorstandes und Ausschusses ist ein Ehrenamt. Jedoch können den Mitgliedern des Vorstandes und Ausschusses Vergütungen für Ausgaben, die sie im Interesse der Gewerkschaft haben, wie auch Arbeitszeitverluste erstattet werden. Durch Beschluss der Generalversammlung können Vorstand und Ausschuss, sowie einzelne Mitglieder ihres Amtes enthoben werden.

§ 13

Generalversammlung.

Die Generalversammlung wird vom Vorstand einberufen und vom Vorsitzenden geleitet. Sie kann sich auch aus Delegierten, wobei auf 20 Mitglieder 1 Delegierter entfallen, zusammensetzen.

Die Generalversammlung wählt den Vorstand und Ausschuss, nimmt den Jahresbericht des Vorsitzenden, den Kassenbericht, den Revisionsbericht und den Bericht des Ausschusses entgegen. Er erteilt beiden Körperschaften Entlastung, beschliesst über Satzungsänderungen und stellt die Verwaltungsrichtlinien für den Vorstand und Ausschuss auf. Ausserordentliche Generalversammlungen finden statt, wenn dies vom Vorstand und Ausschuss beschlossen wird, oder von der Hälfte der Mitgliedschaft verlangt wird.

§ 14

Satzungen.

Die Statuten können jederzeit ergänzt werden. Jede Berichtigung oder Änderung tritt erst nach Annahme durch eine Generalversammlung in Kraft.

§ 15

Auflösung.

Im Falle der Auflösung der Gewerkschaft werden der Kassenbestand und die Vermögensbestände auf Vorschlag der Generalversammlung der zuständigen Landesgewerkschaft und die Akten der Aufsichtsbehörde übergeben.

Anhang F.

Satzung des Kreiskartells für den Oberwesterwaldkreis

CARTEL LOCAL DE SYNDICATS

Statut

Les syndicats voisins du cercle de l'Oberwesterwald forment une fédération de syndicats et constituent les statuts suivants:

§ 1

Siège et étendue

Le cartel est dénommé cartel local du cercle de l'Oberwesterwald. Le cartel a son siège à Marienberg/Westerwald. Il comprend tous les syndicats locaux dans les cercles de l'Oberwesterwald, qui n'y rattachent de leur propre gré.

§ 2

But

Comme les syndicats, le cartel a le but de servir les intérêts économiques, sociaux et intellectuels de ses membres à l'exclusion de toutes sortes les problèmes ayant trait à la politique des partis et de problèmes confessionnelles.

En particulier le cartel local se chargera des devoirs suivantes:

- a) Tenue de réunions en vue de propagande, de l'instruction et d'entretien
- b) établissement de renseignements qui sont d'importance du point de vue sociale, économique et statistique
- c) préparation de demandes qui seront présentées aux autorités pour attirer leur attention surtout à des questions concernant l'économie, le ravitaillement et la politique sociale.
- d) fondation de groupes de jeunesse et leur instruction à l'aide de cour outre cela arrangement de divertissements artistiques pour la jeunesse, éducation systématique dans l'esprit du pacifisme et de la démocratie.
- e) établissement d'une bibliothèque pour les membres des syndicats et pour la jeunesse
- f) fondation d'universités populaires
- g) renseignements sur toutes les questions concernant le droit de travail, le droit social et le droit d'impôts.
- h) fondation d'une section d'apprentis, en vue d'influencer les institutions d'apprentissage.

§ 3

Affiliation

Chaque syndicat local peut décider par simple majorité de voix de l'assemblée générale de devenir membre d'un cartel local.

§ 4

Dénonciation

Une dénonciation de l'affiliation au cartel local doit être conclue par simple majorité de voix dans l'assemblée générale. Elle ne peut avoir plus tôt que 6 mois après l'entrée dans le cartel local. Les cotisations payées ne seront pas remboursées. La dénonciation ne peut avoir lieu qu'à la fin de l'année.

§ 5
Exclusion

Chaque syndicat qui manque à la discipline du cartel local ou qui est en arrière avec ses cotisations pour plus de 3 mois peut être exclu par une décision de la majorité du comité local. Il est permis de lever protest contre l'exclusion dans l'assemblée générale suivant à cette décision. L'assemblée générale, à laquelle le comité directeur du syndicat en question doit être invité pour se justifier prendre la décision définitive par majorité de voix. Les cotisations payées ne seront pas remboursées.

§ 6
Composition du cartel local

Le cartel local se compose du comité local, du comité directeur et de l'assemblée générale.

§ 7
Le comité local

Le comité local comprend 30 membres, à savoir du moins un représentant de chaque syndicat local, les autres conformément au nombre des membres de chaque syndicat. Ces représentants seront élus par scrutin secret dans l'assemblée générale des syndicats a lieu par scrutin de liste et par simple majorité de voix.

Les membres du comité local se diminue de plus d'un quart, il faut procéder à des élections supplémentaires. Chaque sortie de membres du comité doit être noté dans un protocole.

Si un membre du comité a manqué plus que la moitié des séances du comité tenues entres deux assemblées générales, il est exclu automatique du comité.

Par une assemblée générale extraordinaire des membres peuvent être convoqués au comité ou revoqu s de celui-ci.

Les syndicats nouvellement entrés enverront immédiatement leurs délégués.

§ 8
Le comité directeur

Le comité directeur se compose du pr sident et de son substitut du secrétaire et de son substitut du caissier et de son substitut et de 3 à 5 contrôleurs qui ont à surveiller l'administration des fonds. Les membres du comité directeur élisent ces personnes entre eux par scrutin secret et par simple majorité de voix. En cas de partage la voix du représentant du syndicat ayant le plus grand nombre de membres est prépondérante. En cas de l'affiliation de 3 syndicats de plus le comité directeur doit être élu de nouveau.

Les contrôleurs doivent contrôler du moins une fois par trimestre les livres et la caisse du cartel local.

Les résolutions du comité directeur sont prises par simple majorité de voix. En cas de partage la voix du pr sident est prépondérante.

Chaque syndicat affilié peut charger le comité directeur de l'administration de ses affaires de caisse pour que celles-ci puissent être réglées par des experts.

Chaque syndicat a son administration de caisse séparée. Chaque caissier des différents syndicats est responsable aux membres. Le travail doit être effectué selon les ordres du syndicat délégant.

§ 9
Les appointements des membres du comité directeur

Les membres du comité directeur, qui effectuent leur activité pour les syndicats comme fonction principale bénéficient d'appointements. Les montants

de ces appointements sont fixées par le cartel régional (voir § 10), conformément à un règlement de tarifs. Ils sont pris des fonds du cartel.

§ 10

L'assemblée générale

L'assemblée générale se compose:

- 1) des comités directeurs des syndicats affiliés
- 2) des représentants des syndicats affiliés, qui sont élus à proportion du nombre des membres.

L'assemblée générale se réunit une fois par mois, et cela dans la deuxième moitié du mois de Janvier ou, si cela est nécessaire extraordinairement.

L'assemblée générale est présidée par le président du comité directeur jusqu'à ce qu'une nouvelle élection a lieu.

L'assemblée générale a les devoirs suivantes:

- a) réception et approbation des comptes-rendus du comité directeur
- b) modification des statuts
- c) fixation des cotisations des syndicats locaux
- d) propositions à faire au cartel régional concernant les appointements et les indemnités pour les membres du comité directeur.
- e) réception de tous les rapports professionnels et statistiques.
- f) élection des membres du comité directeur local de l'union.

Une assemblée générale extraordinaire doit être convoquée, si le comité directeur résout cela par majorité ou si du moins trois syndicats locaux affiliés le demandent. Le jour de la tenue d'une assemblée générale extraordinaire sera fixé par le président du comité directeur et cela au plus tard quinze jours après la résolution, en indiquant l'ordre du jour.

§ 11

Chaque syndicat local est autorisé à présenter des demandes aux assemblées générales. Les demandes doivent parvenir au président du comité directeur 8 jours avant la tenue de l'assemblée générale.

§ 12

Paiement et frais

Pour que la fédération puisse accomplir ces devoirs, chaque syndicat affilié paye une cotisation. Celle-ci est calculée conformément au nombre de les membres.

La base pour le calcul sont les cotisations décomptées au troisième mois du dernier trimestre.

Le montant de la cotisation est fixé par l'assemblée plénière du comité local. Jusqu'à ce que la formation des fédérations régionales soit finie, les frais seront repartis aux syndicats, mais de sorte que cette imposition ne dépasse pas 30% des recettes des syndicats.

§ 13

En cas d'un changement de domicile, de métier ou de place de travail d'un syndicaliste, celui-ci sera incorporé dans un autre syndicat. Son affiliation à l'ancien et sa nouvelle incorporation resteront valides pour la période courante.

§ 14

Dissolution

La dissolution du cartel ne peut être effectuée que par l'assemblée générale. Il faut que trois quarts de tous les membres de l'assemblée générale soient présents. La résolution n'est valable qu'avec une majorité de deux tiers des membres présents.

En cas d'une dissolution des fonds du cartel seront distribués aux syndicats affiliés à proportion des cotisations payées par eux.